

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2006

III

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Christa Ublig:</i> 100 Jahre „Mannheimer Leitsätze“ – Entstehung und Bedeutung des ersten sozialdemokratischen Bildungsprogramms	 5
<i>Heinz Deutschland:</i> Zum 100. Jahrestag der Eröffnung der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin. Ein Erinnerungsbericht von Alfred Keimling	 21
<i>Walter Schmidt:</i> „Der Bote aus dem Katzbachthale“ (Juli 1845 - Juni 1846). Die erste soziale Zeitschrift Schlesiens	 28
<i>Götz Hillig:</i> Die Arbeitskommune der OGPU in Bolševo. Genese und pädagogische Konzeption	 42

Biographisches

<i>Wolfgang Schröder:</i> Im Spannungsfeld zwischen Liberal- und Sozialdemokratie: Moritz Germann, ein Freund August Bebel's	 59
<i>Hans Biereigel:</i> Eric Collins (Erich Cohn) (1897-1993)	 70
<i>Ulla Plener:</i> Mirko Beer: 1930-1936 Chirurg in Berlin und Moskau – 1936-1938 Militärarzt in Spanien – 1942 vom NKWD erschossen	 81

Dokumentarisches

Irina A. Joffe/Elke Scherstjanoi: Junge Ostarbeiter im antifaschistischen Widerstand. Dokumentation 101

Gerd Kaiser/Aleksander Kochański: „Mit dieser Masche kommt ihr nicht durch...“. Die gesellschaftliche Krise 1956 – nach Sitzungsprotokollen des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei 125

Regionales

Siegfried Spantig: Blick in eine Quelle: Geschichten um den Alltag der Hagenower Volkspolizei 1945 - 1985 147

Informationen

Ungarn in der französischen Widerstandsbewegung. Information (*Winfried Morgenstern*) 162

Der „Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.“ (*Rainer Holze*) 173

Die 15. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz (Einladung) 177

Rezensionen/Annotationen

Werner Gahrig: Hugenotten in Berlin und Brandenburg (*Kurt Wernicke*) 179

Keely Stauter-Halsted: The Nation in the Village.
The Genesis of Peasant Identity in Austrian-Poland. 1848-1914
(*Ines Mietkowska*) 181

Günter Drommer: Im Kaiserreich. Alltag unter den Hohenzollern.
1871-1918. Ein Fotobuch; derselbe: Die ruhelose Republik.
Alltag zwischen zwischen Gewalt und Hoffnung. 1918-1933.
Ein Fotobuch; derselbe: Gleichgeschaltet. Alltag unterm Hakenkreuz.
1933-1945. Ein Fotobuch (*Rainer Holze*) 182

Marc Lüdders: Die Suche nach einem <i>Dritten Weg</i> . Beiträge der deutschen Nationalökonomie in der Zeit der Weimarer Republik (<i>Horst Klein</i>)	 183
Karl Christian Führer (Hrsg.): Tarifbeziehungen und Tarifpolitik in Deutschland im historischen Wandel (<i>Reiner Tosstorff</i>)	 185
Ina Schmidt: Der Herr des Feuers. Friedrich Hielscher und sein Kreis zwischen Heidentum, neuem Nationalismus und Widerstand gegen den Nationalsozialismus (<i>Kurt Finker</i>)	 187
Boris Tartakowskij: Vse eto bylo ... Vospominanija ob ischezajuščem pokolenii; derselbe: Iz dnevnikov voennyh let (<i>Gerd Kaiser</i>)	 188
Nikolaj Popel: Und vor uns liegt Berlin (<i>Bernd Gottberg</i>)	 191
Lucie Kurlbaum-Beyer: Krieg tötet Zukunft. Leben und Arbeiten für eine friedliche Welt. Hrsg. und eingeleitet von Gisela Notz (<i>Hanna Behrend</i>)	 195
Matthias Loeding: Von der Wennigsener zur 1. Sechziger Konferenz. Der Zentralausschuss der SPD im Kampf um seine Eigenständigkeit (<i>Wolfgang Triebel</i>)	 197
Andreas Schmidt: „...Mitfahren oder abgeworfen werden.“ Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Provinz Sachsen/ im Land Sachsen-Anhalt 1945-1949 (<i>Günter Benser</i>)	 200
Dagmar Ellerbrock: „Healing Democracy“ – Demokratie als Heilmittel. Gesundheit, Krankheit und Politik in der amerikanischen Besatzungszone 1945-1949 (<i>Rolf Badstübner</i>)	 202
Werner Thönnessen: Mein Tor zur Welt. Ein Lebensweg als Gewerkschafter und Intellektueller (<i>Wolfgang Heyn</i>)	 203
Manfred Wilke unter Mitarbeit von Andreas Graudin: Die Streikbrecherzentrale. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und der 17. Juni 1953 (<i>Stefan Bollinger</i>)	 204

Annette Wilczek: Einkommen, Karriere, Versorgung. Das DDR-Kombinat und die Lebenslage seiner Beschäftigten (<i>Jörg Roesler</i>)	 206
Jörg Roesler/Dagmar Semmelmann: Vom Kombinat zur Aktiengesellschaft (<i>Hans Mittelbach</i>)	 207
Uneinige Einheit. Der öffentliche Umgang mit Problemen der deutschen Einheit (<i>Alfred Loesdan</i>)	 211
NachSatz	 213
Autorenverzeichnis	 214
Jahresverzeichnis 2006	 215
Impressum	 221

100 Jahre „Mannheimer Leitsätze“ – Entstehung und Bedeutung des ersten sozialdemokratischen Bildungsprogramms

Christa Uhlig

„Daß die Sozialdemokratie die Erziehungsfrage auf die Tagesordnung der Mannheimer Woche gesetzt hat, stellt ihrem Idealismus ein Ehrenzeugnis aus und bekundet ihren praktischen Sinn. Dem Geschwätz ihrer Feinde entgegen, tritt sie als Vorkämpferin für eine freie, kräftige geistige Kulturentwicklung auf den Plan, auf deren Segnungen und Freuden alle Glieder der Gesellschaft ein Anrecht haben sollen. [...] Nach den verschiedensten Seiten hin ist das aufgerollte Erziehungsproblem von der weittragendsten Bedeutung für die Zukunft der Partei, des Proletariats. Allgemein erwartet man daher, daß die Mannheimer Beratungen zum Ausgangspunkte tatkräftigen, fruchtbaren Handelns werden.“¹

Mit dieser Erwartung kommentierte Clara Zetkin im Leitartikel der „Gleichheit“ vom 19. September 1906 den unmittelbar bevorstehenden, vom 23. bis 29. September in Mannheim tagenden Parteitag der SPD, den sie „an Wichtigkeit einen durchschnittlichen tüchtigen Geschäftsparteitag weit übertreffen“ sah.² Dies nicht nur wegen des umstrittenen Hauptthemas des Mannheimer Parteitages, die Haltung zum politischen Massenstreik und das Verhältnis zur Gewerkschaft,³ sondern nicht minder wegen des Novums, erstmals Bildungs- und Erziehungsfragen auf der Tagesordnung eines Parteitages zu haben. Unter dem Titel „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ hatten Clara Zetkin und Heinrich Schulz in sechs Leitsätzen wesentliche Positionen sozialdemokratischer Bildungspolitik zusammengefaßt, bereits vorab zur Diskussion gestellt und dann auf dem Parteitag in ausführlichen Vorträgen erläutert. Obgleich auf dem Parteitag formal nicht verabschiedet, avancierte das als „Mannheimer Leitsätze“ in die Geschichte eingegangene Programm de facto zu einem nachhaltigen bildungs- und kulturpolitischen Grundsatzdokument der Arbeiterbewegung. Als Alternative zur obrigkeitsstaatlichen Bildungspolitik und zur herrschenden Erziehungsauffassung im wilhelminischen Deutschland gedacht, können auch 100 Jahre später manche der damals aufgeworfenen Fragen noch immer als Herausforderung an eine längst überfällige Reformierung des Bildungswesens in Deutschland gelesen werden.

1 Zum Parteitag in Mannheim, in: Die Gleichheit (Stuttgart), 19.9.1906, S.127.

2 Ebenda.

3 Auseinandersetzungen hierzu begannen bereits auf dem Jenaer Parteitag 1905; in Mannheim mündeten sie in einen Kompromiß, nach dem den Gewerkschaften in bezug auf Massenstreiks ein Zustimmungsrecht eingeräumt und ihre Gleichberechtigung akzeptiert wurde. Siehe z. B. Jutta von Freyburg u.a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von 1869 bis zur Gegenwart, 3. Aufl. Köln 1989, S.47.

Zur Vorgeschichte der Mannheimer Leitsätze

Bildungsfragen hatten in der Arbeiterbewegung seit jeher Gewicht. Allein der Anspruch, den strukturell benachteiligten Klassen und Schichten ein Bewußtsein ihrer Lage zu vermitteln und ihr Interesse an gesellschaftlicher Partizipation und Emanzipation zu wecken, implizierte ein gigantisches Aufklärungs- und Erziehungsprogramm. Bildungsstreben motivierte nicht nur die seit Mitte des 19. Jahrhunderts entstandenen Arbeiterbildungsvereine, sondern lenkte das Interesse zunehmend auch auf die Erziehung des eigenen Nachwuchses sowie auf die Kritik des öffentlichen, von Ständesprivilegien und obrigkeitstaatlicher Indoktrination gezeichneten Bildungssystems. Den Teufelskreis von sozialer Unterprivilegierung, Armut und Ausschluß von Bildung und Kultur zu durchbrechen, in dem die Kinder stets die am meisten Leidtragenden sind, ihnen menschenwürdige Perspektiven zu eröffnen, vor allem aber die Auswüchse der Kinderarbeit zu beseitigen, beschäftigte die nationalen Arbeiterbewegungen ebenso wie die I. und II. Internationale. „Der einzelne Arbeiter ist nicht frei in seinen Handlungen“, erklärte Karl Marx 1866 auf dem Genfer Kongreß der I. Internationale in einer Stellungnahme zur Kinderarbeit, in der er zugleich sein Konzept einer polytechnischen Bildung entwarf. „In zu vielen Fällen ist er sogar zu unwissend, die wahren Interessen seines Kindes oder die normalen Bedingungen der menschlichen Entwicklung zu verstehen. Der aufgeklärtere Teil der Arbeiterklasse begreift jedoch sehr gut, daß die Zukunft seiner Klasse und damit die Zukunft der Menschheit völlig von der Erziehung der heranwachsenden Arbeitergeneration abhängt. Er weiß, daß vor allem anderen die Kinder und jugendlichen Arbeiter vor den verderblichen Folgen des gegenwärtigen Systems bewahrt werden müssen.“⁴ Noch am Ende des 19. Jahrhunderts waren allein in Deutschland von insgesamt acht Millionen schulpflichtigen Kindern mehr als 500.000 Kinder nach offizieller und zwei Millionen nach inoffizieller Schätzung unter oft verheerenden Bedingungen erwerbstätig.⁵ „Wenn einmal die Akten der Geschichte über die kapitalistische Gesellschaftsordnung geschlossen, alle ihre Verbrechen offen vor aller Augen liegen und des endgültigen Urteils einer späteren Menschheit harren werden“, schrieb Rosa Luxemburg angesichts dieser Situation, würde „vor dem Antlitz der Urteilsfinderin Geschichte die Mißhandlung der proletarischen Kinder“ am schwersten wiegen. „Die Aussaugung der Lebensäfte aus diesen wehrlosesten Geschöpfen, die Vernichtung der Lebensfreude gleich an der Schwelle des Lebens, die Verzehrung der Saat der Menschheit schon auf den Halmen – das ist mehr als alles, was die

4 Karl Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrates zu den einzelnen Fragen, in: MEW, Bd. 16, Berlin 1962, S.194.

5 Siehe Karl-Heinz Günther u. a. (Hrsg.): Geschichte der Erziehung, 15. Aufl., Berlin 1987, S.460; zur Kinderarbeit auch Otto Rühle: Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats. 1. Bd., Berlin 1930, S.128-165; Robert Alt: Kinderausbeutung und Fabrikschulen in der Frühzeit des industriellen Kapitalismus, Berlin 1958; Jürgen Kuczynski: Geschichte der Kinderarbeit in Deutschland. 2 Bde., Berlin 1958.

furchtbare Herrschaft des Kapitals an der Gegenwart sündigt, das sind auch noch Eingriffe mit mörderischer Hand in die Zukunft.“⁶

Es ist nachvollziehbar, daß die Kinderausbeutung die frühe Arbeiterbewegung am meisten bewegte. Die Sozialdemokratie drängte, gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend unterstützt durch die Frauenbewegung, durch Volksschullehrervereine und durch sensibilisierte Kreise der politischen Öffentlichkeit, auf wirksame gesetzliche Regelungen auch in Deutschland. 1903 endlich wurde ein Kinderschutzgesetz erarbeitet, das 1904 in Kraft trat und dem Kampf gegen Kinderarbeit eine juristische Basis gab. Kinderschutzkommissionen, ab 1905 von sozialdemokratischen Frauen gemeinsam mit den Gewerkschaften ins Leben gerufen, bemühten sich um die Kontrolle des Gesetzes.⁷

Aber auch andere Themen drängten. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begannen Erziehungsfragen vor allem in der sozialdemokratischen Presse wachsenden Raum einzunehmen.⁸ Auf hohem theoretischen Niveau, unter dem Einfluß marxistischer und mehr noch neukantianischer Ideen, präsentierte sich gerade hier eine ausgeprägte Pluralität an Auffassungen darüber, was sozialistisches Bildungsverständnis auszuzeichnen habe. Das Verhältnis von Bildung und Macht, Fragen des Menschenbildes und, davon abgeleitet, Ziele, Inhalte und Methoden von Erziehung und Bildung, die Beziehung von Bildung und Arbeit, Individuum und Gesellschaft, der Stellenwert klassischer humanistischer Bildung sowie die emanzipatorische Bedeutung von Kunst und Kultur standen ebenso im Blick wie die Haltung zur bürgerlichen Wissenschaft, Kultur und Pädagogik, zum öffentlichen Bildungssystem, zu Religion und Ethik oder zur Erziehung in der Familie.

In dem Maße jedoch, in dem die Arbeiterbewegung ihren politischen Einfluß geltend zu machen vermochte, auch, weil Ende des 19. Jahrhunderts Bildungsfragen zunehmend auf der allgemeinen politischen Agenda standen und aus der Perspektive der Herrschenden zu einem gewichtigen gesellschaftlichen Modernisierungsfaktor generiert waren, wurden sie für die Sozialdemokratie zu einem praktischen Problem. Vor allem in der parlamentarischen und kommunalen Arbeit, in der unmittelbaren bildungspolitischen Auseinandersetzung vor Ort, erwiesen sich die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis und das Fehlen einer bildungsprogrammatischen Orientierung als ein zunehmend spürbares Defizit. Zwar hatten auch frühere sozialdemokratische Programme Bildungsforderungen formuliert, sie beschränkten sich im wesentlichen jedoch auf den obligatorischen und unentgeltlichen Besuch der öffentlichen Volksschule, auf Trennung von Schule und Kirche sowie auf das Verbot der Kinderarbeit. „Einige Landes- und Gemeindeprogramme haben seither diese Forderungen noch erweitert; aber sie begnügen sich meist mit kleineren oder größeren Ein-

6 Zit. nach: Käte Duncker: Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung, Stuttgart 1906, S.6.

7 Siehe ebenda; außerdem Luise Zietz: Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen, Berlin 1914.

8 Siehe hierzu auch Christa Uhlig: Reformpädagogik: Rezeption und Kritik in der Arbeiterbewegung. Quellenauswahl aus den Zeitschriften „Die Neue Zeit“ (1883-1918) und „Sozialistische Monatshefte“ (1895/97-1918), Frankfurt a. M. 2006.

flickungen in das bestehende Schulsystem, indem sie bald diese, bald jene Frage mehr in den Vordergrund rücken; und es fehlt dabei nicht an schiefen und unklaren Ausdrücken“,⁹ die, wie im Falle des Gothaer Programms 1875, zu widersprüchlichen Schlußfolgerungen geführt hatten – für Karl Marx Anlaß, in seine Kritik des Programms explizit auch die knappen bildungspolitischen Passagen einzubeziehen.¹⁰ Und selbst noch im Erfurter Programm 1891, das immerhin bis 1921 Gültigkeit behielt und das Selbstverständnis der Arbeiterbewegung wie auch ihre öffentliche Wahrnehmung maßgeblich prägte, nehmen sich, gemessen an der Bedeutung, die diesem Programm in der Geschichte der Sozialdemokratie zugeschrieben wird, die im zweiten Teil enthaltenen bildungspolitischen Forderungen bescheiden aus: „Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden“ sowie – im Abschnitt Arbeiterschutz – das „Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren“.¹¹ Diese vor allem auf Wilhelm Liebknecht und August Bebel zurückgehenden, von Karl Kautsky und Friedrich Engels kritisierten bildungspolitischen Programmpunkte¹² konnten weder der nach dem Ende des Sozialistengesetzes intensivierte Offensive zur Funktionalisierung der Schule „zur Bekämpfung sozialistischer und kommunistischer Ideen“¹³ dauerhaft standhalten, noch ein schulreformerisches Gesamtkonzept dagegensetzen. Auch für die bildungspolitische Passage trifft zu, was Engels am gesamten zweiten Teil des Erfurter Programms kritisierte: „Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin.“¹⁴ Aber auch einiges von dem, was drin steht, war entweder ungenau oder, wie der allgemeine Besuch der Volksschule, im Prozeß kapitalistischer Modernisierung längst auf den Weg gebracht. Nach Heinrich Schulz habe es „in diesen zwanzig bis dreißig Jahren“ der Sozialdemokratie an Zeit gefehlt, „sich theoretisch oder praktisch mit Bildungs- und Kulturfragen zu beschäftigen.“ Das „Hemd“ sei „ihr doch näher als der Rock“ gewesen, „der Kampf um die nackte Existenz der Partei stand

9 Käte Duncker: Die Schulreform der Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit 29 (1910/11) 46, S.697-704, hier S.697.

10 Siehe Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW, Bd. 19, Berlin 1982, S.30f.

11 Zit. nach: Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hrsg.): Programmatistische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1990, S.188f.

12 Siehe Karl Kautsky/Bruno Schoenlank: Grundsätze und Ziele der Sozialdemokratie. Erläuterungen zum Erfurter Programm, Berlin 1892; Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfes 1891, in: Die Neue Zeit 20 (1901/02) 1, S.12.

13 Kabinettsordre Kaiser Wilhelms II. zur Bekämpfung sozialistischer und kommunistischer Ideen durch die Schule (1. Mai 1889), in: Berthold Michael/Heinz-Hermann Schepp: Die Schule in Staat und Gesellschaft. Dokumente zur deutschen Schulgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen-Zürich 1993, S.184-186.

14 Zit. nach: Dieter Fricke: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung 1890-1914, Leipzig 1962, S.17.

im Vordergrund des Interesses.“¹⁵ Käte Duncker spricht rückblickend von einer Unterschätzung der Schul- und Erziehungsfragen, die sich um so mehr als Mangel herausstellte, „[j]e mehr Genossen im Laufe der letzten Jahre in den Landes- und Gemeindevertretungen mitzuarbeiten berufen wurden“. „Fast überall“ würde „zum Beispiel das Unentgeltlichkeitsprinzip viel zu sehr in den Vordergrund unseres Kampfes gerückt und damit der Zielpunkt der praktischen Schulpolitik, der doch in der Änderung des gesamten Systems der heutigen Volksbildung besteht, völlig verschoben. Eine prinzipielle und systematische Untersuchung unserer Stellung zum Schulwesen mit seinen hunderterlei Einzelfragen ist daher je länger desto mehr zu einem dringenden Bedürfnis geworden.“¹⁶

Es sollte indessen nach Erfurt noch fünfzehn Jahre dauern, ehe in Mannheim begonnen wurde, dieses Vakuum auszufüllen, das Wesen schulischer Bildung und außerschulischer Sozialisation tiefer zu erfassen und dem bestehenden Erziehungssystem ein systematisch erarbeitetes Programm entgegenzustellen.

Die Initiatoren: Clara Zetkin und Heinrich Schulz

Sowohl Clara Zetkin als auch Heinrich Schulz gelten in der pädagogischen Historiographie zu Recht als die Repräsentanten sozialistischer Pädagogik im wilhelminischen Deutschland, vor allem deshalb, weil sie es waren, die eine entsprechende Bildungsprogrammatik auf den Weg gebracht und die Sozialdemokratie mit zahlreichen Veröffentlichungen und Aktivitäten in den bildungspolitischen Auseinandersetzungen und pädagogischen Diskursen jener Zeit positioniert haben. Sie konnten dies, weil beide zu den Führungskreisen der Sozialdemokratie gehörten und über entsprechenden politischen Einfluß verfügten. Aus Clara Zetkins Feder stammten zahlreiche pädagogisch intendierte Zeitschriftenbeiträge vor allem in der von ihr herausgegebenen „Gleichheit“. Heinrich Schulz war besonders mit seinen Untersuchungen zur Geschichte der Volksschule sowie als Bildungskritiker in der „Neuen Zeit“ bekanntgeworden.

Daß Heinrich Schulz später der Ruf des Reformisten und Revisionisten anhing, hat eher mit seiner Entscheidung für den Mehrheitskurs der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik zu tun als mit seinen vorherigen bildungspolitischen und pädagogischen Positionen.¹⁷ Und auch Clara Zetkin, häufig als Idealtypus kommunistischer Pädagogik und „weibliche Symbolfigur der Kommunisten“¹⁸ charakterisiert, erwarb sich dieses Image eher in den bildungspolitischen und pädagogischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik als in den Jahrzehnten zuvor. Hier zählten beide zum „radikalen“ Flügel der SPD, beide erwiesen

15 Heinrich Schulz: Der Weg zum Reichsschulgesetz, Leipzig 1920, S.35.

16 Duncker, Schulreform, S. 697f.

17 Zu Schulz siehe Peter Braune: Die gescheiterte Einheitsschule. Heinrich Schulz – Parteilosdat zwischen Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert, Berlin 2004.

18 Siehe Kurt Koszyk: Clara Zetkin. Weibliche Symbolfigur der Kommunisten, in: Dieter Schneider: Sie waren die Ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung. Frankfurt a. M. 1988, S.91-104.

sich als exzellente Kritiker der herrschenden Bildungspolitik, als Kenner der bürgerlichen Pädagogik und wohlwollend-distanzierte Beobachter der bürgerlichen Reformpädagogik, die sich um die Jahrhundertwende gegen das pädagogische Establishment der alten Schule zu wenden begann.

Mit Clara Zetkin und Heinrich Schulz (aber auch mit Käte Duncker oder Otto Rühle) erhielt die Bildungspolitik der Sozialdemokratie zugleich professionelles Profil und eine konkretere Ausrichtung. Beide hatten Lehrerinnen- bzw. Lehrerseminare besucht, waren demnach vor allem mit der Volksschule und der Volksschulpädagogik vertraut. Ihr eigener Bildungsweg unterschied sie zudem von der Mehrheit der damaligen Repräsentanten der Arbeiterbewegung, deren Bildungserfahrungen eher durch bildungsbürgerliche, humanistisch-gymnasiale und universitäre Milieus geprägt waren. Schon deshalb gerieten Bereiche öffentlicher Bildung und Erziehung sowie jene Probleme familialer Sozialisation konkreter in den Blick, die für die Kinder aus Arbeiterkreisen tagtäglich erlebte Realität waren.

Präsentation und Inhalte der Leitsätze

Nachdem bereits auf den Parteitag in Bremen 1904 und Jena 1905 Bildungsfragen angesprochen, aber als eigenständige Verhandlungsthemen abgelehnt worden waren und Clara Zetkin auf der dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Bremen 1904 die Schulfrage zu einem zentralen Thema gemacht hatte, gelang es nunmehr auf dem Mannheimer Parteitag, Bildung offiziell auf die Tagesordnung zu setzen. Nach Heinrich Schulz' Erinnerung war dies vor allem Friedrich Ebert zu danken, in dessen Händen die Organisation des Parteitags lag.¹⁹ Bereits vor dem Parteitag waren die Leitsätze zu „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ als Beilage im „Vorwärts“²⁰ abgedruckt und mehrfach kommentiert worden. Sie seien ein „Zeichen“ des „Idealismus in der Arbeiterschaft“ und gerade angesichts des soeben beschlossenen preußischen „Schulunterhaltungsgesetzes“²¹, mit dem die „Reaktion“ versuche, „der Sozialdemokratie die Ernte zu verderben“, von besonderer Bedeutung. „Jeder Parteigenosse“ sei gefordert, „mehr als je sich der Erziehung seiner Kinder“ zu widmen, ihnen zu sagen, „was Schwindel und Humbug und was das Richtige ist“²². In der „Gleichheit“ wurde besonders die Erziehungslogik der Leitsätze hervorgehoben: „planmäßiger und energischer als bisher für die Durchtränkung der Massen mit sozialistischer Erkenntnis zu wirken“, „den Kampf um das Hirn des Proletariats schon in seiner frühesten Jugend gegen die knechtenden Mächte der bürgerlichen Welt“ aufzunehmen, die Eltern zu mahnen, „daß die Pflicht der sozialistischen Klassenkämpfer bei der Erziehung ihrer Kinder im Geiste des Sozialismus und bei der

19 Siehe Heinrich Schulz: Politik und Bildung. Hundert Jahre Arbeiterbildung, Berlin 1931, S.92.

20 Vorwärts, 1. Beilage, 19.8.1906.

21 Dieses am 1. Januar 1906 in Kraft getretene Gesetz bestimmte, daß Kinder nur von Lehrern gleicher Konfession unterrichtet werden durften.

22 Vorwärts, 1. Beilage, 23.8.1906.

Selbsterziehung beginnt“, „eifrigste Förderung der sozialistischen Jugendbewegung und der theoretischen Weiterbildung“ der Arbeiterschaft.²³

Bereits aus diesen Ankündigungen läßt sich eine übergreifende Intention der Leitsätze erkennen: Die Aufklärungs- und Bildungsarbeit der Sozialdemokratie sollte einen qualitativen Schub erhalten und besonders den jugendlichen Nachwuchs erreichen. Tatsächlich jedoch reichten sie über diesen eng gezeichneten Erziehungskontext weit hinaus, entwickelten ausgehend von einer kritischen Gesellschaftsanalyse nähere und fernere Perspektiven einer humanisierten, allen Kindern gleiche Bildungschancen und Entfaltungsmöglichkeiten eröffnende Schulreform, stellten sowohl die gesellschaftliche als auch die elterliche Verantwortung für die Erziehung der heranwachsenden Generation und zugleich die Interessenkonflikte heraus, die sich unter kapitalistischen Bedingungen zwangsläufig auch auf das Gebiet der Erziehung ausdehnen mußten. Dabei sind – aus ideologiekritischer Sicht – subjektive Einfärbungen und innerparteiliche Auseinandersetzungen ebenso wenig zu übersehen wie Einflüsse des herrschenden Zeitgeistes auf Sprache und Stil oder damalige pädagogische Erkenntnisgrenzen, wie sie sich beispielsweise in den von einer integrativen Pädagogik noch weit entfernten Äußerungen zum Umgang mit behinderten Kindern im dritten Leitsatz zeigen.

Der *erste Leitsatz*²⁴ legt den *Zusammenhang von Gesellschaft und Erziehung* und die herrschaftssichernde Funktion der Schule bloß. Ziel der Erziehung könne nicht „ein absoluter Begriff religiöser oder moralischer Art“ sein, sondern es sei „den im Flusse der gesellschaftlichen Entwicklung maßgebenden Faktoren, in letzter Linie den ökonomischen Triebkräften der betreffenden Zeit unterworfen“. Daraus resultiere die Aufspaltung in ein „mannigfaltig gegliedertes und reichdotiertes höheres Bildungswesen“, das „der Jugend der herrschenden Klassen die Erwerbung einer auf wissenschaftlicher Basis beruhenden allgemeinen Bildung ermöglicht und den herrschenden Klassen durch diese ein geistiges Übergewicht über die arbeitenden Klassen verschafft“, und eine Volksschule, die insbesondere „durch dogmatischen Religionsunterricht“ und „byzantinischen Geschichtsunterricht“ die Arbeiterjugend „zum Glauben an ein künstlich zurechtgestutztes, gefälschtes Bild der Natur, der menschlichen Gesellschaft und der kulturellen Entwicklung“ erzieht. Ihre „planmäßige Hebung“ scheitere, „obwohl sie im Interesse der sozialen Entwicklung liegt, fortwährend an dem durch Militarismus, Kolonialpolitik und ähnliche kostspielige Interessen der herrschenden Klasse bewirkten ständigen Geldmangel des Staates“.

Im *zweiten Leitsatz* wird dann eine sozialistische *Erziehungsalternative* projiziert. „Nicht den zukünftigen Lohnsklaven und rechtlosen Proletarier“ sähe der Sozialismus im

23 Die Gleichheit, 19.9.1906, S.128.

24 Im folgenden zit. nach: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906 sowie Bericht über die 4. Frauenkonferenz am 22. u. 23. September in Mannheim, Berlin 1906, S.119-123 (ursprüngliche Fassung). Siehe auch Quellen zur Geschichte der Erziehung. Ausgewählt von Karl-Heinz Günther [u. a.], 9. Aufl., Berlin 1980, S.349-353; Michael/Schepp, Schule, S.215-219.

Kind, „sondern er würdigt in ihm das werdende Glied der sozialen Gemeinschaft freier Arbeiter, bei dem in seinem eigenen und zugleich gesellschaftlichen Interesse alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu möglichst hoher Vollendung zu entwickeln sind. Die öffentliche Erziehung“ werde „dadurch zu einer der wichtigsten sozialen Aufgaben, für die die besten geistigen und materiellen Mittel der Gesellschaft nutzbar zu machen sind. Da der Sozialismus in der gesellschaftlichen Arbeit den Ursprung und die Grundlage der gesellschaftlichen Organisation“ erblicke, „da er aus diesem Grunde den Gegensatz zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen Praxis und Theorie aufhebt und damit die Arbeit aus der verachteten Niedrigkeit von heute erheben und zu einer Quelle des Glücks und der Freude gestalten will“, werde „auch für die Erziehung [...] die ‚Arbeit‘ die Grundlage und zugleich das wertvollste, lebenerweckende und zu sozialer Gesinnung erziehende Element bilden“. Anknüpfend an das kindliche Spiel, sollten Mädchen und Jungen gemeinsam und „in steter Anlehnung an den sozialen Arbeitsprozeß durch die Jahre körperlichen und geistigen Wachstums“ geleitet werden, „bis sie als vollentwickelte Individuen und mit vollem Verantwortlichkeitsbewußtsein in die soziale Gemeinschaft eintreten, und zwar an die ihrer Individualität am besten entsprechende Stelle“. Ausgehend von diesem Ziel werden dann mit Überlegungen zur Reformierung des öffentlichen Schulsystems und zur familialen Erziehung grundlegende Sozialisationsbereiche der Heranwachsenden angesprochen.

Der *dritte Leitsatz* stellt einen umfassenden *Förderungskatalog zur Demokratisierung und Modernisierung des öffentlichen Schulsystems* und zur Kompensation sozialer Benachteiligungen auf: ein Reichsschulgesetz „auf der Grundlage der Weltlichkeit und der Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens“, „Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Schulen“, „Beihilfe des Staates für die Weiterbildung befähigter, aber unbemittelter Schüler“, „Gleichberechtigung der Geschlechter in den Lehrkörpern und der Schulverwaltung“ sowie „Mitwirkung der Eltern und der Lehrerschaft“, Kindergärten, Schulheime, Ferienkolonien sowie „Sanatorien für schwächliche und kränkliche Kinder“, „Fach- und Fortbildungsschulen für die schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechts“, „Arbeitsunterricht in allen Schulen“, „Lehrwerkstätten“ und „Pflege der künstlerischen Bildung“, „Festsetzung der Klassenfrequenzen und der Unterrichtszeit“, „Organisation des inneren Schulbetriebes ausschließlich nach pädagogischen Grundsätzen“, „Errichtung von besonderen Klassen und Schulen für abnorme Kinder (schwachbegabte, viersinnige, epileptische usw.)“ sowie „Überwachung des Gesundheitszustandes der Kinder durch Schulärzte“, „Bau- und Ausgestaltung von Schulgebäuden nach den Forderungen der Pädagogik, Schulhygiene und Kunst“, „Errichtung von Bädern, Schwimm-, Wärme- und Speisehallen in den Schulen“ sowie von „Volksbibliotheken, Lesehallen und Instituten für Volksbelehrung und -unterhaltung (Volkskonzerte, Volksvorstellungen usw.)“, „materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen“, universitäre Lehrerausbildung.

Der *vierte Leitsatz* räumt der *Familienerziehung* einen hohen Stellenwert ein. Sie habe „nicht die Tendenz, die Erziehung im Heim auszuschalten, sondern sie zu vertiefen“, nicht bloß als „Mutterwerk“, sondern als „gemeinsames Elternwerk“. Mit

„liebevolle[m] Ernst und der größten Gewissenhaftigkeit“, aber auch „im Geiste der sozialistischen Weltanschauung“ sollen sozialdemokratische Eltern ihre Kinder erziehen. Denn solange „die Volksschule als Werkzeug der Klassenherrschaft mißbraucht“ würde, könne „sich die häusliche Erziehung nicht harmonisch an den Schulunterricht angliedern“, sie müsse „vielmehr im großen Umfange bewußt und planmäßig den Tendenzen entgegenwirken, welche diesen verfälschen und vergiften“, – allerdings nicht dadurch, „daß man die unmündigen Kinder zum Auswendiglernen programmatischer Formeln zwingt“. Sie sollen „in die Welt des natürlichen und sozialen Lebens und seiner Triebkräfte“ so eingeführt werden, „daß sie den Menschen als ein Glied in der unendlichen Kette alles natürlichen und sozialen Seins erfassen lernen; daß man sie zum Wollen und zum Gebrauch der Freiheit erzieht; daß man in ihnen die Gefühle der Brüderlichkeit, der Liebe zur Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Schönheit erweckt und pflegt. Das lebendige persönliche Beispiel der Erziehenden“ sei hierfür ebenso wichtig wie die Förderung der „erzieherische[n] Aufgabe der Eltern“ durch die sozialdemokratische Presse und „eine geeignete sozialistische Kinderliteratur“.

Die letzten beiden Leitsätze greifen Erziehungsinteressen der Sozialdemokratie selbst auf. Der *fünfte Leitsatz* fordert in Abgrenzung von der bürgerlichen Weltanschauung, Wissenschaft und Kunst eine *neue Qualität der Erwachsenenbildung*, die es der Sozialdemokratie selbst zur Aufgabe macht, mit Arbeiterbildungsschulen und einem breiten kulturellen Angebot für die allseitige Weiterbildung ihrer Mitglieder zu sorgen. Als „Träger einer in sich geschlossenen Weltanschauung, die zwar die konsequente Fortentwicklung der höchsten wissenschaftlichen und künstlerischen Ideale unserer Zeit“ sei, könne das Proletariat „die bürgerliche Geisteskultur nicht einfach übernehmen“, sondern müsse „sie vielmehr seiner eigenen Weltanschauung gemäß umwerten. Die wohlmeinendsten und an sich verdienstlichen Bestrebungen bürgerlicher Kreise zur Hebung der wissenschaftlichen und künstlerischen Volksbildung“ hätten daher nur „relativen Wert“. „Die Sozialdemokratie“ könne „an solchen Bestrebungen keinen Anteil haben“.²⁵ Die Organisation einer solchen Bildungsarbeit sollte dem Bildungsausschuß, „bestehend aus Theoretikern und Praktikern“, übertragen werden.

Der vergleichsweise knapp gehaltene *sechste Leitsatz* gilt mit der Hinwendung zur *Jugendarbeit* einem Thema, das vor dem Hintergrund einer sich ausbreitenden bürgerlichen Jugendbewegung und der Forcierung staatlich organisierter staatsbürgerlicher Erziehung zwischen Schule und Militär auch die Sozialdemokratie drängte. Es sei ihre Pflicht, „die aus der Schule entlassene proletarische Jugend mit der Weltanschauung des Sozialismus zu erfüllen und für die aktive, zielbewußte Anteilnahme am proletarischen Emanzipationskampfe vorzubereiten. Zur Lösung dieser Aufga-

25 Die Erstfassung enthält den später entfallenen Nachsatz: „Angesichts der schreienden Bildungsbedürftigkeit der breitesten Massen steht sie ihnen jedoch sympathisch gegenüber, soweit sie nicht bewußt zu Mitteln entwürdigt werden, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu trüben und die Energie seines Klassenkampfes abzuschwächen.“ (Protokoll 1906, S.122).

be“ sollten „geeignete Jugendorganisationen“ geschaffen, „Vorträge, Vortragszyklen und Unterrichtskurse“ veranstaltet, „das Lesebedürfnis“ geweckt und gefördert, „gesellige Zusammenkünfte und die Feste der proletarischen Organisation [...] dem erstrebten Ziele nutzbar“ gemacht und „durch ein eigenes periodisches Organ“ unterstützt werden.

Auf dem Parteitag selbst wurden die Leitsätze in der Nachmittagssitzung des fünften Verhandlungstages am 28. September 1906 als Tagesordnungspunkt 7 „Sozialdemokratie und Volkserziehung“ – im Anschluß an eine Diskussion zum Thema „Maifeiern“ – von Heinrich Schulz und Clara Zetkin in ausführlichen Vorträgen erläutert. Beide entwickelten ihre Auffassungen in kritischer Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Pädagogik, schlossen an humanistische pädagogische Traditionen an und verwiesen vor allem auf machtsstrukturelle Zusammenhänge von Bildung und Erziehung. Heinrich Schulz referierte zu den ersten drei, Clara Zetkin danach zu den übrigen Leitsätzen. Allerdings kam sie über den Schwerpunkt Familienerziehung nicht hinaus. Ein Schwächeanfall nach eineinhalb Stunden Redezeit veranlaßte den Versammlungsleiter Paul Singer, Zetkins Vortrag vorzeitig abubrechen, die noch fehlenden Passagen wie die beiden Referate überhaupt zum Druck zu empfehlen und die Diskussion der Leitsätze in den Bildungsausschuß zu verlegen, um dann auf einem nächsten Parteitag darüber entscheiden zu können.²⁶ Der Verzicht auf eine Debatte schien der Stimmungslage des Parteitages zu entsprechen. Während einige Delegierte zunächst eine „allgemeine Diskussion in der Presse und in Parteiversammlungen“ wünschten und andere eine nochmalige Thematisierung auf einem Parteitag generell für überflüssig hielten, weil auf kaum einem Gebiet „so wenig Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei bestehen“ würden, wurde einzig in der Jugendfrage auf eine klare Positionierung gedrängt. Sie zumindest müsse aus dem „allgemeinen Kindermord“ ausgenommen werden und dürfe nicht „in den großen Korb“, „den sich der neu zu bildende Bildungsausschuß anschaffen soll“, versenkt werden.²⁷ Voten für die Schaffung eigenständiger Jugendorganisationen²⁸ sowie für den zentralen Bildungsausschuß²⁹ blieben dann schließlich auch die zunächst einzigen Resultate.

Dieses vage Ende der Verhandlung ließ nicht nur in Nachbetrachtungen zum Mannheimer Parteitag Spekulationen aufkommen, sondern führte auch in der pädagogischen Historiographie zu ganz verschiedenen Deutungen. Ob es tatsächlich ein Winkelzug der Revisionisten zur Verhinderung der Annahme der Leitsätze gewesen ist, wie in manchen Darstellungen vermutet wurde, läßt sich anhand der verfügbaren Materialien nicht sicher nachvollziehen. Tatsache ist, daß Kritik an den Leitsätzen vor allem aus Kreisen des revisionistischen Flügels geäußert wurde. Tatsache ist auch, daß es zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht kam, obgleich die in

26 Siehe Protokoll 1906, S.358f.

27 Dieser Antrag wurde von Ludwig Frank gestellt. Ebenda, S.359f.

28 Siehe ebenda, S.379-381.

29 Siehe ebenda, S.359f., 381.

den Leitsätzen behandelten Bildungsfragen mit Heinrich Schulz als Geschäftsführer des Bildungsausschusses ihren gewichtigsten Fürsprecher hatten.³⁰ Sein Referat wurde 1907 unter dem Titel „Sozialdemokratie und Schule“ als Broschüre veröffentlicht; Clara Zetkins Vortrag hingegen blieb unvollendet und unveröffentlicht – ein Umstand, der vermutlich eher auf Zeitmangel als auf Intrigen irgendwelcher Art zurückzuführen ist.³¹

Kontroversen und Kritiken

Obgleich die Diskussion der Leitsätze unter dem Tagesordnungspunkt 7 knapp ausfiel und auch die dem Parteitag im Vorfeld eingereichten, mehrheitlich zustimmenden Anträge und Stellungnahmen eher den Eindruck eines breiten Konsenses in Bildungs- und Erziehungsfragen stützen, lassen sich bei genauerer Betrachtung Differenzen nicht übersehen. *Kontroverse Auffassungen* zeigten sich zum einen in der Debatte über *eigenständige proletarische Jugendorganisationen*, zum anderen über die im „Bericht über die Frauenkonferenz“ erhobene Forderung, zur Unterstützung der arbeitenden Frauen die *Einrichtung von Kindergärten* zu forcieren. In beiden Fällen stand die immer wiederkehrende pädagogische Frage im Raum, inwieweit „die Politik bei der Jugenderziehung aus dem Spiel zu lassen“³² sei, in der Konsens nicht zu erwarten und wohl auch nicht möglich war. Zu weit gingen die Auffassungen hierzu auseinander. Während beispielsweise Simon Katzenstein und in gewissem Maße auch Käthe Duncker jeglicher weltanschaulicher Erziehung im frühen Kindesalter skeptisch gegenüberstanden, argumentierte Heinrich Schulz ganz im Sinne Clara Zetkins: „Gewiß können wir die Kindergärten nicht auf ein bestimmtes Parteiprogramm verpflichten, noch wollen wir, daß etwa die Kirchenlieder durch Parteiverse ersetzt werden. Was wir aber wollen, das ist, daß die Kinder im Geiste des Sozialismus erzogen werden“.³³ Analog zu den Positionen des fünften Leitsatzes machte Schulz seine Auffassung an der Unterschiedlichkeit bürgerlicher Wertesysteme und „sozialistischer Ethik“ fest, wie sie sich „zum Beispiel in der Bewertung des Streikbrechers,

30 Der Zentrale Bildungsausschuß war bereits ein Jahr zuvor in Jena beschlossen worden, nahm aber erst am 13. Dezember 1906 mit nur sieben (vorgeschlagen waren 25) Mitgliedern seine Arbeit auf. Ihm gehörten an: Eduard David (Mainz), Hugo Heimann (Berlin, zugleich Vorsitzender), Karl Korn (Kiel), Franz Mehring (Leipzig), Heinrich Schulz (Bremen, zugleich Geschäftsführer), Georg von Vollmar (München) und Clara Zetkin (Stuttgart). Der Parteivorstand war durch August Bebel im Bildungsausschuß vertreten. Nach Schulz repräsentierten David und Vollmar die „Revisionisten“, Mehring, Zetkin, Korn und Schulz die „Radikalen“. Siehe Schulz, Politik, S.94.

31 Abgedruckt wurde der Vortrag, soweit gehalten, in: Protokoll 1906, S.347-359; auch in Clara Zetkin: Revolutionäre Bildungspolitik und marxistische Pädagogik. Ausgewählte Reden und Schriften. Eingel. u. erl. von Gerd Hohendorf, Berlin 1983, S.181-196; ausführlich auch bei Karl Christ: Sozialdemokratie und Volkserziehung. Die Bedeutung des Mannheimer Parteitages der SPD im Jahre 1906 für die Entwicklung der Bildungspolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung, Bern/Frankfurt a. M. 1975.

32 Protokoll 1906, S.380.

33 Ebenda S.410f.

des Kadavergehorsams, der Freiheitsliebe und der Gerechtigkeit“ darstelle. Kindergärten dürften daher nicht „auf der Basis der bürgerlichen Weltanschauung“ gegründet werden.³⁴ Damit positionierte er sich zugleich in der ebenfalls diskutierten Frage, inwieweit sich die Sozialdemokratie Kindereinrichtungen „im Geiste moderner sozialer Pädagogik“ anschließen könne: „Noch so wohlwollende, brave bürgerliche Philanthropen dürfen nicht an ihrer Spitze stehen. [...] Diese bürgerlichen Elemente verfügen regelmäßig über die höhere Intelligenz, vor der unsere Parteigenossen vielfach eine leider unbegründete Hochachtung haben. Sie würden daher zu unserem Schaden vielfach die Leitung an sich reißen.“³⁵ Hintergrund dieser Auseinandersetzung waren nicht nur das ambivalente Verhältnis zur bürgerlichen Reformpädagogik, sondern mehr noch Unsicherheiten in der Kindergartenfrage überhaupt. Sie reichten vom Wunsch einer Delegierten, daß eines Tages die Frauenarbeit verschwinden möge, damit „jede Mutter ihre Kinder selbst erziehen kann und wir keine Krippen und Kindergärten mehr brauchen“,³⁶ bis hin zur Überlegung, ob Kindergärten als kommunale und staatliche Einrichtungen *gefordert* oder auf dem Weg der *Selbsthilfe* als *genossenschaftliche Einrichtungen selbst gegründet* werden sollen. Gegen staatliche und kommunale Kindergärten stand die Angst vor religiöser Beeinflussung der Kinder und Untergrabung der „Autorität der Mütter“³⁷; gegen genossenschaftliche Kindergarten Gründungen wandte sich wiederum Heinrich Schulz, der einer der energischsten Fürsprecher eines reichseinheitlichen staatlichen Schulsystems war, – diesmal mit der Warnung vor pädagogischer Unprofessionalität: „Wir treten für die staatliche Volksschule ein, trotzdem sie heute in einem durchaus uns entgegengesetzten Sinne geleitet wird. Ebenso wenig dürfen wir uns gegen die staatlichen und kommunalen Kindergärten wehren. Damit will ich der genossenschaftlichen Bewegung auf diesem Gebiete durchaus nicht den Weg versperren, aber vorsichtig mahnen, da hier pädagogisch ungeeignete Personen das größte Unheil anrichten können.“³⁸

Waren mit diesen spannungsreichen, auf dem Parteitag offen gebliebenen Fragen bereits wesentliche Konfliktpunkte angesprochen, setzten sich Auseinandersetzungen im Umfeld des Parteitags fort. Kritiker der in Mannheim vorgetragenen Erziehungspositionen kamen vorwiegend aus Autorenkreisen der „Sozialistischen Monatshefte“, ihre Befürworter äußerten sich eher in der „Neuen Zeit“ und in der „Gleichheit“. Ein in den „Sozialistischen Monatsheften“ abgedruckter Bericht über den Parteitag zieht in diesem Zusammenhang den Sinn der Leitsätze generell in Zweifel. Es könne „doch wirklich nicht die Aufgabe eines Parteitags“ sein, „sich ausführliche Referate über Geschichte der Pädagogik, das zukünftige, sozialistische Erziehungsprogramm, wie es vielleicht in hundert Jahren einmal – und dann wohl auch nicht in der Weise, wie es sich Genosse Schulz vorstellt – zur Ausführung kommen wird, über die gegenwärtige und zukünftige Familie, über Kindertrockenle-

34 Ebenda.

35 Ebenda, S.411.

36 Ebenda, S.406.

37 Ebenda.

38 Ebenda, S.410.

gen und Kinderwagenschieben [...] halten zu lassen. Und ebenso wenig ist unseres Erachtens der Parteitag der Ort, um dogmatische Glaubenssätze über die Umwertung der bürgerlichen Geisteskultur durch das Proletariat gemäß seiner eigenen geschlossenen Weltanschauung, die auch wieder nur von den beiden Referenten vorausgesetzt wird, zu prüfen und festzulegen“.³⁹ Wie hier, richtete sich Kritik vor allem gegen die im fünften Leitsatz behauptete „geschlossene Weltanschauung des Proletariats“ und die geforderte Abgrenzung von der bürgerlichen Kultur und Wissenschaft, die sich im vorliegenden Kontext in der Frage zuspitzte, ob es eine spezifisch proletarische Pädagogik überhaupt geben könne, auf die – wiederum konternd – hier von E. Korn in der „Neuen Zeit“ reagiert wurde: „Mit dem Sein fällt natürlich auch das Soll der proletarischen Bildung; wird die Frage nach der Existenz der proletarischen Bildung sogar ihrer Möglichkeit nach verneint, so erübrigt sich erst recht alles Theoretisieren über die Aufgaben und Ziele einer solchen unmöglichen Bildung. Der Mannheimer Parteitag hätte dann dem Bildungsausschuß einen im wörtlichen Sinne gegenstandslosen Auftrag erteilt. Indessen, so verzweifelt liegt die Sache der proletarischen Bildung, wie mir scheint, denn doch noch nicht, und wenn wirklich bei der Erörterung dieser Frage prinzipielle Fehler begangen worden sind, so glaube ich, daß sie eher auf der Seite der Leugner jenes Begriffs liegen als bei jenen, die die Existenzberechtigung des Begriffs vorweggenommen und frischweg seinen Inhalt und seine Konsequenz für den Klassenkampf des Proletariats untersucht haben.“⁴⁰

Waren die Auseinandersetzungen einerseits vom Richtungsstreit zwischen „Reformern“ und „Radikalen“ beeinflusst, der sich zunehmend auch auf alle „Nebenschauplätze“ übertrug, verwiesen sie andererseits, abgesehen von polemischen Überspitzungen und Zuschreibungen, durchaus auch auf *verallgemeinerbare Konfliktbereiche*. Als solche erwiesen sich z. B. Widersprüche zwischen *utilitaristischen, auf Brauchbarkeit und Verwertbarkeit reduzierten Bildungsauffassungen und Orientierungen auf allseitige, allgemeine Menschenbildung*, die sich besonders in unterschiedlichen Auffassungen über den *Zweck der Verbindung von Bildung und Arbeit* niederschlugen⁴¹; mehr aber noch das *Spannungsverhältnis* zwischen *allgemein-humanistischen* und *proletarisch-sozialistischen Wertvorstellungen*, in dem sich Ansichten über Ziele, Inhalte und Reichweite politischer und weltanschaulicher Erziehung zunehmend – bis hinein in die Kinder- und Jugendarbeit der SPD und KPD in der Weimarer Republik – polarisierten.⁴² Im Dis-

39 Sozialistische Monatshefte, 10 (1906) 10, S.895.

40 E. Korn: Klassenbildung, in: Die Neue Zeit, 25 (1906/07) 38, S.385.

41 Kontroversen galten besonders dem Ziel, mit der Verbindung von Bildung und Arbeit zur Überwindung des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit beitragen zu wollen, das von Karl Kautsky (siehe Der Parteitag von Mannheim, in: Die Neue Zeit, 25 [1906/07] 1, S.5) gestützt, von Eduard David (siehe Die Bedeutung von Mannheim, in: Sozialistische Monatshefte, 10 [1906] 11, S.907-914) abgelehnt wurde.

42 Dieser Widerspruch wurde besonders von Edmund Fischer, einem Vertreter der Reformisten und langjährigen Streitgegner Clara Zetkins, thematisiert. Siehe: Jugenderziehung, in: Sozialistische Monatshefte, 10 (1906) 9, S.760-765.

kurs standen aber auch die maßgeblich durch Clara Zetkin bestimmten Positionen zur *Familienerziehung*, die in Otto Rühles Thesen vom tendenziellen Verfall traditioneller Familienstrukturen ihr Pendant hatten, und nicht zuletzt die *Haltung zur bürgerlichen Reformpädagogik* und zur Lehrerbewegung, die sich mit Beginn des 20. Jahrhunderts immer stärker differenzierten und in ihren liberalen und demokratischen Richtungen ihrerseits zunehmend mit sozialistischen Ideen sympathisierten.

Weiterentwicklung und Bedeutung der Mannheimer Leitsätze

Während viele der in den Leitsätzen aufgeworfenen Probleme auch in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten Streitthemen sozialistischen Bildungsverständnisses blieben, herrschte hinsichtlich der konkreten Schulforderungen kaum Dissens. Mit den Forderungen nach *Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens*, nach *Weltlichkeit und Wissenschaftlichkeit*, nach *Staatlichkeit* und *Unentgeltlichkeit* waren wesentliche Eckpunkte sozialdemokratischer Bildungsprogrammatik formuliert. Besonders die im dritten Leitsatz erhobenen Ansprüche an staatliche Bildungspolitik gingen vielerorts in die konkrete Schulpolitik der SPD ein. Die sächsische Sozialdemokratie erhob sie im September 1910 zu ihrem Schulprogramm.⁴³ Durchsetzbar waren sie vor 1918 allerdings nicht.

Ihre wohl umfassendste theoretische Weiterentwicklung erfuhren die Mannheimer Leitsätze 1911 in einem von Heinrich Schulz veröffentlichten Buch über „Die Schulreform der Sozialdemokratie“. Schulz verdichtete darin nicht nur die seit Mannheim weiterentwickelten pädagogischen Auffassungen zum Idealbild eines „großen, weiten, freien Schulpalast[es] der Zukunft“⁴⁴, sondern begründete auch, weshalb nur ein einheitliches Bildungssystem einer demokratisch organisierten Gesellschaft adäquat sein kann.⁴⁵ „Soll die Gesellschaft sich selbst regieren, will sie das komplizierte Räderwerk des gesellschaftlichen Produktionsprozesses nicht durch einige wenige Bevorzugte und Eingeweihte, sondern durch die öffentliche Kontrolle regulieren, [...] so muß sie den größten Wert darauf legen, daß jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft volles Verständnis für das Wesen der Gesellschaft, besonders für ihre ökonomische Basis, gewinnt.“⁴⁶ Bei einer „demokratischen Organisation der Gesellschaft“ müsse jeder „einzelne immer nach Maßgabe seines Könnens und Wollens zur Geltung“ kommen, niemand dürfe von der „Hungerpeitsche“ angetrieben sein, „Kopf und Hand“ müßten in eins arbeiten, „ohne Rangunterschied zwischen Kopf- und Handarbeit“. Erst dann könne sich „jeder gern und freudig für diejenige Arbeit zur Verfügung“ stellen, „für die ihn seine vollentwickelten körperlichen und geistigen Eigenschaften am besten qualifizieren“.⁴⁷ Aufgeklärtheit, Mitverantwortung und Mitbestimmung aller Menschen waren demnach die Eckpunkte einer Gesellschaftsidee, von der aus auch die Schulreform ihre konkrete Bestimmung erhielt.

43 Siehe Heinrich Schulz: Die Schulreform der Sozialdemokratie, Dresden 1911, S.V.

44 Ebenda, S.4.

45 Siehe ebenda, S.8f.

46 Ebenda, S.8.

47 Ebenda, S.8f.

Eine *mit produktiver Arbeit verknüpfte einheitliche Schule* entspräche nicht nur den Interessen der Arbeiterkinder, alle Kinder könnten profitieren, wenn sie in einer Schule gemeinsam lernen, arbeiten und leben, denn: „Je länger die Kinder in gemeinsamen Schulen und in gemeinsamer Arbeit beieinander bleiben, [...], um so besser werden sie ihre eigene Stellung im technischen Getriebe der Gesellschaft finden, und um so besser werden sie sich im späteren Leben auf ihren getrennten Posten gegenseitig achten.“⁴⁸

Heinrich Schulz' Konzept besitzt aus mehrfachen Gründen Bedeutung. Ihm gelang der Entwurf eines sozialintegrativen Bildungssystems, das dennoch die soziale Frage nicht übersieht, das in vielem moderne Standards europäischer Bildungsentwicklung vorwegnimmt und das in der damals bereits auseinanderdriftenden Sozialdemokratie dennoch offensichtlich breiten Konsens erreichte. Käte Duncker rezensierte sein Buch als „eine gute wissenschaftliche Grundlage für unsere praktische Schulpolitik“ und einen „Wegweiser“ und „Orientierungspunkt“ „unseres Schulideals“.⁴⁹ Es spiegelt zugleich einen Stand bildungsreformerischen Denkens in der Arbeiterbewegung, der auf lange Zeit nicht mehr überboten wird. Denn trotz partieller Erfolge in der Weimarer Republik ließ die Spaltung der Arbeiterbewegung, die auch ihre beiden führenden Pädagogen auf verschiedene Seiten stellte, die Komplexität und Reife des einstigen Reformprojektes kaum noch zum Tragen kommen.⁵⁰ Der ehemalige „Radikale“ Heinrich Schulz blieb bei der Mehrheit der SPD, ging ihren Weg der Kriegskreditbewilligung im Sommer des Jahres 1914 mit. Clara Zetkin bekannte sich zur Minderheit der Kriegsgegner. Im Mai 1917 wurde sie wegen ihres Eintritts in die USPD als Redakteurin der von ihr einst ins Leben gerufenen „Gleichheit“ entlassen und die Redaktion ausgerechnet Heinrich Schulz (gemeinsam mit Maria Juchacz) übergeben. Einer fruchtbringenden *gemeinsamen* Arbeit war damit ein Ende gesetzt. Schulz trug von 1919 bis 1927 als Staatssekretär für Schul- und Bildungsfragen im Reichsinnenministerium maßgeblichen Anteil an der von Kompromissen gezeichneten Schulpolitik der SPD in der Weimarer Republik, die in Zetkin eine ihrer schärfsten Kritikerinnen fand.⁵¹

Dennoch hatte die mit den Mannheimer Leitsätzen angebaute bildungspolitische Programmatik auch jenseits des Parteienstreits weiterhin Bestand. In ihrer Grundsubstanz, mehr oder weniger auch im Bewußtsein ihrer Widersprüche, prägte sie die bildungspolitischen Programme sowohl der SPD als auch der KPD, die bei vorurteilsfreier Betrachtung mehr Gemeinsames als Trennendes aufweisen. Ihre schulpolitischen Eckpunkte sind im „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“,

48 Ebenda, S.187.

49 Duncker, Schulreform, S.704.

50 So erschien auch eine Neuauflage des Schulzschen Buches im Jahre 1919 in einiger Abschwächung seiner ursprünglich starken gesellschaftskritischen Intention.

51 Siehe z.B. ihre Stellungnahme „Zu den Schultiteln der Weimarer Verfassung“, in: Zetkin Reden, S.287f.; außerdem ihre Reichstagsrede anlässlich der Beratung eines von Heinrich Schulz vorgelegten Entwurfs eines Reichsschulgesetzes vom 24.Januar 1922, in: ebenda, S.333-344.

das 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone verabschiedet wurde, ebenso zu finden wie im gescheiterten Gesamtberliner Schulgesetz von 1948 und noch immer, zumindest rhetorisch, in sozialdemokratischen und anderen sozialistischen Konzepten zur Reformierung des Bildungssystems. Die Vergegenwärtigung ihrer Geschichte führt aber gleichermaßen vor Augen, in welchem Maße einstige Ansprüche zurückgenommen, umgedeutet, angepaßt bzw. noch immer unabgeholten sind.

Christa Uhlig
Reformpädagogik: Rezeption und Kritik
in der Arbeiterbewegung. Quellenauswahl
aus den Zeitschriften *Die Neue Zeit* (1883-1918)
und *Sozialistische Monatshefte* (1895/97-1918).

Studien zur Bildungsreform. Bd. 46, hrsg. von Wolfgang Keim. Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a.M. 2006, ISBN 3-631-54798-6, 800 S.

Die Quellensammlung aus den theoretischen Zeitschriften *Die Neue Zeit* und *Sozialistische Monatshefte* bietet die Möglichkeit, das reiche pädagogische Gedankengut der Arbeiterbewegung wieder in das Bildungsdenken der Gesellschaft aufzunehmen und als eine Erkenntnisquelle humanistischer Pädagogik zu erschließen. Zeitlich kommt das wilhelminische Deutschland mit seinen schroffen Bildungswidersprüchen in den Blick. Inhaltlich steht die Haltung der Arbeiterbewegung zu den pädagogischen Reformbewegungen jener Zeit im Zentrum, mit denen sie sympathisierte und deren Grenzen ihr nicht verborgen blieben.

Aus dem Inhalt:

Herausbildung proletarischer Bildungsinteressen – personale Konstellationen im Umfeld der Sozialdemokratie und ihre Bedeutung für die Rezeption der Reformpädagogik – bildungstheoretische Ideen und Kontroversen in der Arbeiterbewegung – Rezeption reformpädagogischer Schriften – Diskurse über Arbeitsschule, Sozialpädagogik, Kunsterziehung, Kinder- und Jugendliteratur und Sexualerziehung – Projekte für eine Bildungsreform.

Zum 100. Jahrestag der Eröffnung der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin.

Ein Erinnerungsbericht von Alfred Keimling¹

Heinz Deutschland

Am 15. November 1906 wurde in Berlin, in der Lindenstraße 3, die Parteischule der sozialdemokratischen Partei Deutschlands feierlich eröffnet. August Bebel begrüßte die 31 Teilnehmer – 30 Genossen und eine Genossin –, die aus einer Gruppe von 65 Bewerbern für den ersten Kurs ausgewählt worden waren.²

Bereits vor der Eröffnung der Parteischule, aber auch in den wenigen Jahren ihrer Existenz, kam es in der Partei wiederholt zu heftigen Debatten über Sinn, Aufgaben und Ziel dieser Bildungseinrichtung, die vornehmlich in den sozialdemokratischen Presseorganen und auf den Parteitagten ausgetragen wurden.³

Doch die Parteischule erfreute sich nicht nur in Kreisen der Partei und Gewerkschaften großer Aufmerksamkeit, sie war von Anfang an Überwachungsobjekt der Politischen Polizei und wurde gründlich ausspioniert. Viele Informationen über den Ablauf der Kurse, den Lehrplan, die Teilnehmer, ja sogar die Entlohnung der Lehrer sind, da andere Quellen sich z. T. nicht erhalten haben, nur noch den von zahlreichen willigen und eifrigen Zuträgern gespeisten Polizeiakten zu entnehmen.⁴

Zu den Teilnehmern des ersten Kurses 1906/07 gehörte, von der Parteiorganisation in Dresden delegiert, der am 10. Februar 1878 in Dresden-Löbtau geborene Alfred

1 Im Rahmen dieser Dokumentation, die an ein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Bildungsarbeit bedeutendes Ereignis erinnern will, ist es nicht möglich und auch nicht beabsichtigt, die Geschichte und Bedeutung der Parteischule zu erörtern. Siehe dazu Dieter Fricke: Die sozialdemokratische Parteischule (1906-1914), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 2, 1957, S.229-248 und von Hans-Albrecht Schwarz: Die Parteischule (1906-1914), in: Josef Olbrich: Arbeiterbildung nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1890-1914). Konzeption und Praxis, Braunschweig 1982, S.189-280. Weniger ertragreich ist dagegen der Abschnitt „Leiter der Parteischule“, in: Peter Braune: Die gescheiterte Einheitschule. Heinrich Schulz – Parteisoldat zwischen Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert, Berlin 2004, S.137-140.

2 Siehe Vorwärts, 16.11.1906, 1. Beilage, S.2/3. Der Beitrag beginnt mit dem Satz: „Die Unterrichtskurse für Parteifunktionäre wurden heute (!) morgen im Schullokal, Lindenstr. 3, eröffnet.“

3 Siehe dazu u. a. Franz Mehring: Parteischule, in: Leipziger Volkszeitung, 26.7.1906, S.1/2; ders., Bildungsfragen, in: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Berlin 1966, Bd. 15, S.201-206; Rosa Luxemburg: Gewerkschaftsschule und Parteischule, in: Gesammelte Werke. Bd. 2, Berlin 1981, S.549-553; weitere ausführliche Angaben bei Hans-Albrecht Schwarz: Die Parteischule, S.189-280.

4 Siehe u. a. Dieter Fricke, Die Parteischule, S.232.

Keimling, der bereits als Schlosserlehrling im Metallarbeiterverband und in der sozialdemokratischen Partei organisiert war.

Zu Keimling liegen nur spärliche biographische Angaben⁵ vor, am ergiebigsten sind zwei Nachrufe.⁶ In der Leipziger Volkszeitung hieß es: „In Keimling ist einer jener Proletarier dahingegangen, die mit allen Fasern ihres Herzens an der Arbeiterbewegung hängen, für die der Sozialismus der Lebensinhalt geworden war. Schon frühzeitig [...] betätigte er sich in der Arbeiterbewegung in Dresden. [...] Mit zäher Unermüdlichkeit füllte er Lücke auf Lücke seiner Volksschulbildung, so daß ihn die Dresdener Genossen 1906 auf die soeben errichtete Parteischule sandten.“

Alfred Keimling hat über seine ersten Eindrücke nach wenigen Tagen Unterricht an der Parteischule in einem längeren Brief an Hermann Duncker berichtet, der sich im Duncker-Nachlaß erhalten hat. Duncker war seit Mitte August 1905 in Dresden, wie zuvor bereits in Leipzig, Leiter des örtlichen Arbeitersekretariats. Außerdem setzte er auch dort die zuvor in Leipzig begonnene Bildungsarbeit fort. Alfred Keimling war Käte und Hermann Duncker durch sein Engagement in der Jugendbewegung und sicher auch durch Teilnahme an einem Bildungskursus von Hermann Duncker näher bekannt. Sie schätzten ihn sehr⁷ und fühlten sich auch seiner Frau, der Genossin Emma Keimling, freundschaftlich verbunden. Der folgende ausführliche Brief Alfred Keimlings, eine Woche nach dem Beginn des Parteischulkurses verfaßt, belegt seinerseits, daß er vor allem Käte und Hermann Duncker über seine ersten Eindrücke berichten wollte.

5 Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933. Biographien-Chronik, Wahldokumentation. Ein Handbuch, Düsseldorf 1995, S.544 (Nr. 110400); Sächsische Parlamentarier 1869-1918. Die Abgeordneten der II. Kammer des Königreichs Sachsen im Spiegel historischer Biographien. Bearbeitet von Elvira Döschner und Wolfgang Schröder, Düsseldorf 2001, S.263 (Foto), S.404 (Kurzbiographie).

6 Genosse Keimling verstorben, in: Vorwärts Nr. 243, 3.9.1915, Beilage, S.1; Alfred Keimling †, in: Leipziger Volkszeitung Nr. 198, 3.9.1915, 1. Beilage, S.1.

7 Im Herbst 1907, also nach dem Besuch der Parteischule, als Alfred Keimling bereits Redakteur der Leipziger Volkszeitung war, schrieb Hermann Duncker an Konrad Haenisch: „Am Sonntag besuchte mich Keimling von der Leipzigerin. Ein sehr tüchtiger Genosse.“ Bundesarchiv Berlin N/2104/81, Bl. 103. Wenige Monate später, als Konrad Haenisch nach einer guten Kraft zur Verstärkung der Redaktion der Dortmunder Arbeiter-Zeitung suchte, empfahl ihm Hermann Duncker den Genossen Alfred Keimling mit folgender Charakteristik: „Ich schätze Keimling als einen äußerst bescheidenen, aber sehr kenntnisreichen und fähigen Menschen und bis in die Knochen radikal ... Keimling und seine kleine Frau sind zwei sehr sympathische und treue Menschen.“ Ebenda, Bl. 120. Hermann Duncker hat auch in einem persönlichen Gespräch versucht, Keimling für diese Aufgabe zu gewinnen, der aber gezögert hatte, zuzusagen. In einem Brief H. Duncckers vom 28.5.1910 heißt es dann: „Unter uns: Keimling bedauert jetzt, nicht sich zu Dir gemeldet zu haben, er ist mit Lensch etc. fertig. Ich sah ihn vorigen Sonntag ½ Stunde.“ (ebenda, Bl. 181) Siehe auch Anmerkung 17.

Alfred Keimling an Hermann Duncker⁸

„Werter Genosse!“

Berlin-S, d. 21.

Novbr. 06

Eine reichliche Woche ist vergangen seit meinem Weggang von Dresden, und die Schule ist in vollem Gang. Da ist es möglich, einige Erfahrungen zum besten zu geben über die Zweckmäßigkeit dieser Gründung und die Erfolge, die sie voraussichtlich haben wird. Natürlich bin ich weit davon entfernt zu glauben, daß mein Urteil endgültig oder auch nur einigermaßen umfassend sein könnte. – Um das letzte gleich zuerst zu nehmen, muß ich sagen, daß ich im großen und ganzen von der Auswahl der Unterrichtsfächer und Lehrer, wie auch der Art und Weise, wie der Unterricht erfolgt, durchaus befriedigt bin und daß ich schon jetzt die Überzeugung habe, daß diese neue Institution für die Partei von großem Nutzen sein wird. Natürlich konnten, wie das bei einer solchen neuen Einrichtung gar nicht anders denkbar ist, nicht von Anfang an alle Mängel vermieden werden. Die Lehrer und der Parteivorstand müssen eben auch erst lernen, welches die zweckmäßigste Methode ist. Dies ist vor allen Dingen deswegen notwendig, weil 1. die Lehrer fast sämtlich noch nicht als solche gewirkt haben und 2. die Vorbildung der Schüler im großen und ganzen doch eine minimale ist. Die Differenz in der geistigen Verfassung der Lehrer und Schüler ist ziemlich groß und ergibt für beide Teile in der ersten Zeit Schwierigkeiten. So ist von uns als nicht zweckmäßig empfunden worden, daß nachmittags Arbeitsstunden angesetzt wurden. In den Vormittagsstunden stürmen eine Reihe neuer Eindrücke auf den Geist ein, die verarbeitet werden müssen. Dies kann nicht geschehen, wenn 30 Mann in einem Raum zusammenkommen und dort sofort ihre neuen Kenntnis[se] niederschreiben oder mündlich wiedergeben sollen. Dazu ist Ruhe nötig, und die geistige Sammlung erfolgt am besten zuhause. Wir hoffen, daß das Lehrerkollegium dies einsehen wird und die Arbeitsstunden ausfallen läßt. Die Lehrer haben fast sämtlich sehr befriedigt, nur, das muß ich offen sagen, Gen. Hilferding nicht. Ich bin durch die Art seines Vortrags enttäuscht worden. Gen. Hilferding hat zweifellos tüchtige Kenntnisse, aber zum Pädagogen und Redner fehlt ihm

8 SAPMO-BArch. Berlin, NY 4445/184, Bl. 10-12. Außerdem existiert eine Ansichtspostkarte mit einem Foto der Kurssteilnehmer im Klassenraum. Sie enthält einen Gruß von A. Keimling und Emil Rauch an Hermann und Käte Duncker. Da die Briefmarke herausgeschnitten wurde, ist das Datum leider nicht zu rekonstruieren. Ebenda, NY 4445/184. Bl. 13).

9 Obwohl in erster Linie an Hermann Duncker gerichtet, galt der Brief natürlich auch seiner Frau Käte. Hermann Duncker sandte den Brief dann auch umgehend an seine Frau nach Stuttgart weiter, die dort gerade in der von Clara Zetkin geleiteten Zeitschrift „Die Gleichheit“ eine Tätigkeit als zweite Redakteurin aufgenommen hatte. In einem undatierten Brief von Ende November 1906 antwortete Käte Duncker: „Wenn wieder ein Brief von Keimling kommt, dann schicke ihn mir; ermutige ihn doch, alles genau zu schreiben. Es war der Genossin Zetkin sehr lieb, etwas Direktes zu hören; denn sie sagt, der Parteivorstand habe auch keine blasse Ahnung, wie man eine solche Sache anfassen müsse.“ (SAPMO-BArch., Berlin. NY 4445/122, Bl. 120). Clara Zetkin wurde zum Mitglied des Zentralbildungsausschusses beim Parteivorstand berufen, der sich am 13.12.1906 konstituierte.

sehr viel. Dadurch wird der Unterricht schleppend, ermüdend. In diesen Stunden hatte ich oft den Wunsch, daß Sie als Lehrer hier wären und über das Thema sprechen, Sie würden die Sympathien der Schüler in ganz anderem Maße gewinnen. Gen. Pannekoek hat mich sehr befriedigt, ebenso Gen. Schulz und Heinemann. Gen. Mehring hat erst an einem Tage gelehrt; an ihm fällt sofort die glänzende Beherrschung der Sprache auf. Gen. Stadthagen ist auf dem Gebiete des Arbeitsrechts zweifellos eine Autorität und wird die ihm gestellte Aufgabe sicher zur Zufriedenheit lösen. Den Gen. Rosenfeld habe ich noch nicht kennengelernt und kann mir deshalb noch kein Urteil erlauben. Als Fehler wird von den Schülern auch empfunden, daß die Unterrichtsstunden sie so in Anspruch nehmen, daß keine Zeit zum Lesen übrigbleibt. Vielleicht wird das besser werden, wenn alle sich an diese Art der geistigen Tätigkeit gewöhnt haben, in vollem Umfange glaube ich es allerdings nicht. In recht unglücklicher Weise ist die technische Seite, wenn ich so sagen darf, der Schule gelöst worden. Im gleichen Grundstück ist nämlich eine große Druckerei, die [der] Nationalzeitung vorhanden. Das Rattern der Automobile und der Lärm der Schnellpressen über dem Unterrichtslokal greift die Nerven sehr an und macht das Lernen zeitweilig unmöglich. Einige Unzuträglichkeiten ergeben sich auch daraus, daß die Lehrmittel nicht geliefert werden, d. h. wenigstens soweit wissenschaftliche Werke in Frage kommen. Schreibmaterialien erhalten wir natürlich, aber unsere Geldmittel reichen nicht aus, die Bücher anzuschaffen, die uns zur Lektüre empfohlen werden, und in der Schulbibliothek sind sie nicht in genügender Zahl vorhanden. Da wird hoffentlich ein Ausweg gefunden werden.

Zur Orientierung über die Verteilung der Lehrfächer sende ich Ihnen einen Stundenplan¹⁰, den ich mir von Genossen Schulz für Sie ausbat. Er ersuchte mich, Sie von ihm zu grüßen.

Ich hätte nun noch eine Bitte. Gen. Streine¹¹ bat mich, ihm einiges mitzuteilen über meine Erfahrungen etc. in Berlin und in der Parteischule. Ich finde nun so wenig Zeit, um alle Wünsche in dieser Richtung zu befriedigen und außerdem kostet's Geld, was nicht im Übermaß vorhanden ist. Ich möchte Sie nun bitten, wenn Sie mit Streine zusammenkommen, ihn zu grüßen und von dem, was ich Ihnen schrieb, seinen Wissensdurst zu stillen. Dies gilt auch für den Gen. Buck, den ich speziell grüßen lasse. Ich werde, wenn es mir möglich ist, ihm später auch selbst noch schreiben.

Was ist aus Essen geworden? Haben Sie den Lockungen widerstanden? Ich würde mich freuen, von Ihnen und Ihrer Familie gelegentlich einmal was zu hören.

NB. Neben mir sitzt ein Genosse, Steindrucker Brenner, zuletzt in Greiz, der früher dem Arbeiterverein in Leipzig angehörte, in dem Sie zuletzt, nach dem Parteitag, über Jugenderziehung gesprochen haben. Er fand Sie sehr gut und sagte mir im Vertrauen, daß er Sie geradezu verehere. Er bat mich ebenfalls, Sie zu grüßen. Sie

¹⁰ Hat sich im Duncker-Nachlaß nicht erhalten.

¹¹ Otto Streine, (1873 - ?), Dekorationsmaler, wird in Briefen Hermann Duncckers als Vorsitzender des Dresdener Gewerkschaftskartells erwähnt. Seit 1914 Vorsitzender des Verbandes der Maler.

werden vielleicht sich seiner erinnern, wenn ich Ihnen mitteile, daß er, ich glaube in der schon zitierten Versammlung, gegen den Alkoholgenuß gesprochen hat. Es kann das allerdings auch schon zu der Zeit gewesen sein, als Sie noch in Leipzig wohnten, ich erinnere mich jetzt nicht genau.

Nun zum Schluß. Ich will noch etwas lesen, da wir selbst heute, an einem Feiertag [Buß- und Bettag] fünf Stunden Schule hatten. Wenn wir da nicht gescheit werden, hilft überhaupt nichts.

Besten Gruß, ganz besonders auch an Ihre Gattin und Fräulein Bosse.

Ihr A. Keimling

Berlin-S.42, Moritzstr. 23, b. Hertzner.¹²

Alfred Keimling hat den Kursus der Parteischule mit Erfolg absolviert. „Von der Schule trat er 1907 als einer der besten Parteischüler¹³ in die Redaktion der Leipziger Volkszeitung [bis 1914] ein, in der er schließlich die Stellung des zweiten politischen Redakteurs bekleidete.“¹⁴ Da Alfred Keimling sich im Jahre 1908 an einer von Heinrich Schulz veranstalteten Schülerumfrage über den Nutzen der Parteischule beteiligte, kann hier auch seine Gesamteinschätzung des Parteischulbesuchs dokumentiert werden.

Erst durch den methodischen Unterricht in der Parteischule ist mir das volle Verständnis für die in unserer Parteiliteratur aufgespeicherten Schätze des wissenschaftlichen Sozialismus aufgegangen. Für den ungeschulten Arbeiter ist es außerordentlich schwer, trotz heißen Strebens, sich in den schwierigen Problemen der Nationalökonomie und Philosophie zurechtzufinden. Macht er sich ohne Lehrer an das Studium der wissenschaftlichen Werke, etwa das „Kapital“, heran, wird er nur in seltenen Fällen ein befriedigendes Resultat erzielen. Es bedarf eines eisernen Willens, durch bloßes Selbststudium das volle Verständnis für die dort untersuchten Probleme zu gewinnen, was meist schon durch die Überbürdung gerade unserer geistig strebsamsten Genossen mit Partei- und Gewerkschaftsarbeiten verhindert wird. Eine halbjährige systematische Unterweisung, wie sie die Parteischule gewährt, kann hier die Steine aus dem Weg räumen und die Lust zum Studium bedeutend steigern. Dazu kommt noch, daß der Unterricht auch auf eine Reihe praktischer Fächer ausgedehnt wird, die in der Parteiarbeit von großem Nutzen sind. Ich glaube mit gutem Gewissen sagen zu können, daß mir der Besuch der Parteischule, besonders in mei-

12 Die Parteischüler wohnten in Berlin privat bei sozialdemokratischen Genossen. Als Absolvent des zweiten Kursus der Parteischule wohnte Wilhelm Pieck ebenfalls bei der Familie Hertzner.

13 Im Nachruf des Vorwärts heißt es dazu: Im „ersten Kursus der Parteischule [...] war [er] nach dem einstimmigen Urteil seiner Lehrer und Mitschüler der Begabteste.“ Vorwärts Nr. 243, 3.9.1915, 1. Beilage, S.1.

14 Nachruf in der Leipziger Volkszeitung Nr. 198, 3.9.1915, 1. Beilage, S.1. In seiner Eigenschaft als zweiter Redakteur ist Alfred Keimling 1908 und 1911 wegen des Vergehens gegen „pressegesetzliche Bestimmungen“ (Beleidigungsklagen) zu Geld- bzw. zu Haftstrafen verurteilt worden. Siehe dazu: Staatsarchiv Leipzig, Vorgang Amtsgericht Nr. 589, 689 u. 690.

ner Stellung als Redakteur, von großem Nutzen gewesen ist und auch in Zukunft noch sein wird.¹⁵

Bei den Wahlen zur zweiten sächsischen Kammer 1909 kandidierte Alfred Keimling im 7. Wahlkreis (Leipzig-West) und wurde „mit erdrückender Mehrheit“ gewählt. Im Landtag beschäftigte er sich vor allem mit Fragen der Jugendpflege und der Gewerbeaufsicht und galt auf diesen Gebieten als ausgewiesener Kenner der Materie.¹⁶

1914 wurde Alfred Keimling nach Berlin in eine zentrale Funktion berufen. „Sein unermüdlicher Fleiß, seine Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit waren es auch“, heißt es im Nachruf der LVZ, „die die Reichstagsfraktion bewogen, ihn im Frühjahr 1914 zu ihrem Sekretär zu wählen, nachdem ihm vorher die politische Leitung mehrerer Parteiblätter¹⁷ angeboten worden war. Nicht leichten Herzens schied er von Leipzig, denn besonders in der Jugendbewegung hatte er sich einen ihm sehr zusagenden Wirkungskreis geschaffen. Und so wird es nicht zuletzt die Leipziger Jugend sein, die die Todesnachricht mit schmerzlichem Empfinden aufnimmt.“¹⁸ Hervorgehoben wird auch „seine freundliche, bescheidene Art“¹⁹, die ihm viele Freunde und Anerkennung eintrug.

Alfred Keimling war mit Sicherheit kein Befürworter des imperialistischen Krieges und auch kein Verfechter des Burgfriedens. Vielleicht mußte er deshalb, ungeachtet seiner Funktion als Sekretär der Reichstagsfraktion, schon bald nach Kriegsbeginn einrücken. Da er als ungedienter Landsturmann gemustert war, gelang es ihm, sich freiwillig als Krankenpfleger zu verdingen und damit den Waffendienst zu meiden. Nach kurzer Ausbildung wurde er zunächst in Berlin verwendet, kam dann auf seinen Wunsch in ein Kriegslazarett nach Belgien und von da im Sommer 1915 nach Rußland. „Im Lazarett von Ostrolenka ist Genosse Alfred Keimling [...] in Verfolg seiner Samaritertätigkeit [am 1. September 1915] verstorben. Bei der Behandlung Verwundeter und Erkrankter hatte er sich selbst einen tödlichen Krankheitskeim zugezogen.“²⁰

15 Vorwärts Nr. 209, 6.9.1908, 1. Beilage S.1.

16 Siehe dazu auch: Staatliche Jugendpflege in Sachsen. Eine Materialsammlung. Herausgegeben von Alfred Keimling, Dresden 1912.

17 Wie bereits in Anmerkung 7 erwähnt, hatte sich Hermann Duncker 1908 dafür eingesetzt, Alfred Keimling für die Redaktion der Dortmunder Arbeiter-Zeitung zu werben. 1911 unmittelbar nach dem Jenaer Parteitag bemühte sich Käthe Duncker, Alfred Keimling für den Posten des Chefredakteurs der Schwäbischen Tagwacht zu gewinnen (siehe dazu zwei Briefe von A. Keimling an Käthe Duncker, SAMPO-BArch., Berlin, NY 4445/253, Bl. 23-26).

18 Siehe dazu u. a. die separate Traueranzeige des Jugend-Bildungs-Vereins Plagwitz-Lindenau-Schleussig in der Leipziger Volkszeitung Nr. 201, 6.9.1915, S.4. Wie Fritz Globig berichtet, fungierte Alfred Keimling als „Beirat“ dieses Jugend-Bildungs-Vereins und nahm gelegentlich zusammen mit Frau und Tochter an dessen Ausflügen teil. „Es bestand zwischen Keimlings und der Jugend keinerlei Abstand.“ Fritz Globig: Aber verbunden sind wir mächtig, Berlin 1958, S.82.

19 Nachruf im Vorwärts Nr. 243, 3.9.1915, 1. Beilage, S.1.

20 Ebenda. Traueranzeigen des Parteivorstands und der DMV Verwaltungsstelle Berlin erschienen im Vorwärts Nr. 243, 5.9.1915 auf S.3 u. 4.

Der sinnlose Tod des aufrechten, aktiven und wegen seiner „prächtigsten menschlichen Eigenschaften“ hochgeschätzten Genossen hat auch Käte und Hermann Duncker tief erschüttert. Hermann Duncker, der selbst erst zwei Wochen zuvor in die Uniform gesteckt worden war, schrieb seiner Frau am 4. September 1915: „Eben, Sonnabend nachmittag 4 Uhr, erhalte ich Dein Telegramm und die Karte mit der Nachricht vom Tode Keimlings.²¹ Sie hat mich sehr, sehr erschüttert. Ich schrieb ihr [Frau Keimling] gleich und lege den Brief, da ich die Adresse nicht weiß, bei. Du gibst ihn ihr wohl. – Es ist grauenvoll, ich habe hier in meinem Zimmerchen verzweifelt geweint – die Arme – und was ist unser Los? [...] Liebste, nun laß uns tapfer helfen, wo wir andere leiden sehen. Du wirst der Genossin Keimling gewiß einen kleinen Trost sagen können. Ein wundes Herz ist dankbar für jede wärmende Hand.“²²

Der Kontakt der Familie Duncker zur Genossin Emma Keimling ist offenbar auch in den folgenden Jahren nicht völlig abgerissen. Am 14. März 1933 jedenfalls schrieb Käte Duncker an ihren in Spandau inhaftierten Mann: „Heute um 6 Uhr war ich bei der Einäscherung von Emma Keimling – endlich ist sie von ihrem schrecklichen Krebsleiden erlöst. Ich traf im Krematorium alte Steglitzer Bekannte, auch die Witwe von Heinrich Schulz und die Frau von Karl [Schulz], der bei Dir in Spandau ist.“²³

21 Nach dem Umzug der Familie Keimling nach Berlin (Anf. 1914) wohnte sie in Steglitz in unmittelbarer Nachbarschaft der Dunckers. Nach dem Tod ihres Mannes hat Emma Keimling zusammen mit ihrer Tochter kurze Zeit bei Käte Duncker gewohnt.

22 „Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten.“ Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915 bis 1917, Bonn 2005, S.24/25. Siehe dort (S.26) auch den Brief von Karl Liebnecht an Hermann Duncker mit Bezugnahme auf Keimlings Tod.

23 SAPMO-BArch. Berlin, NY 4445/ 150, Bl. 8.

„Der Bote aus dem Katzbachthale“ (Juli 1845 - Juni 1846). Die erste soziale Zeitschrift Schlesiens

Walter Schmidt

In der Mitte der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts entstand in Deutschland geradezu schlagartig eine sogenannte soziale Literatur. Schlesien war zu diesem Zeitpunkt in der Öffentlichkeit zu einem Brennpunkt sozialer Konflikte in Deutschland geworden.¹ Es war vor allem der schlesische Weberaufstand von Anfang Juni 1844, der deutlich gemacht hatte, daß proletarisches Elend, bislang nur unter dem verschleiernenden Schlagwort Pauperismus behandelt, und gleichzeitig aufkeimender Widerstand der Arbeiter – was beides bisher nur als Phänomene im industriell entwickelten England ausgemacht worden war – als unübersehbare Folgen der kapitalistischen Entwicklung um Deutschland keinen Bogen machten. In Schlesien hatte Wilhelm Wolff mit seinem aufwühlenden Bericht über die Lage von Obdachlosen in den Breslauer Kasematten schon im November 1843 den Auftakt zur Erörterung der Elendslage proletarischer Schichten gegeben.² Im Anschluß daran wurde die sogenannte soziale Frage in Schlesiens Zeitungen Tagesthema, wobei die Notlage der schlesischen Weber immer stärker in den Mittelpunkt rückte. Nachdem Wolff noch 1844 die erste historische Darstellung des Weberaufstands verfaßt hatte und diese 1845 im „Deutschen Bürgerbuch“ in Darmstadt auch erschienen war, wurde offensichtlich, daß sich in dieser Provinz eine sozialistische Strömung zu formieren begonnen hatte.

Wesentlich stimuliert wurde die Beschäftigung mit der Situation der Arbeiter durch Friedrich Engels' 1844 erschienenen Buch über die „Lage der arbeitenden Klasse in England“.³ In Schlesien wie im Rheinland und in Westfalen nahmen sich nun Zeitungen und Zeitschriften des sozialen Themas an. In Schlesien galt das vor allem für die „Breslauer Zeitung“ und deren wöchentlich erscheinendes Beiblatt, die „Schlesische Chronik“, die seit 1842 unter der Regie von Moritz Elsner stand, einem alten Burschenschafter, promovierten Naturwissenschaftler und Gymnasiallehrer, der sich mit einer Verteidigungsschrift Hegels 1839 als Junghegelianer zu erkennen gegeben hatte.⁴ Im Rheinland wurden neue Zeitschriften gegründet, die sich zur Aufgabe stellten, über die Notlage der Arbeiter zu berichten und zugleich sozialistische Ideen

1 Dazu siehe Auguste Cornu: Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk, 3. Bd. 1845-1846, Berlin 1968, S.17-54; Helmut Bleiber: Zwischen Reform und Revolution. Lage und Kämpfe schlesischer Bauern und Landarbeiter im Vormärz 1840-1847, Berlin 1966; Walter Schmidt: Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten 1809-1846, Berlin 1963, S.129-155.

2 Siehe Wilhelm Wolff: Aus Schlesien, Preußen und dem Reich. Ausgewählte Schriften, hrsg. und eingeleitet von Walter Schmidt, Berlin 1985, S.33-38; Schmidt, Wolff, S.168-182.

3 Siehe Cornu, 3. Bd., S.109-148.

4 Siehe Walter Schmidt: Moritz Elsner und die 1848er Demokratie in Schlesien, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 63, 2004, S.19-55.

zu rezipieren und zu verbreiten. In diese Richtung entwickelten sich „Das Weser-Dampfboot“ (1844) und vor allem das nach dessen Verbot daraus hervorgehende „Westphälische Dampfboot“, das Otto Lünig, ebenfalls ehemaliger Burschenschafter und seit Anfang der vierziger Jahre demokratischer Oppositioneller, seit 1845 in Bielefeld, später in Paderborn herausgab.⁵ In der Rheinprovinz widmete sich seit 1844 die „Triersche Zeitung“⁶ auffallend den neuen sozialen Problemen des entstehenden Proletariats. Zum wichtigsten sozialen Periodikum in Deutschland wurde der „Gesellschaftsspiegel“, der, von Moses Heß (mit Unterstützung durch Engels) gegründet und redigiert, von Mai 1845 bis Juli 1846 in Elberfeld erschien und weit über das Rheinland hinaus auf ganz Deutschland ausstrahlte.⁷ Er stellte sich zur Aufgabe, an konkreten Beispielen über die Ausbeutung des Proletariats in Deutschland zu informieren und dadurch den Arbeitern zum Bewußtsein ihrer Lage zu verhelfen. Im gleichen Zeitraum erschienen zwei einflußreiche Sammelschriften, in denen die soziale Frage und sozialistische Auffassungen erörtert wurden, die „Rheinischen Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform“, 1845 und 1846 von Hermann Püttmann in Darmstadt und Belle-Vue herausgegeben, und das ebenfalls von Püttmann 1845 und 1846 in Darmstadt und Mannheim herausgegebene „Deutsche Bürgerbuch“.

Kein Wunder, daß in dieser von neuen sozialen Konflikten bestimmten Atmosphäre gerade auch in Schlesien sozial orientierte und sich sozialistischen Auffassungen nähernde Demokraten es für notwendig erachteten, eine Zeitschrift aus der Taufe zu heben, in der die neuen gesellschaftlichen Phänomene erörtert werden konnten. Der Liegnitzer Verleger und Buchdruckereibesitzer Harry Karl Robert d'Oench nahm sich der Sache an. Geboren um 1813, galt er den Behörden bereits als oppositionell, zumal er schon eine sich zunehmend regierungskritisch verhaltende Zeitung, die „Silesia“, herausgab.⁸ In der Revolution von 1848/49 wurde er Anfang Mai 1849 wegen Majestätsbeleidigung verhaftet, konnte aber in die USA flüchten und hielt sich 1851 in New York auf. D'Oench stellte das neue Organ als Herausgeber unter die Verantwortlichkeit seines Verlags. Um der für Zeitungen notwendigen Konzesse-

5 Siehe Kurt Koszyk: Das „Dampfboot“ und der Rhedaer Kreis, in: Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 2, 1958, S.1-60; Dieter Dowe: Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820-1852, Hannover 1970, S.68f.; Herwig Förder: Marx und Engels am Vorabend der Revolution. Die Ausarbeitung der politischen Richtlinien für die deutschen Kommunisten (1846-1848), Berlin 1960, S.75-95.

6 Siehe Cornu, 3. Bd., S.47; Karl Obermann: Joseph Weydemeyer. Ein Lebensbild 1818-1866, Berlin 1968, S.22-40; Dieter Dowe: Die erste sozialistische Tageszeitung in Deutschland. Der Weg der „Trierschen Zeitung“ vom Liberalismus über den „wahren Sozialismus“ zum Anarchismus (1840-1841), in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 12, 1972, S.55-107; ders., Aktion, S.59-63.

7 Siehe Cornu, 3. Bd., S.43-45; Moses Heß: Philosophische und sozialistische Schriften 1837-1850. Eine Auswahl, hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Mönke, Berlin 1980, S.LXXXIXf. (im folgenden: Mönke, Heß).

8 Siehe Schmidt, Wolff, S.165.

sionierung zu entgehen, hatte man sich auf eine Monatsschrift geeinigt, gab ihr den unverfänglichen Namen „Der Bote aus dem Katzbachthale“⁹ und nannte sie ebenso unverfänglich lediglich „Monatsschrift zur Beförderung der Volksbildung“. Sie sollte im Umfang von einem Bogen pro Monat erscheinen und kostete für Liegnitz und Umgebung jährlich 15 und auswärts 20 Silbergroschen. Einzelne Nummern waren in Liegnitz für zwei, auswärts für drei Silbergroschen zu haben. Im Juli 1845 erschien die erste Nummer des „Boten“ mit einem „Prospectus“, in dem Zweck und Ziele umrissen wurden. Um im zweiten Halbjahr 1845 auf zwölf Nummern zu kommen, wurden in den folgenden Monaten wiederholt mehrere Nummern in einer Ausgabe zusammengefaßt. Der Jahrgang 1845 erreichte so insgesamt 187 Seiten. 1846 kam jeden Monat eine Nummer heraus. Bis zur Nr. 6, die im Juni 1846 noch erschien, umfaßte dieser Jahrgang 96 Seiten. Der „Bote“ wurde faktisch zum ersten Periodikum des sich seit 1844 in Schlesien formierenden sozialistischen Flügels im Lager der deutschen Vormärzdemokratie, der schlesischen Sozialistengruppe.¹⁰ Im Prospekt hieß es: „Wir haben uns daher entschlossen, diese Monatsschrift im Verein mit mehrern hiesigen und auswärtigen Literaten herauszugeben, welche in würdiger und besonnener Haltung die Ereignisse und Thatsachen im Gebiet des socialen, des religiösen und des politischen Lebens besprechen.“¹¹

Dafür, daß sozial und sozialistisch orientierte Demokraten mit von der Partie waren, sprach vor allem die Tatsache, daß als Redakteur ein Mann gewonnen wurde, der sich in letzter Zeit durch zahlreiche Artikel in schlesischen Blättern wie in den genannten westdeutschen sozialistischen Periodika und Sammelschriften offen als bekennender Vertreter des Sozialismus zu erkennen gegeben hatte: Rudolph Matthäi.¹² Einer Familie entstammend, aus der zwei ältere Brüder¹³ bereits als Burschenschafter in Opposition zum halbfeudalen Regime gestanden hatten und dafür geraume Zeit ins Gefängnis gesteckt worden waren, hatte Matthäi nach dem Besuch des Schweidnitzer Gymnasiums zwischen 1836 und 1840 in Breslau Philosophie studiert und sich ebenfalls der dortigen Burschenschaft *Raczek* angeschlossen, in der es gang und gäbe war, sich mit demokratischen Ideen und sozialen Themen ausein-

9 Der Bote aus dem Katzbachthale. Monatsschrift zur Beförderung der Volksbildung. Druck und Verlag der Königlichen Hof-Buchdruckerei von H. d'Oench (im folgenden: Bote) erschien in folgender Reihenfolge: Nr. 1, Juli 1845; Nr. 2-3, August 1845; Nr. 4, September 1845; Nr. 5-6, Oktober 1845; Nr. 7-8, November 1845; Nr. 9-12, Dezember 1845; sowie Nr. 1 bis 6, Januar bis Juni 1846; siehe auch: Willy Klawitter: Die Zeitungen und Zeitschriften Schlesiens von den Anfängen bis zum Jahre 1870 bzw. bis zur Gegenwart, Breslau 1930, S.139.

10 Siehe Schmidt, Wolff, S.183-189.

11 Bote, Nr. 1, Juli 1845, S.1.

12 Zu seiner Biographie siehe: Helge Dvorak: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I/4, Heidelberg 2000, S.53f.; Walter Schmidt: Rudolph Matthäi (1818-1889). Ein Vormärz-Sozialist und 1848er sozialer Demokrat in Schlesien, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. II, Berlin 2007, S.331-373 (im Druck).

13 Zu Ludwig und Ewald Matthäi siehe Dvorak, Lexikon, Bd. I/4, S.52f. und 54f.

anderzusetzen. Seinen Lebensunterhalt vor allem als Hauslehrer zunächst im Posen-schen und später in Schlesien verdienend, hatte er 1843 für die Presse zu schreiben begonnen, sich rasch auf die soziale Problematik eingeschossen und in umfangrei-cheren Beiträgen für westdeutsche sozialistische Periodika eine theoretische Position des Sozialismus zu entwickeln gesucht. Für Marx und Engels war er ein Philosoph des von ihnen scharf kritisierten „wahren“ Sozialismus. In sozialistischen Kreisen in Deutschland, in denen man den „Boten“ nach der Vorarbeit der „Schlesischen Chronik“ nun gar als „Ausbruch des Sozialismus“ in dieser preußischen Provinz feierte, wußte man genau, daß der eigentliche Macher des neuen Periodikums Ru-dolph Matthäi war.¹⁴

Die Redaktion beabsichtigte, „in würdiger und besonnener Haltung“, aber „mit Unerschrockenheit“, wie sie im „Prospectus“ verkündete, „die Ereignisse und That-sachen im Gebiet des socialen, des religiösen und des politischen Lebens“ ebenso zu besprechen wie auf neue Literatur und sogar auch auf Erfindungen aufmerksam zu machen.¹⁵ Angekündigt wurden vor allem Abhandlungen, Korrespondenzen, Rezen-sionen und Miszellen sowie Zeitungsstimmen und politische Übersichten. Alles sollte vom Standpunkt der „Vernunft und Menschlichkeit“ aus erörtert werden, womit für den Kenner die soziale, ja sozialistische Orientierung zumindest ange-deutet war. Matthäi hat zahlreiche signierte, zumeist aber unsignierte Artikel ge-schrieben und zugleich die gesamte Redaktionsarbeit geleistet, so wohl auch die politischen Übersichten zusammengestellt, über den Stand der christkatholischen Bewegung informiert und nahezu alle Rezensionen verfaßt. Zugleich entschied er sich wiederholt dafür, Nachdrucke aus anderen Zeitungen und Zeitschriften aufzu-nehmen, vor allem aus der „Trierschen Zeitung“, dem „Gesellschaftsspiegel“ und dem Kölner „Allgemeinen Volksblatt“, die er allesamt ebenso wie das „Westphä-lische Dampfboot“ zu den „Hauptvertretern des Sozialismus“ in Deutschland zähl-te.¹⁶

Die preußische Bürokratie in Berlin verfolgte den „Boten“ von Anbeginn argwöh-nisch gerade wegen der rasch deutlich werdenden sozialkritischen, sozialistischen Tendenz und übte scharfe Kritik am Liegnitzer Zensor, der zunächst allzu viele beanstandete Passagen hatte durchgehen lassen.¹⁷ Schon wegen des ungewöhnlich billigen Abonnements von nur 15 Silbergroschen pro Jahr befürchteten die Grals-hüter der damaligen political correctness in Preußen eine weite Verbreitung vor allem unter den „niedereren Volksschichten“. Anstößig gefunden wurde zwar auch die Infragestellung christlicher Glaubenswahrheiten; doch vor allem die Kritik an den sozialen Zuständen, die zwangsläufig „die arme Volksklasse gegen die Wohlhaben-deren und zu Mißvergnügen über die gesellschaftlichen und bürgerlichen Verhältniss-

14 Siehe Emil Weller: Die soziale deutsche Presse, in: Prometheus, H. I/II, Herisau 1846, S.49.

15 Bote, Nr. 1, Juli 1845, S.1f.

16 Siehe Bote, Nr. 4, September 1845, S.60.

17 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK) Berlin, Rep. 77 Tit. 2, Lit B Nr. 110: Die Herausgabe und Censur der Monatsschrift „Der Bote aus dem Katzbachthale“ 1845/46.

se aufregen“ müsse, nahm die Zensur ins Visier. Immer wieder tadelten die Berliner Verantwortlichen den Zensor, daß er Artikel zum Druck freigab, die geeignet waren, „die arbeitenden Klasse gegen die Besitzenden zu erbittern und sie zur Unzufriedenheit mit ihrem Zustande zu reizen“.

Zum *ersten großen Thema* des „Boten“ wurde die von Schlesien ausgehende und hier auch relativ starke christkatholische Bewegung, die der abtrünnige katholische Priester Ronge Mitte 1844 in scharfer kritischer Reaktion auf den Kult um den sogenannten Rock Christi als Reliquie in Trier initiiert hatte.¹⁸ Im Deutschkatholizismus hatte sich in religiösem Gewande eine unübersehbar oppositionelle Bewegung entfaltet,¹⁹ die für Sozialisten insofern interessant werden konnte, als in ihr auch soziale Aspekte zur Sprache gebracht wurden. Was wunder, daß die Redaktion sofort an diesem linken, sozialen Ende anzuknüpfen suchte, um die Bewegung behutsam in sozialistische Bahnen zu lenken.

Der erste Grundsatzartikel des „Boten“ aus der Feder des Redakteurs galt darum auch der „Kritik des Christkatholizismus“.²⁰ Matthäi wertete die rigorose Abkehr vom römischen Katholizismus zunächst als einen positiven Schritt, vermerkte aber sofort, daß man damit nicht mehr erreicht habe als die lutherische Reformation vor 300 Jahren. Im 19. Jahrhundert mit seinen neuen sozialen Problemen stehe jedoch mehr auf der Tagesordnung, und es sei zu fragen, inwiefern der Christkatholizismus über den Protestantismus hinausgehe, ob er über ein den menschlichen Fortschritt in der Gegenwart förderndes Element verfüge. Die Bewegung müsse sich nämlich entscheiden, ob sie im „Egoismus“ der Zeit steckenbleiben oder der Gerechtigkeit dienen wolle. Wirkliche Freiheit, „welche auf der Harmonie des einzelnen Lebens mit den allgemeinen Gesetzen des Weltlebens beruht“, sei heutzutage nur im „*gemeinschaftlichen harmonischen Zusammenwirken*“, in der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung entsprechend „dem Gesetz der Liebe, der Gerechtigkeit“ zu erlangen.²¹

18 Siehe dazu Wolfgang Leesch: Die Geschichte des Deutschkatholizismus in Schlesien (1844-1852) unter besonderer Berücksichtigung seiner politischen Haltung, Breslau 1938; Wolfgang Schieder: Religion und Revolution. Die Trierer Wallfahrt von 1844, Vierow 1996; ders.: Kirche und Revolution. Sozialgeschichtliche Aspekte der Trierer Wallfahrt von 1844, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 14, 1974, S.419-454.; ders.: Der Trierer Wallfahrtsstreit von 1844. Eine Bibliographie, in: Kurtriersches Jahrbuch, Bd. 14, 1974, S.141-170; Friedrich Wilhelm Graf: Die Politisierung des religiösen Bewußtseins. Die bürgerlichen Religionsparteien im deutschen Vormärz. Das Beispiel des Deutschkatholizismus, Stuttgart 1978; siehe auch Gerhard Zschäbitz: Der heilige Rock von Trier, Leipzig 1959.

19 Siehe Günter Kolbe: Demokratische Opposition in religiösem Gewande. Zur Geschichte der deutschkatholischen Bewegung in Sachsen am Vorabend der Revolution von 1848/49, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 20, 1972, H. 9, S.1105-1112; ders.: Demokratische Opposition in religiösem Gewande und antikirchliche Bewegung im Königreich Sachsen. Zur Geschichte der deutschkatholischen und freien Gemeinden sowie freireligiösen Vereinigungen von den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts bis um 1900 unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zur kleinbürgerlich-demokratischen und Arbeiterbewegung, phil. Diss. Leipzig 1964.

20 Siehe R. M.: Zur Kritik des Christkatholizismus, in: Bote, Nr. 1, Juli 1845, S.2-5.

21 Ebenda, S.4.

Ansatzpunkte in diese soziale Richtung sah Matthäi in einem Grundsatz der neuen Lehre, wonach „in thätiger Christenliebe das geistige und materielle Wohl ihrer Mitmenschen“ zu fördern verlangt wurde. Wenn es der neuen Kirche gelänge, den Egoismus zu überwinden und dieses Prinzip tatsächlich zu verwirklichen, dann könnte sie durchaus teilhaben am „Bau des Tempels der Humanität und der Menschlichkeit“, also an der Gestaltung einer neuen, sozial gerechten Weltordnung. Die Absicht, die in den deutschkatholischen Bestrebungen vorhandenen sozialen Aspekte dominant und sozialistischen Zielen dienstbar zu machen, ist nicht zu verkennen. In diesem Sinne wertete auch Emil Ottokar Weller,²² der damals beste Kenner der zeitgenössischen sozialistischen Literatur, Anfang 1846 den „Boten“ als einen „Vertreter des communistischen Prinzips in seiner Entwicklung aus den religiösen Kämpfen der Gegenwart“, der die Mittel an die Hand geben will, „um den religiös Befangenen in ihrem Fortschritt hilfreiche Dienste zu leisten.“²³

Sowohl die anfangs regelmäßigen Berichte über den Stand der deutschkatholischen Bewegung²⁴ wie der Abdruck einer sozial engagierten Predigt des damals noch protestantischen Predigerkandidaten und späteren deutschkatholischen Pfarrers von Löwenberg Franz Schmidt²⁵ dokumentieren das zunächst starke Interesse der Redaktion an der christkatholischen Sache. Am deutlichsten kamen Matthäis Hoffnungen in einem wahrscheinlich von Ottomar Behnsch,²⁶ einem führenden Vertreter des schlesischen Christkatholizismus, gelieferten Artikel über „die religiöse Bewegung in Deutschland“ zum Ausdruck,²⁷ Hier wurde – nach einer historischen Analyse von Katholizismus und Protestantismus – erklärt, warum gerade jetzt religiöse Bewegungen so in den Vordergrund gerückt sind. Es zeige sich nämlich, zumal im Christkatholizismus, „wie nahe die religiösen Bestrebungen den sozialen verwandt sind“. Immerhin komme es in diesen Bestrebungen erstmalig zu einer wirklichen

22 Zu Weller siehe Förder, Marx und Engels, S.154-161; Bruno Kaiser: Der erste Bibliograph und die erste Bibliographie der deutschen Arbeiterbewegung, in: E. O. Weller: Wegweiser zur sozialistischen Literatur (1847/1850), Leipzig 1967, S.5-8; Rolf Weber: Emil Ottokar Weller und seine Rolle in der demokratischen und Arbeiterbewegung in Leipzig 1848, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 3, Weimar 1968, S.110-136; Mönke, Heß, S.487, Anm. 1111; Inge Kießhauer: Emil Ottokar Weller, die Nürnberger Kreuzblätter und die IAA, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Bd. 22, Berlin 1987, S.286-299.

23 Prometheus, H. I/II, 1846, S.49.

24 Siehe Stand der christkatholischen Sache, in: Bote, Nr. 1, Juli 1845, S.9-14; Nr. 2-3, August 1845, S.38f.

25 Siehe Ihr sollt vollkommen sein. Eine Predigt für die allgemeine christliche Kirche, in: Bote, Nr. 2-3, August 1845, S.17-24; siehe dazu Walter Schmidt: Franz Schmidt. Ein achtundvierziger Radikaldemokrat aus Schlesien, in: Helmut Bleiber/ders./Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/40 [Bd. I], Berlin 2003, S.681-682.

26 Zur Biographie siehe Walter Schmidt: Biographisches Verzeichnis sämtlicher schlesischer Abgeordneter der Berliner verfassungsgebenden Versammlung für Preußen 1848, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 46, 2004, H. 3, S.59-106, hier S.62f.

27 Siehe Dr.: Die religiöse Bewegung in Deutschland, in: Bote, Nr. 5-6, Oktober 1845, S.65-73.

Gleichstellung des Menschen durch die Liebe und auf diesem Wege zur Chance, das Reich Gottes auf Erden zu errichten. Der Christkatholizismus erscheint in dieser Sicht geradezu als eine Durchgangsstufe zum Sozialismus. „Es ist hier auf kirchlichem Boden die *Vereinigung der beiden Gegensätze* ausgesprochen, welche die Grundforderungen der Zeit aussprechen. Die einen *vom Denken* ausgehend, wollen den Menschen in freiem Selbstbewußtsein; die anderen, ausgegangen vom materiellen Zustande desselben, verlangen gerechte Verteilung von Arbeit und Genuß; geeint sind sie bereits im vernünftigen Sozialismus, der Idee, nicht aber der Wirklichkeit nach. Die gegenwärtige Stellung und Zukunft der christkatholischen Kirche ist: jetzt die erste Wirklichkeit dieses vernünftigen Sozialismus zu sein, dann aber in seiner reinen Darstellung, sich als besondere Gestalt aufzulösen.“²⁸

Gegen Jahresende 1845 ließ das Interesse des „Boten“ an der religiösen Dissidentenbewegung jedoch merklich nach. Die anfangs regelmäßige Berichterstattung über den Stand der deutschkatholischen Bestrebungen wie deren organisierter Bewegung und die grundsätzliche Erörterung der deutschkatholischen Sache verschwanden aus den Spalten. Themen der unmittelbaren sozialen Problematik griffen nun statt dessen Platz, was Weller zu der Feststellung veranlaßte, daß sich das Blatt mit Ende 1845 „völlig in das soziale Element aufgelöst“ habe.²⁹ Offensichtlich schwand recht bald die anfängliche Hoffnung der Redaktion, daß vom Christkatholizismus ein Übergang zum Kommunismus gefunden werden könnte.³⁰ Der Kreis der schlesischen Sozialisten, der den sozialen Bemühungen von Nees von Esenbeck weiterhin durchaus positiv gegenüberstand, spürte relativ schnell, daß die vordergründige Beschäftigung mit der religiösen Strömung die Gefahr in sich barg, von den elementaren sozialen Gebrechen der Gesellschaft abzulenken, und daß so durch die religiöse Bewegung sogar ein Hindernis des Fortschritts entstehen kann.

Nicht nachgelassen hat die Redaktion jedoch bis zum Schluß, kirchliche Orthodoxie wie die offiziellen Amtskirchen protestantischer wie katholischer Provenienz zu attackieren.³¹ Kontroversen zwischen Christkatholiken und Protestanten wie innerhalb des Protestantismus spielten fast in jedem Heft eine Rolle. Ein Höhepunkt der antikirchlichen Agitation war eine anläßlich der drohenden Hungersnot zu Jahresbeginn 1846 von Matthäi verfaßte Glosse auf die kirchlich propagierte christliche Mildtätigkeit: „Drum nicht verzagt, Ihr, die Ihr wenig oder gar nichts habt! Eure Mitbürger sind Christen, und unter ihnen giebt es eine große Menge, die Euch mit ihrem Überfluß beizustehen ebenso befähigt, wie als Christen verpflichtet sind. Ihr werdet weder vom Hunger noch von der Kälte gepeinigt werden; 15 Millionen christliche Brüder und Schwestern leiden entweder Alle oder Keiner. Drum, muthvoll der Zukunft in's Antlitz geschaut!“³²

28 Ebenda, S.73.

29 Prometheus, 1846, H. I/II, S.49.

30 Siehe dazu Schmidt, Wolff, S.288-290.

31 Siehe Bote, Nr. 3-5, September 1845, S.36, 39, 60f., 71f. ; Nr. 7-8, November 1845, S.122-124; Nr. 9-12, Dezember 1845, S.149-157, 139-142, 166-168; Nr. 2, Februar 1846, S.9f.; Nr. 4, April 1846, S.56f.

32 Die Furcht vor der Hungersnot, in: Bote, Nr. 1, Januar 1846, S.1-5, hier S.5.

Zum *zweiten und eigentlichen Thema* des „Boten“ wurde in zunehmendem Maße die Kritik an den bestehenden sozialen Verhältnissen, an der Ausbeutung des Proletariats und mithin die soziale und sozialistische Agitation. Matthäi leitete sie bereits in der zweiten Nummer im August 1845 mit einem echten Paukenschlag ein. Er veröffentlichte eine Rezension von Engels’ epochemachendem Werk über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“,³³ das er schon im ersten Heft zum Studium empfohlen hatte.³⁴ Die Bedeutung von Engels’ Untersuchung bestehe vor allem darin, so meinte Matthäi, daß nachgewiesen wird, das soziale Elend der Gegenwart, die schamlose Ausbeutung des Proletariats ist keine zufällige Erscheinung, der man mit Wohltätigkeit beikommen könne, sondern „das nothwendige Ergebniß der Krankheit des gesellschaftlichen Zustandes, welches die durch die Natur zur gesellschaftlichen Einheit bestimmten Glieder der Menschheit in zwei ungleiche feindliche Hälften auseinander reißt.“³⁵ Gegenüber stünden sich der raffinierte Egoismus der Bourgeoisie und der ausgebeutete und gedemütigte working man. Seinem idealistischen Konzept der Menschheitsgeschichte gemäß erschien ihm die Klassenspaltung allerdings vor allem als eine Naturwidrigkeit. Matthäi zitiert lange Passagen, in denen Engels die Elendslage der englischen Arbeiter, ihre Entwürdigung und Depravation darstellt, und nennt zugleich Engels’ Hinweise auf die menschlichen Haltungen und Tugenden der Arbeiter, durch die sie sich von den Bourgeois grundlegend unterscheiden, in denen „die Keime einer bessern Zukunft“ stecken. Und er vergaß auch nicht, auf den Widerstandsgeist der Arbeiter aufmerksam zu machen, auf ihre Bemühungen um Bildung und Erziehung wie auf ihre im Chartismus und Sozialismus sich manifestierenden Organisationsbestrebungen. Nicht zuletzt verwies er auf die Streiks und Aufstände, mit denen sich die Arbeiter gegen die Ausbeutung wehrten. Freilich verhielt er sich hier – ebenso wie in seinen Beiträgen in den westdeutschen Sammelschriften – unübersehbar deutlich distanziert zum Klassenkampfgedanken: „der Gegensatz zwischen beiden Parteien ist“, schrieb er, „wie E. behauptet, schon zu weit gediehen, als daß noch eine friedliche Vermittelung möglich wäre; nach ihm könnte nur eine Krisis, ein Krieg zwischen den Armen und Reichen eine Lösung desselben in jenem Lande herbeiführen.“³⁶ Unberücksichtigt blieben in Matthäis Besprechung auch die tieferen Ursachen der modernen Klassenspaltung, also die vor allem in Engels’ Einleitung behandelten ökonomischen Prozesse, die industrielle Revolution. Engels’ historisch-materialistische Betrachtungsweise wird im Grunde nicht reflektiert. Auch wurden Bezüge zu Deutschland nicht hergestellt, was freilich angesichts der strengen preußischen Zensur auch wohl nicht zu verlangen war. Ungeachtet dieser Grenzen der Rezension kommt Matthäi das Verdienst zu, als erster Engels’ erstes großes Werk in Schlesien publik gemacht zu haben.³⁷

33 Siehe R. M.: in: Bote, Nr. 2, August 1845, S.25-29.

34 Siehe Bote, Nr. 1, Juli 1845, S.16.

35 Bote, Nr. 2, August 1845, S.26.

36 Ebenda, S.28. Hervorhebung von mir – W. Sch.

37 Zur Verbreitung von Engels’ „Lage“ in Deutschland siehe Wolfgang Mönke: Das literarische Echo auf Friedrich Engels’ Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, Berlin 1965, zum „Boten“ S.54-56.

Die nachfolgende Behandlung der sozialen Frage des Proletariats fällt demgegenüber ab. Vor allem folgte Matthäi im „Boten“ kaum dem Beispiel von Engels, dem andere sozialistische Periodika wie sozialistische Journalisten, so namentlich der „Gesellschaftsspiegel“, gerade nachzukommen suchten, nämlich das kapitalistische System durch Darstellung konkreter Proletariatsverhältnisse anzuprangern und so Klassenbewußtsein unter den Arbeitern zu wecken und zu fördern. Zwar fehlte kaum in einer Nummer das soziale Thema; doch beschränkte sich die Redaktion weitgehend darauf, sich in Rezensionen und Artikeln mit den massenhaft vorgetragenen Vorschlägen zur Elendsmilderung oder gar -beseitigung, den sogenannten Palliativmitteln, auseinanderzusetzen,³⁸ so auch mit der Malthusschen These, daß das Bevölkerungswachstum das Elend verursache.³⁹ Mit Sympathie druckte die Redaktion jedoch Berichte über kommunistische Ansiedlungen in Amerika,⁴⁰ die nicht selten von religiösen Gruppierungen auf den Weg gebracht wurden und – freilich nur mit mäßigem Erfolg und vielen Mißerfolgen – die Praktikabilität gemeinschaftlichen Produzierens nachweisen wollten. Der Entwicklung von Klassenbewußtsein dienen konnte aber immerhin auch eine Studie „über die wichtigsten Standesunterschiede“,⁴¹ Sie mündete in die Erkenntnis, daß es nur zwei Hauptklassen gibt, die großen Eigentümer und die eigentumslosen Proletarier, denen sich die Kleineigentümer infolge der Konkurrenz letztlich zugesellen würden. Eingegangen wurde auf die französische Organisation der Arbeit und – analog den Chartisten – auch mal empfohlen, dem Arbeiterelend durch Landbau zu begegnen.⁴² Wir finden also im „Boten“ viele Varianten sozialistischer Vorstellungen, die in diesen Jahren propagiert und auch praktiziert wurden.

Direkte Hinweise auf die Notwendigkeit, in Deutschland den Widerstand zu organisieren, blieben sicher vor allem wegen der Zensur aus. Sie ließen sich freilich – zumal für Insider aus der sozialistischen Szene dieser Jahre – unschwer ableiten aus den meist dem „Gesellschaftsspiegel“ entnommenen Berichten über die revolutionären Aktivitäten der amerikanischen Bodenreformer.⁴³ Am nachdrücklichsten wurde die Bedeutung einer aktiven Arbeiterbewegung als wichtigster Widerstandsfaktor gegen die Ausbeutung wie als Gegenmacht zur Bourgeoisie in einem ebenfalls aus dem „Gesellschaftsspiegel“ übernommenem Artikel über die englische Parteienstruktur

38 Siehe Der Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit, in: Bote, Nr. 4, September 1845, S.49-54; Ansichten über die sociale Frage, in: Bote, Nr. 5-6, Oktober 1845, S.89-92 und Nr. 7-8, November 1845, S.103-105.

39 Siehe Mittel und Zweck, in: Bote, Nr. 4, September 1845, S.54-56, entnommen dem „Allgemeinen Volksblatt“ (Köln).

40 Siehe Die kommunistischen Ansiedlungen in Nordamerika nach Stricker, in: Bote, Nr. 2, August 1845, S.30-35.

41 Siehe Bote, Nr. 9-12, Dezember 1845, S.168-170.

42 Siehe Ansichten über die sociale Frage (Fußnote 38); Zur Proletariats-Angelegenheit, in: Bote, Nr. 3, März 1846, S.39-42.

43 Siehe Amerika, in: Bote, Nr. 6, Juni 1846; auch Nr. 9-12, Dezember 1845, S.129-135: Nationalversammlung zur Organisation eines industriellen Kongresses.

nach der Reformbill propagiert.⁴⁴ Nicht zufällig standen hier die Chartistenpartei mit ihrem auf die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ausgerichteten Programm und die Wiedergabe einer entsprechenden Rede O'Connors im Mittelpunkt.

Die wenigen Berichte über deutsche Arbeitervereine, so in Kiel und Hamburg,⁴⁵ stellen hingegen ganz deren Verdienste bei der Verbreitung von Bildung in den Vordergrund, was dem Konzept Matthäis wie der meisten anderen „wahren“ Sozialisten entsprach, durch Bildung und Erziehung der Arbeiter zur Überwindung der Klassenspaltung und Vorbereitung des Sozialismus beizutragen. Es verwundert daher auch nicht, daß sich mehrere Beiträge des „Boten“ mit der Frage befassen, wie Volksbildung und Erziehungswesen in Deutschland grundlegend im Interesse der arbeitenden Menschen umgestaltet werden sollten.⁴⁶

Matthäi verstand sich in diesen Jahren als überzeugter Sozialist. In „wahrsozialistischer“ Manier definierte er Sozialismus unter bewußtem Verzicht auf die Klassenproblematik jedoch ganz allgemein als „die Wissenschaft vom Menschen in ihrer Anwendung auf die Gesellschaft“.⁴⁷ Er hob Sozialismus deutlich vom Kommunismus ab, der, wie er meinte, „die bis ins Extrem verfolgte Idee der absoluten Gleichheit“ aufs Panier geschrieben habe, „die daher den Einzelnen wiederum unterdrückend und das Ganze zerstörend wirkt“. Hingegen sei der Sozialismus „organisierend, schaffend und sein Stichwort daher die Organisation der Arbeit und psychologisch die harmonische Ausbildung der Seelen- und Leibeskräfte jedes Einzelnen.“ Unter den bestehenden Verhältnissen allerdings sei Sozialismus „noch größtenteils Kritik der gesellschaftlichen Zustände“. Seine deutliche Distanzierung vom Kommunismus hat ihn jedoch nicht daran gehindert, vehement gegen die Verleumdungen von Kommunisten in die Schranken zu treten⁴⁸ und in der vorletzten Ausgabe des „Boten“ sogar für Philipp Buonarotti, für das Leben „eines Bekenners, eines Apostels, eines Märtyrers“ eine Lanze zu brechen, der sich ganz „der Entwicklung und Verwirklichung des Gleichheitsprinzips“ gewidmet hatte.⁴⁹

Auch hat Matthäi, dem das Theoretisieren allemal besonders am Herzen lag, selbst in dem auf eine breitere Leserschaft ausgerichteten „Boten“ nicht ganz darauf verzichtet, Theorie zu referieren und namentlich philosophische Probleme zu erörtern. So suchte er auf populäre Weise klarzumachen, was Sinn und Aufgabe von Philoso-

44 Siehe Englands gegenwärtige Lage, in: Bote, Nr. 5 und 6, Mai und Juni 1846, S.65-69 und 86f.

45 Siehe Bote, Nr. 9-12, Dezember 1845, S.148f., aus der „Trierschen Zeitung“.

46 Siehe Bericht über verschiedene Pläne zur Hebung der arbeitenden Klassen, in: Bote, Nr. 4 und 5-6, September und Oktober 1845, S.56-58 und 86-89; Über die Erziehung des Volks durch Strafen, in: Nr. 9-12, Dezember 1845, S.142-145; Notwendigkeit, Wesen und Mittel einer besseren Volkserziehung, in: Nr. 6, Juni 1846, S.92-96; Die Kolonie Mettray und Aufruf, in: Nr. 4, April 1846, S.49-54.

47 Anzeigen, in: Bote, Nr. 4, September 1845, S.60.

48 Behörden und Presse mit Bezug auf die socialen Fragen, in: Bote, Nr. 5-6, Oktober 1845, S.82.

49 Philipp Buonarotti, in: Bote, Nr. 5, Mai 1846, S.75-77.

phie wären.⁵⁰ Mit Definitionen schnell zur Hand, meinte er: „Philosophie ist die Wissenschaft der Vernunft, der Logik und ihrer unmittelbaren Anwendung auf die Natur des Menschen, den Staat und die menschliche Gesellschaft überhaupt.“ Vernunft aber zielt generell auf die Menschheit ab. Philosophen hätten daher, so meinte er immerhin, die Aufgabe, aktiv auf eine Veränderung der Verhältnisse einzuwirken und so die Menschheit voranzubringen. „Menschlichkeit und Liebe“ als „die einzigen soliden Grundpfeiler einer naturgemäß konstruierten Gesellschaft“ durchzusetzen, komme der Philosophie zu. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, werden die zeitgemäßen Umgestaltungen ohne Blutvergießen zu bewerkstelligen sein. Bemerkenswert bleibt daran, daß Matthäi der Philosophie die Aufgabe zuwies, als ein wichtiges Instrument bei der Verwirklichung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung mitzuwirken.

Wurde hier die Beziehung von Philosophie und Sozialismus grundsätzlich artikuliert, so suchte ein spezieller, leider nicht vollendeter Beitrag „Die deutsche Rechtsphilosophie und der Sozialismus“⁵¹ der Verknüpfung der beiden Denksysteme auf die Spur zu kommen. Während sich in Deutschland dank Kant, Fichte und Hegel eine auf den Staat bezogene Rechtsphilosophie entwickelt habe, sei in Frankreich die Lehre des Sozialismus als „Kritik des Gegebenen“ entstanden. Beide Denkrichtungen sollten indes eine Synthese eingehen. „Die Nothwendigkeit aber, welche von der Erfahrung aus sich begründet, und die, welche das Denken für sich fordert, müssen endlich zusammentreffen und in gegenseitiger Durchdringung in Eins zusammengehen, wenn das wahrhaft erlösende Wort gefunden werden soll.“⁵² Der ausführlichen Darlegungen dessen, was als deutsche Rechtsphilosophie bezeichnet wurde, folgte leider nicht mehr – wie angekündigt – die Vorstellung des französischen Sozialismus, so daß nicht auszumachen ist, welche sozialistischen Prinzipien der französischen Theoretiker ihm vor allem wichtig waren und in welcher Weise er die im Denken des Vormärz wiederholt geforderte Synthese von Philosophie und Sozialismus vollzogen wissen wollte.

Am schwächsten vertreten war im „Boten“ das *dritte, freilich besonders gefährliche Thema: die Politik*. Zwar behandelten die im Prospekt versprochenen, allerdings nicht regelmäßig und zuletzt gar nicht mehr erscheinenden „Politischen Übersichten“⁵³ von denen einige sogar der Feder von Wilhelm Wolff entstammen könnten, natürlich auch, bisweilen sogar überwiegend politische Ereignisse in äußerst knapper, meist ironisch-kritischer Form. Doch auf umfangreichere Erörterungen politischer Probleme hat die Redaktion nach nachweislich massivem Einschreiten der Zensur sehr bald ganz verzichtet. In einem Artikel über „Behörden und Presse in Bezug auf die soziale Frage“⁵⁴ versuchte Matthäi zunächst, natürlich ganz erfolglos, bei den Regie-

50 Siehe Was ist Philosophie, in: Bote, Nr. 3, März 1846, S.33f.

51 Siehe Bote, Nr. 2, Februar 1946, S.15-21.

52 Ebenda, S.15.

53 Siehe Bote, Nr. 1, Juli 1845, S.5-8; Nr. 2-3, August 1845, S.35-38; Nr. 9-12, Dezember 1845, S.184-186.

54 Siehe Bote, Nr. 5-6, Oktober 1845, S.74-83.

rungsstellen Verständnis für die Nützlichkeit einer freien Presse bei der Lösung der sozialen Frage, gleichsam als Vermittler zwischen Volk und Regierung zu erlangen. Die Presse wolle doch nur die Regierungsarbeit erleichtern und ihr helfen, die Ursachen sozialer Schieflagen zu erkennen. Sie könnte, indem sie auf soziale Probleme aufmerksam mache, geradezu eine Kluft zwischen Regierung und Volk auffüllen. Der Liegnitzer Regierungspräsident wie der Zensor mußten sich für dieses fragwürdige Angebot einen Rüffel aus Berlin gefallen lassen.⁵⁵ Weit schärfer fiel die Abmahnung des Liegnitzer Zensors für die Zulassung eines Artikels „Über die Verteilung der Steuern nach Rousseau“ aus.⁵⁶ Dieser Beitrag war allerdings auch von wesentlich härterer Gangart. Der Autor verlangte immerhin, echte Steuergerechtigkeit walten zu lassen und diejenigen, die über viel verfügen, auch ordentlich zur Kasse zu bitten: „Wer zehnmal mehr Vermögen besitzt, muss auch zehnmal höhere Steuern zahlen.“ Keine Kritik kam indes von der Zensur für eine Besprechung der Verfassungsfrage.⁵⁷ Darin setzte sich Matthäi mit einer Broschüre des Althegelianers Hermann Friedrich Wilhelm Hinrichs auseinander, aus dessen philosophischen Schriften er ansonsten gern Anregungen für eigene philosophische Darlegungen entnahm. In völlig berechtigter Kritik an der „rein politischen“ Betrachtungsweise des Autors vertrat er die durch und durch demokratische Ansicht, daß wahre Volksvertretung mehr sein müsse als ein Parlament, in dem infolge des Zensuswahlrechts lediglich die Besitzenden einen Platz erhielten. Eine echte Volksvertretung, so konstatierte er entschieden, sei ohne Lösung der sozialen Frage unmöglich. Denn nur wenn die unteren Schichten des Volkes, freilich auch hinreichend politisch gebildet, wählen und so an der politischen Macht partizipieren können, käme es zu wirklicher Volksvertretung. „Wahre Vertretung des Volks wird aber nur möglich bei gleicher aktiver Beteiligung jedes Einzelnen daran. Wenn nun auch der Maßstab des Besitzes bei dem Wahlrecht und der Wählbarkeit wegfällt, so bleibt noch ein großer Stein des Anstoßes, nämlich die geringe Bildung der meisten Menschen und der Mangel an Zeit, die von dem größten Theile zum Erwerbe benutzt werden muss. Das aber ist sozial.“⁵⁸ Man müsse daher erkennen; „dass ohne die Lösung der sozialen Frage selbst, wenn wir die Politik und den Staat noch für das Höchste erklären wollen, eine wahre Volksvertretung nicht möglich ist.“⁵⁹ Wenn aber eine solche wirkliche Volksvertretung nicht möglich sei, dann sollte man auf Parlamente lieber ganz verzichten; „dass wenn wir keine wahre Volksvertretung haben können, wir lieber gar keine wollen und bei der absoluten Monarchie bleiben, und in ihr lieber als in einer Staatsverfassung leben wollen, welche allein den Besitz privilegirt und den Besitzlosen außer dem Gesetz erklärt“, denn in der absoluten Monarchie sei „Unparteilichkeit

55 Siehe GStAPK Berlin, Rep. 77 Tit. 2, Lit B Nr. 110, Bl. 2-4: Innenministerium an den Regierungspräsidenten von Liegnitz v. Wedell, 7.11.1845.

56 Siehe Bote, Nr. 5-6, Oktober 1845, S.83-86.

57 Siehe Hinrichs neueste Schriften. ... Die deutsche Verfassungsfrage. Darstellung und Kritik der Karlsbader Verhandlungen über die Interpretation des Artikel 13 der Bundesakte, Halle 1845, in: Bote, Nr. 2-3, August 1845, S.43- 47.

58 Ebenda, S.47.

59 Ebenda.

der Regierung und gewissenhafte Untersuchung aller sozialen Mißstände eher möglich“.⁶⁰ An dieser einen Stelle kam die für den „wahren“ Sozialismus kennzeichnende einseitige Frontstellung gegen den bürgerlichen Liberalismus und die freilich großbürgerlich beschränkte politische Repräsentativdemokratie deutlich zur Geltung. Matthäis Schlußfolgerung aus der durchaus richtigen Kritik am Ausschluß der Arbeiter von den Wahlen aufgrund des Zensuswahlrechts und, selbst nach dessen Beseitigung, der mangelnden Bildung der proletarischen Schichten ist kurzschlüssig. Er begreift nicht, daß auch die Eroberung großbourgeois begrenzter demokratischer Rechte und Freiheiten von Nutzen sowohl für die Bildung, die Entwicklung des Selbstbewußtseins wie für den Kampf der Arbeiter ist. Ob Matthäi bereits im Vormärz diese Position zugunsten eines energischen Eintretens für demokratische Verhältnisse auch in ihrer bourgeois Beschränktheit – und zwar im Interesse demokratischer Bewegungsspielräume für das Proletariat – korrigierte, läßt sich nicht sagen, da nach Oktober 1845 im „Boten“ weitere politische Beiträge nicht mehr erschienen. Erst in der Revolution von 1848 hat er in einer Artikelserie über „das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie“, die Grenzen der bürgerlichen Demokratie zwar weiterhin deutlich markierend, akzeptiert, daß deren Verwirklichung auch bedeutsam für die Arbeiter ist.⁶¹

Im Juni 1846 erschien die letzte Ausgabe des „Boten“. Die Gründe für seinen Untergang waren vielfältig. Die schlesischen Sozialisten nannten vor allem die scharfe Zensur als Ursache. Sie habe den „Boten“ „zu Tode gehetzt“.⁶² Mit Sicherheit waren aber auch finanzielle Probleme im Spiel. Denn die Abonnements waren nicht sonderlich zahlreich, und die Verbreitung ging wohl auch kaum wesentlich über den Raum Liegnitz hinaus. Wahrscheinlich fiel es der Redaktion überdies auch nicht immer leicht, die Spalten mit Originalbeiträgen zu füllen. Die Nachdrucke hatten in letzter Zeit deutlich zugenommen.

Und schließlich stand spätestens seit Mai 1846 auch der Redakteur nicht mehr zur Verfügung: Denn Matthäi legte gerade in jenem Moment in Breslau die wohl lange hinausgezögerte Prüfung für das Lehramt an Gymnasien ab.⁶³ Er gab daraufhin den Status eines freien Schriftstellers auf und nahm, anfangs allerdings nur vorläufige und kurzzeitige, Anstellungen als Lehrer an mehreren schlesischen Gymnasien an. Nachdem er in der achtundvierziger Revolution nochmals im Rahmen der Liegnitzer Demokratiebewegung organisatorisch und vor allem publizistisch aktiv geworden war, zog er sich, von Repression bedroht, aus der politischen Bewegung ganz zurück und machte Karriere als Grünberger Realschullehrer.

Doch blieb Schlesien nach dem Untergang des „Boten“ nicht ohne eine eigene soziale Zeitschrift. Bereits Anfang 1846 wurde in Breslau von drei Herausgebern, Dr. R. Micke, Dr. R. Kopisch und Ferdinand Behrend, der „Breslauer Volksspiegel“

60 Ebenda, S.47.

61 Schmidt, Matthäi (im Druck).

62 Briefauszug Wolffs: Aus Breslau, im Oktober 1846, zit. nach: Schmidt, Wolff, S.287.

63 Siehe hierzu Schmidt, Matthäi (im Druck).

gegründet.⁶⁴ Er nannte sich zunächst nur „eine belehrende Monatsschrift zur Beförderung der Volksbildung“, präzierte ab Nr. 10 den Titel aber in „unterhaltende und belehrende Monatsschrift zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände und zur Beförderung der Volksbildung“ nicht unwesentlich in soziale Richtung und öffnete 1847/48 unter Behrend als „Volksspiegel. Monatsschrift für politisches und soziales Leben“ das Visier ganz. Seitdem wurde sie von dem schlesischen Sozialisten und Arzt Dr. Isidor Pinoff⁶⁵ redigiert und galt Weller in einer Übersicht über die deutsche Presse von 1847 als eine Monatsschrift, die „eine rein soziale Tendenz“ hat⁶⁶ In diesem, bislang noch nicht untersuchten, neuen Periodikum kamen fortan sozialistische Autoren aus ganz Deutschland und dem Ausland, darunter auch Weerth und Marx, weit offener und direkter als im „Boten“ zu Worte.

64 Siehe Klawitter, Zeitungen; Leonhard Müller: Die Breslauer politische Presse von 1742 bis 1861, nebst einem Überblick über die Dekade 1861-1871, Breslau 1908; Theodor Müller: Die sozialistische Presse Schlesiens vor Gründung der „Volkswacht“, Breslau 1925; Mönke, Heß, S.489.

65 Zu Pinoff siehe Schmidt, Verzeichnis, S.87f.

66 Die deutsche Presse und ihre neuesten Bestrebungen, in: Weller, Wegweiser, S.12.

Die Arbeitskommune der OGPU in Bolševo. Genese und pädagogische Konzeption

Götz Hillig

Die in Bolševo bei Moskau gelegene Erste Arbeitskommune der Vereinigten staatlichen politischen Verwaltung (Ob-edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie – OGPU), einer Resozialisierungseinrichtung für minderjährige Rechtsbrecher, wurde in der Literatur zum Erziehungs- und Bildungswesen sowie zum Strafvollzug der UdSSR bisher kaum beachtet. Anliegen des vorliegenden Beitrages ist es, einige Aspekte der Gründung dieser Kommune und ihrer Entwicklung bis zum Beginn der 1930er Jahre näher zu bestimmen und damit auch einen Beitrag zur Erforschung der dort praktizierten, in der Aufbruchstimmung der frühen UdSSR entwickelten libertären Pädagogik zu leisten. Gelegentlich wird dabei auf Parallelen und Unterschiede zur Praxis des später zum „führenden sowjetischen Pädagogen“ kanonisierten Anton Semenovič Makarenko in der Ukraine (Gor’kij-Kolonie, Dzeržinskij-Kommune) hingewiesen.

Zugrunde liegen dem Artikel Publikationen aus den 1920-30er Jahren, Archivdokumente sowie zwei in postsowjetischer Zeit erschienene Veröffentlichungen. Dabei handelt es sich um eine dieser Arbeitskommune gewidmete Ausgabe des literarischen, historisch-heimatkundlichen Almanachs „Bolševo“¹ sowie um ein Buch der Moskauer Journalistin Svetlana D. Gladys über die Tätigkeit der Tschekisten (Mitarbeiter der Allrussischen Außerordentlichen Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage, VČK, und deren Nachfolgeorganisation OGPU) bezüglich der „Rettung der Kinder“², in dem auch erst kürzlich freigegebene Dokumente aus Beständen des Zentralen Archivs des Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation abgedruckt sind. Zum Aufgabenbereich der von den Bolschewiki zur Machtsicherung geschaffenen Institutionen VČK und OGPU gehörte bekanntlich auch die Bekämpfung der Kinder- und Jugendverwahrlosung, die infolge von Revolution und Bürgerkrieg zu Beginn der 1920er Jahre gewaltige Ausmaße angenommen hatte.

Geburt und Triumph eines pädagogischen Konzepts

Die Bolševoer Arbeitskommune war zu ihrer Zeit weit über die Grenzen der Sowjetunion hinaus bekannt. „In Moskau gab es keinen dort akkreditierten Diplomaten oder ausländischen Korrespondenten, der die Kommune nicht besucht hatte. Dasselbe gilt für bekannte ausländische Politiker und Schriftsteller, von denen einige, wie z. B. Bernard Shaw und Lady Astor, dabei von Maksim M. Litvinov begleitet wurden,“³ dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Davon

1 Bolševo, Nr.3. (Sost.: A. Balaklin, L. Bondarenko, R. Pozamantir), Bolševo 1994.

2 Siehe S. D. Gladys: *Deti bol’šoj bedy*, Moskva 2004.

3 Bolševo, Nr. 3, S.78f.

zeugen Gästebucheintragungen der 'Kommunebesucher',⁴ entsprechende Tagebuchaufzeichnungen und Publikationen.

Die Arbeitskommune der OGPU war 1924 in der Nähe der Station Bolševo der Nordbahn (27 km von Moskau entfernt) organisiert worden. Vorschläge, sie nach Lenin, Dzeržinskij oder Gor'kij zu benennen, blieben unberücksichtigt. Erst 1935 erhielt sie den Namen des damaligen Volkskommissars des Inneren der UdSSR Jagoda⁵ und hieß nun, was sich schon bald als verhängnisvoll erweisen sollte, „Erste G. G. Jagoda-Arbeitskommune des NKVD“ (Trudkommuna NKVD Nr.1 im. G.G. Jagody) – die Aufgabenbereiche und das Personal der (für die RSFSR zuständigen) OGPU sowie der GPU der übrigen Republiken der Sowjetunion waren im Juli 1934 als Hauptverwaltungen für Staatssicherheit dem Volkskommissariat des Inneren, NKVD, unterstellt worden.

Wie man einem der Essays aus dem 1936 erschienenen Sammelband „Bolševcy“ (Die Bolševoyer) entnehmen kann, geht die Organisation der OGPU-Kommune auf die im Februar 1924 in der Kleinen Kalugaer Straße gegründete Erste Rosa-Luxemburg-Jugendarbeitskommune der Moskauer Volksbildungsabteilung (MONO) zurück.⁶ Als deren Leiter hatte man den ehemaligen Elementarschullehrer Fedor Grigor'evič Melichov⁷ ernannt, „einen tatkräftigen Mann mit grauem Schnurrbart und einer großen pädagogischen Erfahrung“.⁸ Noch im August desselben Jahres, und zwar in Zusammenhang mit einem Dekret über die Ausweisung von Dieben aus der Hauptstadt,⁹ wurde die Rosa-Luxemburg-Kommune der OGPU unterstellt, die im Herbst 1924 einen Teil der Zöglinge und des Personals nach Bolševo umsiedelte¹⁰ – auf das ehemalige Gut des Unternehmers A. N. Kraft, der bis zu seiner Entseignung Baumwollreinigungsbetriebe in Mittelasien besessen hatte.¹¹ (In der Litera-

4 Gästebucheintragungen ausländischer Besucher der Kommune (einzelner Personen, Besuchergruppen und Delegationen) aus den Jahren 1925-1934 in russ. Übersetzung aus dem Zentralarchiv des Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation sind bei S. Gladys', Deti, S.102-137 wiedergegeben. Sehr wahrscheinlich handelt es sich dabei um eine Auswahl der nicht-russischsprachigen Eintragungen, die vom NKVD der UdSSR für einen seinerzeit zum zehnjährigen Jubiläum der Bolševoyer Kommune geplanten Sammelband zusammengestellt worden war. Die Gästebücher selbst (2 Bände) sind leider nicht erhalten geblieben (siehe Bolševo, Nr. 3, S.131-133).

5 Siehe Bolševcy. Očerki po istorii Bolševskoj imeni G.G. Jagoda [†] trudkommuny NKVD. Pod red. M. Gor'kogo, K. Gorbunova, M. Luzgina, Moskva 1936, S.548.

6 Siehe Bolševcy, S.33; siehe auch V. V.: Trudovaja kommuna OGPU [Rezension], in: Detskij dom (Moskva), 1929, Nr.1, S.79f., hier S.80; Gladys', Deti, S.43.

7 Siehe Rossijskij gosarchiv social'no-političeskoj istorii (Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte; RGASPI), 558-11-719, Bl. 85; Gosudarstvennyj archiv rossijskoj federacii (Staatsarchiv der Russischen Föderation; GARF), 7952-3-4, Bl. 60. Auch Makarenko war von Haus aus Elementarschullehrer.

8 Bolševcy, S.33.

9 Siehe D. Matveev: Ob odnom opyte. (Kommuna maloletnich pravonarušitelej GPU), in: Molodoj bolševik (Moskva), 1925, Nr. 15(18), S.36-41, hier S.37.

10 Siehe Bolševo, Nr. 3, S.16; Gladys', Deti, S.48.

11 R. D. Pozamantir gegenüber dem Verf. (Korolev, 26.5.2004).

tur über die Bolševoer Kommune wird jener Landsitz irrtümlich dem „Schokoladenkönig Kraft“ zugeordnet.) Auf diesem Gelände befand sich zunächst der Sovchoz (Staatsgut) „Kostino“ der OGPU.¹² Im Winter 1922 war dort „im alten einstöckigen verfallenen Gutshaus“ für anderthalb Monate, von der Öffentlichkeit abgeschirmt, Lenin zur Rekonvaleszenz untergebracht worden.¹³ Über die Entscheidung für das Gut heißt es in dem Buch „Bolševcy“: „Erforderlich war ein ganz ungewöhnlicher Ort: außerhalb von Moskau, um die Versuchungen der Großstadt zu neutralisieren, zugleich aber auch – für die dienstlichen Verbindungen sowie zur ständigen Beobachtung – nicht zu weit entfernt.“¹⁴

Die Verlegung des Kerns der Rosa-Luxemburg-Kommune vor die Tore der Stadt erfolgte aufgrund des Befehls Nr.185 der Administrativ-organisatorischen Verwaltung der OGPU vom 18. August 1924. In dieser, von G. G. Jagoda in dessen damaliger Funktion als einer der Stellvertreter des OGPU-Vorsitzenden F. È. Dzeržinskij unterzeichneten Anordnung heißt es u.a.: „Für den Kampf gegen minderjährige Rechtsbrecher im Alter von 13 bis 17 Jahren ist bei der OGPU eine Jugendarbeitskommune für 50 Personen zu organisieren“. Zum Leiter der Kommune wurde F. G. Melichov ernannt, der „in allen Belangen“ Matvej Samojlovič Pogrebinskij unterstützte.¹⁵ Seit Mai 1924 hatte dieser, ein früherer Militär, den Posten eines Gehilfen des Leiters der Organisationsabteilung der Administrativ-organisatorischen Verwaltung der OGPU innegehabt, und von August 1925 bis Februar 1929 war er Leiter jener Abteilung.¹⁶

In fast allen Publikationen über die Bolševoer Kommune, und das betrifft auch Pogrebinskij's Bücher „Trudovaja kommuna OGPU“ (Die Arbeitskommune der OGPU; 1928) und „Fabrika ljuďe“ (Eine Menschenfabrik; 1929), wird deren „Volksbildungs“-Vorgeschichte übrigens mit keinem Wort erwähnt.

Den Umfang der aus der Rosa-Luxemburg-Kommune übernommenen Ausgangsgruppe hatte Sergej Petrovič Bogoslovskij, einer der Leiter der Bolševoer Einrichtung, 1933 auf „18 ehemalige Verwahrloste im Alter bis zu 16 Jahren“ beziffert.¹⁷ Aufgrund der Tatsache, daß der erste „Geburtstag“ dieser Kommune am 6. September (dem Internationalen Jugendtag) 1925 festlich begangen wurde,¹⁸ kann davon ausgegangen werden, daß die Entscheidung für Bolševo als Standort der Kommune

12 Siehe A. Avtonomov, Bolševskaia kommuna OGPU, in: Naši dostiženija (Moskva), 1930, Nr.7, S.35-42, hier S.35. Vom Text dieses Artikels erschien auch eine Übersetzung in Esperanto in Form einer Broschüre (Leipzig 1931), siehe Bolševo, Nr. 3, S.133-135, hier S.134; siehe Bolševcy, S.32.

13 Siehe N. Krupskaja: Tam, gde otdychal Il'ič, in: Pravda, 11.6.1935, Nr.159, S.2; A. Pogrebinskaja, Nezabyvaemye vstreči, in: Junost' (Moskva), 1966, Nr. 3, S.93-95, hier S.94.

14 Bolševcy, S.32.

15 Siehe die Faksimilewiedergabe dieses Befehls in: USSR im Bau (Moskau), 1934, H.4, 2. Umschlag-Seite; Text auch in: Bolševo, Nr. 3, S.7.

16 Siehe N. V. Petrov/K. V. Skorkin: Kto rukovodil NKVD 1934-1941. Spravočnik. Pod red. N.G. Ochotina i A. B. Roginskogo, Moskva 1999, S.344.

17 Siehe GARF, 7952-3-4, Bl. 1, 58; siehe auch: Bolševo, Nr. 3, S.16; Gladyš, Deti, S.48.

18 Siehe Matveev, Ob odnom opyte, S.41.

und der Beginn des Einzugs ihrer ersten Bewohner bereits im September 1924 erfolgt waren. Dies wird durch das Zeugnis eines Beteiligten bestätigt – Filipp Mičajlovič Efremov, der seit 1919 auf dem Sovchoz „Kostino“ und später auch in der Kommune als Pferdepfleger gearbeitet hatte. 1935 schrieb Efremov in der Bolševoer Lokalzeitung: „Im September 1924 trafen auf dem Sovchoz M. S. Pogrebinskij und F. G. Melichov zur Besichtigung der Gebäude ein. Bald nach ihrem Besuch wurde die erste Gruppe Jungen – 18 Jugendliche – aus der Rosa-Luxemburg-Kommune zu uns geschickt.“¹⁹

Später übernahm man minderjährige Rechtsbrecher aus Moskauer Gefängnissen (zunächst 17, dann weitere 11 aus der Butyrka)²⁰ sowie aus der Arbeitskolonie des Konzentrationslagers auf den Solovkier Inseln im Nördlichen Eismeer. „Konclageri“ gab es in den Sowjetrepubliken als Stätten zur Isolierung Andersdenkender — sie waren 1919 in der RSFSR nach dem Vorbild entsprechender Institutionen der Spanier auf Kuba (während der Kubanischen Revolution, 1895) und der Briten in Südafrika (im Burenkrieg, 1901) errichtet worden.

Den Aufbau der Arbeitskommune in Bolševo hatten die Bewohner des benachbarten Dorfs Kostino mit Unbehagen verfolgt – die Unterbringung „diverser krimineller Elemente“ in ihrer unmittelbaren Umgebung jagte ihnen Angst und Schrecken ein. Deshalb schickten sie eine Abordnung zum „Allunionsältesten“ Michail Kalinin (dem Vorsitzenden des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR, an den sich die sowjetischen Bauern traditionell mit ihren Beschwerden wandten) und baten darum, jenes „Mördernest“ aus ihrem Rayon wieder zu entfernen.²¹ „Es verging jedoch kein Jahr“ – heißt es in einem zum ersten Besuch der Bolševoer Kommune durch Maksim Gor’kij (der seit 1921 im Ausland gelebt hatte) im Jahr 1928 in Moskau veröffentlichten deutschsprachigen Artikel –, „und die Ansichten der Bauern hatten sich radikal geändert. Das Verhältnis der Bauernschaft zur Kolonie ist das freundschaftlichste und ein sehr nachbar[schaft]liches, wozu namentlich die gegenseitige Wirtschaftshilfe sehr beigetragen hat. Auf allen Theatervorführungen, literarischen Veranstaltungen und Konzerten, die im Klub der Kolonie veranstaltet werden, sind die Bauern ständige Gäste. In der Jungpionierabteilung, die von einem ehemaligen Dieb geleitet wird, befinden sich auch die Kinder der Bauern. Es ist bereits durchaus keine seltene Erscheinung, daß die Kolonienmitglieder Bauerntöchter heiraten, ja sie sind

19 Zit. bei R. Pozamantir: 80-letiju Bolševskskoj trudovoj kommuny OGPU Nr.1 im[eni] G. G. Jagody posvjaščajetsja, in: Kaliningradskaja pravda (Korolev), 2004, Nr. 90, 17.8., S.5.

20 Siehe ebenda.

21 S. Dikovskij, Bolševskaja kommuna, in: Pravda, 1.6.1935, Nr.149, S.8. Die mit der Geschichte der UdSSR wenig vertraute S. D. Gladysch berichtet (ohne Quellenangabe) von einem anderen Adressaten der Beschwerde der „Einwohner von Bolševo“ – Dzeržinskij. Zu ihm hätten sie eine „repräsentative Delegation“ geschickt, „die in der Ljubjanka mit aller Achtung empfangen wurde, wobei man die Abgesandten geduldig anhörte“ (Gladysch, Deti, S.48).

sogar erwünschte Schwiegersöhne.“²² All das erinnert an entsprechende Vorgänge in der Poltavaer Gor'kij-Kolonie.

Eine wichtige Rolle im Prozeß der Resozialisierung der minderjährigen Rechtsbrecher spielte das ihnen entgegengebrachte Vertrauen. Den „Kriminellen“ schlug man vor, freiwillig in der Kommune zu bleiben und dort zu arbeiten, was sie anfangs nicht glauben wollten. „Das war für sie neu und unerwartet, und sie sahen darin eine ‚Falle‘ seitens der GPU“, heißt es in einem bereits zitierten Artikel aus dem Jahr 1930.²³ Auch der Schriftsteller Herwarth Walden (1878-1941), der später, 1932, in die UdSSR übersiedelte und zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges dem Stalinschen Terror zum Opfer fiel, schreibt in seinem Bericht über Bolševo, daß die jungen Leute dem Angebot der Tschekisten mißtrauten: „Offenbar hatte man vor, sie in irgendeinen weltentlegenen Winkel zu schleppen und sie zu ermorden, um sie ihrer Kleidung und ihrer Habseligkeiten zu berauben. Was man mit einem Fremdwort sozialisieren nennt.“²⁴

Der bekannte Film „Der Weg ins Leben“ (*Putevka v žizn'*; 1931), dem Erfahrungen der Arbeitskommunen der OGPU zugrunde liegen – der Ersten (der Bolševoer) und der Zweiten (der Ljubercy, untergebracht in einem ehemaligen Kloster in der Nähe der Bahnstation Ljubercy bei Moskau) –, enthält eine meisterhaft inszenierte Episode eines Vertrauensbeweises: Der minderjährige Rechtsbrecher „Mustafa“ wird beauftragt, für die erste Gruppe von Übersiedlern aus einer Aufnahme- und Verteilerstelle in eine Arbeitskolonie selbständig Brot einzukaufen. In einer der frühesten Publikationen über die Bolševoer Kommune, verfaßt vom Sekretär der Moskauer Komsomolorganisation D. Matveev²⁵ und erschienen in der Zeitschrift „*Molodoj bolševik*“ (1925), ist der dieser Sequenz zugrundeliegende Vorfall – der sich ganz offensichtlich auf die Übersiedlung von Insassen der Butyrka bezieht – wie folgt beschrieben: „In die erste Gruppe wurden 15 Mann aufgenommen. Zuvor hatte man sie zivil eingekleidet und ohne Eskorte, lediglich mit einer Begleitperson, per Bahn in den Sovchoz außerhalb der Stadt gebracht, wo die Werkstätten bereits entsprechend eingerichtet waren. Dort angekommen, wurden 2-3, ohne jede Begleitung, nach Brot und Wurst geschickt, wofür man ihnen 15 Rubel aushändigte.“²⁶

Wie bei Makarenko lagen auch der Praxis der Bolševoer Kommune, neben Vertrauen gegenüber den Zöglingen und der Freiwilligkeit ihres Aufenthaltes in dieser Einrichtung, produktive Arbeit zum Nutzen der gemeinsamen Ökonomie sowie umfassende Eigeninitiative in Abstimmung mit der Leitung und dem Personal zugrunde. So ist in der bereits zitierten Moskauer Publikation aus dem Jahr 1925 von „zwei

22 Gorki in der Kolonie der jugendlichen Verwahrlosten, in: Wochenbericht der Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Auslande (Moskau), 1928, Nr. 32-33, S.11f., hier S.12.

23 Avtonomov, *Bolševskaja kommuna*, S.36.

24 H. Walden: *Verbrecher-Kolonie. Die Kommune der OGPU*, in: *Der Sturm* (Berlin), 1927/28, Nr. 8, S.105-107, hier S.105.

25 Siehe M. S. Pogrebinskij: *Trudovaja kommuna OGPU. Predislovie i redakcija M. Gor'kogo*, Moskau 1928, hier S.88.

26 Matveev, *Ob odnom opyte*, S.37.

Hauptprinzipien der Produktionsausbildung und des theoretischen Unterrichts“ in Bolševo die Rede: „1) Eigeninitiative in allem – in der Verwaltung und Organisation des internen Lebens; 2) Freiwilligkeit und Vertrauen den aufgenommenen Jugendlichen gegenüber. Darin liegt das Geheimnis des Erfolgs dieses Experiments.“²⁷ Und an einer anderen Stelle heißt es dort: „Die GPU [...] brachte in die neue proletarische Pädagogik die ersten positiven Erfahrungen und wertvollen Errungenschaften ein.“²⁸ Die Praxis der Bolševoer Kommune wird dabei als ein Triumph bezeichnet, der die Aufmerksamkeit „der im Entstehen begriffenen sowjetischen Pädagogik und sogar der Pädagogik weltweit“ verdiene.²⁹ Dem Volkskommissariat für Bildungswesen wird dringend empfohlen, dieses Experiment ernsthaft zu studieren und die bisherige Methodik der Bekämpfung der Kinder- und Jugendverwahrlosung einer Revision zu unterziehen.³⁰

Voraussetzung für die Aufnahme der Rechtsbrecher in die Kommune waren: völlige Abkehr vom bisherigen Leben einschließlich Abbruch aller Kontakte zu früheren Kumpanen, Verzicht auf Alkohol, Drogen und Kartenspiel sowie die Bereitschaft, zu arbeiten und die Beschlüsse der Selbstverwaltungsorgane zu respektieren. Diese uns auch aus Makarenkos Gor'kij-Kolonie wohlbekannten Prinzipien – hier wie dort jedoch ohne Verzicht auf Nikotin! – lagen bereits der Tätigkeit der Rosa-Luxemburg-Kommune zugrunde. Das geht aus dem Bericht (vom 28. Juli 1924) des Mitglieds einer Kommission hervor, die von einer Sektion der Volksbildungsabteilung beim Rat der Arbeiter- und Rotarmistendeputierten der Stadt Moskau zur wirtschaftlichen und hygienischen Inspektion der Einrichtungen von MONO eingesetzt worden war.³¹ Über den recht ungewöhnlichen Umgang des Kommuneleiters mit der Vergangenheit seiner Zöglinge heißt es in dem Bericht: „In der ersten Zeit hatten sie sich noch geniert, von ihren Abenteuern zu erzählen. Jetzt teilen sie ihre Erinnerungen mit mir. Und zwar deshalb, weil ich mir niemals gestatten werde, sie an ihre Vergangenheit zu erinnern oder sie ihnen vorzuhalten“, sagt der Leiter.“³² Ganz ähnlich äußerte sich bekanntlich auch Makarenko über sein Vorgehen in der Gor'kij-Kolonie.

Dagegen berichtet die deutsche Sozialpädagogin und Journalistin Lenka von Koerber (1888-1958), die sich 1932 ein halbes Jahr lang zum Studium der „verschiedenartigsten Straf- und Fürsorgeanstalten“ in der Sowjetunion aufgehalten und dabei neben der OGPU-Einrichtung bei Moskau auch die Char'kover Dzeržinskij-Kommune besucht hatte,³³ von einer überraschenden Bereitwilligkeit der Mitglieder der Bolševoer Kommune, aus ihrem früheren Leben zu erzählen. Dieser „Paradigmenwechsel“ hängt möglicherweise damit zusammen, daß der einfühlsame Kommuneleiter Melichov zu jenem Zeitpunkt bereits nicht mehr in Bolševo tätig war –

27 Ebenda, S.40.

28 Ebenda, S.41.

29 Ebenda, S.37.

30 Siehe ebenda, S.40.

31 Siehe Gladys, Deti, S.43-47.

32 Zit. nach ebenda, S.47.

33 L. Koerber von: Sowjetrußland kämpft gegen das Verbrechen, Berlin 1933, S.81-106.

ganz offensichtlich zu Beginn des Jahres 1927 hatte man ihm Aufbau und Leitung der Zweiten Arbeitskommune der OGPU übertragen³⁴. Damals war er von dem „parteilosen Arzt“ Bogoslovskij abgelöst worden, seinem Stellvertreter seit dem Tag der Gründung der Kommune, „den Pogrebinskij noch aus Sibirien als einen selbstlosen Mitarbeiter und aktiven Kämpfer gegen den Flecktyphus gekannt hatte“³⁵ und der ebenfalls als ein Mensch „mit psychologischem Einfühlungsvermögen“ beschrieben wird³⁶. Ihre Beobachtung in Bolševo interpretiert die Autorin wie folgt: „Mit dem Willen zur Selbstverantwortung und Produktivierung aller Kräfte schwindet offenbar die Scheu, über die Schattenseiten der Vergangenheit zu sprechen.“³⁷ Lenka von Koerber, deren instruktiver Reisebericht „Sowjetrußland kämpft gegen das Verbrechen“ noch im März 1933 (bei Rowohlt in Berlin) erscheinen konnte, hatte sich zuvor durch zwei viel beachtete Bücher über die Praxis des Strafvollzugs in Deutschland – „Meine Erlebnisse mit Strafgefangenen“ (1928) und „Menschen im Zuchthaus“ (1930) – einen Namen gemacht.

Recht ungewöhnlich erscheinen die in der Rosa-Luxemburg-Kommune angewandten Maßnahmen zum Abbruch aller Kontakte der Zöglinge zu ihrem früheren Umfeld. Einiges davon geht weit über die aus Makarenkos Einrichtungen bekannte Praxis hinaus. Es genüge nicht, heißt es in dem bereits zitierten Untersuchungsbericht vom Juli 1924, die Kommunarden „dazu zu überreden, nicht in die Stadt zu gehen und sich von dem Gedanken loszusagen, zu ihrer früheren Lebensweise zurückzukehren. Man muß sie davon abbringen, daß sich ihre Gedanken mit der Vergangenheit beschäftigen. Daran orientiert sich das gesamte Leben der Kommune. Grundlage des Lebens dieser Organisation ist die eigenständige Versorgung. In der Kommune gibt es kein technisches Personal. Die Jugendlichen halten das Gebäude selbst in Ordnung, sie kochen sich ihre Mahlzeiten und regeln den Dienst im Haus. Die wirtschaftlichen Pflichten sind untereinander aufgeteilt. Es gibt einen Jugendlichen, dem das Lebensmittellager, die Wäschekammer usw. unterstehen.“³⁸

Die weniger organisierte Aufnahme neuer Zöglinge in Bolševo beschreibt Boris L'vovič Severov – in der Ersten Arbeitskommune der OGPU war er seit 1929 (wie Makarenko später in Char'kov) Leiter des Unterrichtsbereichs³⁹ – in einem Brief vom 18. Oktober jenes Jahres an seine Schwester: „Ist das nicht erstaunlich: auf dem Bahnsteig der Station Bolševo gibt es eine große Menschenmenge. Es dröhnt das Orchester, rot leuchten die Fahnen. Aus den sich nähernden Zügen – markante Plakate zur Begrüßung in der Kommune... Hunderte von Köpfen beugen sich aus den Fenstern und rufen begeistert aus vollem Halse... Das ist ein Empfang von

34 Siehe Bolševcy, S.33; Dikovskij, Bolševskaja kommuna vgl.: Gladys, Deti, S.364 („3. [!] Arbeitskommune der OGPU“).

35 E. Vatova: Bolševskaja trudovaja komnuna i ee organizator, in: Junost' (Moskva), 1966, Nr. 3, S.91-93, hier S.92.

36 K. Rosenfeld: Ein russisches Jugendgefängnis, in: Das neue Rußland (Berlin), 1927, H. 1-2, S.29f., hier S.29.

37 Koerber, Sowjetrußland, S.97f.

38 Gladys, Deti, S.45f.

39 Siehe Bolševo, Nr. 3, S.153.

Dieben. Die Diebe auf dem Bahnsteig begrüßen Diebe aus Solovki, die in die Kommune fahren, um von ihrem alten Weg radikal abzukommen...“.⁴⁰

Die Zahl der Mitglieder der Bolševoer Kommune nahm ständig zu: von 18 im Jahr 1924, 77 – 1926, 248 – 1928, 655 – 1930⁴¹, 2.200 – 1931⁴² und 3.100 – 1935⁴³ bis auf 5.000 im Jahre 1936⁴⁴. Die bereits von D. Matveev 1925 erwähnte Ausgangsgruppe im Umfang von 15 Personen wurde später regelrecht verklärt. So schreibt der Psychoanalytiker Wilhelm Reich (1897-1957), der Bolševo 1930 besucht hatte: „Die Erweiterung der Zahl der Kommunemitglieder auf 350 und dann auf 1000 geschah ausschließlich mit Hilfe dieser 15 Jungs. Sie setzten zunächst eine Liste von weiteren 75 Jungs auf und garantierten für sie. Sie selbst sandten die Delegierten ins Gefängnis, um die 75 weiteren Jungs zu holen.“⁴⁵ Seit 1928 gab es für Neulinge in der Kommune eine 6monatige Probezeit.⁴⁶

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Produktionsstätten kam es in Bolševo – wie später auch in Char’kov – zu einem bedeutenden Anstieg der Zahl der Arbeiter und Angestellten, die nicht Mitglieder der Kommune waren. Laut einer 1937 veröffentlichten Statistik verlief diese Entwicklung wie folgt: 1926 – 356 Personen; 1927 – 516; 1928 – 619; 1929 – 1 023; 1930 – 1 409; 1931 – 1 785; 1932 – 2 631; 1933 – 2 915; 1934 – 5 118; 1935 – 5 369; 1936 – 7 428; 1937 – 8 171.⁴⁷ Bereits 1936 war die Gesamtzahl der Bewohner von Bolševo auf 10.000 Personen angestiegen.⁴⁸

1928 war ein von zwei renommierten Architekten (A. Ja. Langman und L. Z. Čerikover) erstellter „Generalplan zur Entwicklung der Siedlung Kostino“ genehmigt worden.⁴⁹ Diesem Plan entsprechend, verwandelte sich die Kommune im Laufe der Zeit in einen kleinen „Staat“ mit eigenen Fabriken, Geschäften, Kinderkrippen, Schulen, einem Kino, einer Bibliothek, einem Rundfunksender und einem Krankenhaus. Ein wenig ist von diesem Reichtum erhalten geblieben. Über den gegenwärtigen Zustand des Territoriums der Kommune schreibt S. Gladys: „Heute gehören die Siedlungen Bolševo und Kostino zu der Stadt Korolev, sie stellen unversehrte mar-

40 Zit. nach: ebenda, S.145.

41 Siehe M. Bess: „Besprisonnye“, die Methoden des Kampfes gegen die Verwahrlosung in Russland, in: Osteuropa, 1932/33, S.85-97, hier S.91.

42 Siehe L. Koerber von: Sowjetrußland kämpft gegen das Verbrechen, Berlin 1933, S.81-106, hier S.91.

43 Siehe Dikovskij, Bolševskaja kommuna.

44 Siehe H. E. Sigerist: Socialised medicine in the Soviet Union, London 1937, S.253.

45 W. Reich: Die Arbeitskommune der G.P.U. „Bolschewo“, in: ders.: Die Sexualität im Kulturkampf. Zur sozialistischen Umstrukturierung des Menschen, Kopenhagen 1936, S.199-202, hier S.199f.

46 Siehe Avtonomov, Bolševska kommuna, S.37f; Koerber, Sowjetrußland, S.92; GARF, 7952-3-4, Bl. 121.

47 Rost Bolševskoj trudovoj kommuny, in: Bolševac, 5.11.1937, Nr. 65, S.1.

48 Siehe Sigerist, Socialised medicine, S.253; J. Pons: L'éducation publique en U.R.S.S, Paris 1937, S.47.

49 Siehe N. Ladovskij: Proekt planirovki trudkommuny „Kostino“, in: Stroitel'stvo Moskvy, 1929, Nr. 7, S.14-17; siehe auch: R. D. Pozamantir: Bolševskaja trudovaja kommuna, in: Moskovskij žurnal, 1997, Nr. 7, S.15-23, hier S.21.

kante kleine Inseln der Republik der Bolševoer dar. Ein großer Laden, das Lehrkombinat, die Großküche (fabrika-kuchnja), errichtet im Stil des Konstruktivismus – strenge Proportionen, viel Licht und Glas mit einem Minimum an Dekor –, heben sich von den Standardbauten in der Umgebung ab“.⁵⁰

Die Kommunarden und ihre Resozialisierung

Die Mehrzahl der Zöglinge der Bolševoer Kommune war zwischen 16 und 21 Jahren alt. Über ihre „Herkunft“ lassen sich in einem Artikel von Gor’kij folgende Angaben finden (bezogen auf Juni 1931): Von insgesamt 1.598 Kommunarden waren 529 aus Gefängnissen hierher auf Bewährung geschickt worden, 300 waren freiwillig gekommen, 283 hatte man aus anderen Kommunen übernommen, 181 aus dem Butyrka-Isolator, 149 aus Solovki und 81 aus Kinderheimen. 92,6 Prozent der Zöglinge hatten früher als „sozial gefährlich“ gegolten – mit einer „mittleren Diebespraxis“ von 7,4 Jahren.⁵¹

Eigentlich war die Kommune nur für junge Männer bestimmt, doch seit Herbst 1927 wurden auch junge Frauen aufgenommen.⁵² Herwarth Walden berichtet von der Ankündigung dieses Schrittes auf einer Wandzeitung in Bolševo. Dort hieß es, die Kommune sei jetzt „so weit fortgeschritten, daß sie den Versuch unternehmen könne, die Arbeit und die Kultur den gefangenen Frauen beizubringen, die ihrerseits wiederum durch die Eigenschaften der Frau den Männern helfen sollen“.⁵³ Der zuletzt angeführte Aspekt läßt sich auch in Makarenkos Argumentation zur Verteidigung der Koedukation in den von ihm geleiteten Resozialisierungseinrichtungen finden. In der Gor’kij-Kolonie und der Dzeržinskij-Kommune hatte es von Anfang an auch Mädchen gegeben.

Im Juni 1931 waren 89,3 Prozent der Bolševoer Kommunemitglieder Männer und 10,7 Prozent Frauen.⁵⁴ Die Resozialisierung letzterer erwies sich als besonders schwierig. So berichtete ein Erzieher der Besucherin Lenka von Koerber: „Wir haben im ganzen nur zweihundert kriminelle Frauen hier, sie sind alle mehrfach vorbestraft, die Arbeit mit ihnen ist schwieriger als mit den Männern. Sie sind kleinlicher, spießbürgerlicher und darum schwerer für ein großes Ziel zu begeistern.“⁵⁵ Ähnlich äußerte sich auch Makarenko über die Schwierigkeiten bei der Umerziehung von Mädchen, die lange auf der Straße gelebt hatten.

50 Gladys, *Deti*, S.290.

51 Siehe M. Gor’kij: *O trudkolonijach OGPU*, in: ders.: *Publicističeskie stat’i*, Moskva-Leningrad 1931, S.293-303, hier S.293.

52 Siehe *Die Werkkommune der G.P.U.*, in: *Wochenbericht*, 1927, Nr. 45-46, S.11.

53 Walden, *Verbrecher-Kolonie*, S.107. Dagegen bezeugte S. P. Bogoslovskij (1934): „1927 [...] begann man die Trikotagen-Werkstatt zu organisieren, weil Frauen aufgenommen wurden. [...] am 14. April hatten wir aus der Butyrka die erste Partie gebracht – 4 Mädchen.“ (GARF, 7952-3-4, Bl. 98f.).

54 Siehe Gor’kij, *O trud Kolonijach*, S.293.

55 Koerber, *Sowjetrußland*, S.91f.

Wie die Dzeržinskijer wurden auch die Bolševoer in den ersten Monaten zu landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen.⁵⁶ Doch schon bald war jene Zeit vorbei, als das erste, auf Kredit gekaufte Pferd in den Stall geführt und in der Schmiede auch die Pferde der Dorfbewohner beschlagen wurden⁵⁷. „Nach und nach hat man die Waschküche zu einer Tischlerwerkstatt umgebaut, den Schweinestall zu einer Schlosserei und einem Klubraum, die Scheune zu einer Stellmacherei und den Pferdestall zu einer mechanischen Schuhmacherwerkstatt.“⁵⁸ Später kamen Holzverarbeitende Werkstätten hinzu, und das Ganze entwickelte sich zu einem regelrechten Produktionskomplex, der aus drei Betrieben bestand: einer Trikotagenfabrik, einer Schuhfabrik (Sportschuhe) sowie einer Fabrik für Schlittschuhe und Tennisschläger. Wie sich Pogrebinskij's Witwe erinnerte, hatte M. Gor'kij auf einem Abend zur Entlassung von Kommunarden im Juli 1932, als ihm ein von den Zöglingen angefertigter Pullover feierlich überreicht wurde, zu Tränen gerührt gesagt: „Kinder, die noch vor gar nicht so langer Zeit die Leute ausgezogen hatten, kleiden mich jetzt ein.“⁵⁹ Damit spielte Gor'kij auf eine bekannte Szene aus dem Film „Der Weg ins Leben“ an, in der ein Straßenjunge einer vornehmen Dame mit einem Rasiermesser aus ihrem Pelzmantel „hilft“. Im Unterschied zu der von Anfang an auf Sport und Freizeit ausgerichteten Produktpalette der Bolševoer Kommune wurden in Char'kov seit 1931 für die Industrialisierung des Landes benötigte Elektrowerkzeuge und schon bald auch Fotoapparate hergestellt.

Als Anreiz zur Arbeit in der OGPU-Kommune diente bereits 1925 ein geringer Lohn, „berechnet nach einem fünf Stufen umfassenden originellen Tarifsysteem: 1. Stufe – 48 Kopeken im Monat, 5. Stufe – 5 Rubel, 40 Kop. im Monat“.⁶⁰ Später wurden die Zöglinge, wie auch in der Dzeržinskij-Kommune, nach gewerkschaftlichen Tarifen bezahlt.⁶¹ So erhielten am 1. Januar 1931 von insgesamt 1.283 Kommunarden in Bolševo 265 Neulinge, die sich noch in einer dreimonatigen Einarbeitungszeit befanden, maximal 25 Rubel im Monat, während die Mitglieder der Kommune zwischen 25 und mehr als 200 Rubel verdienten.⁶²

Über die Effektivität der Arbeit in Bolševo hatte sich der bereits zitierte Erzieher gegenüber Lenka von Koerber wie folgt geäußert: „Unser Versuch, durch verantwortliche Arbeit im Betrieb schwerkriminelle junge Verbrecher umzustellen, ist in unzähligen Fällen gelungen. Wir kennen ja nicht nur das Menschenmaterial, sondern

56 Siehe W. Reswick: *An Experiment in Freedom*, in: *The Nation* (New York), vol. CXXI, 1925, Nr. 3149, November 11, S.535; dt. Übers.: *Ein Experiment in der Freiheit*, in: *Die Einheit* (Berlin), 1926, H.1, S.22-24, hier S.24.

57 Siehe Dikovskij, *Bolševskaja kommuna*.

58 Bess, *Besprisornye*, S.92.

59 Pogrebinskaja, *Nezabyraemye vstreči*, S.95. In einem in dem repräsentativen Band „Bolševcy“ (siehe ebenda, S.7) veröffentlichten Begrüßungsschreiben der Zöglinge an G. G. Jagoda zum zehnjährigen Jubiläum der Kommune sind Gor'kij's Worte wie folgt wiedergegeben: „Früher habt ihr die Leute ausgezogen, jetzt kleidet ihr sie ein.“

60 Matveev, *Ob odnom opyte*, S.38.

61 Siehe Avtomonov, *Bolševskaja kommuna*, S.41.

62 Siehe Bess, *Besprisornye*, S.92.

auch die Betriebe gründlich und wissen, was den einzelnen Jungen interessiert. Wenn er durch die Arbeit gefesselt wird, ist die Grundlage für seine Umstellung geschaffen. Das Wesentlichste ist dabei zunächst die individuelle Behandlung, denn Arbeit kann nur erziehlisch (!) wirken, wenn sie der Begabung des Jugendlichen entspricht. Ist er erst an der richtigen Stelle, so wirkt das Kollektiv intensiv auf ihn ein. Diejenigen, die sich für die Arbeit begeisterten, konnten die Grundlage für ihre persönliche Umwandlung schaffen. Das Wichtigste ist dabei, einen individuellen Zugang zu finden, weil die Arbeit ihre erzieherische Rolle nur dann erfüllen kann, wenn sie den natürlichen Anlagen des jungen Menschen entspricht. Und wenn dieser auch noch eine passende Arbeit hat, dann wirkt das Kollektiv auf ihn viel intensiver ein.“⁶³

Nach und nach erhielten die Kommunemitglieder ihre staatsbürgerlichen Rechte zurück, und auf Antrag wurden die früheren Strafen getilgt.⁶⁴ Oberstes Organ der Selbstverwaltung und „letzte Instanz“ der Bolševoer Kommune war die Vollversammlung. Als Exekutivorgan diente eine fünfköpfige „aktive Kommission“.⁶⁵ Daneben gab es noch weitere Ausschüsse, z. B. eine Auswahlkommission, die „in die Gefängnisse geht und sich neue Mitglieder auswählt“⁶⁶, und eine Konfliktkommission⁶⁷. Über die „Macht“ der Vollversammlung heißt es in einer der bereits zitierten Publikationen (1930): „Der Leiter war und ist nicht berechtigt, die eine oder andere Maßnahme ohne deren Bestätigung durch die Vollversammlung durchzuführen.“⁶⁸ Wie in allen sowjetischen Schulen und Kinderheimen gab es auch in Makarenkos Resozialisierungseinrichtungen eine Vollversammlung; das entscheidende Selbstverwaltungsorgan war dort jedoch ein aus den Leitern der Zöglingsteilnehmern gebildeter Rat der Kommandeure.

Bereits 1931, im Zuge der Industrialisierung der Arbeitskommunen der OGPU bzw. der GPU der Unionsrepubliken, wurde deren Leitungssystem einer grundlegenden Revision unterzogen. Vor allem wurde das Amt des Leiters (*zavedujuščij*) abgeschafft. In Rußland stand nun ein Verwalter (*upravljajuščij*) und in der Ukraine ein Direktor (*načal'nik*) an der Spitze der Kommunen. Diese Aufgaben wurden in der Regel nicht Pädagogen, sondern Tschekisten übertragen.

Fälle von Flucht waren in Bolševo wie auch in den Makarenkoschen Einrichtungen selten – ungeachtet der Tatsache, daß es dort weder eine Umzäunung noch eine Wache gab –, und die Diebstähle hatten einige Monate nach der Eröffnung der Kommune ganz aufgehört. Wie schon zu einem früheren Zeitpunkt in der Gor'kij-Kolonie, waren die Schlüssel zu allen Lagerräumen (und zwar bereits im Dezember 1924) den Jugendlichen selbst übergeben worden,⁶⁹ die sich als die eigentlichen Herren ihrer Einrichtung fühlten.

63 Koerber, Sowjetrußland, S.91.

64 Siehe ebenda, S.96.

65 Siehe Matveev, *Ob odnom opyte*, S.39.

66 Koerber, Sowjetrußland, S.91f.

67 Siehe Matveev, *Ob odnom opyte*, S.39.

68 Avtonomov, *Bolševskaja kommuna*, S.37.

69 Siehe Matveev, *Ob odnom opyte*, S.38.

Verstöße gegen die allgemeine Ordnung der Kommune wurden in Bolševo streng geahndet. Die höchste Strafe war der Ausschluß aus der Gemeinschaft. Daneben kamen auch andere Sanktionen zur Anwendung. So berichtet der Weimarer Pädagoge und Jurist, Mitglied der KPD, Hugo Jacobi (1877-1933), der die Kommune im August 1926 im Rahmen einer 3 ½-monatigen Reise zum Studium sowjetischer Fürsorgeeinrichtungen besucht hatte, daß „bei Verfehlungen [...] Strafen verhängt“ werden, „die mit der Tat in sachlichem Zusammenhang stehen: Geldstrafen bei Beschädigung des gemeinsamen Eigentums und Ersatz desselben; Entziehung des Urlaubs [Ausgangs; G.H.] bei unbegründetem Versäumnis oder bei leichtfertiger Arbeit; Reinemachen oder derlei Arbeiten, wo der Betreffende Störungen hervorgerufen hat, im härtesten Falle eine Internierung für eine Woche in der Moskauer Strafanstalt“.⁷⁰ Diese Frist der „Internierung“ wird von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kurt Rosenfeld (1887-1943), einem Rechtsanwalt, bestätigt, der ebenfalls 1926 Bolševo besucht hatte.⁷¹ Dagegen schreibt W. Reich von „ein, zwei Tagen“, die der „Sünder“ in der Haftanstalt „saß“. Wörtlich heißt es dazu: „Man gab dem ‚Sträfling‘ die Adresse des betreffenden Gefängnisses in Moskau. Gänzlich ohne Begleitung und Aufsicht fuhr er dort hin, saß ein, zwei Tage und kam freudig wieder zurück.“⁷²

Ein lebendiges Bild von der Atmosphäre der Bolševoer Kommune vermittelt die sozialistische Pädagogin und Leiterin des Landerziehungsheims Walkersmühle bei Melsungen, Bezirk Kassel, Minna Specht (1879-1961) in ihrem „Moskauer Tagebuch“, das die ostdeutsche Erziehungswissenschaftlerin Christine Lost 1988 im Zentralen Staatsarchiv der DDR innerhalb von Aktenbeständen entdeckte, die aus der UdSSR zurückgegeben worden waren. M. Specht hatte im Frühjahr 1927 den bekannten Philosophen Leonard Nelson (1882-1927), ihren akademischen Lehrer, auf dessen Reise in die sowjetische Hauptstadt begleitet und mit ihm dabei auch Bolševo besucht. Über diese Kommune, die von M. Specht als „Schule“ bezeichnet wird, heißt es in einer (im Tagebuch auf den 14. Mai datierten) Aufzeichnung: „[Vor]Gestern in der GPU-Schule. Schneidende Kälte. Wir fuhren im offenen Auto (morgens) hinaus, 1 Stunde auf der offenen Chaussee: N. [Nelson], [...] ein Vertreter der GPU und ich. Der GPU-Mann, etwa 30 Jahre alt, Ukrainer, schlank, mit kleinem festen Schädel, schönem Gesicht, lustigen, blitzenden Augen und festem Mund mit gutem Gebiß, hinten alles aus Gold.

Als wir draußen waren, gingen wir zuerst in das Häuschen, in dem Lenin 1922 im Winter gewohnt hat. Heute ist es in einem verwahrlosten Zustand – Junggesellenheim des Leiters, freilich ganz ohne Weberwirtschaft oder dergleichen. Nur unsauber, unordentlich, kalt, häßlich, äußerst unbehaglich. Mit einem schmutzigen Tuch wurden ein paar Gläser ausgewischt, Brot, Butter, Käse, eine Pfanne mit Eiern hingestellt; jeder schlang etwas herunter und rauchte. Dann gingen wir hinaus, die Ko-

70 H. Jacobi: Sowjetrussische Fürsorgeerziehung, in: Das werdende Zeitalter, 1927. Nr. 9/10, S.230-238, hier S.233f.

71 Siehe Rosenfeld, Ein russisches Jugendgefängnis, S.30.

72 Reich, Die Arbeitskommune, S.201.

lonie anzusehen. Alles ist derb, unbehauen, nur der groben Arbeit dienend, so derb, ja roh, wie die jungen Verbrecher, die hier zu Sowjetbürgern erzogen werden, in einer Tischlerei, Schusterei, Schmiede. Sie arbeiten für Bestellung. Sie erhalten Lohn, Kredit auf Kleidung etc. Sie erwerben also ihren Unterhalt selbst durch Arbeit bis 5 Uhr nachmittags. 108 Schüler. Ganz ohne polizeiliche Bewachung. Alles steht offen. Keine Umzäunung. Nur die Möglichkeit zur Arbeit, zu geachteter Arbeit, zum Umgang mit den Erziehern. Wenn sie wollen, können sie weggehen. Man gibt ihnen Ausgang nach Moskau (Sonnabend, Sonntag). Man verbietet ihnen nicht das Trinken. Sie rauchen, nur Kokain ist verboten. Sie haben sexuelle Freiheit. Sie verwalten ihre Kommune selbst, sie erhalten in jeder Hinsicht *Kredit*. Sie arbeiten tüchtig (Akkordarbeit). Sie lachten und verkehrten lustig mit dem Leiter und dem GPU-Mann. Der Leiter ist ein blasser, ernster, fast zarter Mensch (früherer Militärarzt)⁷³. Er will nichts anderes, als diesen Versuch machen, in einer besseren Lage diesen Menschen den Weg zur Arbeit zu zeigen. Die Schule ist von Dsershinski gegründet – sie ist das Lieblingskind der GPU. Sie ist erst 2 [in Wirklichkeit: 3; *G.H.*] Jahre alt. Von den Ergebnissen kann man noch nichts sagen, ein strenger und stolzer Ton beherrscht ihre Versammlungen. Sie fackeln nicht lange. Wir konnten nicht mit ihnen sprechen. Unser Eindruck litt darunter, ebenso wie er an der Kälte und der zu langen Dauer unseres Besuches litt. Solche Anstalten ‚besucht‘ man nicht, das entspricht nicht dem Verhältnis, das man zu solcher Arbeit hat. Abends um 8 Uhr waren wir zurück.“⁷⁴

Nelson selbst übernahm in seinen posthum nur in wenigen Exemplaren publizierten „Bericht über die Rußlandreise 1927“ weitgehend den hier wiedergegebenen Auszug aus M. Spechts Aufzeichnungen und bezeichnete die Kommune dabei als „die beste Schule, die ich bisher gesehen habe, eine Schule für Schwerverbrecher, die aus dem Gefängnis und Zuchthaus kommen“. Von dem „GPU-Mann“ war Nelson regelrecht entzückt.⁷⁵

Diese Begeisterung klingt auch in dessen Eintrag im Gästebuch der Kommune an, von dem allerdings – im Unterschied zum Gästebuch der Char’kover „*Dzeržinka*“ – nur die fremdsprachigen Texte, übersetzt ins Russische, erhalten geblieben sind. Der auch von Minna Specht unterzeichnete Eintrag L. Nelsons (datiert: 12.V.1927) lautet in einer Rückübersetzung wie folgt:

„Wir sind sehr froh, uns davon überzeugen zu können, daß auf Initiative der Führer der proletarischen Revolution und unter deren Schutz gerade in Rußland jenes pädagogische Experiment durchgeführt wird, das von den Erziehungstheoretikern der bürgerlichen Regierungen bisher vergeblich angeboten wurde.“

73 Die Worte „(früherer Militärarzt)“ hat L. Nelson nachträglich ergänzt.

74 Bundesarchiv Berlin, 90 Ne 1, Bl.18 Rücks.-19 Rücks.

75 Siehe L. Nelson: Bericht über die Rußlandreise 1927. Als Manuskript vervielfältigt (25 num. Ex.), Frankfurt (M.), Mai 1972, S.68. Es fällt auf, daß Minna Specht in ihrem „Moskauer Tagebuch“ nichts über einen Besuch der Bolševoer Kommune im Rahmen der internationalen Lehrerdelegation in die Sowjetunion bereits im Jahr 1925 erwähnt, der sie angehört hatte. Erklären ließe es sich damit, daß sie seinerzeit nicht mit nach Bolševo gefahren war.

Wir hegen keinerlei Zweifel, daß alle in dieses Experiment gesetzten Hoffnungen von Erfolg gekrönt werden, wenn es mit demselben Vertrauen und Mut weitergeführt wird, die es von Anfang an begleitet hatten.“⁷⁶

Bei dem sympathischen „GPU-Mann“ mit Goldzähnen, der es sich nicht nehmen ließ, die ausländischen Gäste persönlich nach Bolševo zu begleiten, handelte es sich zweifellos um Pogrebinskij. Die besondere Wertschätzung dieses Tschekisten gegenüber den Besuchern aus Deutschland zeigt sich auch in der Tatsache, daß er ein Gruppenbild („Nelson, dessen Mitarbeiterin Spekt (!) und Ausländer – Besucher der Kommune“) in sein Buch „Die Arbeitskommune der OGPU“ aufnahm.⁷⁷

Freizeit und Politik im Leben der Kommunarden

Die Aufenthaltsdauer in Bolševo betrug zwei bis drei Jahre, doch viele blieben auch länger und gründeten sogar Familien. So entwickelte sich die Erziehungseinrichtung, die die Kommune zunächst war, zu einer Produktionsstätte mit einem Wohnheim für Kleinfamilien. Die wichtigste Aufgabe der Arbeitskommune bestand darin, den ehemaligen Rechtsbrechern „eine notwendige Qualifikation zu geben, sie zu bessern“.⁷⁸ Dabei spielte die Schule eher eine untergeordnete Rolle. In der ersten Zeit dauerte der Unterricht täglich nur maximal zwei Stunden.⁷⁹ In einer Publikation über die OGPU-Einrichtung aus dem Jahr 1930 heißt es, „der Schulbesuch für alle minderjährigen Mitglieder der Kommune ist obligatorisch“.⁸⁰ Damit waren offenbar Abendkurse gemeint, die von den Kommunarden nach dem Arbeitstag besucht wurden. Im Januar 1930 wurde für die Bolševoer eine Fachschule (Technikum) mit vier Sparten entsprechend den Produktionsabteilungen eröffnet.⁸¹ In jenem Jahr studierten 27 Kommunarden auf verschiedenen Hochschulen des Landes.⁸²

In Bolševo gab es ein breites Freizeitangebot: Chor (bereits seit 1924), Blasorchester, Streichorchester, Jazzensemble und (seit 1937) Symphonieorchester, Theatergruppe, Literaturzirkel, Radiozirkel und zahlreiche Sektionen für Sport, darunter Fußball,

76 Zit. nach: Gladys, Deti, S.105.

77 Siehe Pogrebinskij, Trudowaja kommuna, S.77. Neben den beiden Gästen aus Deutschland und dem Kommuneleiter (Bogoslovskij) zeigt dieses Foto vier weitere, akkurat gekleidete Personen (darunter wahrscheinlich eine Dolmetscherin) sowie fünf „Sowjetmenschen“ mit Schirmmützen. Bei den ausländischen „Mit-Besuchern“, die von Specht und Nelson interessanterweise nicht erwähnt werden, handelt es sich, lt. Eintrag im Gästebuch der Bolševoer Kommune von demselben Tag (12/V – 1927) (s. Gladys, Deti, S.105), um „Repräsentanten des ZK der Gewerkschaft der Konfektionsindustrie Belgiens“, die sich anlässlich des VIII. Allunionskongresses ihrer Partnerorganisation in Moskau aufhielten. Die Tatsache, daß Pogrebinskij auf diesem Foto nicht abgebildet ist, läßt sich eigentlich nur damit erklären, daß er die Kommune zu dem Zeitpunkt, als die Aufnahme gemacht wurde, bereits wieder verlassen hatte.

78 Matveev, Ob odnom opyte, S.40.

79 Siehe ebenda.

80 Avtonomov, Bolševskaja Kommuna, S.39.

81 Siehe ebenda, S.39.

82 Siehe F. Bergmann: „Republik der Strolche“. Die „Dzerschinski-Kommune“ der GPU, in: Moskauer Rundschau, 1931, Nr. 7, 15.2., S.3.

Eishockey und Akrobatik. Besonders bekannt war das Streichorchester der Kommunarden (unter der Leitung eines 1918 als Sohn eines Emigranten verhafteten versierten Musikers, des früheren Fürsten A. S. Chagadaev⁸³), das bis zum Jahr 1930 auf unionsweiten Wettbewerben zweimal erste Plätze errang.⁸⁴

Eine Zelle des Kommunistischen Jugendverbandes (Komsomol) wurde in der Bolševoer Kommune ganz offensichtlich erst Ende 1925 gegründet. Auf jeden Fall ist in dem im Herbst jenes Jahres erschienenen Artikel des Moskauer Komsomolvorsitzenden Matveev von der Existenz einer solchen Gruppe noch keine Rede; dort heißt es lediglich: „Der Komsomol ist innerhalb der Kommune sehr populär. Die meisten haben das Ziel, Komsomolze zu werden.“⁸⁵ Dabei waren die politischen Kenntnisse der Zöglinge eher rudimentär. So schreibt der amerikanische Journalist William Reswick, der als erster Ausländer im April 1925 Bolševo besucht hatte (sein Eintrag eröffnete das Gästebuch der Kommune⁸⁶), in der deutschsprachigen Version seines Berichts: „Als ich im Wagen saß und mit den Burschen Händedrucke wechselte und ihnen Lebewohl bot, fragte ich einige über ihre politischen Ansichten. Zu meinem Erstaunen schien es, daß nur einer in der Menge wußte, daß der 1. Mai ein revolutionärer Feiertag war, und sogar er wußte nicht, warum oder weshalb. Die übrigen Burschen wußten nur, daß es irgendein Feiertag war, aber es war ihnen schleierhaft, ob es ein religiöser Feiertag war oder nicht. Braginsky [Pogrebinskij; G. H.] erklärte, daß Dzershinsky und seine Genossen sich nicht darum kümmern, unter den Burschen Propaganda zu machen, weil sie [es] vorzögen, daß sie ihre politischen Ansichten selbst bilden, nachdem sie geistig auf eigenen Füßen stehen.“⁸⁷ In einem 1932 in der Wochenschrift „Moskauer Rundschau“ veröffentlichten Beitrag heißt es, daß die Mädchen politisch besonders aktiv seien. Obwohl sie nur 10 Prozent aller Zöglinge ausmachten, erreichte ihr Anteil unter den Komsomolzen 40 Prozent.⁸⁸

Der Anstieg der Mitgliederzahl der Komsomolzelle blieb jedoch gegenüber der Zunahme der Gesamtzahl der Kommunarden weit zurück. So waren 1925 von 32 Zöglingen 18 Komsomolzen, 1931 von 1.598 jedoch nur 84, und 1935 kamen auf 3.100 Kommunarden lediglich 131 Mitglieder des Jugendverbandes.⁸⁹ Ein vergleichbares Bild ergibt sich bezüglich des geringen Wachstums der Anzahl der Kandidaten der Partei der Bolschewiki: 1928 waren es erst 3, 1931 – 14, 1935 – 24.⁹⁰ Diese Stagnation des politischen Engagements der Zöglinge läßt sich, worauf mein Kollege Siegfried Weitz ganz zu recht hingewiesen hat, wohl in erster Linie „mit der Entfaltung des familiären Elements“⁹¹ erklären, d. h. der Zunahme der Zahl verheirateter

83 Siehe Gladys, *Deti*, S.145-148.

84 Siehe Avtonomov, *Bolševskaja kommuna*, S.39.

85 Siehe Matveev, *Ob odnom opyte*, S.39.

86 Siehe Gladys, *Deti*, S.102.

87 Reswick, *An Experiment*, S.24.

88 Siehe Bergmann, *Republik*.

89 Siehe Bolševcy, S.438a.

90 Siehe ebenda, S.436a.

91 S. C. Weitz: *Geschichte der Jugendverwahrlosung in der Sowjetunion*. 2. Aufl. Bd. 1: Darstellung, Marburg 1980, S.266-293; *Die Jugendarbeitskommune Bolševo*, S.289.

Kommunarden: von einem im Jahr 1925 und zwei 1926 bis zu 290 1931 und schließlich 1.036 1935.⁹² Zum Vergleich: 1932, anlässlich des fünfjährigen Jubiläums der Dzeržinskij-Kommune, als es dort 342 Zöglinge gab, hatte der Vorsitzende ihres Vorstands A.O. Bronevoj – offenbar in Kenntnis der „kleinbürgerlichen“ Verhältnisse in Bolševo – nicht ohne Stolz geschrieben: „Jetzt zählt die Kommune [in Char'kov; G. H.] in ihren Reihen 8 Kandidaten der Partei, 182 Komsomolzen und 110 Pioniere. Somit kann man die Kommune als eine Komsomol-Pionier-Kommune bezeichnen.“⁹³

Der deutsche Kommunist H. Jacobi, der die Bolševoer Kommune 1926, also noch vor deren „Familialisierung“, besucht hatte, schrieb anschließend begeistert, dort habe „die individualistische Erziehung einer kollektivistischen das Feld geräumt und an die Stelle einer Familientradition die neue Gesinnung der Kommune gesetzt“, wo „nicht der Zufall der Blutsverwandtschaft [...] die Heimgenossen an einander kettet, sondern das bewußte und freudige Zusammenleben geistig und moralisch sich verbunden fühlender und gemeinsam schaffender Menschen“.⁹⁴ An einer anderen Stelle von Jacobis Reisebericht heißt es in bezug auf Bolševo: „Die Grundlage dieser Erziehungsarbeit bildet das gesellschaftlich bedingte produktive Schaffen. Nicht Moralisieren, noch weniger diktatorisches Befehlen und Verbieten bewirken die Umstellung, sondern die Richtung des Willens und der Kraft auf ein als wertvoll und nützlich erkanntes Ziel, dessen Erreichung durch selbständiges Planen, selbständiges Handeln und Kritisieren der Wirklichkeit zugeführt wird. Dadurch wird die Selbsttätigkeit erweckt und die Selbstverantwortung geboren.“

Die Voraussetzung für solche Erziehung bildet natürlich die Tatsache, daß die Erwachsenen, die hier mitarbeiten, den Thron der Würde, der Überlegenheit und Autorität verlassen, sich mit unter die Jugendlichen stellen und in ihnen gleichgesinnte Genossen, gleichgewichtete Freunde und solidarisch verbundene Kameraden sehen, nicht *Objekte* der Erziehung, nicht Untergebene und Gehorchende.“⁹⁵

Ähnlich emphatisch klingt Jacobis Eintrag im Gästebuch der Kommune: „Allein der proletarische Staat darf sich die Übertragung der Ziele einer wahren Menschlichkeit aus dem Dunstkreis der Theorie in den Bereich praktischer Rechtsverhältnisse erlauben.“

Wer das bezweifelt, der sollte an Rußland lernen, wie man gesellschaftsfeindliche Elemente in einer gesellschaftlichen Richtung organisieren kann. Diese außerordentlich schwierige Aufgabe wurde in der Arbeitskommune der GPU glänzend gelöst.“⁹⁶ Im Juni 1935 beging die Bolševoer Kommune festlich ihr zehnjähriges Jubiläum, doch bereits im November/Dezember des folgenden Jahres, nach der Verhaftung ihres Namensgebers Jagoda und – im Zusammenhang damit – dem Selbstmord Pogrebinskijs, wurden mehr als 400 Personen unter dem Vorwurf der Zugehörigkeit

92 Bolševcy, S.516a.

93 Vtoroe roždenie. Trudovaja kommuna im. F. Ė. Dzeržinskogo, Char'kov 1932, S.10.

94 Jacobi, Sowjetrussische Fürsorgeerziehung, S.235.

95 Ebenda, S.236f. (Hervorhebung im Original; G.H.).

96 Zit. nach: Gladys, Deti, S.103.

zu einer „konterrevolutionären antisowjetischen Organisation“ festgenommen⁹⁷, deren Ziel angeblich „ein Wechsel der Führung der KPdSU(B) und der sowjetischen Regierung, der Sturz der Sowjetmacht, die Wiedererrichtung des Kapitalismus in der UdSSR“ sowie „terroristische Akte gegen die Führung von Partei und Regierung, in erster Linie Stalin, Vorosilov, Molotov, Ždanov und Ežov“, waren. Unter den Verhafteten befand sich, zusammen mit dem als „Anführer der Organisation“ bezeichneten S. P. Bogoslovskij (geb. 1895) und deren „lokalem Kopf“ B. L. Severov (geb. 1900), praktisch die gesamte Führungsspitze dieser weltberühmten Mustereinrichtung, in der Mehrzahl ehemalige Rechtsbrecher, die noch zum zehnjährigen Jubiläum mit Urkunden und Geldgeschenken ausgezeichnet worden waren.⁹⁸ Viele von ihnen wurden zum Tode verurteilt und erschossen⁹⁹ – allein auf der bei Moskau gelegenen NKVD-Hinrichtungsstätte, dem Schießplatz Butovo, 71 Personen.¹⁰⁰ So wurde ein bedeutendes sozialpädagogisches Experiment in der Zeit des Stalinschen Terrors ausgelöscht und dem Vergessen anheimgegeben.

97 Siehe ebenda, S.168.

98 Dem ersten Kommuneleiter Melichov war es „gelingen“, im März 1934 eines natürlichen Todes zu sterben (s. GARF, 7952-3-4, Bl. 60).

99 Siehe Gladys, Deti, S.168.

100 Siehe Butovskij poligon. V rodnom kraju. Dokumenty, svidetel'stva, sud'by, Moskva 2004, S.119.

Biographisches

Im Spannungsfeld zwischen Liberal- und Sozialdemokratie: Moritz Germann, ein Freund August Bebels

Wolfgang Schröder

Kalt bis ans Herz hinan verabschiedete die Zeitung „Der Volksstaat“ im Sommer 1872 in einer 12-Zeilen-Notiz Moritz Germann, den Direktor des Verbandes der sächsischen Consumvereine, der plötzlich verstorben war: „Germann war in früheren Jahren auch (!) in der Arbeiterbewegung tätig und ist vielen sächsischen Parteigenossen von daher persönlich bekannt. Obgleich er, seinen Neigungen entsprechend, sich mehr der wenig fruchtbringenden Genossenschaftsbewegung angeschlossen hatte und ihr alle seine Kräfte widmete, war er doch stets unsern Parteibestrebungen freundlich gesinnt und keineswegs – wie sonst fast alle (!) Consumvereiner – ein Gegner derselben. Das ist's, was uns veranlaßt, sein Hinscheiden seinen vielen Bekannten mitzuteilen.“¹

Diese Zeilen wurden der Leistung von Moritz Germann nicht im geringsten gerecht und zeugen von erschütternder Ahnungslosigkeit über eine entscheidende Phase der Entwicklung nicht nur der Leipziger Arbeiterbewegung. Sie könnten der Feder des knapp 26jährigen Adolf Hepner entfloßen sein, der um die Jahreswende 1869/70 aus Berlin nach Leipzig übergesiedelt und in die Redaktion des „Volksstaats“ eingetreten war, die er übernahm, als Wilhelm Liebknecht sowie August Bebel die ihnen im Leipziger Hochverratsprozeß (März 1872) zudiktierte zweijährige Festungshaft in Hubertusburg antreten mußten. Diese beiden hatten unmittelbar in den heftigen Auseinandersetzungen um Organisation, Weg und Ziel der Arbeiterbewegung agiert und die entscheidungsvollen 1860er Jahre gewiß noch gut in Erinnerung. Doch brannten ihnen und insbesondere den nachrückenden jungen Akteuren die aktuellen Entscheidungsprozesse der beginnenden 1870er Jahre auf den Nägeln. Das waren politische Zentralprobleme wie die Stellung zum deutsch-französischen Krieg 1870/71 und zum Ergebnis der Bismarckschen „Revolution von oben“, zum mit „Eisen und Blut“ in Form des Deutschen Kaiserreiches von 1871 geschaffenen Nationalstaat, der Kampf um die Existenz der Partei und des „Volksstaats“ oder die aufbrandende Streikbewegung der „Gründerjahre“.

Obwohl er seinen – erheblichen – Teil dazu beigetragen hatte, daß Leipzig zum Motor im proletarischen Parteibildungsprozeß werden konnte, stand Moritz Germann zu Beginn der 1870er Jahre nicht mehr direkt im politischen Brennpunkt. Er war aus dem Führungszirkel des Arbeiterbildungsvereins ausgeschieden und schein-

1 Der Volksstaat, Nr. 70, 31.8.1872.

bar in den Hintergrund getreten, in dem er schließlich entschwand und damit zu einer Art „Unperson“ wurde. Das führte auch dazu, daß biographische Daten selbst für die einschlägigen, mit großer Akribie erarbeiteten Dokumentenbände nicht ermittelt werden konnten. Zwei Nachrufe, von Freunden in Leipziger Zeitungen publiziert, sparten Herkunft und Lebensalter aus, für die auch die Begräbnisstätte keine Hinweise geben konnte. Selbst in den Meldebüchern der Leipziger Polizei fand sich keinerlei Hinweis auf Moritz Germann. Kaum vorstellbar, daß er polizeiamtlich nicht präsent gewesen sein sollte, war er doch als Expedient der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie in den Adreßbüchern der Stadt Leipzig verzeichnet. Erstmals erschien hier Germann 1863 mit der Adresse Petersstr. 33 III – also ganz in der Nachbarschaft von August Bebel. Arno Kapp läßt ihn sogar in demselben Haus Petersstr. 31, wo auch Bebel Quartier nahm, wohnen.² Später ist er ausgewiesen in der Katharinenstr. 5, dann in der Mittelstr. 40, schließlich ab 1867 bis 1870 in der Carlstr. 8, Hintergebäude, II. Stock.³ 1871 war er zum Kaufmann Friedrich Moritz Germann avanciert, der in der Belletage des Vorderhauses Carlstr. 8 wohnte. Dann entschwand er aus den Adreßbüchern, die freilich nur ungefähr belegen, wie lange Germann wo in Leipzig wohnte, nicht aber, wo er herkam. Sollte es keinerlei Ansatzpunkt geben, das Leben von Germann zu erhellen? Schließlich fanden sich doch noch Lebensdaten in einem Nachruf, der in Hermann Schultze-Delitzschs „Blätter für Genossenschaftswesen“ erschienen war.⁴

Moritz Friedrich Germann wurde am 29. August 1831 in Reinhardtsgrimma geboren. Sein Vater Moritz Adolph Germann war Ökonomieinspektor des dortigen Rittergutes⁵ und machte sich wenig später mit einem Stadtgute in Zschopau⁶ ansässig. Sohn Moritz besuchte seit seinem vierten Lebensjahre die Stadtschule, durchlief nach seiner Konfirmation drei Jahre lang eine Landwirtschaftslehre und studierte vom 20. April 1846 bis 31. März 1849 an der Königlichen Gewerbeschule zu Chemnitz (Vorläuferin der staatlichen Technischen Lehranstalten), die er nach Absolvierung der vollständigen Kurse mit Zeugnis verließ.⁷ Danach widmete er sich

2 Siehe Ilse Fischer: August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/68, Brieftagebuch und Dokumente (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 14, H. 2 der Veröffentlichungen aus dem Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung), Dokumententeil, Bonn 1994, S.2. Anm. 2 zitiert ein Manuskript des Leipziger Stadtarchivars Arno Kapp.

3 Siehe Adreßbücher der Stadt Leipzig 1862-1873, pass.

4 Siehe Blätter für Genossenschaftswesen (Innung der Zukunft), Organ des Allgemeinen Verbandes Deutscher Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften, hrsg. von Schulze-Delitzsch unter Mitwirkung von Parisius-Gardelegen und Dr. F. Schneider, XIX. Jg., Nr. 36, 6.9.1872; Aus dem Verband Sächsischer Consumvereine. Herzlichen Dank Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg, der mir eine Kopie der Nummer mit dem Nachruf auf Germann verschaffte.

5 Das Rittergut Reinhardtsgrimma verfügte über 538 ha, davon 240 ha Ackerfläche. Siehe Nickammers Güter-Adreßbuch des Königreichs Sachsen, Leipzig 1910, S.92.

6 Das Stadtgut Zschopau umfaßte 43 ha, davon 38 ha Feldanteil. Siehe ebenda, S.70.

7 Mitteilungen von Gabriele Viertel, Leiterin des Stadtarchivs Chemnitz, 18.11.2004, und von Stephan Luther, Universitätsarchiv TU Chemnitz, 16.11.2004.

wieder der Landwirtschaft und konditionierte auf verschiedenen Rittergütern als Ökonomieverwalter. Die Verwaltung eines Rittergutes erforderte in hohem Maße landwirtschaftliche Sachkenntnis, straffe Leitungstätigkeit und kaufmännisches Geschick. Mit 28 Jahren erkrankte Moritz Germann 1859 schwer, so daß ihm weder Heilbäder noch Leipziger Ärzte helfen konnten. „Sein Körper war zur anstrengenden Beschäftigung eines practischen Oeconomen nicht mehr tauglich, aber ungeschwächt war seine geistige Kraft.“⁸

Diese seine geistige Kraft – und seine praktischen Leitungserfahrungen – stellte Moritz Germann in den Dienst des Gewerblichen Bildungsvereins, der am 19. Februar 1861 erst nach Überwindung mannigfacher obrigkeitlicher Hindernisse als II. Abteilung der Leipziger Polytechnischen Gesellschaft gegründet werden konnte.

Im Frühjahr 1862 kam es zu einer Spaltung des Gewerblichen Bildungsvereins: Etwa ein Viertel seiner Mitglieder schied unter Führung von Friedrich Wilhelm Fritzsche, Prof. Emil Adolf Roßmäßler und Julius Vahlteich aus. Der von ihnen neu gebildete Verein „Vorwärts“ spielte eine zentrale Rolle im Vorfeld der Konstituierung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). Das Gros seiner Mitglieder wechselte zum ADAV und bildete die Leipziger Gemeinde des ADAV, der seinen offiziellen Sitz in Leipzig hatte.⁹

Der Gewerbliche Bildungsverein überstand diese Krise und verhartete zunächst weiterhin auf liberalen Positionen. In dieser spannungsgeladenen Zeit taucht zum ersten Male der Name Moritz Germann auf: Am 31. Mai 1862 wurde im Vereinslokal Kreuzstraße 5 ein unentgeltlicher „Arbeiternachweis für Gewerbegehülfen“ eröffnet, was „der ausführende Vorstand des Gewerblichen Bildungs-Vereins“, unterzeichnet vom Vorsitzenden O. Mothes und Schriftführer M. Germann, den „Gewerbetreibenden Leipzigs“ bekanntgab.¹⁰

Spätestens seit Mai 1862 gehörte Moritz Germann dem Führungsgremium des Gewerblichen Bildungsvereins an, und zwar dem „engeren Kreis“ des Vorstandes (Vorsitzender, Kassierer, Schriftführer). Eigentlich war Germann in dem Verein, der für Gesellen, Ungelernte und Kleinmeister geschaffen war, ein Außenseiter. Wahrscheinlich suchte und fand er, den es nach Leipzig verschlagen hatte, in ihm eine Heimstatt. Und der Verein nahm ihn mit offenen Armen auf, wie seine schnelle Wahl zum Schriftführer belegt.

8 Blätter für Genossenschaftswesen, Nr. 36, 6.9.1872.

9 Siehe Shlomo Na'aman: Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63, Darstellung und Dokumentation, Assen 1975, S.178-187, 719-727; Ursula Herrmann (Bearb.): August Bebel: Aus meinem Leben (= August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 6), Berlin 1983, S.46.

10 Siehe Leipziger Tageblatt und Anzeiger, Nr. 154, 3.6.1862, S.3184, An die Gewerbetreibenden Leipzigs. Die verfügbaren resp. überlieferten Quellen zum Leipziger Gewerblichen bzw. Arbeiterbildungsverein stehen im reziproken Verhältnis zu deren Wirksamkeit und historischen Bedeutung. Selbst die Vorstandsmitglieder waren zumeist nur – lückenhaft – durch die Leipziger Adreßbücher zu ermitteln, in denen der Bildungsverein knapp vorgestellt wurde.

Niemals ist Germann – anders als die Vorsitzenden, der Architekt Oskar Mothes oder der Arzt Dr. Oscar Reyher, – als Referent im Verein hervorgetreten. Obschon Intellektueller und rhetorisch außerordentlich begabt, kam er nicht als Lehrer in den „Gesellenverein“, sondern als Mitglied – aber mit einem anderen geistigen Horizont als „das gewöhnliche Mitglied“. Wenn sich in einem Verein, der mehr als 300 Mitglieder zählte, gewiß Kader befanden, die das „innere Getriebe“ zu dirigieren wußten, so vermochte die kundige Hand Germanns, der fast ein Jahrzehnt lang das eine oder andere Rittergut geleitet hatte, im kleinen wie im großen die immense Organisationsarbeit des Gewerblichen Bildungsvereins optimieren zu helfen. Die in der Praxis gewonnenen Leitungserfahrungen, die Germann in den Bildungsverein einbrachte, wurden dringend benötigt, um das anspruchsvolle Programm tatsächlich und erfolgreich umzusetzen. Der 21jährige Drechslergeselle August Bebel, der auf der zunftgemäßen Wanderschaft in Leipzig „hängenblieb“, hat von Germann viel lernen können, was nicht direkt ins Drechsler-Fachgebiet einschlug. Wir vermuten wohl nicht zu Unrecht, daß im Organisationstalent August Bebels ein beträchtlicher Teil der Germannschen Erfahrungen enthalten war.

Es wäre überaus gewagt, Germann in die Nähe von Prof. Roßmäßler zu rücken, der mit der Opposition aus dem Gewerblichen Bildungsverein ausschied, um den Bildungsverein als politischen Faktor zur Geltung zu bringen – allerdings, wenngleich auf dem äußersten linken Flügel, *innerhalb* des weitgespannten Rahmens der Fortschrittspartei. In diesem Bestreben dürften sich Germann und Roßmäßler getroffen haben. Germann war dafür kein Fahnenträger, eher ein stiller Weichensteller. Wie Roßmäßler, der Lassalle entgegentrat, dürfte auch Moritz Germann ein Bruch der Arbeiterbewegung mit der Fortschrittspartei widerstrebt haben, der mit der Gründung des ADAV im Mai 1863 vollzogen wurde. Die Verselbständigung der Arbeiterpartei bedeutete aber nicht die Sprengung der Oppositionsfront in der preußischen Heeres- und Verfassungskrise, sondern ihre Verbreiterung.

Ein besonderes Verdienst Germanns ist die Erarbeitung und Veröffentlichung der Jahres- bzw. Tätigkeitsberichte des Gewerblichen Bildungs- bzw. des Arbeiterbildungsvereins¹¹ für 1863, 1864 und 1865. Sie sind nicht nur eine Rarität, sondern auch inhaltlich ein Schatz, weil sie nahezu die einzigen Originalquellen zur Tätigkeit und Entwicklung des Bildungsvereins darstellen.

Kurz vor dem 3. Vereinstag, der Anfang September 1865 in Stuttgart zusammentrat, entwickelte Germann einen Vorschlag „Zur Organisationsfrage“, der die Straffung des bislang lockeren Zusammenhangs der Arbeitervereine anstrebte. Danach sollte an die Stelle des Vereinstages eine „allgemeine deutsche Arbeitergenossenschaft“ treten, deren Leitung einem achtköpfigen Präsidium zu überantworten war und dem zwei Präsidenten (für die „äußeren“ und die „inneren Geschäfte“) vorstehen sollten. Zu dem aller zwei Jahre stattfindenden allgemeinen deutschen Arbeitertag sollte pro 1.000 Mitglieder ein Delegierter entsandt werden. 24 Landesagenten und jährliche

11 Im Februar/März 1865 hatte sich der Gewerbliche Bildungsverein mit dem Verein „Vorwärts“, aus dem die aktivsten Mitglieder zur Leipziger ADAV-Gemeinde übergewechselt waren, zum Leipziger Arbeiterbildungsverein vereinigt.

Landesversammlungen sollten für die regionale, Lokalagenten für die örtliche Tätigkeit verantwortlich sein. Mochten diese Vorschläge in sich schlüssig sein oder nicht – sie schossen jedenfalls weit über die erreichbaren Veränderungen hinaus. Das galt auch für die 2 Ngr., die pro Mitglied jährlich der Genossenschaftskasse zufließen sollten, von der der Aufwand des Präsidiums und die Reisekosten zum Arbeitertag und den Landesversammlungen zu tragen waren.¹² Diesen Plänen von „mein[em] Freund Germann“ widersprach Bebel, der sich „in den Hauptpunkten nicht mit ihm einverstanden“ erklärte.¹³ Jedoch auch Bebels realistischeres Projekt – für den direkt vom Vereinstag zu wählenden Präsidenten 300 Taler Jahresgehalt, um eventuell auch mittellosen Personen Zugang zu dieser Funktion zu schaffen – drang auf dem Stuttgarter Vereinstag nicht durch.

Der von 60 Delegierten (darunter auch Germann) beschickte 3. Vereinstag zu Stuttgart Anfang September 1865 bedeutete „einen entschiedenen Ruck nach links“.¹⁴ Angesichts der aufbrandenden Streikbewegung (herausragend: Tuchmacherausstand in Burg bei Magdeburg, Buchdruckerstreiks in Leipzig) sprach sich der Vereinstag für ein ungeschmälerstes Koalitionsrecht und ein freisinniges Vereinsgesetz aus.¹⁵ Germann – „bei schwacher Stimme schwer verständlich“, ließ Feodor Streit in seinen Bericht süffisant einfließen – begründete ein gemeinsam mit Bebel eingebrachtes Amendement, das die Arbeiter aufforderte, mit allen Mitteln auf eine Umgestaltung der restriktiven Vereinsgesetze hinzuwirken.¹⁶

In den Jahren 1866, 1867 und 1868 wirkte Germann als II. Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, dessen Vorsitzender zu dieser Zeit August Bebel war, der 1867 auf dem Vereinstag zu Gera gegen den linksliberalen Max Hirsch mit 19 gegen 13 Stimmen zum Präsidenten des Vereinstages/Verbandes Deutscher Arbeitervereine (VDAV) gewählt wurde. Damit wurde Leipzig wiederum Vorort des VDAV. Germann zählte 1867/68 neben Otto Freytag, Christian Hadlich und Peter Ulrich zum von Bebel geleiteten Vororts-Vorstand des Verbandes an und führte

12 Siehe Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung (Coburg), Nr. 138, 20.8.1865, Vereinsangelegenheiten. Aus dem Flugblatt 11 des Ständigen Ausschusses.

13 Siehe Rolf Dlubek/Ursula Herrmann (Bearb.): August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, 1863 bis 1878, Berlin 1970, S.8-11. Für die Vertreter auf dem Stuttgarter Vereinstag, Korrespondenz im Flugblatt vom ständigen Ausschusse des Vereinstages deutscher Arbeitervereine, Nr. 13 und 14, 27.8.1865.

14 Bebel, Aus meinem Leben, S.89.

15 Siehe Hermann Müller: Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, 1. Allgemeine Gewerkschaftsgeschichte, 2. Unsere Organisationen und Kämpfe bis zum Jahre 1891, Berlin 1917, S.55-57.

16 Siehe Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung (Coburg), Nr. 141 u. 142, 15.9.1865, S.776, Vereinsangelegenheiten, Dritter Vereinstag Deutscher Arbeitervereine. (Stuttgart den 2., 3., 4., 5. September d. Js.). Siehe auch Dieter Dowe (Hrsg.): Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863 bis 1869. Nachdrucke. Mit einer Einleitung von Shlomo Na'aman sowie einem Personenregister, Zeitschriften- und Zeitungsregister und Ortsregister von Max Schwarz, Berlin 1980. (Reprints zur Sozialgeschichte).

dessen Sitzungsprotokolle.¹⁷ Im Norddeutschen Reichstag, dem Bebel als jüngster Abgeordneter seit den Wahlen vom Februar 1867 angehörte, konnte sich Bebel auf Germanns Sachverstand stützen. Im Vorfeld der Debatten von Bebel um Informationen zu dem von Hermann Schulze-Delitzsch eingebrachten Gesetzentwurf über die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften gebeten, zerriß Germann, der auf dem 2. Vereinstag in Leipzig einen Toast auf Schulze-Delitzsch ausgebracht hatte, mit praxisbezogenen Argumenten gnadenlos dessen Gesetzentwurf.¹⁸

So stand Germann in einer entscheidenden Phase an der Seite von August Bebel, den er duzte und „Lieber Freund“ nannte. In den Augen von Feodor Streit in Coburg war Germann „ein denkender und eifriger Freund der Arbeiter, aber bei übrigen gemäßigter Gesinnung“.¹⁹ Bebel rechnete ihn zu den „bekannteren Gesinnungsgenossen“ und nannte Germann in einem Atemzug mit Wilhelm Liebknecht, Julius Motteler und Robert Schweichel.²⁰ Der Vororts-Vorstand war gleichsam das Aktionskomitee, das den Radikalisierungsprozeß der Arbeitervereine vorantrieb. Strukturelle Basis dafür war der Leipziger Arbeiterbildungsverein, der als Leitverein sicheren Rückhalt in den sächsischen Arbeitervereinen besaß, und in dem sich um Bebel ein verschworenes Kollektiv zuverlässiger Mitstreiter gebildet hatte, das sich auch in schwierigsten Zeiten bewährte.

Zweifellos war Germann direkt an den vorbereitenden Sitzungen des Vororts-Vorstandes der deutschen Arbeitervereine für den Nürnberger Vereinstag 1868 beteiligt, also an den Aussprachen über die vorzuschlagende Tagesordnung und vor allem an den Beratungen über den Leipziger Antrag „betr. die Programmfrage“, die – unter Hinzuziehung des Vorstandes des Arbeiterbildungsvereins – einstimmig beschlossen wurden.²¹

Auf dem 6. Vereinstag, der im September 1868 in Nürnberg tagte, stand die generelle Orientierung der Arbeitervereine zur Entscheidung, und diese Entscheidung hieß: für oder gegen das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation.²² Mit 69 Stimmen, hinter denen 61 Vereine standen, gegen 46 Stimmen, die 32 Vereine vertraten, wurde das vom Vorort vorgeschlagene Programm angenommen, das die „Übereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation“

17 Siehe Bebel, *Aus meinem Leben*, S.136; Fischer, *Bebel. Dokumententeil*, S.2, Dok. 2, Anm. 2.

18 Siehe Fischer, *Bebel. Dokumententeil*, S.144, Dok. 198, Moritz Germann an August Bebel, 24.4.1868, Gutachten zu Schulze-Delitzschs Gesetzentwurf über die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften.

19 *Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung* (Coburg), Nr. 141 u. 142, 15.9.1865, S.771, Vereinssangelegenheiten, Dritter Vereinstag Deutscher Arbeitervereine. (Stuttgart den 2., 3., 4., 5. September d. Js.).

20 Bebel, *Aus meinem Leben*, S.148.

21 Siehe Shlomo Na'aman: *Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei. Der Fünfte Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg im Jahre 1868. Eine Dokumentation*, Berlin 1976, S.82-87; *Die Internationale in Deutschland (1864-1872), Dokumente und Materialien*, Berlin 1964, S.213-249.

22 Siehe Na'aman, *Arbeiterbewegung*, S.24-59 und die Dokumentation S.63-175.

erklärte.²³ Zur Majorität gehörten mit zwei Ausnahmen (Chemnitz und Frankenberg) alle sächsischen Delegierten, also auch Germann als Abgesandter des Arbeiter-Fortbildungs-Vereins Freiberg (80 Mitglieder). Die unterlegenen Vertreter, die auf einer liberalen Politik beharrten, hatten schon zuvor die Abspaltung vom „Vereinstag“ vorbereitet und gründeten einen „Arbeiter-Bund“, der bedeutungslos blieb. In Nürnberg wurde die entscheidende Schlacht um die Gesamtorientierung des Vereinstages respektive Verbandes der deutschen Arbeitervereine geschlagen, in der sich die „Bebel-Liebknachtsche Richtung“ durchsetzte. Erstmals hatten die im „Verband“ zusammengeschlossenen Arbeitervereine sich eine programmatische Basis gegeben. Die Vereine gingen nicht – was schon durch die Vereinsgesetze verhindert wurde – in deutschen Sektionen der I. Internationale auf, sondern bildeten eine eigenständige Organisationsstruktur, die im Grunde bereits eine Parteiorganisation darstellte.

Germann hatte – anstelle des ausgetretenen „Dissidenten“ Pfeiffer – das Referat zum 8. Tagesordnungspunkt über Krankenunterstützungskassen übernommen. Er befürwortete die vielfach geringschätzig als bloße Palliativmittel angesehenen Genossenschaften als wichtige Agitationsmittel für die sozialdemokratischen Ideen. Die von ihm vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie empfahl den Verbandsangehörigen, durch Deputierte des Ortes ein Kollegium zu bilden, welches eine gute Organisation der Kassen, volle Selbstverwaltung, Vereinigung der Kassen nach Gewerken in Verbänden sowie Freizügigkeit innerhalb der Gewerkskassen und bankmäßige Bewirtschaftung des Krankenkassenkapitals anzustreben und für die Gründung von solchen Kassen für Dienstboten und Arbeiterinnen einzutreten hätte.²⁴

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht den Anschein haben mag, war dies ein Plädoyer für Gewerkschaften, die sich allmählich – Buchdrucker und Tabakarbeiter erfüllten eine Vorreiterfunktion – als eigenständige proletarische Organisationen herauszubilden begannen. Sie knüpften zumeist an zünftlerische Gesellentraditionen an, die noch lebendig waren, obschon sie darüber hinausgriffen, da das Zunftsystem – und mithin auch die mit den Zünften verbundene soziale Funktion (von Meistern kontrollierte Unterstützungskassen) – in heller Auflösung begriffen war. Germann empfahl „volle Selbstverwaltung, Vereinigung der Kassen nach Gewerken in Verbänden“, also von „Prinzipalen“ unabhängige berufsgegliederte Arbeiterorganisationen als Träger der proletarischen Unterstützungseinrichtungen für soziale Notfälle. Damit war der Schulze-Delitzschen Konzeption der Erwerbs- und Wirt-

23 Bebel, *Aus meinem Leben*, S.152, Bericht über den Fünften Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine am 5., 6. und 7. September 1868 zu Nürnberg, Leipzig [1868], S.18f.; Gustav Mayer: *Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863-1870*, in: Gustav Mayer: *Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M. 1969, S.144-149.

24 Siehe Bebel, *Aus meinem Leben*, S.154; Dieter Schneider (Hrsg.): *Die ersten deutschen Sozialisten-Kongresse, Urkunden aus der Jugendzeit der deutschen Sozialdemokratie (1865-1875)*, Frankfurt/M. 1906, Fotomechanischer Nachdruck, Stuttgart 1984, S.55f.; Na'aman, *Arbeiterbewegung*, S.131.

schaftsgenossenschaften und der aus Sparsamkeit resultierenden „Selbsthilfe“ eine ganz andere Dimension der Genossenschaften entgegengesetzt: Die sich allmählich profilierenden Gewerkschaften entwickelten sich zu proletarischen Kampfinstrumenten, die – namentlich in den „Gründerjahren“ 1871-1873 – Verkürzungen der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen erzwangen und, was nicht minder gewichtig, wesentlich die Herausbildung eines spezifisch proletarischen Milieus mit ausprägten, das sich als eine stabile Basis der Sozialdemokratie erwies.²⁵ Mit Sicherheit flossen in die vom Vorort des Verbands deutscher Arbeitervereine unter Federführung August Bebels ausgearbeiteten „Musterstatuten für Deutsche Gewerksgenossenschaften“²⁶ Anregungen von Germann ein.²⁷

Ein Jahr darauf gehörte Germann nicht zu den Delegierten des Eisenacher Kongresses, der im August 1869 zur Konstituierung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei führte. Wo war Germann abgeblieben?

Hier ist einzuschalten, daß in der Literatur über der vielbeschworenen politischen Rolle des Leipziger Arbeiterbildungsvereins dessen innere Struktur weitgehend unberücksichtigt blieb, obschon dies ein wichtiger Faktor war, der ihn zum Leitverein der sächsischen Arbeitervereine prädestinierte. Nach einer von Germann zusammengestellten Übersicht²⁸ bestanden Ende 1864 in 17 sächsischen Orten wenigstens 29 Arbeitervereine (u. a. in Crimmitschau, Dresden, Frankenberg, Glauchau, Leipzig, Thurm und Zwickau) unterschiedlichen Charakters mit fast 4.600 Mitgliedern.²⁹ Zumeist handelte es sich um Arbeiterbildungs- oder auch gewerkschaftsähnliche Vereinigungen, an die 22 genossenschaftliche Einrichtungen angeschlossen waren, darunter acht Unterstützungskassen (Begräbnis, Kranken- oder Invalidenkassen), sieben Sparkassen bzw. Vorschußvereine und fünf Konsumvereine.

Unter diesen Vereinen war der Leipziger Arbeiterbildungsverein mit weitem Vorsprung der bedeutendste. Er zählte rund 300 bis 400 Mitglieder und wurde von einem in sich gefestigten Führungskollektiv um August Bebel geleitet, zu dem Moritz Germann gehörte. Zeit seines Bestehens gewährleistete der Arbeiterbildungsverein ein gediegenes Unterrichtsprogramm, das u. a. durch Lehrer städtischer Bür-

25 Siehe Thomas Welskopp: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.

26 Siehe Demokratisches Wochenblatt, Nr. 48, 28.11.1868, Beilage.

27 Hier kann nur darauf verwiesen werden, daß der ADAV unter Führung von Schweitzer 1868 auf breiter Basis die Installierung von „Arbeiterschaften“ nach Berufsstrukturen mit einer geballten Aktion vollzog, um ein Gegengewicht gegen die unter Regie von Max Hirsch arrangierte Gründung von berufsorientierten, im liberalen Lager angesiedelten „Gewerkvereinen“ zu schaffen. Siehe auch Ulrich Engelhardt: „Nur vereinigt sind wir stark“. Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, 2 Bde., (= Industrielle Welt, Bd. 23), Stuttgart 1977.

28 Siehe Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung (Coburg), Nr. 135, 30.7.1865, S.723, Die Tätigkeit der Arbeitervereine Sachsens im Jahre 1864.

29 Siehe Günter Benser: Zur Herausbildung der Eisenacher Partei. Eine Untersuchung über die Entwicklung der Arbeiterbewegung im sächsischen Textilgebiet Glauchau-Meerane, Berlin 1956.

gerschulen oder privater Institutionen verwirklicht und durch eine umfangreiche Vortragsfolge flankiert wurde, die namhafte Kapazitäten zu vielfältigen Themen bestritten. Seine Bibliothek war bis Ende 1867 auf 1.371 Bücher (1.827 Ausleihen) angewachsen. Im Lesezimmer lagen 1867 nicht weniger als 32 Journale aus, die alle Facetten der politischen Presse repräsentierten – von J. B. v. Schweitzers „Socialdemokrat“ und der durch den Demokraten Guido Weiß redigierten „Berliner Reform“ bzw. der „Zukunft“, Ernst Keils „Gartenlaube“ und der linksliberalen „Mitteldeutschen Volks-Zeitung“ sowie der „Berliner Volkszeitung“ über das liberale „Leipziger Tageblatt“, Carl Biedermanns „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Berliner Börsenzeitung“ bis zur konservativen „Sächsischen Zeitung“ und der regierungsamtlichen „Leipziger Zeitung“. Dieses „Journalistikum“ ermöglichte den Mitgliedern eine umfassende politische Information. Nicht ein einziger der sächsischen Bildungsvereine vermochte seinen Mitgliedern auch nur annähernd derartige Möglichkeiten zu bieten. Der Leipziger Arbeiterbildungsverein war in Struktur und Leistungsfähigkeit – nicht nur in Sachsen! – erstrebenswertes Vorbild für analoge Arbeitervereine. Daran hatte Moritz Germann einen gewichtigen Anteil.

Im Rahmen des Arbeiterbildungsvereins gründete sich eine Sparkasse (Ende 1865 104 Mitglieder, Bilanz 2.526 Taler). Daneben entstand für die selbständigen Gewerbetreibenden eine „Credit-Anstalt“ (Ende 1865 rund 60 Mitglieder, Kassenbilanz 2.147 Taler). Schließlich erwuchs im Sommer 1865 auf dem Boden des Arbeiterbildungsvereins die „Consum-Genossenschaft“. Diese Gründungen, die spezifische Interessen der Vereinsmitglieder wahrnahmen, dürften vor allem von Germann vorangetrieben worden sein. Sie entsprachen prinzipiell der Schulze-Delitzschen Konzeption der „Selbsthilfe“. Ende 1866 allerdings entließ der Leipziger Arbeiterbildungsverein, um sich offenbar der Verantwortlichkeit für die aus seinem Schoß erwachsenen vorwiegend ökonomischen Institutionen zu entledigen, „der umfänglichen Geschäfte halber beider Institute“ sowohl die „Creditanstalt des Arbeiter-Bildungs-Vereins“ als auch den „Leipziger Consumverein“ in die Selbständigkeit. Tatsächlich trennte sich der Arbeiterbildungsverein von „seinen“ wirtschaftlichen Institutionen, um sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren zu können. Führungslos aber sollten sie dennoch nicht bleiben. Hier sprang Moritz Germann ein.

Am 1. Juli 1867 zählte die Leipziger Consum-Genossenschaft 160 Mitglieder und wuchs binnen Jahresfrist bis zum 30. Juni 1868 auf 645 Mitglieder – das Vierfache! – an. Im Geschäftsjahr 1866/67 verkaufte der Consum Waren für knapp 4.000 Taler., im folgenden Geschäftsjahr 1867/68 für mehr als 20.100 Taler. Im gleichen Zeitraum verdreifachte sich der Reingewinn (nach Abzug der Tantiemen) von 244 auf 809 Taler. Der Consum-Verein wurde von einem fünfköpfigen Verwaltungsrat und einem dreiköpfigen Aufsichtsrat geführt. Beide Gremien waren personell eng mit dem Vorstand des Leipziger Arbeiterbildungsvereins verflochten. Als Vorsitzender des Verwaltungsrates fungierte bis 1870 Moritz Germann, mit dessen Namen die Gründung und der Aufschwung des Leipziger Consum-Vereins untrennbar verbunden waren.

Als die im Juni 1867 in Frankenberg tagende Landesversammlung der sächsischen Arbeitervereine den Beschluß faßte, die in Sachsen bestehenden Consumvereine in

einen Verband zusammenzufassen, war es wiederum Germann, der sich in diese Aufgabe regelrecht hineinkniete. Aus mindestens acht Bezirksversammlungen, für die Germann insgesamt 60 Consumvereine zur Teilnahme gewinnen konnte,³⁰ ging eine von Germann geleitete „Centralstelle der sächsischen Consumvereine“ mit dem Sitz in Leipzig hervor. Sie berief den 1. Verbandstag der sächsischen Consumvereine zu Ostern 1869 nach Chemnitz ein, an dem 77 legitimierte Abgeordnete von 55 Vereinen teilnahmen. Germann selbst bestritt als Referent nicht weniger als drei der neun Tagesordnungspunkte (Statutenentwurf, Grundsätze für gemeinsamen Wareneinkauf, Erlangung der Corporationsrechte und Besteuerung der Consumvereine).³¹ Mit 48 Stimmen in das Verbandsdirektorium gewählt, stand Germann bis zu seinem Tode an der Spitze des Direktoriums.³²

Wilhelm Bär und F. A. Jubisch, die mit Germann dem Verbands-Direktorium angehörten, hoben die große Sachkenntnis und Uneigennützigkeit, die seltene Redegewandtheit und den gesunden Humor Germanns hervor. „Da ihm das Glück eines eignen Herdes und Familienlebens nicht vergönnt war, betrachtete er seine zahlreichen Vereine als seine Kinder und als das liebste derselben den von ihm ins Leben gerufenen Verband Sächsischer Consumvereine.“³³ August Bebel bescheinigte Germann, daß er auf „dem genossenschaftlichen Gebiet [...] seine Schuldigkeit“ getan habe, und konstatierte: „wir haben in den Konsumvereinen nicht wenige unserer ‚Hauptwähler‘.“³⁴

Moritz Germann war erst knapp 41 Jahre alt, als ihn der Tod ereilte. Er war als sächsischer Delegierter zum 13. Vereinstag der deutschen Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften (zum allgemeinen Genossenschaftstag) in Breslau nominiert worden. Unter den vertretenen 31 Unterverbänden befand sich der unter sozialdemokratischem Einfluß stehende Verband Sächsischer Consumgenossenschaften auf dem linken Flügel. Die Eröffnung erlebte Germann nicht mehr. Er mußte die Reise nach Breslau bereits in Dresden unterbrechen und dann nochmals in Görlitz, wo ihn im Gasthofs „Zur Stadt Dresden“ am 18. August 1872 der Schlag traf.³⁵ Er fand fern von Leipzig seine letzte Ruhestätte auf dem Görlitzer Friedhof, Grabstelle G – 660.³⁶

30 Siehe Demokratisches Wochenblatt, Nr. 48, 28.11.1868, Beilage.

31 Siehe ebenda, Nr. 18-21, 1. - 22.5.1869, Der erste Verbandstag der Sächsischen Consumvereine zu Chemnitz am 27. - 29. März 1869.

32 Siehe Wolfgang Schröder: Wiege im „Silbernen Bären“: Der vergessene ältere Bruder. Ein Blatt aus der Frühgeschichte des Leipziger Konsumvereins und des Verbandes der Sächsischen Konsumvereine, Leipzig 2004.

33 Blätter für Genossenschaftswesen, Nr. 36, 6.9.1872, Aus dem Verband Sächsischer Consumvereine.

34 Bebel, Aus meinem Leben, S.149, Brief an Friedrich Albert Lange, 22.6.1868.

35 Siehe Görlitzer Stadtchronik des Jahres 1872, S.188. Herzlichen Dank für die Mitteilung vom 19.5.2004 Herrn Ratsarchivar Siegfried Hoche, M. A., Görlitz.

36 Herzlichen Dank Frau E. Mühle, Leiterin der Friedhofsverwaltung für die Mitteilung vom 24.5.2004.

Die Leipziger Konsumbewegung konnte den Ausfall von Germann nicht ausgleichen. Ohne die kaufmännische Versiertheit von Germann und geschwächt durch eine Vielzahl von verlorenen Tageskrediten der Lagerhalter an die proletarischen Kundschaft, mußte 1873, ein Jahr nach dem Tode Germanns und noch vor dem tiefen Einbruch der langwierigen „Gründerkrise“, der Konkurs angemeldet werden. Trotz dieses schweren Rückschlags hatte der aus kleinsten Anfängen hervorgegangene Consumverein des Leipziger Arbeiterbildungsvereins den Boden bereitet, auf dem ein Jahrzehnt später der Konsumverein Leipzig-Plagwitz aufbauen konnte, der sich zu einem der bedeutendsten in Sachsen entwickelte.

Das liberale „Leipziger Tageblatt“ brachte neben einem Nachruf des Leipziger Consumvereins einen weiteren, in dem „mein langjähriger lieber Freund und Geschäftsteilhaber“ durch Albert Otto geehrt wurde.

Karl Johann Albert Otto,³⁷ Sohn des Handarbeiters Johann Gottfried Otto aus Vielau bei Zwickau, war niemand anderes als der Bruder von Julie, geb. Otto, der Frau August Bebels. Er hatte in Leipzig den Schlosserberuf erlernt und nach dreijähriger Wanderschaft 1866 bis Ostern 1868 die Werkmeisterschule in Chemnitz absolviert. Am 1. März 1869 erlangte er das Leipziger Bürgerrecht, „um sich hier selbständig als Maschinenbauer zu etablieren“.³⁸ Unmittelbar nach seiner Hochzeit mit der 27jährigen Verkäuferin Bertha Schmidt, Tochter eines Schneidermeisters, gründete er die Firma Albert Otto & Co, Nähmaschinen- und Waagenfabrik, die am 30. November 1870 im Handelsregister verzeichnet wurde.³⁹ Die Fabrik selbst befand sich im Parterre des Hintergebäudes der Zeitzer Str. 44, eine Verkaufsstelle in einem Seitengebäude am Neumarkt 9.

Albert Otto hatte nur einen Kompagnon, nämlich den Kaufmann Friedrich Moritz Germann. Durch seinen Tod verlor die Firma die kaufmännische Führung. Zwei Jahre später existierte sie nicht mehr. Im Handelsregister wurde per 11. November 1874 vermerkt „ist erloschen“ lt. Anzeige vom 11. März 1874.⁴⁰

Die Produktionsstätte allerdings war dadurch nicht verwaist: Bereits im Juni 1873 waren hier Redaktion, Expedition und Druckerei des „Volksstaats, Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerksgenossenschaften“ eingezogen.⁴¹ 1875 jedoch wurde das Geschäftslokal gekündigt, „weil wir den ‚Volksstaat‘ drucken“.⁴²

37 Siehe Ursula Herrmann: Julie Bebels Familie in Leipzig, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1997, H. 4, S.85-98, bes. S.93-95.

38 Stadtarchiv Leipzig, Bürgerakte Nr. 26518.

39 Siehe Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Firmenakten für die Stadt Leipzig, Vol. XLIX, fol. 156, und Handelsregister Nr. 2677, Bd. XXVII, S.389f.

40 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, HR 2677, Bd. XXVII, S.389, Firmenakten für die Stadt Leipzig, Vol. LXIII, fol. 310.

41 Der Volksstaat, Nr. 47, 11.6.1873, wies erstmals im Impressum die Zeitzer Straße 44 (heute Karl-Liebknecht-Straße) als Sitz von Redaktion und Expedition aus, die sich zuvor in der Hohen Straße 4 befanden.

42 Volksstaat, Nr. 75, 11.6.1875. Siehe auch Wolfgang Schröder/Inge Kießhauer: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872-1881, mit einem bibliographischen Anhang: Verlagskataloge sozialdemokratischer Verlage in Leipzig 1869-1881, Wiesbaden 1992.

Eric Collins (Erich Cohn) (1897-1993)

Hans Biereigel

Im Sommer des Jahres 1979 bat mich ein älterer Begleiter einer Schülergruppe aus Westberlin um eine Unterredung. Er hieß Herbert Braun und war ehemaliger Häftling im früheren KZ Sachsenhausen. Während des angeregten Gesprächs teilte er mir mit, daß er Beauftragter des Senats für Führungen mit Schülergruppen nach der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen sei, dessen Direktor ich zu diesem Zeitpunkt war. Sein bescheidenes und doch bestimmtes Auftreten weckte meine Neugier. Ich wollte von ihm wissen, wie er Sachsenhausen erlebt und überlebt hatte. Er fing an zu erzählen, und plötzlich fragte er mich, ob mir der Name Erich Cohn etwas sagen würde. „Erich war mein Vorarbeiter beim Arbeitskommando SS-Schießplatzbau an der Lehnitzschleuse, er rettete mir mehr als einmal das Leben“, berichtete er mir mit innerer Bewegung. „Sie müsstes doch schon von ihm gehört haben, denn er war doch bis Anfang 1933 Vorsitzender der Ortsgruppe der Sozialdemokraten in der Gemeinde Sachsenhausen.“ Ich verneinte, ein Erich Cohn war mir nicht bekannt. Herbert Braun brachte mich mit seiner Frage in Verlegenheit. Bis dahin glaubte ich, von allen ehemaligen Häftlingen aus Oranienburg und Sachsenhausen zu wissen, die in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen waren. Unmittelbar nach diesem Gespräch begannen meine Recherchen.

Weder in örtlichen Archiven oder anderen Unterlagen tauchte Erich Cohns Name auf. Gespräche mit älteren Bürgern von Sachsenhausen endeten alle mit einem Schulterzucken. Nein, nicht bekannt. Auch Befragungen von früheren Häftlingen aus verschiedenen Arbeitskommandos brachten keine Erkenntnisse. „Ein Jude als Vorarbeiter? Nein, so etwas gab es nicht“, lauteten die Antworten.

Warum wohl weckte der Name Erich Cohn keinerlei Erinnerungen? Es waren zwar fast 40 Jahre vergangen, dennoch war es mir unerklärlich, wieso in Archiven oder in Erinnerungen älterer Menschen aus Oranienburg-Sachsenhausen der Name Erich Cohn einfach nicht zu finden war und damit in Vergessenheit geriet. Er war doch von 1928 bis 1933 SPD-Ortsvorsitzender, gewählter Schöffe und Gemeindeabgeordneter gewesen, und seine Partei stellte bis 1933 die stärkste Fraktion. Sollten etwa die älteren Einwohner des Ortes nicht gewußt haben, daß die örtliche Naziprominenz von Sachsenhausen Erich Cohn als „den Anführer der nach der Novemberrevolution 1918 fast hundertprozentig marxistisch verseuchten Gemeinde“ beschimpften und er dafür die Freiheit in Hitlerdeutschland nur auf Raten genießen durfte? Er war doch jene Persönlichkeit im Ort, der als Sozialdemokrat jüdischen Glaubens im Jahre 1933 in Oranienburgs erstem Nazi-KZ „Alte Brauerei“ und ab Juni 1938 im zweiten KZ Oranienburg, auch KZ Sachsenhausen genannt, viele Monate inhaftiert war und diese Leidenszeiten zum Glück überlebte. Mein Grübeln ging weiter. Mir waren doch die Namen der KPD-Funktionäre bekannt, die bis 1933 in Oranienburg und Sachsenhausen wirkten. Waren es also Vorbehalte von „Altkommunisten“ ge-

genüber Sozialdemokraten, die sich hier in verdeckter Form offenbarten? Oder war es gar nicht überwundener Antisemitismus? Hatte sich Herbert Braun etwa geirrt? Fragen über Fragen, die ich nicht beantworten konnte und die mir auch keiner beantworten wollte.

Schließlich legte man mir seitens der Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenhausen bei der Zentralleitung des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR nahe, „nicht weiter nach dem jüdischen Sozialdemokraten Cohn zu forschen und dafür unnötig Zeit zu verschwenden, denn es bringe ja doch nichts ein“.

So vergingen wertvolle Jahre, ohne daß ich einen Schritt weitergekommen wäre. Ein Aufgeben kam aber für mich nicht in Frage. Erst nach meiner Abberufung als Direktor begann ich 1986 meine Recherchen aufs neue. Diesmal jedoch als „privater Historiker“. Nachforschungen vermittelten mir die Adresse von Altbischof Kurt Scharf in Berlin-Dahlem. Anfang Mai 1988 erhielt ich vom ihm einen Brief, worin er mir folgendes mitteilte: „Als ehemaliger Gemeindepfarrer von Sachsenhausen-Friedrichsthal in den Jahren von 1933 bis 1945 erinnere ich mich an einen Juden, der sehr bald ins KZ Oranienburg kam, für den ich mich einsetzte, der daraufhin entlassen, aber bald wieder verhaftet wurde, der erneut auf geheimnisvolle Weise freikam und dann nach Großbritannien emigrierte. Dort hat er seinen Namen Cohn in Collins geändert. Er wohnt jetzt in Oldenburg“. Der Knoten schien sich zu lösen.

Noch am selben Tage schrieb ich nach Oldenburg. Es vergingen einige Monate, ehe ich einen längeren Antwortbrief von Eric Collins erhielt. Endlich hatte ich Kontakt mit dem Mann, dessen Vergangenheit verschwiegen worden war. Viele Briefe zwischen Oranienburg und Oldenburg wurden gewechselt, ehe wir uns persönlich kennenlernen sollten. Aus dem Briefwechsel ist mir ein Wahlspruch von Eric Collins noch heute gegenwärtig. Er lautete: „Auf drei Dingen ruht der Bestand der Welt: Auf der Wahrheit, auf dem Recht und auf dem Frieden.“ Später erfuhr ich, daß er aus „Sprüche der Väter“, Abschnitt 1.18, stammt. Es war der Spruch, der Inhalt und Ziel seines Lebens bestimmte.

Eric Collins hatte sein 90. Lebensjahr überschritten, als wir uns endlich persönlich kennenlernten. Unser Treffpunkt war die Wohnung von Hilda Braun, der Witwe des zwischenzeitlich verstorbenen Freundes Herbert Braun. Eric Collins reiche Lebenserfahrungen prägten in mir das Bild von einem toleranten und ungewöhnlichen Menschen des 20. Jahrhunderts.

Eric Collins erfülltes Leben gleicht einem Geschichtsbuch, in dem alle Siege und Niederlagen, alle Höhen und Tiefen der deutschen Sozialdemokratie sichtbar werden und in dem jeder offen lesen kann. Es widerspiegelt das Leben und Leiden deutscher Juden, deren Männer 1914 zu den Waffen griffen, um „ihr Vaterland“ zu verteidigen, und die 25 Jahre später aus Deutschland als „Vaterlandsverräter“ ausgewiesen oder ermordet wurden. Es zeigt aber auch, wie in den Jahren der Weimarer Republik jüdische Menschen als gleichberechtigte Bürger die seit Jahrhunderten bestehende unsichtbare Mauer zwischen nichtjüdischen Deutschen und deutschen Juden überwinden konnten.

Diese Persönlichkeit der Vergessenheit zu entreißen sah ich als meine moralische Pflicht an. Viel zu lange wurde geschwiegen und so manche Erfahrung und Erinne-

runge ins Grab mitgenommen. Ich fand Bestätigung in den Worten des ehemaligen Premierministers von Großbritannien, Winston Spencer Churchill, welcher in einer Rede im Herbst 1945 vor Abgeordneten des Unterhauses erklärt hatte: „In Deutschland lebte und kämpfte eine Opposition [...], die zu den Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte der Völker je hervorgebracht wurde. Wir hoffen auf die Zeit, in der dieses heroische Kapitel der inneren deutschen Geschichte seine gerechte Würdigung findet“.

Elternhaus, Kindheit, Schul- und Lehrzeiten

Erich Cohn entstammte väterlicher- wie auch mütterlicherseits einer deutsch-jüdischen Handwerkerfamilie. Sein Vater Eugen war, bevor er sich in Jauer (heute Jawor in Polen) niederließ und eine Familie gründete, viel in der Welt umherzogen. Der Tradition der deutschen Handwerkerbewegung folgend, hatte er sich auf Wanderschaft begeben, die ihn bis nach Amsterdam führte. In Westeuropa fand er Kontakt zu sozialdemokratischen Gesinnungsgenossen. Als er kurz vor der Jahrhundertwende 1900 nach Jauer zurückkehrte, wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Jauer war um 1900 eine Kreisstadt in Niederschlesien mit etwa 10.000 Einwohnern. Die Jüdische Gemeinde war relativ klein. Ihre Betstube befand sich in einem Nebenhaus der Goldberger Straße 31.

In dieser Stadt erblickte Erich am 11. März 1897 als erster Sohn von Eugen und Minna Cohn das Licht der Welt. Seine Erziehung durch das Elternhaus war weitgehend liberal und tolerant. Als er fünf Jahre alt war, meldete ihn sein Vater in einem jüdischen Boxverein in Breslau an. Viele Jahre später erklärte ihm sein Vater die Gründe für diese Mitgliedschaft mit den Worten: „Du bist Jude, also mußt du dich verteidigen können.“ Aus Erich Cohn wurde zwar kein Boxer, aber die Regeln der Selbstverteidigung beherrschte er, und sie gaben ihm auch das nötige Selbstvertrauen. Von 1903 bis 1912 besuchte er in Breslau eine öffentliche Schule. Auch den jüdischen Religionsunterricht erhielt er in dieser Stadt. Mit 13 Jahren wurde er als Bar-Mizwa („Sohn der Pflicht“) aufgenommen und galt nun als vollwertiges Mitglied der Jüdischen Gemeinde mit allen Rechten und Pflichten.

Seine Eltern (sowie eine im Haushalt lebende Tante) waren bemüht, ihrem Sohn Erich eine allseitig gute Erziehung und Bildung angedeihen zu lassen. Lyrik und Dichtkunst sowie Klassiker der Weltliteratur waren seine Begleiter von Kindesbeinen an. Schon in frühester Jugend versuchte er, Verse zu dichten. Seine besondere Zuneigung und Liebe galt der Musik und dem Gesang. Er lernte das Lauten- und Klampfenspiel, selbstkomponierte Melodien begleiteten bald sein gesamtes Leben. Im Jungjüdischen Wanderbund fand er Gleichgesinnte. Der gemeinsame Gesang, das Wandern in freier Natur, die Pflege alten Brauchtums und das Entdecken neuer Ideale waren so recht nach seinem Geschmack.

Nach Abschluß der Volksschule besuchte er von 1912 bis 1916 mit Erfolg die Kaufmännische Fortbildungsschule und erlernte in einem Breslauer Konfektionsbetrieb den Beruf eines Kaufmanns. Als der Erste Weltkrieg im August 1914 begann, war er 17 Jahre alt. Es drängte ihn nicht, Soldat zu werden. Am 1. November 1916

bekam er dennoch den Gestellungsbefehl. Seine erste Station war das Königliche Grenadierregiment Nr. 7, welches in Liegnitz stationiert war.

Aus dem Soldaten wurde der Kriegsgegner

Die Feuertaufe erhielt Erich an der deutsch-russischen Front. Hier hatte er ein Erlebnis, das wie ein Schock auf ihn wirkte und aus dem jungen Soldaten Erich Cohn einen Kriegsgegner machte. Es geschah beim ersten Bajonettkampf im Grabenkrieg, dort, wo man sich Auge um Auge gegenüberstand. Als er mit aufgepflanztem Bajonett einem russischen, fast gleichaltrigen Soldaten ins Gesicht schaute, kamen ihm blitzartig der Gedanke und die Erkenntnis: „Dieser Mann auf der anderen Seite des Grabens hat dir doch nichts getan, warum sollst und mußt du ihn töten?“

Der Stoß war zum Glück nicht tödlich, und sein Gegenüber blieb verwundet liegen. Das Erlebnis und die Grausamkeit des Zweikampfes bewirkten bei Erich einen Sinneswandel. Er begann, den Krieg zu hassen. Aufgrund einer schweren Verwundung verbrachte er mehrere Monate in einem Feldlazarett. Eine Kopfverletzung führte zur Erblindung des rechten Auges und zum Hörverlust des rechten Ohres.

Bald fand er Kontakte zu gleichaltrigen Kriegskameraden, die aus der Arbeiterjugendbewegung kamen. Eine besondere Freundschaft verband ihn mit dem Berliner Jungsozialisten Rudolf Trapp. Dieser war sozialdemokratisch eingestellt und haßte den Krieg ebenso. Von ihm erfuhr Erich von der Gruppe der Naturfreunde, welcher Rudolf angehörte. Erich war davon so begeistert, daß er noch während eines Genesungsurlaubs im Sommer 1917 mit Rudolf Trapp in Berlin Mitglied der Naturfreunde wurde. Berlin war einer der Stützpunkte des Vereins, 1914 lag die Mitgliederzahl bei mehr als zehntausend. Die Naturfreunde verstanden sich als sozialdemokratische Arbeiterkulturorganisation und stellten eine Alternative zu bürgerlichen Wandervereinen dar.

Vielseitig engagierter Sozialdemokrat

Eingedenk der bitteren Kriegserfahrungen, wurde Erich überzeugter Pazifist und faßte den Entschluß, das politische Leben der Nachkriegszeit aktiv mitzugestalten. Im Programm der SPD fand er sein Freiheits- und Demokratieverständnis bestätigt. Im Dezember 1918 trat er der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. Seine Aufgabe sah er u. a. in der Wiederbelebung der Naturfreundebewegung. Bald darauf gehörte er mit seinem Freund Rudolf Trapp zum aktiven Kern der Naturfreunde-gruppe in Berlin-Moabit. Wanderungen in die nächste Umgebung oder zu den schönsten Naturdenkmälern in Deutschland gehörten zu ihrem Programm. Beliebt waren auch Faltbootwanderungen auf der Havel und der Spree.

Die Naturfreunde verstanden sich als eine Vereinigung, die sozialdemokratisches Gedankengut unter den arbeitenden Menschen pflegte und förderte. Wandern, Singen, Tanzen, Besuch von Theater- und Konzertveranstaltungen prägten ihre Freizeit. Für viele von ihnen war und wurde die Gruppe zur Familie, deren Eltern die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war.

Berlin war seit 1917 Erichs dritter Wohnsitz. Er lebte bei seinen Eltern in der Wallner-Theater-Straße, einer Seitenstraße zwischen Frankfurter Allee und Alexander-

platz. Sein Vater besaß ein kleines Geschäft im Berliner Osten. Er selbst brauchte etwas Zeit, um beruflich wieder Fuß zu fassen. Zunächst arbeitete er in verschiedenen Berliner Konfektionsgeschäften als kaufmännischer Angestellter. 1925 erhielt er endlich eine Beschäftigung als leitender Angestellter im „Verband der Berliner Großschlächter und Angehöriger verwandter Berufe“.

Der Erste Weltkrieg und die Nachkriegszeit hatten die Pflege des Arbeiterliedgutes zurückgedrängt. So mancher Sänger war im Krieg gefallen, andere kehrten dem Gesang den Rücken. Deshalb appellierte der Parteivorstand der SPD an seine Mitglieder, die Leitgedanken des Arbeiter-Sänger-Bundes neu zu beleben. Es galt, bewußt an die Traditionen der Vorkriegszeit anzuknüpfen. 1913 hatte es in Berlin 88 Vereine mit 135 Chören gegeben. Die Zahl der aktiven Mitglieder wird mit 6.230 männlichen und weiblichen Personen angegeben, davon waren 4.467 sozialdemokratisch, 6.101 gewerkschaftlich organisiert.

Als im Sommer 1924 die Bitte an Erich Cohn herangetragen wurde, bei der Neuformierung eines gemischten Chores mitzuarbeiten, gab es für ihn nur eine Entscheidung: „Ja, ich bin dabei“. Die neu gegründete Sängervereinigung von Berlin gab sich den Namen „Der junge Chor“. Sie stand unter der künstlerischen Leitung von Heinz Tiessen.

Hunderte von Auftritten fanden in den Jahren von 1924 bis 1933 statt. Die Mitglieder des Chores waren Erichs Familie geworden, an die er sich zeitlebens erinnerte. Hier lernte er auch seine spätere Frau Elvira Burdow aus der Gemeinde Sachsenhausen kennen. Am 10. März 1928 fand die Hochzeit statt. Elvira war evangelischen Glaubens. Am 5. Mai 1932 wurde Tochter Marianne geboren. Erichs neue Wohnadresse lautete: Sachsenhausen, Parkstraße 3.

Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe Sachsenhausen

Erich Cohn war 31 Jahr alt, als ihn seine Genossen in Sachsenhausen zu ihrem Vorsitzenden wählten. Der Ort nördlich von Oranienburg galt seit der Jahrhundertwende als Hochburg der deutschen Sozialdemokratie. Mit Elan und voller Eifer stürzte er sich in die Parteiarbeit. Hierbei kamen ihm die Erfahrungen aus den Berliner Parteiorganisationen voll zugute. Erste Bewährungsprobe für den jungen Ortsvorsitzenden waren die Reichstagswahlen im Mai 1928. Er konnte zufrieden sein: Jeder zweite Wahlberechtigte des Ortes stimmte für die Vertreter der Sozialdemokratie (zum Vergleich: 30 Prozent Bürgerliste, 20 Prozent KPD).

Viel Augenmerk legte er auf die Stärkung der Parteiorganisation. Seine ehrenamtliche Arbeit als Vorsitzender des Arbeitergesangsvereins und Leiter der Nebenstelle Büchergilde Gutenberg nutzte er, um mit vielen Menschen des Ortes ins Gespräch zu kommen.

Erichs Wohnhaus in der Parkstraße (heute Eric-Collins-Straße) wurde zum Treffpunkt der Bücherfreunde des Ortes und des Umlandes. In dem von ihm geleiteten Literatur-Zirkel diskutierte man über zeitgenössische Werke deutscher und internationaler Klassiker. Als die Büchergilde von den Nazis verboten wurde, trat an deren Stelle „Cohn's Privatbücherei“, die teilweise von seiner Frau geleitet wurde. Zu den Formen der Parteiarbeit gehörten Ausflüge und Wanderungen, an denen sehr oft

auch viele Parteilose teilnahmen. Erich Cohn besaß die Eigenschaft, den Menschen aufmerksam zuhören zu können, wenn sie ihm seine Sorgen vortrugen oder um seine Hilfe baten. Er nahm sich ihrer Beschwerden an und gab den Bürgern Ratschläge, wie man beispielsweise Rechtsfälle des Alltags unproblematisch lösen konnte. 1929 schätzte er das Erreichte so ein: „Es gelang mir, die SPD-Organisation so zu stärken, daß wir bei den Gemeindewahlen im November 1929 als stärkste Fraktion in das Dorfparlament von Sachsenhausen einzogen. Ich wurde als Vorsitzender der Ortsgruppe zum Stellvertretenden Bürgermeister berufen und vom Landrat als Gemeindegeschöffe bestellt.“

Ab 1930 mischten sich die Nazis und ihre SA-Schlägertruppe verstärkt in die Angelegenheiten der demokratischen Parteien ein. Veranstaltungen wurden gestört und von den Nazis für Randalen genutzt. Das war der Grund dafür, daß in Sachsenhausen und in anderen Orten des Kreises Niederbarnim SPD-Schutzgruppen gebildet wurden, die gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die Zusammenkünfte schützten. Im Herbst 1931 fand in Oranienburg ein Einigungskongreß statt, an dem Sozialdemokraten, Kommunisten, Reichsbannerangehörige und Parteilose teilnahmen. Bemerkenswert war der einstimmig gefaßte Beschluß, gegen die immer brutaler vorgehenden Nazis geschlossen aufzutreten. Bald darauf erlebte man, wie in Sachsenhausen und Oranienburg SPD- und KPD-Mitglieder gemeinsam ihre Lokale gegen Überfälle sicherten. Leider konnte die Uneinigkeit der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften den Machtantritt der Nazis nicht verhindern.

Schweigen ist Gold, Reden – Oranienburg

Nach Errichtung der Nazidiktatur am 30. Januar 1933 legte ihm die Partei nahe, alle seine Funktionen und Ehrenämter niederzulegen. Auch für die Gemeindewahlen am 12. März 1933 sollte Erich Cohn nicht wieder kandidieren. All das geschah aus Sicherheitsgründen, denn er war ja nicht nur ein aktiver Sozialdemokrat, sondern auch Jude. Und wahrhaftig – bald folgte Schlag auf Schlag. Ende März 1933 wurde er von seinem Berliner Betrieb fristlos gekündigt. Zugleich erhielt er Berufsverbot. Er wurde arbeitslos.

Nur fünf Kilometer von seinem Wohnort entfernt, errichteten die Nazis zur gleichen Zeit das erste Konzentrationslager in Preußen. Es befand sich inmitten des Stadtgebietes von Oranienburg, in der Berliner Straße 20/21. Die ersten Gefangenen trafen am 20. März 1933 in den Gebäuden der stillgelegten Kindl-Brauerei ein. Tausende folgten in den darauf folgenden Wochen und Monaten. Schon im April 1933 kursierten in Berlin und anderswo in Deutschland Flugblätter, welche die unmenschlichen Bedingungen im Oranienburger KZ anprangerten. Im Flüsterton wurde gefragt: „Kennen Sie das neueste Berliner Sprichwort? Schweigen ist Gold, Reden – Oranienburg.“

Es war in der Nacht vom 1. zum 2. August 1933, als kurz nach Mitternacht Oranienburger SA-Leute Erich Cohn verhafteten und in das KZ Oranienburg einlieferten. Gemeinsam mit anderen Mithäftlingen mußte er sich entlang einer großen Fabrikmauer aufstellen. Danach wurden alle bis in die Morgenstunden mit grellen Scheinwerfern angestrahlt. Am frühen Morgen trieben SA-Leute die Häftlinge in die provi-

sorischen Unterkünfte. Nach der Aufnahme und Vernehmung durch Berliner Polizeibeamte wurde Erich in die sogenannte Judenkompanie eingewiesen. Er erhielt die Häftlingsnummer 1117 und war dem 1. Zug der 5. Kompanie zugeordnet. Seine Hauptbeschäftigung bestand darin, täglich zehn Stunden die Latrinen der SA-Wachmannschaften zu reinigen.

Ende September 1933 wurde Erich entlassen. Mehrere Einwohner der Gemeinde Sachsenhausen, darunter der damalige Gemeindepfarrer Dr. Scharf, waren zuvor zur Vernehmung zum Bürgermeister von Oranienburg vorgeladen worden. Ihre Aussagen trugen dazu bei, daß eine vorzeitige Entlassung erfolgte. Den größten Anteil hatte daran seine Frau Elvira. Sie war es, die zum KZ-Lagerführer Schäfer vordrang, um die Gründe für seine Inhaftierung zu erfahren. Der Lagerführer zeigte ihr ein Schreiben des in Sachsenhausen wohnenden Nazifunktionärs Dr. Decker (in späteren Jahren Generalarbeitsführer, der sich das Ziel gestellt hatte, Sachsenhausen „judenfrei“ zu machen). Darin hieß es: „Es besteht der Verdacht, daß Erich Cohn Propaganda für die Kirchenratswahlen gemacht hat. Aus diesem Grunde ist es angebracht, ihn bis auf weiteres in Schutzhaft zu nehmen.“ Bei den Kirchenratswahlen im Juli 1933 hatten die Deutschen Christen (offizielle NS-Staatskirche) in Sachsenhausen eine große Niederlage hinnehmen müssen: Nur etwa 25 Prozent der Wähler gab ihnen ihre Stimme. 75 Prozent der Wähler entschieden sich für die Liste der Evangelischen Christen, aus denen später die Bekennende Kirche hervorging. Kurt Scharf, der Gemeindepfarrer, und andere evangelische Christen erbrachten den Beweis, daß der Jude und Sozialdemokrat mit dem Ausgang der Kirchenwahlen nichts zu tun hatte. Das gab wahrscheinlich den Ausschlag für die Freilassung von Erich Cohn.

Doch die Freiheit währte nur vier Monate. Am 5. Januar 1934 verurteilte ihn das Sondergericht zu Berlin wegen „Verbreitung von Greuelnachrichten über das KZ-Oranienburg“ zu neun Monaten Gefängnis. Wegen Überfüllung des Strafgefängnisses von Berlin-Plötzensee wurde er für drei Monate in das Stadtgefängnis von Wittstock überführt und verbüßte danach den Rest der Strafe in Plötzensee.

Erich Cohn gab nicht auf. Nach jeder Entlassung, sei es Gefängnis oder KZ, suchte er den Kontakt mit seinen Freunden und Genossen im Untergrund. Besonders enge Beziehungen hatte er zu Otto Scharfschwerdt in Hohen Neuendorf. Dieser war der Leiter der illegalen SPD-Widerstandsgruppe „Berlin-Nordbahn“.

Im Zusammenhang mit der Verhaftung von 65 KPD-Mitgliedern im Frühjahr 1935 in Oranienburg und Umland wurde auch Erich Cohn erneut festgenommen und verbrachte drei Monate in Untersuchungshaft in Potsdam. Dann wurde er freigelassen. Im Verlaufe des Jahres 1936 schloß er sich der Widerstandsgruppe Scharfschwerdt an, der etwa 50 Personen angehörten. Sie arbeitete auf der Grundlage des Prager Manifests des emigrierten Parteivorstandes der SPD und konzentrierte sich vorwiegend auf die Herstellung und Verbreitung von Zeitberichten. Im Januar 1937 flog die Gruppe auf. Etwa 40 Personen wurden durch die Gestapo verhaftet. In fünf Hochverratsprozessen erhielt die Mehrzahl der Angeklagten Zuchthausstrafen zwischen drei und sechs Jahren, vier wurden mangels Beweisen freigesprochen. Darunter war auch Erich Cohn. Nach etwa vier Monaten Untersuchungshaft in Potsdam

ließ ihn die Gestapo frei. Wiederum war es Pastor Kurt Scharf, dem Erich seine Freilassung verdankte. Otto Scharfschwerdt wurde nach Verbüßung seiner Zuchthausstrafe in das KZ-Sachsenhausen übergeführt, wo er am 4. Mai 1943 zu Tode kam.

Gefangener im KZ Sachsenhausen

Im Verlaufe des ersten Halbjahres 1938 erließ das Reichskriminalpolizeiamt (RKPA) mehrere Richtlinien zur Verschärfung der bisherigen Polizeipraxis. So bezeichnete u. a. der Erlaß vom 4. April 1938 über die Durchführung der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung Personen wie „Bettler, Landstreicher, Dirnen, Personen, die sich der Pflicht zum Arbeiten entziehen, Personen mit Vorstrafen und Juden“ als Verbrecher. Zwei Monate später, am 1. Juni 1938, befahl das RKPA jeder Kriminalpolizeistelle in Deutschland, „mindestens 200 männliche arbeitsfähige Personen (Asoziale) in Vorbeugehaft zu nehmen“. So wurden per Erlaß Zehntausende Menschen zu Verbrechern gestempelt.

Auf dem Einlieferungsschein für das KZ Sachsenhausen stand, datiert mit 16. Juni 1938, der Name „Erich Cohn (Jude)“. Die Liste enthielt darüber hinaus die Aktennotiz: „Zu den Sonderzugängen ‚Arbeitssscheue‘ wird auch der BV [Berufsverbrecher] Erich Cohn, Sachsenhausen, gerechnet.“ Zur Kennzeichnung als Krimineller bekam Erich einen grünen Winkel (politische Häftlinge erhielten einen roten Winkel, Juden einen roten Winkel mit gelbem Stern). Er war geschockt. Er war am 16. Juni 1938 auf einer Baustelle, wo er vorübergehend Arbeit gefunden hatte, verhaftet worden. Alle bisherigen Haftstrafen hatte er als politischer Gefangener verbüßt. Die ersten Tage waren durch grausame Mißhandlungen im sogenannten Einlieferungsbad geprägt. Die Unterbringung erfolgte im Block 21 – es war ein Massenblock, in dem etwa 400 Häftlinge auf blankem Holzfußboden mit Strohsäcken zusammengepfercht waren. Seine Häftlingsnummer lautete: 1129. Nach acht Tagen wurden die Häftlinge bei Ausschachtungsarbeiten für das SS-Kantinengebäude eingesetzt. Eine Menschenkette wurde gebildet, und jeder Häftling hatte eine Schaufel voll Sand in der zugebundenen Häftlingsjacke davonzutragen. Es waren „heiße Sommertage“: die Sonne brannte, Mützen zu tragen war verboten. Schon nach wenigen Tagen litten unzählige Gefangene an schweren Verbrennungen; die Köpfe waren geschwollen, die Augen entzündet und verquollen. Bald darauf folgte das Arbeitskommando „Schießplatzbau an der Lehnitzschleuse“. Aufgrund seiner Erfahrungen als zeitweise unfreiwilliger Bauarbeiter (erzwungen durch sein Berufsverbot ab 1933) wurde Erich als Vorarbeiter eingesetzt. Er nutzte diese Funktion, um gefährdeten Kameraden zu helfen und sie vor Schlägen der SS-Leute zu schützen und zu retten. Als infolge der Pogromnacht vom 9. November 1938 Tausende von unbescholtenen jüdischen Bürgern in das KZ Sachsenhausen eingeliefert wurden, erhielt Erich Cohn den gelben Judenstern als neue Kennzeichnung.

So plötzlich, wie er in das KZ Sachsenhausen eingeliefert wurde, so plötzlich erfolgte seine Entlassung. Wer diesmal sein Fürsprecher war, oder ob es nur eine kurze Freiheit auf Raten sein sollte, konnte er sein Leben lang nicht feststellen. Nach sieben Monaten KZ-Haft wurde er am 29. Dezember 1938 entlassen. Zwei Tage später, am

31. Dezember, erhielt er ein Schreiben der Gestapoleitstelle, in dem es u. a. hieß, daß er sich täglich bei der Polizei zu melden und neben dem Berufsverbot auch Arbeitsverbot habe. Mitgeteilt wurde ihm darin zudem, daß er bis zum 31. August 1939 Deutschland allein zu verlassen hätte, wenn nicht, müsse er mit einer erneuten Inhaftierung im KZ rechnen. Ihm verblieben genau acht Monate, die er noch mit Frau und Kind, mit Eltern und Freunden zusammensein konnte. Nach Beantragung des Reisepasses trat das erste Hindernis auf: Er hatte für eine Hypothek seines Vaters die Bürgschaft in Höhe von 3.000,- RM übernommen, und diese sollte sofort zurückgezahlt werden, sonst... Kurt Levy, einer seiner Leidensgefährten aus dem KZ Sachsenhausen, half ihm. Am 17. August 1939 erhielt Erich das Visum für Großbritannien. Bei der Abmeldung im Gemeindebüro von Sachsenhausen erlebte er nochmals die Angst der vergangenen Jahre, aber auch die Solidarität und Sympathie der Freunde im Ort. Ein junger Gemeindegemeindefunktionär namens Werner Vorreiter (bis 1933 Mitglied der KPD) zeigte ihm die Ankündigung der beabsichtigten Verhaftung durch die Gestapo. Das war der Wink, die geplante Ausreise unverzüglich anzutreten. Nach Überquerung der belgischen Grenze wurde Erich vor Freude und Aufregung ohnmächtig.

Endlich in Freiheit

Erich Cohn mußte Frau und Tochter zurücklassen, deshalb empfand er Freude und Traurigkeit zugleich. Wenige Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, am 24. August 1939, fand er Aufnahme im Flüchtlingslager Kitchener Camp in der englischen Grafschaft Kent. Etwa 3.000 jüdische Männer aus Deutschland und Österreich hatten bis Ende August 1939 hier Zuflucht gefunden. Im Camp befanden sich auch ehemalige Insassen des KZ Sachsenhausen. Als diese ihn erblickten, begrüßten sie ihn mit den Worten: „Hurra, unser Vorarbeiter aus Sachsenhausen ist da!“ Sie hoben ihn auf die Schultern und trugen ihn in das Lagerinnere. Als der Krieg begann, wurde Erich von den englischen Behörden angesprochen, ob er bereit sei, gemeinsam mit ihnen gegen Hitlerdeutschland zu kämpfen. Ja, er wollte es. Seinen Schritt begründete er später mit den Worten: „Ich bin Soldat der englischen Armee geworden, um etwas gegen die Nazis zu tun.“ Kurze Zeit später machte er von der Möglichkeit Gebrauch, seinen Namen aus Sicherheitsgründen zu anglisieren. Aus Erich Cohn wurde Eric Collins. Sein Einsatz während des Krieges erfolgte nicht bei der kämpfenden Truppe, sondern bei Bau- und Pioniereinheiten. In Frankreich, Belgien und an anderen Kriegsschauplätzen war er mit seinen englischen Kameraden für den Sieg über Hitlerdeutschland tätig. Das Kriegsende erlebte er in Brüssel. Wenig später erfolgte sein Einsatz als Dolmetscher der britischen Besatzungsmacht in Hannover, Nienburg, Bergen-Belsen und anderen Städten. Im September 1945 wurde er Kommandant in Ahlborn, etwa 30 Kilometer von Oldenburg entfernt. Hier erhielt er u. a. die Aufgabe, eine Betreuungsstelle für Vertriebene aus deutschen Ostgebieten einzurichten. 1947 wurde er demobilisiert und kehrte nach London zurück.

Harte Schicksalsschläge

Unmittelbar nach seinem Einsatz bei der britischen Militärregierung in Oldenburg begann Eric Collins mit Recherchen über den Verbleib seiner Frau und Tochter sowie Eltern und Verwandten. Doch es gab eine Schwierigkeit: Berlin und Sachsenhausen lagen in der sowjetischen Besatzungszone, und dorthin durften die Angehörigen der britischen Besatzungsarmee keinerlei Verbindungen aufnehmen. Nach der Devise, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, gelang es Erich, Gewißheit über das Schicksal seiner Familie zu erlangen.

Er erfuhr, daß seine Frau Elvira in die von den Nazibehörden empfohlene Scheidung eingewilligt hatte; im Dezember 1945 hatte sie wieder geheiratet und bald darauf Deutschland verlassen. Seiner Tochter Marianne hatten die Nazis verwehrt, das Lyzeum zu besuchen, weil ihr Vater Jude war. Für sie beantragte Erich die englische Staatsangehörigkeit, die sie 1947 erhielt. Sie studierte in den Vereinigten Staaten und war danach fast 40 Jahre als Lehrerin tätig. Noch härter traf Erich das Schicksal seiner Eltern. Seine 74jährige Mutter und sein 70jähriger Vater wurden im September 1942 mit einem Transport nach Theresienstadt verschleppt. Beide verstarben 1943 bzw. 1944 im Ghetto. Ihre Asche warfen die Nazis in den Fluß Eger. Seinen Brüdern Günther und Otto war die Emigration nach Chile bzw. Uruguay gelungen. Tanten und Onkel waren nach Auschwitz deportiert und dort vergast worden. Die Nazis hatten ihm fast alles genommen – das würde er ihnen niemals vergessen. Eric fällte dennoch kein pauschales Urteil über die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen der Nazis. Für ihn gab es nur „die wirklich Schuldigen, nämlich die gewissenlose Clique der Naziverbrecher, die nicht nur ganze Länder verwüstet, sondern auch die Menschen in einen geistigen Abgrund gestürzt haben“. Menschliche Größe und Edelmut sprechen aus einem Brief an seine frühere Chorfreundin Gertrud Jacob in Lehnitz: „Liebe Gertrud, der Hass ist das verabscheuenswürdigste, dessen sich die Menschen bedienen können. Ich kenne keinen Hass, denn Hass zerstört nur.“ Der letzte Satz war sein Credo, das er aus der Erfahrung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgeleitet hatte. In diesem Sinne dachte und handelte er bis zu seinem Tod.

Rückkehr nach Deutschland

Im Jahre 1962 kehrte Eric Collins nach Deutschland zurück, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit wieder anzunehmen. Er hielt seiner Wahlheimat die Treue, die ihm in schwerer Zeit geholfen hatte. Erste Station war Hamburg, zwei Jahre später zog er nach Oldenburg. Seit 1964 stand ihm seine zweite Ehefrau Margarethe als zuverlässige und gleichberechtigte Partnerin zur Seite. Sie war ihm jederzeit Stütze und Beraterin in allen Lebenslagen. Sie pflegt und bewahrt sein Vermächtnis voller Energie und Hingabe.

In Oldenburg gehörte Erich von 1975 bis 1989 zum Vorstand der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit. 1992 war er unter den Gründungsmitgliedern der wiedererstandenen Jüdischen Gemeinde zu Oldenburg. Anlässlich seines 90. Geburtstages erhielt er das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Wenige Monate zuvor hatte ihn die Stadt Oldenburg am

10. März 1987 mit dem Großen Stadtsiegel ausgezeichnet. Sein Leben vollendete sich am 27. März 1993 in Oldenburg. Er starb 16 Tage nach seinem 96. Geburtstag. Das Fazit seines kämpferischen Lebens kleidete er in die Worte: „Ich hoffe, dass die belastende Vergangenheit von der jungen Generation als Vermächtnis verstanden werden möge, für eine Zukunft zu leben und zu arbeiten, in der Verbrechen wie die in der Vergangenheit unmöglich sein werden.“ Im Ortsteil Sachsenhausen der Stadt Oranienburg wurde im November 1995 die Straße, in der er mit seiner Familie von 1928 bis 1939 gewohnt hatte, in Eric-Collins-Straße umbenannt.

Im Frühjahr des Jahres 2000 gab ich eine Bild-Textdokumentation über das Leben von Eric Collins heraus. Ich gab ihr den Titel: „Ich kenne keinen Hass, denn Hass zerstört nur.“

Der verstorbene Altbundespräsident Johannes Rau würdigte mein Buch in einem Schreiben mit folgenden Zeilen: „Ich gratuliere Ihnen von Herzen zu dieser Arbeit und bewundere die Hartnäckigkeit, mit der Sie sie betrieben haben. Es ist Ihnen gelungen, die Lebenserfahrungen dieser eindrucksvollen Persönlichkeit für uns und die Nachwelt in entsprechender Weise aufzuarbeiten und zu erhalten.“

Das Buch erschien bereits in zweiter Auflage in der Europäischen Bibliothek Zaltbommel/Niederlande. Alle Zitate dieser biographischen Skizze sind diesem Buch entnommen.

Mirko Beer: 1930-1936 Chirurg in Berlin und Moskau – 1936-1938 Militärarzt in Spanien – 1942 vom NKVD erschossen

Ulla Plener

Kürzlich schrieb Christa Wolf in ihrem Vorwort zu Kurt Sterns im Frankreich der Jahre 1939/40 verfaßten Tagebüchern vom „schwierigen Leben einer Generation [...], die in Gefahr ist, vergessen zu werden“, und sie fragte: „Was weiß man, was wissen junge Leute heute von den Namen und Schicksalen dieser Menschen?“ Sie fragte weiter, ob nicht die Tatsache, daß sie Linke, meist Kommunisten waren, dazu beitrüge, „daß sie aus der Traditionslinie des deutschen antifaschistischen Widerstands, der deutschen Widerstandsliteratur von der Öffentlichkeit an den Rand unseres Wahrnehmungsfeldes gedrängt wurden?“¹ Es geht um die Generation der um 1900 Geborenen. Christa Wolfs Fragen können auf den Umgang mit der Tradition des kommunistisch inspirierten antifaschistischen Widerstands in ganz Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erweitert werden. Und: Sie treffen auf Namen und Lebensläufe der Kommunisten dieser Generation zu, deren Schicksale zu den tragischsten gehören. Sie boten dem europäischen Faschismus die Stirn, verteidigten die Republik in Spanien, schworen auf die Sowjetunion als antifaschistisches Bollwerk – und wurden in den 30er und 40er Jahren Opfer des Massenterrors der sowjetischen „Sicherheits“organe.²

Für diese Generation und diese Opfer stehen Leben und Wirken des Arztes Mirko Beer (1905-1942).

Ungarischer Nationalität, jüdischer Herkunft, gebürtig in Jugoslawien an der Grenze zu Ungarn, studierte er Medizin in Wien, praktizierte als Arzt in Berlin und Moskau und war zugleich wissenschaftlich tätig. Er verteidigte 1936 bis 1938 als Freiwilliger die Republik in Spanien, baute dort maßgebend den militärischen Sanitätsdienst auf und verallgemeinerte die dabei gesammelten Erfahrungen – auch für die Rote Armee. Am 9. Juli 1941, zweieinhalb Wochen nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, wurde er in Moskau verhaftet, „der Spionage verdächtiger Beziehungen“ beschuldigt und, während die deutsche Wehrmacht zur Wolga vordrang, am 4. August 1942 in Saratov erschossen.

Dieser Lebensgeschichte soll im folgenden anhand der überlieferten Dokumente nachgegangen werden.³

1 Christa Wolf: „... Was mir wahr und gerecht erscheint“. Kurt Sterns Tagebücher, Frankreich 1939/40, in: Kurt Stern: Was wird mit uns geschehen? Tagebücher der Internierung 1939 und 1940, Berlin 2006, S.15.

2 Siehe zuletzt Ulla Plener/Natalia Mußienko: Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/1938, Berlin 2006.

3 Die Dokumente wurden von Dr. Lola Debüser, Tochter von Mirko Beer, zur Verfügung gestellt.

Die Vorgeschichte: 1905 bis 1932

Lebenslauf, geschrieben 1936 in Moskau im Zusammenhang mit der Bewerbung für den Freiwilligeneinsatz in Spanien

„Geboren 1905. Mein Vater war Handelsangestellter, lebt gegenwärtig in Subotica-Jugoslawien. Volks- und Mittelschule absolvierte ich in Subotica, die medizinische Fakultät in Wien. 1924 wurde ich Mitglied der Sozialistischen Studentenvereinigung in Wien, ohne mich vorerst aktiv politisch zu betätigen. In den nächsten Jahren kam ich durch kommunistisch-sympathisierende Studenten in Subotica mit der dort in ungarischer Sprache erscheinenden kommunistischen Zeitung ‚Szeroezete Munkas‘ in Berührung, für die ich gelegentlich Artikel und Übersetzungen lieferte. April 1927 trat ich in die KPJu ein (bei dem damaligen Parteisekretär Domany). Von nun an bis zum Verbot der obengenannten Zeitung war ich ihr ständiger Mitarbeiter und von Wien aus ihr Hauptberichterstatte über das Ausland und versorgte sie mit sämtlichem politischen Material. Eine Zeitlang nahm ich an der unmittelbaren Redaktion teil (gemeinsam mit dem Verantwortlichen Redakteur Tomin). War einer der Redakteure des Arbeiterkalenders 1929 für die Woiwodina (Jugoslawien). Im Einverständnis mit der Partei gab ich zwei Broschüren aus eigenen Mitteln heraus – eine populäre Propagandaschrift für Bauern (von Boduar) und eine sozialpolitische Schrift in meiner Übersetzung – beide in ungarischer Sprache. Meine Parteitätigkeit in Jugoslawien bestand hauptsächlich aus Kult-Prop-Arbeit im Auftrage des Gebietskomitees Woiwodina. Leitete politische Kurse und Zirkel in Partei- und Komsomolzellen in Subotica. Im Auftrag des Gebietskomitees der Partei arbeitete ich 1930 ein Schulungsprogramm für Parteizirkel in ungarischer Sprache aus, das auch ins Serbische übersetzt wurde. Brachte einige Male illegales Material aus Wien nach Subotica, darunter 1928 den Offenen Brief der Komintern an die Jugoslawische Partei. 1930 nahm ich an der Redaktion und Herausgabe der illegalen Gebietsparteizeitung ‚Kommunista‘ teil.

Während meiner militärischen Dienstzeit, März 1929 bis April 1930, die ich an der albanischen und italienischen Grenze als Truppenarzt und in Novisad verbrachte, machte ich nach den Weisungen der Partei unter den Soldaten systematische antimilitaristische und unter der albanischen Bevölkerung, mit der ich als Arzt in enge Verbindung kam, antiserbische Propaganda. Von den zur militärischen Zwangsarbeit einberufenen Albanern befreite ich als ärztlicher Konsultant 1/3. Wegen dieses Vorfalles und wegen der ‚zu milden unmilitärischen Behandlung‘ der Soldaten wurde ich einige Male disziplinarisch bestraft. Während meiner Tätigkeit in der jugoslawischen Armee habe ich eine Reihe kommunistisch-sympathisierender Soldaten zum Teil gefunden, zum Teil gewonnen; diese habe ich ständig instruiert. Von den Namen dieser Soldaten setzte ich die Partei in Kenntnis.

Nahm teil an der Gründung der Woiwodinaer Sektionen des Arbeitertouristen-Vereins ‚Priatelj prirodi‘, wobei ich versuchte, den Exkursionen einen

sozialistisch-propagandistischen Inhalt zu geben.

Sommer 1928 gründete ich in Subotica im Auftrage des Balkansekretariates der IAH und im Einverständnis und mit Hilfe des Gebietskomitees der Partei die erste jugoslawische Sektion der IAH unter dem Namen „Radnicka Samopomoc“.⁴ Sie blieb bis zu ihrem Verbot 1931 – im Zusammenhang mit dem großen Parteiprozeß in Subotica – der einzige derartige legale Rahmen der KPJu.

1930 stellte ich die Verbindung zwischen KP und der Woiwodina [über] Budapest her. Während meines Wiener Aufenthaltes war ich seit 1927 Mitglied der KPÖ und der kommunistischen Studentenvereinigung, betätigte mich aber fast ausschließlich für die jugoslawische Partei (für die Parteizeitung und IAH in Subotica).

November 1930 fuhr ich mit Erlaubnis der Partei aus Jugoslawien nach Deutschland, um eine Stelle als Arzt – für [meine] weitere Ausbildung – anzunehmen. Bald nach meiner Abfahrt wurde ich von der Polizei gesucht – in Verbindung mit der November-Feier, an deren Vorbereitung ich teilnahm – und in den späteren Prozessen öfter erwähnt (da Genossen mich stark belastet hatten).

In Berlin arbeitete ich in der IAH: leitete eine [Frauen-]Beratungsstelle in Wedding, war sozialpolitischer Referent an der Bezirksfrauenkonferenz, war Delegierter auf dem Weltkongreß der IAH 1931.⁵ Von Berlin aus versorgte ich mit Material die kommunistische Studentenfaktion in Belgrad.

1931 kam ich mit Hilfe der IAH zur Novemberfeier⁶ nach Moskau. Erst hier wurde in der jugoslawischen Sektion meine Überführung in die deutsche Partei geregelt. Nach meiner Rückkehr nach Berlin wurde ich der Straßenzelle Berlin-Britz zugeteilt, wo ich vom Januar bis Mitte März 1932 arbeitete.

März 1932 wurde ich vom Narkomsdraw angefordert und fuhr nach der Sowjet-Union.⁷ Seit April 1932 arbeite ich in Moskau. Gegenwärtig arbeite ich als medizinischer Leiter des Muster-Kinderkrippenheimes und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Medizinisch-genetischen Instituts.

4 IAH – die von Willi Münzenberg gegründete Internationale Arbeiterhilfe; Radnicka samopomoc – Rote Selbsthilfe (serb.)

5 Mirko Beer arbeitete in Berlin als Arzt in chirurgischen Kliniken am Krankenhaus im Friedrichshain (diese Stelle hatte ihm der bekannte Sexualmediziner Max Hodann vermittelt) und an der Universitätsklinik Charité. Als Mitglied des Vereins sozialistischer Ärzte führte er – wie andere Ärzte und einige Medizinstudenten – kostenlose Voruntersuchungen der Kinder durch, die am bekannten Ferienlager „Vorošilov“ teilnehmen wollten. Siehe Ulrich Krüger: Geschichte des Pionierlagers „Klim Woroschilow“, Neubrandenburg 1968, S.15-17.

6 Feier zum Jahrestag der Oktoberrevolution von 1917 am 7. November.

7 Narkomzdraw – Abkürzung für: Volkskommissariat für Gesundheitswesen der UdSSR. Die Möglichkeiten, weiter in Berlin zu arbeiten, hatten sich für Mirko Beer aus materiellen Gründen erschöpft, weil angesichts der hohen Arbeitslosigkeit Ausländer keine bezahlte Arbeit mehr erhielten. Die Rückkehr nach Jugoslawien war ihm verwehrt, weil die jugoslawische Geheimpolizei über seine politische Tätigkeit informiert war und ihn verhaftet hätte.

Von Genossen, die mich kennen, leben in der Sowjet-Union:

Jikow, N. – KPJu, jetzt WKP(b) Moskau

Koslow C. – KPJu, jetzt WKP(b) Moskau

Cseby J. – KPJu, jetzt WKP(b) Moskau

Bodnar S. – KPJu, jetzt WKP(b) Engels

Arendsee. M – KPD, jetzt WKP(b) Moskau

2. VII. 1936“

Moskau: 1932 bis 10. Oktober 1936

In Moskau heiratete Mirko Beer 1932 die aus Hamburg stammende Gerda Schneuer, die er in Berlin kennengelernt hatte und die – enthusiastische Anhängerin der Sowjetunion, Mitglied des Arbeiter-Theater-Bundes – seinetwegen als Touristin nach Moskau gekommen war.⁸ Am 10. März 1934 kam ihre Tochter, genannt Öchen (später Dolores/Lola), zur Welt.

Mirkos Geisteshaltung, die Beweggründe seines humanistischen Wirkens, seine kommunistische Überzeugung, der – wie bei den meisten Kommunisten damals – alles, auch die Familie, untergeordnet wurde, macht der an die Tochter zwei Tage nach deren Geburt gerichtete Brief deutlich.

„Öchen. Meine Tochter. Kislamjom. Moja devočka.⁹ Das mußt Du alles verstehen. Du bist nämlich ein Mischling. Das mußt Du schon jetzt wissen, damit Du später keine Vorwürfe machst. Auf den hehren Stolz der Rassenreinheit mußt Du verzichten. Dich wird man aber gar nicht mehr danach fragen. Heute gibt es noch Menschen, die so etwas für wichtig halten. Ich werde Dir später darüber vieles erzählen.

Die meisten Menschen leben jetzt sehr schlecht. Das ist sehr lange so, viele Tausende Jahre. Sie wollen besser leben. Das wollen sie auch schon lange. Sie haben schon oft versucht, die Welt besser zu machen. Diese Versuche nennen wir Revolutionen. Schönes Wort, was? Das sind große Zusammenstöße zwischen der Mehrheit und der Minderheit der Menschen. Nach jeder solchen Revolution kam immer wieder eine neue Minderheit, die die Mehrheit zwang, weiter so schlecht zu leben. Nun, jetzt wollen die Menschen wieder so eine Revolution machen. Überall, in der ganzen Welt. Eine Weltrevolution. So etwas war noch nicht. Aber nicht alle, die das wollen, wissen, wie man das macht. Doch viele wissen es schon. Diese heißen Kommunisten. Sie zeigen den anderen den Weg zur Revolution. Deine Eltern sind auch solche Kommunisten. Sie

8 Gerda, geb. Schneuer (1903-1978), später Raats. Ehem. Mitglied des „Kollektivs Hamburger Schauspieler“, war sie 1936-1938, während Mirko Beer in Spanien war, Schauspielerin am Deutschen Kollektiv-Theater in Odessa. Nachdem Deutschland die Sowjetunion überfallen hatte, wurde sie im Oktober 1941 wie andere Deutsche auch aus Moskau ausgewiesen und kam nach Toms in Westsibirien; hier starb 1941 ihr zweites Kind – Sohn André (geb. 1940). 1943-1947 war sie Politinstrukteurin in einem Kriegsgefangenenlager bei Stalingrad; später in der DDR langjährige Sprecherin beim Rundfunk.

9 Der Brief ist deutsch geschrieben. kislamjom (ungar.): mein kleines Mädchen; devočka (russ.): Mädchen.

alle haben ihr Wissen von einem großen Lehrer. Er hieß Marx. – Nach der großen Revolution werden die Menschen den Sozialismus aufbauen. So heißt die Welt, in der Du arbeiten wirst. Wie Du siehst, Du bist in einer interessanten Zeit geboren: Wo die neue Welt geboren wird.

Du bist auch in einem interessanten Land geboren. Hier sind die Menschen den anderen vorausgeeilt. Hier hat die große Revolution begonnen. Schon vor 17 Jahren. Sie hatten auch einen großen Lehrer. Das war Lenin. Wir alle lernen von ihm, wie wir es auch machen müssen. Es wird nicht leicht gehen. Die Menschen, die den Sozialismus nicht wollen, müssen hinweggefegt werden. Sie sind aber sehr stark. Viele von uns sind schon in Kampf gegen diese Feinde gefallen. Und noch viele werden fallen. Aber wir müssen siegen. Wie wir gesiegt haben, das wirst Du in der Schule lernen.

Öchen, das alles habe ich Dir nicht unnütz erzählt. Ich will Dich vor einer Einbildung bewahren. Viele Genossen – so nennen einander die Menschen, die für die Revolution sind, – sagen, daß ihr uns im Kampf hindert. Das darf nicht sein. Sei darauf gefaßt: Wenn wir benötigt werden – auf Euch wird nicht Rücksicht genommen werden. Ponjatno?¹⁰

Deine Mutter wird Dir das vorlesen. Du wirst wahrscheinlich schweigen. Das fasse ich als Einverständnis auf. Solltest Du etwas nicht begreifen, so fragst Du mich nach zehn Jahren. Und sollte ich nicht da sein, so fragst Du Deinen Geschichtslehrer.

Also – bis zum Kennenlernen. Ich kenne Dich nämlich noch gar nicht. Ich weiß nur, daß Du 3300 Gramm wiegst und schwarze Haare hast. Ich habe Dich als meine Tochter anerkannt. Ich hoffe, daß Du mich auch anerkennen wirst als Deinen Vater. Apad. Otec.¹¹

In Moskau war Mirko Beer seit 1932 Aspirant am wissenschaftlichen Institut für Traumatologie, Orthopädie und Prothetik – 1935 schloß er die Aspirantur mit dem Grad eines Kandidaten der medizinischen Wissenschaften ab. Zugleich war er Direktor eines Hauses für behinderte Kinder bei Moskau. In dieser Zeit publizierte er wissenschaftliche Arbeiten und setzte sich mit der barbarischen Praxis einer Pseudomedizin im faschistischen Deutschland auseinander. Eine seiner Schlußfolgerungen aus einer 1936 abgeschlossenen Untersuchung war: „Die Theorie über die Vererbung des angeborenen Klumpfußes auf dem Boden einer Vererbung amniogener Anomalien entbehrt jeder Begründung.“ – „Das künftige Deutschland“, schloß er einen Artikel im Jahre 1935, „wird vom Faschismus neben anderen blutigen Emblemen auch das Sterilisierungsmesser aufbewahren.“¹²

10 russ.: klar, verstehst Du?

11 apa (ungar.): Vater; otec – kirill. geschrieben – (russ.): Vater.

12 Siehe M. A. Beer: Klinisch-genetische Untersuchung über den angeborenen Klumpfuß. Vorläufige Mitteilung, in: Bulletin de biologie et de médecine expérimentale, vol. I, Nr. 6, 1936, S.396f.; Dr. Denk [Pseudonym von Mirko Beer]: Das Sterilisierungsgesetz und die Krüppel, in: Internationales Ärzte-Bulletin. Über das Gesundheitswesen unter dem Faschismus und in der Sowjet-Union, Hrsg. ZK der IAH, Abt. Sozialpolitik, Nr. 7, Mai/Juni 1935, S.27.

1934 wurde Mirko Beer sowjetischer Staatsbürger.

Als in Spanien im Juni 1936 die faschistischen Generäle den antirepublikanischen Putsch inszeniert hatten und die Spanische Republik auf den Tod bedroht war, meldete sich Mirko Beer, wie Tausende andere auch, freiwillig für den Einsatz in Spanien. Für einen Kommunisten war es aber gar nicht so einfach, nach Spanien zu kommen – der in Moskau ansässige Komintern-Apparat „überprüfte“ sie zuvor auf „Vertrauenswürdigkeit“. Da Mirko Beer in die Sowjetunion aus Deutschland gekommen und zuletzt KPD-Mitglied war, unterlag er zugleich der von der Moskauer KPD-Vertretung im Sommer 1936 eingeleiteten „Überprüfung der deutschen Emigration“. Das Ergebnis fiel nicht zu seinen Gunsten aus.

Die von der KPD angelegte Kaderakte Mirko Beers enthielt nämlich eine Mitteilung aus der Zeit seiner Tätigkeit in Berlin: „Aus einem Brief an die Vertretung der KPD in Moskau vom 23. Oktober 1932 ist ersichtlich, daß die Straßenzelle Nr. 1975 in Berlin-Britz, der Beer zugeteilt war, den Eindruck hatte, Beer sei brandleristisch gestimmt gewesen. Das hatte sich bei der Diskussion der Frage herausgestellt, ob die sozialdemokratische Partei sozialfaschistisch sei. Außerdem war festgestellt worden, daß er an einer Beratung der kommunistischen Opposition teilgenommen hatte. Aus diesem Grunde lehnt die Bezirksleitung von Berlin-Brandenburg seine Überführung in die KPdSU ab.“ Diese Mitteilung reichte die deutsche Vertretung beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) am 28. Oktober 1932 an dessen Kaderabteilung weiter. Die Kommission zur Überprüfung der deutschen Emigration schlußfolgerte daraus im Sommer 1936 über Beer: „Die organisatorische Zugehörigkeit Beers zur brandleristischen Organisation festzustellen ist unmöglich, aber ideologisch stand er unter dem Einfluß der Brandleristen und nahm an deren Beratungen teil, ohne daß er auf diesen Beratungen oder in der Parteizelle gegen die parteifeindlichen Anschauungen der Brandleristen aufgetreten wäre. Seine Anschauungen waren immer der Linie der Partei entgegengesetzt.“ Weiter hieß es: „In seiner Erklärung vom 31. Juli 1936 teilt er mit: Er habe niemals zu einer oppositionellen Gruppierung gehört. Im Rat (ZK) der IAH habe er mit der Brandleristin G. Bardengier zusammengearbeitet. Auf seine Bitte hin habe diese ihn zweimal zu den Beratungen der Brandleristen mitgenommen. An der Richtigkeit der Parteilinie habe er in einigen Punkten gezweifelt. Außerdem war er in einigen Punkten von der Unrichtigkeit der Taktik der Partei überzeugt gewesen wie: in der Frage der Taktik der Einheitsfront hinsichtlich der Stellung zur Sozialdemokratie; in der Frage des Referendums über die preußische [sozialdemokratische] Regierung 1931. Er habe nur einmal in der Parteizelle gesprochen, wo er seine Auffassungen dargelegt hatte.“ Die deutsche Kommission schloß aus dieser Erklärung, sie „verdeutlicht sein Gesicht des Doppelzünglers“.

Die KP Österreichs hatte 1936 keine Angaben zu Mirko Beer zu machen. Auf Anfrage der KPD-Vertretung teilte aber die Vertretung der KP Jugoslawiens am 17. Juli 1936 mit, daß alle von Mirko Beer in seinem Lebenslauf angeführten Daten richtig seien und er das Vertrauen der Partei verdiene. Mit dieser Empfehlung konnte Mirko Beer doch noch nach Spanien ausreisen.

Zuvor mußte er am 3. Oktober 1936 – „absolut geheim“ – eine Verpflichtung,

bestehend aus neun Punkten, unterschreiben. In dieser nahm er es auf sich, auf keinen Fall irgendwo kundzutun, daß er mit der Komintern verbunden und vom Territorium der UdSSR angereist sei, daß er sich nirgendwo im Ausland an sowjetische Stellen wenden, keine Korrespondenz führen, auch der Familie nicht mitteilen werde, wo er sich befinde. Nach Ankunft auf dem (nicht genannten) „Territorium“ werde er jeden Auftrag „widerspruchslos ausführen“ usw. Zum Schluß verpflichtete er sich, „ein vorbildlicher Kämpfer zu sein, der sich der Militärdisziplin unterordnet; ein Muster an proletarischer Bescheidenheit zu sein, der keinerlei Privilegien und Vorteile genießt“. Bei Verletzung dieser Verpflichtung würde er sich „außerhalb der Reihen der Partei stellen“.¹³

Spanien: Oktober 1936 bis Februar 1939

Am 10. Oktober verließ Mirko Beer Moskau und traf am 25. Oktober – über Prag und Paris kommend – in Barcelona ein. Über seine Tätigkeit in Spanien – er hieß hier Oskar Goryan – berichtete er ausführlich, als er im Juni 1939 wieder nach Moskau zurückgekehrt war.¹⁴

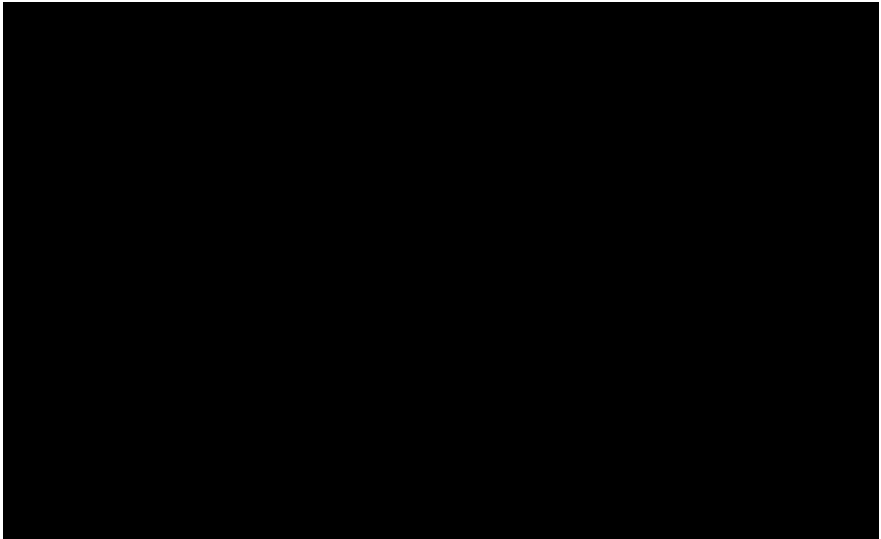
Mirko Beer leitete zunächst kurze Zeit das chirurgische Hospital in Albacete, dem Zentrum („Base“) der Internationalen Brigaden (IB), wurde Anfang November 1936 zum stellvertretenden Brigadearzt der 11. Internationalen Brigade und am 1. Januar 1937 zum Chef der Sanität dieser Brigade ernannt. Über diese Zeit berichtete er: „Eine regelrechte militärische Organisation der Sanität gab es damals nicht; die Organisationsmängel der Sanität waren ein Spiegelbild der militärischen Organisationsmängel der sich in eine reguläre Armee verwandelnden Milizen [...] Seit Dezember machten wir eine Reihe Versuche, die Sanität der verschiedenen Einheiten an unseren Frontabschnitten zu koordinieren; wenn wir auch keine dauernden Erfolge erzielten, erreichten wir doch, daß die Sanität unserer Brigade zum Kristallisationspunkt einer höheren Sanitätseinheit wurde.“ Zur Leitungspraxis der IB bemerkte Mirko Beer: Den Anforderungen an Personal „kam man aus

13 Unterschrift russisch/kirill. Ein „absurdes Illegalitätsspiel“ nannte es später Walter Fischer, Arzt aus Österreich, seit 1935 in Moskau, KP Österreichs, der sich 1936 ebenfalls freiwillig nach Spanien gemeldet hatte: „Kein Mensch sollte erfahren, daß ich – und mit mir noch andere ehemalige Schutzbündler – nach Spanien fahre. Strengste Konspiration! Auch die Familienangehörigen sollten nichts davon wissen.“ Das setzte sich in Spanien fort – es war verboten, Briefe nach Hause zu schreiben. „Nur wenn man weiß, wie damals die Lage in der Sowjetunion war, kann man sich ein Bild machen, was dieses Schreibverbot für die Angehörigen bedeutete“: Das „Verschwinden“ des Ehemanns konnte in Moskau zur Entlassung führen [...] Das Schreibverbot wurde dann doch übertreten, und „als endlich die Feldpostbriefe aus Spanien kamen, war das [für Fischers Ehefrau Magda] eine doppelte Erlösung: von der Sorge um mein Leben und von der Gefahr der Entlassung“. (Walter Fischer: Kurze Geschichten aus einem langen Leben, Mannheim 1986, S.88f.).

14 Den Wortlaut seines Berichts veröffentlicht die Zeitschrift „Utopie kreativ“ (Berlin) in H. 191, September 2006. Den folgenden Ausführungen liegt dieser Bericht zugrunde, ergänzt durch Aussagen von Walter Fischer, in Spanien über weite Strecken Mitstreiter und Gleichgesinnter von Mirko Beer. Zitate ohne Quellenangabe sind dem Bericht Mirko Beers entnommen.

Albacete nicht oder nur mit großer Verspätung nach. Wenn die Base-Sanität organisatorische Weisungen gab, strahlte daraus nur Unkenntnis der Lage oder Unverständnis für die Frontinteressen.“

Die ersten drei Monate nannte Mirko Beer seine schwierigsten während des ganzen Krieges: „An diese drei Monate knüpfen sich meine größten Erlebnisse. Die Erfahrungen, die ich in jener ersten Zeit gesammelt habe, wurden zur Grundlage meiner Arbeit in den nächsten 2 Jahren.“ Dabei hielt er eine Vielzahl von Namen hervorragender Mitstreiter fest, von denen nicht wenige schon in dieser Zeit den Tod fanden.¹⁵ Von den militärischen Leitern nannte er Emilio Kleber (Manfred Stern – er „hatte immer Gehör für unsere Probleme“ und „war meist der einzige, der uns über die Lage orientierte, was bei unseren mangelhaften militärischen Kenntnissen sehr viel bedeutete¹⁶) und Ludwig Renn (seine „unerträgliche Trockenheit“, „gepaart mit Ordnungssinn“, sei für alle nützlich gewesen „wie eine kalte Dusche. Seine Selbstbeherrschung und Kaltblütigkeit wirkten auf uns alle stark“).



Sanitäter mit dem Ehrenbanner „Für die beste Sanitätskompanie der 15. Division“ der republikanischen Armee, Spanien 1938. Foto: Privataarchiv Lola Debüser

Über Mirko Beer jener Zeit schrieb Walter Fischer später in seinen Erinnerungen: „Von allen internationalen Ärzten war er in der spanischen Volksarmee bei weitem der angesehenste. Mit Recht. Ich sehe ihn noch lebendig vor mir: groß, schlank,

¹⁵ Siehe Bericht Mirko Beers.

¹⁶ Zu General Kleber siehe Valerij Brun-Cechovoj: Manfred Stern – General Kleber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs (1896-1954), Berlin 2000.

sehnig, im schmalen, fein und kühn geschnittenen Gesicht mit dem kleinen schwarzen Schnurrbart die tiefliegenden schwarzen Augen, beredete Zeugen von Güte, Liebe, Kühnheit und Entschlossenheit. Bei den Kämpfen um die Madrider Ciudad Universitaria im Spätherbst 1936 hatte er als stellvertretender Chefarzt der 11. Internationalen Brigade in diesem entscheidenden Abschnitt die Frontsanität auf die Füße gestellt. Wenn es damals die ersten Internationalen Brigaden waren, die den Ansturm der Faschisten auf Madrid zurückschlugen und den jungen Milizen der spanischen Republik eine Atempause erkämpften, um sich zu festigen und militärische Erfahrung zu erwerben, so war es Goryan, auf den sich der Chef der Madrider Militärsanität, Professor Planelles, in seiner Arbeit vor allem stützen konnte. Überall tauchte er auf, wo es zu helfen galt – mit langen, lautlosen Schritten, die an den Gang einer großen Katze erinnerten, den Oberkörper wie forschend ein wenig vornüber geneigt.¹⁷

Die erste große Feuertaufe für die IB war die Jarama-Schlacht Mitte Februar 1937. „Die Kämpfe am Jarama waren wohl die opferreichsten für die Internationalen Brigaden während des ganzen Krieges. Die Sanität unserer Brigaden [...] war schon Arbeit gewöhnt, aber nicht an Arbeit solchen Ausmaßes; sie übertraf unsere Kräfte, und so gab es manche unnötige Opfer.“ Walter Fischer berichtete darüber: „Wir haben keine Ambulanzen zur weiteren Evakuierung der Verwundeten. Das nächste Spital ist weit. Immer mehr Verwundete. Am ersten Tag waren es 250, am nächsten 350. In wenigen Stunden waren alle Betten belegt. Die Verwundeten saßen und lagen auf den Stiegen und Gängen, so daß kein Quadratmeter frei blieb. Dann füllte sich der riesige Hof mit Tragbahnen; als wir keine mehr hatten, mußten die Verwundeten auf dem nackten Boden liegen. Es war kalt. Ein dünner, durchdringender Regen hatte wieder begonnen. Im Operationssaal ging die Arbeit ohne eine Minute Pause. Auf dem Boden häuften sich die zerschnittenen Uniformen und durchbluteten Verbände. Wenn ein Operierter weggetragen, ein neuer Verwundeter hereingetragen wurde, drang durch die Tür das Stöhnen und Hilferufen von Hunderten. Wir sahen uns mit gequälten Augen an und sprachen kein Wort. Was wir an Hilfe geben konnten, war armselig wie ein Almosen. Nach 48 Stunden pausenloser Arbeit fielen den Operationsschwestern die Instrumente aus den zitternden Händen. Sie sanken mitten in der Arbeit schlafend zusammen. Auf Uniformen und Verbandsfetzen schliefen wir eine Stunde in einem Winkel des Operationssaales, der inzwischen notdürftig gereinigt wurde. Dann arbeiteten wir weitere 36 Stunden wie im Fieber, in einem krampfhaften Dämmerzustand zwischen Traum und Wachen [...] Es hat später Tage mit mehr Verwundeten gegeben. Aber nie wieder haben wir Tage des Grauens erlebt, die denen am Jarama ähnlich waren, Tage, die sich noch nach Wochen als Alpdruck in unsere Träume schlichen.“¹⁸ Im Zuge der Umstrukturierung der militärischen Einheiten der Republik wurde Mirko Beer nach der Jarama-Schlacht zum Chef der Sanität der (vorwiegend spanischen) 15. Division.

17 Fischer, Geschichten, S.147.

18 Ebenda, S.101f.

Die Schlacht am Jarama bedeutete, so schrieb er in seinem Spanienbericht, für die ganze republikanische Armee „den Beginn einer regelrechten Kriegssanität“; u. a. wurde sie zur „Schmiede unserer Feldlazarette, die erste große Probe für unser nun schon eigenes chirurgisches Personal“, und sie gab „wichtige organisatorische Erfahrungen, die wir im weiteren systematisch anwendeten, einige darunter, wie mir scheint neue, fanden später in einer Reihe von Veröffentlichungen ihren literarischen Ausdruck“.

Letzteres wurde zu einem besonderen Anliegen des Militärarztes *und* Wissenschaftlers Mirko Beer: Seit Mai 1937 erschien auf seine Initiative die Zeitschrift „La voz de la sanidad“, deren Redaktion er bis zu seinem Abgang von der 15. Division im Januar 1938 leitete und die er als „Zentrum der technischen und kulturellen Arbeit in unserer Sanität“ verstand. „Sie will“, so schrieb Goryan-Beer in der ersten Nummer vom 27. Mai 1937, „die Erfahrungen der einzelnen zum Gemeingut aller machen. Sie will lehren, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Sie will kritisch und selbstkritisch sein. Sie will die Guten hervorheben, den Schwachen zur Seite stehn. Sie will, daß sich jeder auf seinem Platz [richtig] fühlt. Sie will helfen, die Untauglichen auszuschneiden, die inneren Feinde zu erkennen und unschädlich zu machen. Sie will politisch sein im Sinne einer revolutionären Humanität. Sie will helfen, aus den vielen Sprachen, die wir sprechen, die Einheitssprache der Tat zu schaffen. Genossen! Arbeitet mit! Alle!“ Die Zeitschrift erschien jeweils am 7., 17. und 27. des Monats, die ersten zehn Ausgaben in spanischer, französischer, englischer und deutscher Sprache (später vorwiegend in Spanisch). Sie erteilte, versehen mit Zeichnungen, praktischen Unterricht für den Sanitätsdienst, für die Organisation der effektiven medizinischen Hilfe schon in den untersten Kompanien und der Lazarette unter Kriegsbedingungen. Eine stets wiederholte Losung war: „Ohne eine gute Kompaniesanität gibt es keine Sanität in unserer Armee!“ Es wurde auf Hygiene geachtet (Sauberkeit in den Schützengräben, Unterständen und Toiletten; regelmäßiger Wäschewechsel, Zahnputz usw.). Und es ging darum, die in Kämpfen gesammelten Erfahrungen theoretisch, wissenschaftlich zu verarbeiten. Eine der Forderungen hieß: „Der Krieg darf die wissenschaftliche Tätigkeit nicht unterbrechen. Unsere Hospitäler müssen zu Kliniken, unsere Schützengräben zu Forschungslaboratorien werden!“

Die Brunete-Offensive im Juli 1937 bedeutete, so Mirko Beer, „eine neue Etappe in der Entwicklung der Sanität der Armee. Es war die erste Operation mit einem vollkommen einheitlichen Kommando, mit einem von vornherein genau ausgearbeiteten Plan der Sanitätsorganisation im Maßstab einer ganzen Armee. Auch hier bildete die Sanität der IB das Gerüst [...] Dank der einheitlichen Leitung und einer vernünftigen Koordination der Kräfte verschwanden zum großen Teil unsere Probleme während der Jarama-Kämpfe.“

Als im August 1937 eine ruhigere Zeit eingetreten war, nutzte Mirko Beer sie „zur Kaderbildung und [zu] anderen konstruktiven Aufgaben“. Im September wurde die Sanitätsschule für die Divisionssanitäter und Ärzte eröffnet. Im November 1937 erschien die Schrift „La sanidad en la campaña de infantería“, verfaßt von Mirko Beer und dem spanischen Arzt Rodríguez-Pérez (es wurden insgesamt 8.000

Exemplare vertrieben); sie diente als Lehrbuch für Sanitäter sowohl in den IB als auch in den spanischen Einheiten.

Am 20. September 1937 nahm Mirko Beer an der Ärztekonferenz der IB in Hija teil. Auch hier bemühte er sich, die in den Kämpfen gesammelten Erfahrungen zu verallgemeinern und weiterzugeben. Seine besonderen Anliegen waren, den Sanitätsdienst nicht zentral von Albacete aus, sondern von unten, von der Kompanie aus zu organisieren, und die Qualifizierung der medizinischen Kader, auch der Ärzte, voranzutreiben.¹⁹

In der in Albacete herausgegebenen Zeitung der Sanitätsleitung der IB „Ami“ erschien in der Nr. vom 15. Dezember 1937 ein Artikel von Mirko Beer, in dem er sich besonders an die Ärzte mit der Forderung wandte:

„Wir müssen die Wissenschaft der Kriegssanität beherrschen!“ Ruheperioden an der Front sollten „für eine intensive Vorbereitung auf die kommenden Kämpfe verwendet werden“. „Capacitacion – capacitacion – capacitacion“ [Befähigung] ist das Lösungswort in unserer ganzen Armee. Es gilt auch für den Arzt. Er ist – das empfinden viele von uns noch nicht – auch ein Soldat, mit allen Pflichten eines Soldaten. Und unter diesen Pflichten ist eine der wichtigsten: er muß lernen, er muß sein Wissen vervollkommen, um seinerseits die maximalen Voraussetzungen für unseren Sieg über den Faschismus zu schaffen. Er muß lernen auch um seiner selbst willen, um sich als vollwertiger, denkender Mensch zu fühlen und nicht nur als Rädchen in der Kriegsmaschinerie. Auf daß er sich seiner Wichtigkeit für unseren Sieg bewußt wird!“ Mirko folgte stets selbst diesen Forderungen.

Ein wichtiges Anliegen des Aufklärers und Kulturträgers Mirko Beer war die Kulturarbeit unter der Zivilbevölkerung. Unter anderem ging es um „die sanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung in den der Front nahe liegenden Dörfern“. Das wurde überhaupt zur Norm für den Sanitätskommandeur Mirko Beer. Auch die Zeitschrift „La voz de la sanidad“ wirkte als Kulturträgerin für die spanische Zivilbevölkerung.

Ende 1937 – „der Stillstand im Frontabschnitt der 15. Division dauerte nun schon zu lange“ – bat Mirko Beer um Versetzung zur um diese Zeit aus den besten Einheiten der republikanischen Armee formierten, unter spanischem Kommando stehenden Stoßarmee, auch Manöverarmee genannt, zu der auch IB gehörten. Er wurde in den Sanitätsstab dieser Armee berufen und zum Leiter ihrer Hospitäler ernannt.

„Die Arbeitsverhältnisse in dieser Armee waren sehr schwer. Mittel wurden uns aus der Generalinspektion der Sanität äußerst spärlich zur Verfügung gestellt, was unzweideutig eine beabsichtigte Benachteiligung war. Die bürokratischen und z. T. auch Schädlingselemente in der Generalinspektion (vor allem aus den alten Militärkreisen) taten alles, um die Entwicklung der Sanität unserer Armee (die für sie als kommunistische galt) hinten an zu halten.“²⁰ Beim Rückzug während der

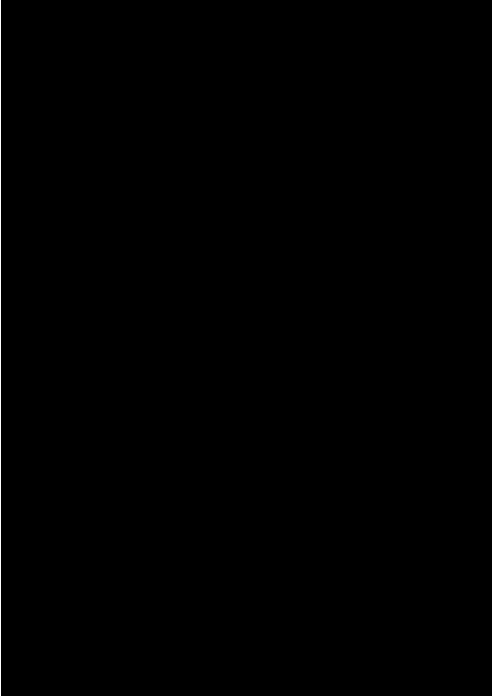
19 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Sg Y 11/V/237/48, Bl. 1-9.

20 Über Gegnerarbeit an Hospitälern der IB und der Republik siehe auch Lisa Gavric: Die

faschistischen Offensive im Aragon achteten die Angehörigen der Armee-Sanität darauf, keinen Verwundeten und kein Hospitalinventar den Faschisten zurückzulassen; so „ergab sich die paradoxe Tatsache, daß unsere Armee-Sanität, die armselig ins Feld gezogen war, nach dem Rückzug eine ansehnliche Ausrüstung besaß“.

Bei der Sanität der Manöverarmee war Mirko Beer wiederum Redakteur der auch von dieser Armee herausgegebenen Zeitschrift „La voz de la sanidad“, die ihm „die Aufgabe stellte, die organisatorisch-sanitären und medizinisch-wirtschaftlichen Erfahrungen des Krieges zu sammeln und zu popularisieren“. So entstand und erschien im April 1938 eine zweite, zusammen mit Rodriguez-Perez verfaßte Schrift „Puesto de Clasificacion“, in der die Autoren die eineinhalbjährigen Erfahrungen ihrer militärmedizinischen Praxis verallgemeinerten.

Nach dem Aufgehen der Manöverarmee in der Levante-Armee nahm Mirko Beer darin den gleichen Posten im Sanitätsstab ein wie vordem und redigierte wieder die genannte Zeitschrift.



Am 28. April 1938 erlitt Mirko Beer während einer Frontinspektion einen Autounfall. Er kam mit einer Fraktur des Oberschenkels davon und blieb bis Oktober in chirurgischer Behandlung. Vom Hospital aus leitete er weiter die Zeitschrift „La voz de la sanidad“.

Am 1. Oktober 1938 kam er nach Barcelona. Hier erreichte ihn der Beschluß der republikanischen Regierung, die Internationalen Brigaden von den Fronten abzuberufen. – „Als ich erfuhr, daß unsere in den Demobilisierungslagern befindlichen Brigaden sich wieder freiwillig an die Front meldeten, verließ ich das Hospital (26. Januar 1939) und begab mich in eines der Lager. Hier, im Lager von Llers bei Figueras, übernahm ich die Leitung des Sanitätsdienstes und

Mirko Beer in Spanien 1937.
Foto: Privataarchiv Lola Debüser

die Organisierung der Sanität für die sich im Lager formierenden Bataillone, die aber nicht mehr an die Front kamen. Zusammen mit diesen überschritt ich am 8. Februar 1939 bei la Junquera die französische Grenze.“

In seinem Bericht, den Einsatz in Spanien betreffend, schätzte Walter Fischer ein: Mirko Beer „war einer der am meisten geachteten ausländischen Ärzte im spanischen militärischen Sanitätsdienst. War ein guter Organisator, unermüdlich aktiv, von Anfang bis Ende führender Theoretiker und verallgemeinerte die Kriegserfahrung theoretisch.“²¹ Nicht anders die in spanischen Dokumenten enthaltene Charakteristik Mirko Beers: „[...] ist sehr befähigt als Organisator, hat großes Verständnis für die Erfordernisse des Sanitätsdienstes. Hat ausgezeichneten Dienst geleistet, arbeitete gut und bewußt, [ist] politisch entwickelt und aktiv.“²²

Doch gab es 1939 auch eine ganz andere Charakteristik Mirko Beers. Ihr Autor war André Marty. In seinen – „streng geheimen“ – „Notizen über den Arzt und Kommandeur Goryan (XI. Brigade, 15. Division, Manöverarmee)“ beschuldigte er Mirko Beer-Goryan, die Sanität der 15. Division völlig desorganisiert zu haben. Seine Handlungen seien nicht der Versuch gewesen, den Sanitätsdienst zu verbessern („der während der Jarama-Schlacht ein ausgezeichneter“ gewesen sei), sondern „die Absicht eines Karrieristen, der bei seinen parteilosen spanischen Militärleitern Prestige gewinnen und sich der Kontrolle der politischen, militärischen und sanitären Leitung der Internationalen Brigaden entziehen wollte“! Beer sei ein Intrigant und Karrierist, „der sich eigenwillig der Kontrolle des Internationalen Sanitätsdienstes und der Base der Internationalen Brigaden entzog und in eine militärische Einheit (die 15. Division) wechselte, in der es keine einzige internationale Abteilung“ gegeben habe. „Indem Goryan sich der Kontrolle der Internationalen Brigaden entzogen hatte, wich er im Grunde der Parteikontrolle aus“; nur „auf diesem Wege der Intrigen“ habe er zum Leiter des Sanitätsdienstes der Manöverarmee aufsteigen können.“²³ Den Sanitätsdienst der IB bezeichnete Marty als ein „Zentrum der feindlichen Elemente“, ein „Zentrum der Antikommunisten und Trotzkisten“.²⁴

21 Walter Fischer: Auszug aus seinem Spanien-Bericht, in der KI-Kaderakte Mirko Beers enthalten. Abschrift im Privatarchiv Lola Debüser.

22 Russisches Staatsarchiv für sozial-politische Geschichte (RGASPI), Fonds 545, Verzeichnis 6, Akte 48, Bl. 16. Übersetzt aus dem Spanischen von Ronald Friedmann.

23 In M. Beers KI-Akte in russischer Übersetzung aus dem Französischen; hier aus dem Russischen übersetzt von U. Pl. (Privatarchiv Lola Debüser).

24 Über die Freiwilligen der Sanität der Internationalen Brigaden schrieb Marty im Begleitschreiben zu einer spanischen, mit kurzen Einschätzungen versehenen Namensliste abwertend: „Teuere Genossen! Beiliegend übersende ich Euch die orientierenden Charakteristika der Personen des Sanitätsdienstes [...] Daraus werdet ihr klar ersehen, daß einerseits Personen, die über einige Kenntnisse ihres Handwerks verfügen, vom politischen Standpunkt aus überaus verdächtig sind, und daß andererseits der Bestand an Mediziner*innen, der sich aus Kommunisten zusammensetzt, sowohl von der technischen Seite wie vom Standpunkt der Militärmedizin insgesamt schwach ist. Die spanischen Ärzte, die ihnen zwei Jahre lang unterstellt waren, haben sie weit überholt. Die Biographien enthalten auch die Erklärung für die ernsthafte Zersetzung, die den Sanitätsdienst erfaßt hat. Ich halte es für nützlich, Eure Aufmerk-

André Marty (1885-1956) war 1935 bis 1943 Vertreter der Französischen Kommunistischen Partei in der Komintern, 1936 bis 1939 Generalinspekteur der Internationalen Brigaden in Spanien. Über die vom KI-Apparat und speziell von Marty geschaffene Situation der IB in Spanien schrieb Peter Weiss: Im Hauptquartier der Interbrigaden, deren Organisationsapparat in den Händen der KI lag, „hatte der hierarchische Apparat einen Atavismus entwickelt, der scharf abstach vom Anliegen des Kampfs. Daß der oberste politische Leiter [das war A. Marty], einem Fürsten gleich, von seinen Kreuzgängen und Steinsälen aus ein Regime persönlicher Willkür und einer an Verfolgungswahn grenzenden Anmaßung ausübte, mußte Bestürzung wecken. Bitterkeit war zu vernehmen, daß in der proletarischen Armee Spielraum gewährt wurde für Bevormundung, Zank und Arglist.“²⁵

„Bevormundung, Zank und Arglist“ – damit waren Mirko Beer und andere kommunistische Freiwillige gleich zu Beginn ihres Einsatzes in Spanien konfrontiert. Wie oben zitiert, strahlten für Mirko Beer die Weisungen aus Albacete „nur Unkenntnis der Lage oder Unverständnis der Frontinteressen“ aus. Die Verbindungen zur Leitung in Albacete intensivierten sich im Laufe der Zeit. „Doch äußerte sich nun das Unverständnis für die Frontinteressen von seiten der Albaceteer Sanitätsleitung in anderen Formen, die [...] den Internationalen Brigaden schweren Schaden zugefügt haben“ (was Beer in seinem schriftlichen Bericht 1939 konkret belegte). Nicht selten gab es von Albacete aus „schädliche Dispositionen und Einmischungen“, die militärischen Normen Hohn sprachen, was von Beer und anderen „natürlich zurückgewiesen“ wurde – mit Folgen...

Walter Fischer war sich schon Anfang Dezember 1936 mit „Dr. Goryan, einem prachtvollen Menschen“, der bald sein bester Freund wurde, in der Ablehnung der von Marty ausgehenden Weisungen, die Offiziere von den Mannschaften durch unterschiedlichen Sold, verschiedene Eßräume u. ä. zu trennen, einig.²⁶ Aber Martys Willkür ging noch weit darüber hinaus. Walter Fischer berichtete in seinen Erinnerungen, wie er einige Tage nach dem Besuch Martys an der Jaramafront einen schriftlichen Befehl aus Albacete erhielt, in dem dargelegt wurde, daß er als Sanitätschef der 15. Internationalen Brigade ausschließlich dem Befehl der Base in Albacete unterstünde; es sei ihm verboten, sich dem Kommando der Division zu unterstellen. Eine Standortveränderung des chirurgischen Spitals sei ohne Befehl aus Albacete strikt untersagt. Fischer lehnte, nach einer Aussprache mit Goryan, den unsinnigen Befehl ab und begründete das schriftlich: Schon rein technisch sei es unmöglich, bei einer plötzlichen Verlegung der Division an einen anderen Frontabschnitt, für eine entsprechende Bewegung des Frontspitals erst die

samkeit auf die Personen zu richten, die mehr als ein Jahr unter dem Kommando von Telge und Franek und unter der Leitung der Kommissars der Hospitäler Arthur Dorff (der von seinem Posten wegen Faulheit und verbrecherischer Untätigkeit abgelöst worden war) gedient haben. Mit Gruß – André, 3.10.38“ (RGASPI, Moskau, Fonds 545, Verzeichnis 6, Akte 48, Bl. 2).

25 Peter Weiss: *Ästhetik des Widerstands*, Bd. I, Berlin 1987, S.205. Offensichtlich brauchte Marty keine Selbstverpflichtung mit deren Punkt 9 unterschreiben...

26 Fischer, *Geschichten*, S.94f. (unter der Zwischenüberschrift „Befehlen und gehorchen“).

Zustimmung aus Albacete einzuholen – Albacete lag etwa 200 Kilometer hinter der Jaramafront, ohne Telefon- oder Telegrafenvorbindung; dem Befehl der Base Folge zu leisten, käme einer Sabotage der Front gleich. Die Folge war, daß Fischer von diesem Tag an kein Geld mehr erhielt, um den Ärzten und Mannschaften des Sanitätsdienstes den Sold auszubezahlen. Der von Albacete darüber hinaus befohlene Boykott des Frontspitals von Walter Fischer durch die Evakuationsgruppe führte zu einer Stauung der Verwundeten. „Nach einigen Improvisationen brachte erst die Entleerung von zwei Evakuierungsambulanzen beim Hinterlandspital der Zweiten Internationale [...] eine wirkliche Entlastung. Nur so konnte verhindert werden, daß der von Marty angeordnete Boykott mit dem Leben von Verwundeten bezahlt wurde.“²⁷

Über Auseinandersetzungen mit Marty berichtete auch Franz Dahlem.²⁸

Frankreich: Februar bis Mai 1939

Am 8. Februar 1939 hatte Mirko Beer zusammen mit anderen Interbrigadisten die Grenze nach Frankreich überschritten – und wurde wie die anderen von den französischen Behörden interniert. Er kam in das Lager Argeles sur mer. Es „war in den ersten Tagen unserer Ankunft eine wahre Hölle; das nicht nur wegen der unmenschlichen Zustände und der niederträchtigen Schikanen, die uns die französischen Behörden bereitet hatten, sondern auch wegen des moralisch-politischen Zustands, in dem sich das Lager befand [...] Das Lager war am Anfang mehr ähnlich einer tierischen Horde als einer organisierten Gemeinschaft“. Mirko kümmerte sich sofort um die Sanität des Lagers, die, neben Unterkunft und Ernährung, das wichtigste Problem war. „Wir lebten ja auf dem bloßen Strand ohne jedwede sanitäre Einrichtungen, ja ohne die primitivsten hygienischen Vorkehrungen, was bei der riesigen Menschenansammlung mit Epidemien drohte.“ In diesem Lager war auch die überwiegende Mehrzahl der aus den Spitälern aus Spanien herübergebrachten Kranken und Verwundeten, viele mit noch offenen Wunden, konzentriert. Nach und nach kam der Sanitätsdienst in Gang, sogar ein kleines Hospital wurde eingerichtet. Auch jetzt wieder sorgte Mirko Beer dafür, das Niveau der ärztlichen Arbeit zu erhöhen – durch Vortragsabende und nicht zuletzt Herausgabe (in spanischer Sprache) der Zeitschrift „La voz de la sanidad“, jetzt für „del campo Internacional Argeles“.

Am 20. April wurden die Spanienkämpfer nach Gurs überführt. Mirko nahm sich auch hier wieder der Sanität und der chirurgischen Versorgung an. Seinen Bericht über diese letzte Etappe des Spanieneinsatzes schloß er mit einem ihn kennzeichnenden Hinweis auf die Lage der Schwerverwundeten und Invaliden im Lager, die das dringendste von allen Problemen der Konzentrationslager in Frankreich

²⁷ Ebenda, S.88-95, 100-102, 112-114.

²⁸ Siehe Franz Dahlem: Am Vorabend des zweiten Weltkrieges, 1938 bis August 1939. Erinnerungen, Berlin 1977, Bd. 1, S.53f., 56.

sei und möglichst rasch gelöst werden sollte, weil das eine große Erleichterung für alle Internierten bedeuten würde.²⁹

Wieder in Moskau: Juni 1939 bis 9. Juli 1941

Mirko Beer durfte zwar nach Moskau zurückkehren, doch waren seine Erfahrungen – wie die der anderen aus Spanien zurückgekehrten Mediziner – als Militärarzt nicht gefragt.³⁰ Er erhielt im Februar 1940 eine Stelle als Arzt an der bekannten Unfallklinik „Sklifassovskij“. Zwei Beurteilungen der traumatologischen Abteilung dieser Klinik vom März 1941 bescheinigten ihm, er arbeite gewissenhaft und akkurat, habe keine Ordnungsstrafen erhalten und sei gesellschaftlich unter den Kranken und Mitarbeitern der Klinik im Sinne der sanitären Aufklärung tätig.

Die beiden in Spanien zusammen mit Carlos Diaz verfaßten Schriften waren noch vor Mirkos Rückkehr nach Moskau ins Russische übersetzt und veröffentlicht worden: Das Volkskommissariat für Gesundheitswesen gab im medizinischen Staatsverlag 1938 die Broschüre „Sanitätsdienst in der Infanteriekompanie der spanischen Republikanischen Armee“ heraus, in der es u. a. um die Erfahrungen der von Beer eingerichteten Sanitätsschule und die kulturellen Aufgaben des Sanitätsdienstes im allgemeinen und des Kompaniesanitäters im besonderen ging. Es wurden z. B. die an den Kompaniesanitäter gerichteten Appelle wiedergegeben wie: Kompaniesanitäter, du bist der Wächter für Hygiene in den Schützengräben – sei ein Beispiel für beste Sauberkeit und Ordnung; indem du die Gesundheit der antifaschistischen Kämpfer erhältst, schaffst du Waffen gegen den Faschismus; halte den Kompaniearzt um Kreolin an und desinfiziere die Schützengräben mindestens einmal täglich, die Toiletten zweimal; gib acht, daß es immer ausreichend Trinkwasser gibt; Hygiene und Disziplin sind die Gewähr des Sieges. Im Militärverlag erschien 1939 die Schrift „Medizinischer Verteilungsposten“. Im Impressum der Schrift hieß es: Die Autoren O. Goryan und P. Rodriguez-Perez, „Ärzte der

29 Der in Moskau geschriebene Bericht ist mit 9. Juli 1939 datiert.

30 Walter Fischer berichtete: „Ich hatte, gemeinsam mit anderen Frontärzten der spanischen Republik, viele Erfahrungen gemacht, die über die aus dem Ersten Weltkrieg geschöpften Lehren der Kriegsmedizin in manchen Fragen weit hinausgingen. Die von meinem Freund Goryan herausgegebene ‚Voz de la Sanidad‘ [...] hatte sich laufend mit diesen Erfahrungen auseinandergesetzt. Ich war überzeugt, auf diesem Gebiet der Sowjetunion gute Dienste erweisen zu können, und wäre gern an die militärmedizinische Akademie aufgenommen worden. Aber ich mußte zur Kenntnis nehmen, daß [...] bei allen Sowjetbehörden ehemalige Angehörige der Internationalen Brigaden einfach nicht existierten. Ich übernahm also fürs erste beim Ausländerverlag Korrekturarbeiten an einer deutschen Lenin-Übersetzung.“ Später traf Fischer zu seiner Freude Mirko Beer, und dieser – „wie immer voller Ideen und Initiative“ – schlug ihm vor, gemeinsam mit dem ehemaligen Chefarzt der spanischen Armee, Carlos Diaz, an einem Bericht über die Erfahrungen der spanischen Militärsanität mitzuarbeiten.“ Die fertige Arbeit wurde von Carlos Diaz den sowjetischen Militärbehörden überreicht, die keinerlei Interesse dafür zeigten. (Siehe Fischer, *Geschichten*, S.146f.). Es ging dabei vermutlich um das Buch „Erfahrungen des militärischen Sanitätsdienstes der spanischen republikanischen Armee“, das im Februar oder März 1941 fertig und in den Druck gegeben wurde, wie Mirko Beer beim NKVD-Verhör am 31.8.41 erläuterte.

heldenhaften spanischen Volksarmee, beschreiben in ihrer Schrift das Organisationssystem des Sanitätsdienstes. Das Buch widerspiegelt die neueste Kriegserfahrung auf dem Gebiet des militärischen Sanitätsdienstes, die vom spanischen Volk in seinem heroischen Kampf mit Faschisten und Interventionen erworben wurde, und ist deshalb von großem Interesse nicht nur für die Mitarbeiter des militärischen Sanitätsdienstes, sondern auch für die gesamten Führungsgremien der RKKA [Rote Arbeiter-und-Bauern-Armee der UdSSR].³¹ Offensichtlich wurden aber beide Schriften von den Verantwortlichen der Roten Armee nicht zur Kenntnis genommen, denn, so schrieb Walter Fischer, „bei den Kämpfen mit den Japanern am Chalchin Gol bewies die sowjetische Frontsanität, daß sie aus den spanischen Erfahrungen nichts gelernt hatte.“³²

Parallel zur Praxis als Arzt wurde Mirko Beer in Moskau wieder wissenschaftlich tätig. Regelmäßig besuchte er die medizinische Bibliothek, um sich über wissenschaftliche Neuigkeiten zu informieren. 1940 arbeitete er zeitweilig für die Bibliothek, indem er für sie Übersichten aus Periodika und Literatur aus dem Ausland anfertigte. Im Juni 1941 wurde er von der Leiterin der traumatologischen Klinik beauftragt, die vorhandene ausländische Literatur über die Heilung von Schußwunden mit verschiedenen Mitteln und bestimmten Medikamenten auszuwerten, und wurde von anderen Aufgaben befreit, so daß er täglich in der Bibliothek arbeitete. Dort traf er oft seine spanischen Kampfgefährten und tauschte sich mit ihnen aus.

Am 22. Juni 1941 hatte Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfallen. Mirko, dessen Militärpaß ihn als „militärmedizinische Führungskraft“ auswies, wollte unbedingt an die Front, um, wie seine Schwester Margit schrieb, „mit seiner Erfahrung an der Front in Spanien unserem Land zu helfen im Kampf gegen die faschistischen Horden“.³³ Aber dazu kam es nicht. Am 9. Juli wurde Mirko Beer von den Organen des NKVD verhaftet.

Die Verhaftung – der Tod: 9. Juli 1941 bis 4. August 1942

Der Verhaftungsgrund lautete: „der Spionage verdächtige Beziehungen“. Die Denunziantin aus der medizinischen Bibliothek hatte beim NKVD angezeigt: Beer treffe sich oft mit verschiedenen Leuten und unterhalte sich mit ihnen in unterschiedlichen, teils unverständlichen, Sprachen. (Mirko Beer sprach fließend

31 Siehe Sanitarnaja služba v pechotnoj rote ispanskij respublikanskij armii. Perevod s ispanskogo [Der Sanitätsdienst der Infanteriekompanie der spanischen republikanischen Armee. Übersetzung aus dem Spanischen], Moskva-Leningrad 1938 sowie Medicinskij raspredilitel'nyj punkt. Perevod s ispanskogo [Medizinischer Verteilungspunkt. Übersetzung aus dem Spanischen], Voenizdat 1939. Die Autoren widmeten die Schrift, wie es auf S.3 heißt, „den Mitarbeitern des militärischen Sanitätsdienstes der RKKA“. Die beiden Titel sind in der Moskauer Lenin-Bibliothek erhältlich.

32 Fischer, Geschichten, S.147. Chalchin Gol – Gefechte zwischen sowjetischen und mongolischen Truppen einerseits und japanischen andererseits im Gebiet des Flusses Chalchin Gol auf dem Territorium der Mongolei vom 2. Juli bis 31. August 1939.

33 Privatarchiv Lola Debüser.

ungarisch, serbisch, deutsch, spanisch, russisch). In den vier Verhören Ende Juli und am 1. September 1941 ging es um die Stationen seines Lebensweges und vor allem um seine Bekannten.³⁴ Akzentuiert wurden die deutsche Herkunft seiner Ehefrau sowie ihre und seine Beziehungen zu Verwandten in Deutschland (Gerdas Eltern), Ungarn und Serbien (Mirkos Eltern und fünf Schwestern).

In den ersten Septembertagen wurde Mirko Beer nach Saratov überführt, in das Gefängnis, das, wie Anna Larina-Bucharina in ihren Erinnerungen schrieb, einen besonders schlechten Ruf hatte.³⁵

Am 6. November 1941 wurde in Saratov die Anklageschrift fertiggestellt. Darin heißt es: Die Verhaftung sei wegen „Verdachts der Spionagetätigkeit“ erfolgt. Die Untersuchung habe ihn als „Agenten des deutschen Nachrichtendienstes“ überführt. Als „Beweise“ dienten lediglich seine Bibliotheksbesuche und vage Aussagen anderer Verhafteter. Im Ergebnis wurde Mirko Beer „dessen beschuldigt, daß er der Spionagetätigkeit zugunsten des deutschen Nachrichtendienstes gegen die UdSSR verdächtig ist. Hat sich nicht als schuldig bekannt. Wird anhand der Untersuchungsmaterialien überführt.“ Der Anklageschrift liegt eine Bescheinigung bei, in der es heißt: „Gegenständliche Beweise in der Angelegenheit gibt es nicht.“

Das Urteil der außergerichtlichen Sonderberatung beim NKVD vom 4. Juli 1942 lautete: „Beer M. A. wird wegen der Spionage verdächtiger Beziehungen für fünf Jahre in ein Besserungsarbeitslager eingewiesen.“ Die KGB-Akte enthält aber eine „Bescheinigung“, aus der hervorgeht, daß es noch ein anderes Urteil, nämlich das des Militärtribunals, einer gerichtlichen Instanz, gegeben hat, und das lautete: Tod durch Erschießen. Es wurde am 4. August 1942 vollstreckt.³⁶

Gerda Beer erhielt 1944 aus Moskau die Todesurkunde vom 8. Mai 1944, ausgestellt auf dem Kopfbogen des „NKVD – Abteilung Standesamt“, in der es heißt, Mirk (sic! nicht: Mirko) Albertovič Beer sei am 11. August 1942 gestorben, was im Registrierbuch des Standesamtes am 21. September 1942 entsprechend vermerkt worden sei. Nicht im Vordruck, sondern auf dem Stempel ist das Standesamt eines Moskauer Stadtbezirks genannt. Als Todesursache wurde „Ruhr“ angegeben; der Todesort nicht genannt – im Vordruck sind die entsprechenden Zeilen durchgestrichen.³⁷

34 Das Niveau der politischen Bildung der verhörenden NKVD-Beamten wird u. a. aus der Frage deutlich, aus welchen Gründen Beer die Parteien wechselte: KPJu, KPÖ, KPD, KP Spaniens und wieder KPJu...

35 Siehe Anna Larina-Bucharina: Nun bin ich schon weit über 20. Erinnerungen, Göttingen 1989, S.25.

36 Viktor Fradkin weist in seinem Buch „Delo Kol'cova“ darauf hin, daß – offensichtlich im Zusammenhang mit dem Vordringen der Deutschen bis zur Wolga und der Gefahr der Einnahme Saratovs – es aus Moskau vermutlich den Befehl gegeben habe, alle politischen Gefangenen zu erschießen. Siehe Viktor Fradkin: Delo Kol'cova [Die Akte Kolcov], Moskau 2002, S.194.

37 Auch aus anderen Vorgängen dieser Art ist inzwischen bekannt, daß die sowjetischen Behörden bis in die 60er Jahre hinein den Verwandten der Erschossenen falsche Auskünfte über deren Tod erteilten. Siehe u. a. Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung, Münster 1996, S.109f.

Wie bei sowjetischen Repressionsorganen üblich, hatten die Angehörigen Mirko Beers – seine Ehefrau und seine in Moskau lebende Schwester Margit – nichts von seiner Verhaftung erfahren. Er war „einfach“ verschwunden. Erst nach mehreren Wochen stand für sie fest: Mirko ist verhaftet worden. Margit Beer wandte sich mit verzweifelten Briefen an Georgi Dimitroff, Mátyás Rákosi, André Marty, später auch an Dolores Ibárruri.

Zwei ungarische Spanienkämpfer schrieben an Rákosi, den Vertreter der KP Ungarns bei der Komintern, einen Brief, in dem sie das Wirken Mirko Beers in Spanien als vorbildlich hervorhoben: „Während der ganzen Zeit des Befreiungskampfes in Spanien zeichnete sich Imre³⁸ Beer durch treue und selbstlose Tätigkeit unter Kriegsbedingungen aus und galt als einer der besten Organisatoren der Sanität in der spanischen republikanischen Armee sowie als ein ausgezeichnete Chirurg.“ Er habe sich auch im Internierungslager so verhalten, „wie es sich für einen Revolutionär gehört“.³⁹

Aufgrund des Briefes von Margit Beer richtete das Dimitroff-Sekretariat am 2. August 1941 eine Anfrage Mirko Beer betreffend an die Kaderabteilung des EKKI. Deren mit 17. September 1941 datierte „Auskunft“ gibt neben den biographischen Daten die oben zitierten Einschätzungen und (auf das Dokument aus dem Jahre 1932 gestützte) Urteile der deutschen Überprüfungskommission vom Sommer 1936 wieder. Sie erwähnt „zweifelhafte“ (von ihm „verschwiegene“) Bekanntschaften Beers z. B. mit einem Dr. Levin, „der später als Volksfeind entlarvt worden war“. Die „Auskunft“ zitiert die negative Einschätzung eines Mitarbeiters der Kaderkommission der Interbrigaden, das Wirken Beers in Spanien betreffend (Hauptvorwurf: „versuchte, sich der Kontrolle seitens der Partei und der Interbrigaden zu entziehen“), gibt auch den Brief der beiden ungarischen Genossen wieder – und resümiert: „Indem [ich] Ihnen die Auskunft über M. A. Beer übersende, teile ich mit, daß die Kaderabteilung des EKKI nicht über Materialien verfügt, auf deren Grundlage vor den betreffenden Organen die Frage nach Überprüfung seiner Angelegenheit gestellt werden könnte.“ Eine Intervention zugunsten Mirko Beers bei den Organen des NKVD erfolgte seitens der KI 1941 nicht...⁴⁰

Erst 1956, als nach dem 20. Parteitag der KPdSU die Rehabilitierungen großen Stils in Gang kamen und Margit Beer sich an die sowjetische Staatsanwaltschaft mit einer entsprechenden Eingabe gewandt hatte, wurde auch Mirko Beers „Angelegenheit“ von den sowjetischen „Sicherheits“organen wieder aufgerollt. Aus dem Archiv der KI wurden ihn betreffende Materialien angefordert und das Sonderarchiv, in dem

38 ungar. Form von Mirko.

39 Der Brief ist per Hand geschrieben, undatiert, hier aus dem Russischen übersetzt. Am oberen Rand des Blattes mit einer anderen Handschrift: „poslat' v NKVD“ [an das NKVD schicken].

40 Gerda Beer wurde nach der Schlacht bei Stalingrad 1943 für den politischen Einsatz in einem der Kriegsgefangenenlager bestimmt. Vermutlich in diesem Zusammenhang kam es im KI-Apparat um diese Zeit doch noch zu einer Überprüfung des „Falles Beer“. Die zitierte „Auskunft“ vom 17. September 1941 wurde – datiert mit 13. Oktober 1943 – im Wortlaut wiedergegeben, allerdings mit einigen Korrekturen, darunter im schlußfolgernden Satz: „verfügte *damals*(!) nicht über Materialien...“.

sich von sowjetischen Truppen 1945 requirierte Archivbestände des Auswärtigen Amtes Nazi-Deutschlands, darunter des französischen Geheimdienstes, befanden,⁴¹ befragt. Eine „Auskunft“ vom 17. April 1957 lautete schließlich: Im Ergebnis der Überprüfung seien, außer der archivierten Untersuchungsakte von 1941 Mirko Beer betreffend, „keine kompromittierenden Materialien entdeckt worden“.

Es folgten dann, wie in anderen Rehabilitierungsverfahren auch, die „Schlußfolgerung“ des Leiters der Überprüfungsbehörde und daraufhin der an das Militärtribunal gerichtete „Protest“ des Staatsanwalts in der Angelegenheit M. Beer. Der Autor der „Schlußfolgerung“ vom 30. Mai 1957 kam infolge einer „zusätzlichen Überprüfung“ zu dem Ergebnis, Beer sei „ohne hinreichende Gründe verurteilt worden“. Im „Protest“ des Staatsanwalts vom 28. Juni 1957 heißt es: „Während der Untersuchung hat sich Beer nicht als schuldig bekannt und wies kategorisch den Vorwurf der Spionagetätigkeit zurück. Im Verlauf der Untersuchung wurden keinerlei Beweise der verbrecherischen Tätigkeit Beers gewonnen. Das Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR und das Zentrale staatliche Sonderarchiv des Ministeriums des Innern verfügen nicht über Daten einer Zugehörigkeit Beers zur Agentur ausländischer Nachrichtendienste.“ Der Staatsanwalt bat das Militärtribunal(!), den Beschluß der Sonderberatung beim NKVD vom 4. Juli 1942(!), Mirko Beer betreffend, außer Kraft zu setzen und seine Angelegenheit niederzuschlagen wegen fehlenden Tatbestandes eines Verbrechens. Das am 4. August 1942 vollstreckte Todesurteil des Militärtribunals wurde in keinerlei Weise erwähnt, stattdessen heißt es: „Beer starb während der Strafverbüßung am 11. August 1942.“ In der auf den „Protest“ des Staatsanwalts hin erfolgten „Feststellung“ des Militärtribunals vom 11. Juli 1957 wird sogar ausgesagt, Beer sei aufgrund des Urteils der Sonderberatung des NKVD „für fünf Jahre in ein Besserungsarbeitslager eingewiesen worden“.

Das Militärtribunal des Moskauer Militärbezirks folgte dem Antrag des Staatsanwalts und bestimmte: „Der Beschluß der Sonderberatung beim NKVD der UdSSR vom 4. Juli 1942 ist außer Kraft zu setzen und die Angelegenheit Mirko Beer ist wegen fehlenden Tatbestandes eines Verbrechens niederzuschlagen.“

Diese „Bestimmung“ (opredelenije) des Militärtribunals wurde der Tochter Mirko Beers im Juli 1957 übersandt. Eine förmliche Rehabilitierung – gar Entschuldigung – der sowjetischen/russischen Gewaltorgane steht bis heute aus...

41 Siehe dazu Günter Wermusch: Früher hieß es nur: „Haben wir nicht!“ 6,5 Kilometer französische Akten kehren aus Moskauer Geheimarchiv nach Paris zurück, in: Neues Deutschland (Berlin), 18.2.1994.

Der Aufsatz

Irina A. Joffe - Elke Scherstjanoi

Junge Ostarbeiter im antifaschistischen Widerstand

Seite 101-124

steht nur in der Druckausgabe zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an Ihre Bibliothek.

„Mit dieser Masche kommt ihr nicht durch...“.

Die gesellschaftliche Krise 1956 – nach Sitzungsprotokollen des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Gerd Kaiser/Aleksander Kochański

1956 trieb die seit Jahren heranreifende und alle Lebensbereiche erfassende gesellschaftliche Krise in Polen einem ihrer frühen Höhepunkte entgegen. Ausgelöst wurde sie von einem vielschichtigen Geflecht aus politischen, sozialen, kulturellen, religiösen, historischen sowie aktuellen inneren und äußeren Ursachen.

Von großem Einfluß auf die Geschehnisse des Jahres 1956 waren auch in Polen der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen. Während des Parteitags wurde am 19. Februar 1956 die Erklärung der Zentralkomitees der KPdSU, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PVAP), der Italienischen KP, der Bulgarischen KP und der KP Finnlands veröffentlicht, die den Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale von 1938 über die Auflösung der Kommunistischen Partei Polens (Komunistyczna Partia Polski, KPP) als unbegründet bezeichnete.¹ Das bedeutete die vollständige Rehabilitierung der Partei und ihrer Mitglieder. Zwischen 1930 und 1941 waren nahezu 4.000 politische Emigranten aus Polen in der UdSSR vom NKVD ermordet worden, unter ihnen (mit einer Ausnahme) alle Mitglieder des Politbüros und nahezu alle Mitglieder des ZK der KPP. Der von Nikita Sergeewiĉ Chruščev auf der geheimen Sitzung des Parteitags gehaltene Bericht „Über den Personenkult und seine Folgen“ wurde am 20. März 1956 den Mitgliedern des ZK der PVAP bekanntgegeben und nachfolgend dessen Inhalt in offenen Parteiversammlungen den Mitgliedern der PVAP zur Kenntnis gebracht.

Bereits am 3. November 1955 hatte das Politbüro (PB) eine Kommission eingesetzt, der Franciszek Mazur,² Edward Ochab,³ Roman Zambrowski⁴ und Aleksander Zawadzki⁵ angehörten. Aufgabe der Kommission war es, den sogenannten Tatar-

1 Sie erschien an diesem Tag auch im „Zentralorgan“ der PVAP „Trybuna Ludu“ (Tribüne des Volkes).

2 Franciszek Mazur (1895-1975), 1950-56 Mitglied des PB und Sekretär des ZK, 1952-57 Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrats.

3 Edward Ochab (1906-1989), 1950-57 (mit Unterbrechung) und 1959-64 Sekretär des ZK sowie 1954-68 Mitglied des PB, März-Oktober 1956 1. Sekretär des ZK, 1964-68 Vorsitzender des Staatsrates, demonstrativer Rücktritt aus dem Amt nach der politischen Krise in Polen im März 1968.

4 Roman Zambrowski (1909-1977), 1944-63 Mitglied des PB der Polnischen Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza, PPR) bzw. der PVAP, 1948-54 und 1956-63 Sekretär des ZK.

5 Aleksander Zawadzki (1899-1964), General der Polnischen Streitkräfte, 1944 Vorsitzender des Zentralen Büros Polnischer Kommunisten in der UdSSR, 1944-45 Stellvertreter des

Prozeß und andere Prozesse zu überprüfen. In einem nach dem Hauptangeklagten Stanisław Tatar (1896-1980) benannten Schauprozeß vor dem Obersten Militärgericht (31.7.-13.8.1951) war neun hohen Militärs u. a. „die Führung einer Diversions- und Spionageagentur, die durch Spionagezentren in Washington und London gelenkt und finanziert worden ist“,⁶ vorgeworfen worden. Insgesamt wurden von 1950 bis 1952 in 48 Geheimprozessen 83 hohe Militärs abgeurteilt und 37 Todesurteile gefällt, die allerdings nicht alle vollstreckt worden sind. Unter obskuren und haltlosen Vorwürfen wurden annähernd 10.000 polnische Offiziere, nicht selten in jahrelanger und oft noch nicht einmal formell sanktionierter Haft psychisch und physisch gefoltert. Verfolgt wurden sowohl Militärs der polnischen Vorkriegsstreitkräfte, die in den Dienst Volkspolens getreten waren, als auch polnische Offiziere der Internationalen Brigaden in Spanien, unter ihnen deren jüngster General Waclaw Komar,⁷ und Generale der Volksarmee wie der Marschall Polens Marian Spychalski.⁸ Im Zeichen pathologischer „Wachsamkeit“ wurde auf dem Höhepunkt der Verfolgungsorgie Mitte 1953 gegen bis zu 26.000 Militärs ermittelt. Die vom Politbüro eingeleitete Überprüfung hatte zur Folge, daß im April 1956 mehr als 5.800 Militärs amnestiert und nach dem Oktober 1956 weitere 3.500 rehabilitiert wurden. Im zivilen Bereich waren bis Mitte Mai 30.000 Personen amnestiert und weiteren 70.000 die Freiheitsstrafen verkürzt worden.⁹

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (Ministerstwo Bezpieczeństwa Publicznego, MBP) wurde in ein Komitee für Öffentliche Sicherheit (KBP) umgewandelt. Erste Verhaftungen (z. B. Józef Różański) erfolgten im November 1954. Ab 23. April 1956 wurden der Stellvertreter des Ministers, General Roman Romkowski, sowie weitere Mitarbeiter des Sicherheitsapparats, aus dem Dienst entlassen und z. T. inhaftiert. Im November 1957 verurteilte das Wojewodschaftsgericht Warschau Roman Romkowski, Józef Różański zu je 15 Jahren und Anatol Fejgin zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe, wegen ihrer Verantwortung dafür, daß sie „rechtswidrig“ in

Oberbefehlshabers der Polnischen Streitkräfte für politische Erziehung, 1944-64 Mitglied des PB der PPR bzw. der PVAP und ab 1952 Vorsitzender des Staatsrats.

6 Tadeusz Pioró: *Generałowie przed sądem* [Generale vor Gericht], in: *Polityka*, 10.9.1980, S.14.

7 Waclaw Komar (1909-1972), Brigadegeneral, Mitglied der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) und ab 1945 Chef des Militärischen Nachrichtendienstes der Polnischen Streitkräfte, von November 1951 bis Januar 1954 inhaftiert, ab August 1956 Befehlshaber des Korps für Innere Sicherheit [Korpus Bezpieczeństwa Wewnętrznego; KBW].

8 Marian Spychalski (1906-1980), 1945-49 und 1959-70 Mitglied des PB der PPR bzw. der PVAP, 1956-68 Minister für Nationale Verteidigung, 1968-70 Vorsitzender des Staatsrats.

9 Siehe Zbigniew Palski: *Agentura Informacji Wojskowej. Dokumenty do dziejów PRL*, Zeszyt 3 [Das Agentennetz der Militärspionageabwehr. Dokumente zur Geschichte der VRP. Folge 3] Warszawa 1992, S.9; Tadeusz Pioró: *Procesy Odpryskowe*. [Die Prozesse der Abgehalfterten], in: *Polityka*, 17.9.1988; Witold Leder: *Przeżyłem tamten Proces* [Ich überlebte jenen Prozeß], in: *Polityka*, 3.12.1988; Stefan und Witold Leder: *Unbeirrbar rot*, Berlin 2002, S.225-274. Weiterhin: Peter Raina: *Wojciech Jaruzelski 1923-1968*, Warszawa 2001, S.384.

den „ihnen unterstellten Verantwortungsbereichen des MBP unerlaubte Ermittlungsmethoden angewandt haben“.¹⁰

Am „Schwarzen Donnerstag“ (28. Juni 1956) begann in Poznań ein Streik der Arbeiterschaft, dem sich weitere Bevölkerungsschichten anschlossen. Ausgangspunkt war der Großbetrieb ZISPO.¹¹ Gefordert wurden vor allem soziale Verbesserungen bei Löhnen und in der Versorgung. Gewählte Leitungen und die Mitgliedschaft von PVAP und Gewerkschaft sowie des Verbandes der Polnischen Jugend (Związek Młodzieży Polskiej, ZMP) waren maßgeblich an der Formulierung der Forderungen, bald auch an der Organisierung des Streiks und an den ersten Demonstrationen beteiligt. Sie führten ins Stadtzentrum. Dort begannen Ausschreitungen (Verwüstung kommunaler und regionaler Behörden, Sturm des örtlichen Gefängnisses) und Plünderungen. Nachdem aus dem Sitz der örtlichen Verwaltung der Staatssicherheit Schüsse gefallen waren, wurde aus der Demonstration heraus ebenfalls geschossen. Nach 22.00 Uhr rückte das 2. Panzerkorps in Poznań ein, wo sich weitere Truppenteile befanden. General Stanisław Popławski,¹² der gemeinsam mit Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz¹³ nach Poznań gekommen war, befahl den Einsatz von Handfeuerwaffen zur Selbstverteidigung, aber auch Panzerbewaffnung, „erforderlichenfalls auch Artillerie.“¹⁴ Am 30. Juni wurde das Militär abgezogen. Die Ereignisse in Poznań hatten 74 Tote und einige hundert Verwundete zur Folge. Ab 29. Juni wurden annähernd 250 Personen verhaftet, 196 davon waren Arbeiter. Die ersten beiden Prozesse gegen insgesamt 54 Personen begannen am 27. September 1956. Drei der Angeklagten wurden wegen der Ermordung von Mitarbeitern der Staatssicherheit verurteilt, alle anderen freigesprochen bzw. die Verfahren eingestellt. Vorgesehene weitere Prozesse fanden nicht statt.

Bereits einige Wochen vor den Ereignissen in Poznań hatte am 9. Mai ein erstes Gespräch von PB-Mitgliedern mit dem früheren Parteichef Władysław Gomułka¹⁵ stattgefunden, dem weitere folgten. Gomułka war 1948 „rechtsnationalistischer

10 Barbara Fijałkowska: Borejsza i Różański [Borejsza und Różański], Olsztyn 1995. S.218 sowie 215-225 zur Strafverfolgung; Zbysław Rykowski/Wiesław Władka: Nikt nic nie wiedział [Niemand hat etwas gewußt], in: Polityka. 1.10.1988. S.14.

11 Die traditionsreichen Cegielski-Werke, größter Industriebetrieb der Stadt, waren 1949 in „Zakłady im. Stalina“ [Stalin-Werke] Poznań umbenannt worden. Davon leitet sich die Abkürzung ZISPO ab.

12 Stanisław Popławski (1902-1973), Waffengeneral, Stellvertreter des Verteidigungsministers und Chefinspekteur für Gefechtsausbildung.

13 Józef Cyrankiewicz (1911-1989), 1945-48 Generalsekretär des Zentralen Exekutivkomitees der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Socjalistyczna Partia, PPS), 1948-54 Sekretär der PVAP, 1948-71 Mitglied des PB, 1947-52 und 1954-70 Ministerpräsident, 1970-72 Vorsitzender des Staatsrats.

14 Tadeusz Pioró: Armia ze zkażą [Armee mit Makel], Warszawa 1994, S.247. Siehe weiterhin Wiktor Kłosiewicz, Mitverfasser des „Gierek-Raports“, über die Ereignisse in Poznań zum Ablauf der Geschehnisse, in: Teresa Torąńska. Oni [Die], Warszawa 1989, S.262f.

15 Władysław Gomułka (1905-1982), Parteipseudonym „Wiesław“, 1943-45 Sekretär und 1945-48 Generalsekretär des ZK der PPR, 1944-49 Stellvertreter des Ministerpräsidenten, 1945-49 Minister für die wiedergewonnenen Gebiete.

Abweichungen“ bezichtigt und abgelöst worden. Ab 1951 befand er sich in Haft, aus der er am 13. Dezember 1954 stillschweigend entlassen worden war.

Von der Situation in Polen beunruhigt, reiste am 19. Oktober 1956 eine Delegation des ZK der KPdSU unter Leitung von Chruščev nach Warschau.¹⁶ Zugleich traf der Oberbefehlshaber der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrags, Ivan Stepanovič Konev,¹⁷ in der polnischen Hauptstadt ein. Für denselben Tag war die Eröffnung des X. Plenums des ZK der PVAP vorgesehen.¹⁸ Nachdem Gomulka und seine engsten Mitstreiter Zenon Kliszko,¹⁹ Ignacy Loga-Sowiński²⁰ und Marian Spychalski zu Beginn des Plenums in das ZK kooptiert worden waren, gab Gomulka den Ton auf dem Plenum an. Er wurde bevollmächtigt, mit der sowjetischen Delegation zu sprechen. Daraufhin unterbrach das Plenum seine Tagung bis 18.00 Uhr und nochmals bis zum 20. Oktober um 11.00 Uhr.

Auf Befehl von Marschall Konev hatten sich schon in der Nacht zum 19. Oktober zwei Panzerdivisionen der in der Volksrepublik Polen stationierten sowjetischen Streitkräfte von Borne Sulinowo (in Pommern) und Bolesławice (in Niederschlesien) aus in Marsch gesetzt. Vor der Hauptstadt verhielten die Panzer. Am 19. Oktober befahl der Chef des Generalstabs Jerzy Bordziłowski eine schnell aus Einheiten des 1. Mechanisierten Regiments der Kościuszko-Division zusammengestellte polnische Truppe nach den nordöstlichen Stadtteilen Warschaus Tarchomin und Zeran. Auch die Generale Juliusz Hibner, Waclaw Komar und Włodzimierz Mus alarmierten zum Schutz Warschaus die ihnen unterstellten Einheiten des KBW, und in einigen Fabriken wurden Freiwilligenwehren zusammengestellt. Die militärischen Optionen beider Seiten wurden aber nicht verwirklicht.

In den Nachtgesprächen vom 19. zum 20. Oktober war zwischen sowjetischer und polnischer Seite eine politische Übereinkunft erzielt worden. Die sowjetische Delegation kehrte noch am 20. Oktober nach Moskau zurück. Am 21. Oktober wählte das X. Plenum Władysław Gomulka zum 1. Sekretär des ZK der PVAP.

Am 24. Oktober sprach er auf einer Kundgebung auf dem inmitten der Hauptstadt gelegenen Plac Defilad, an der sich zwischen 300.000 und 400.000 Warschauer beteiligten. Sie bejubelten ihn als „Verteidiger der Demokratie“ und „Kämpfer für die Freiheit“. Mit dem traditionellen polnischen Jubel-Lied „Sto lat, sto lat...“ (Hundert Jahre, aberhundert Jahre...), brachten sie ihm ein Ständchen dar. Gomulka rief auf,

16 Der Delegation gehörten ferner die Mitglieder des Präsidiums der KPdSU und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats Lazar M. Kaganovič (1893-1991), Anastas I. Mikojan (1895-1978) und Vjačeslav M. Molotov (1890-1986) an.

17 Ivan Stepanovič Konev (1897-1973), Marschall der UdSSR, 1946-50 Oberbefehlshaber der sowjetischen Landstreitkräfte, 1955-60 der Streitkräfte des Warschauer Paktes.

18 Es war das einzige Plenum in der Geschichte der PVAP, das ohne Referat des 1. Sekretärs bzw. Generalsekretärs stattfand.

19 Zenon Kliszko (1908-1989), 1957-70 Sekretär des ZK, 1959-70 Mitglied des PB.

20 Ignacy Loga-Sowiński (1914-1992), 1946-48 1. Sekretär des Wojewodschafts Komitees Łódź, danach in verschiedenen Gewerkschaftsfunktionen tätig, von November 1956 bis 1971 Vorsitzender des Zentralrats der Gewerkschaften [Centralna Rada Związków Zawodowych, CRZZ] und 1956-71 Mitglied des PB.

die ewigen Kundgebungen und Deklarationen zu beenden, konsequent den Weg der Demokratie einzuschlagen und so das beste und den Erfordernissen des Volkes entsprechende Modell des Sozialismus zu schaffen. Dafür sei es „notwendig, alle schlechten Teile unseres Sozialismusmodells gegen bessere auszutauschen, den Entwurf zu vervollkommen.“²¹ Der Schlüssel für diese Entwicklung liege in den Händen der Arbeiterklasse.

Knapp anderthalb Jahrzehnte später endete im Dezember 1970 der mit Gomulka so enthusiastisch eingeschlagene Weg im politischen Bankrott. Massenstreiks und Straßenkämpfe in den Arbeiterstädten an der Küste hatten zur Folge, daß Gomulka am 20. Dezember 1970 und nachfolgend zahlreiche Anhänger seiner Equipe abgelöst wurden. In „eisiger Atmosphäre“ und „im Stehen“ überbrachte Józef Cyrankiewicz in einem zwanzigminütigen Gespräch, die Nachricht an Gomulka. Edward Gierek wurde zum neuen 1. Sekretär gewählt. Die Menetekel der Jahre 1956 und 1970 waren, wie auch weitere Zeichen, von den Inhabern der Macht nicht begriffen worden.

Nachfolgend werden Auszüge aus den Sitzungsprotokollen des Politbüros der PVAP von Januar bis Oktober 1956 veröffentlicht. Sie spiegeln ausschließlich die Reaktion des Politbüros auf wesentliche Elemente der Krise in Polen wider. Wie die Dokumente zeigen, war das de facto wichtigste Entscheidungsgremium in Polen 1956 weder in der Lage, umfassend die Gründe der aufziehenden Krise zu erkennen, noch angemessen zu reagieren. Selbstkritische Äußerungen im Führungszirkel waren selten. Sie blieben auf den engen Kreis der wenigen Zugehörigen begrenzt und zudem ohne tiefgreifendere gesellschaftspolitische Konsequenzen. Aktivitäten des Politbüros bewegten sich im wesentlichen im traditionellen ideologisch-politischen Kanon der Machterhaltung und des Machtausbaus, anstatt strukturelle Änderungen des Gesellschaftsmodells einzuleiten.

Nach einem ersten umfangreicheren Personalaustausch im Krisenjahr, zwischen 19. und 21. April 1956, von dem u. a. der langjährige Minister für Öffentliche Sicherheit, der Generalstaatsanwalt, der Justizminister und dessen Stellvertreter sowie der Kulturminister und weitere Politiker betroffen waren, kam es im Oktober zu weiteren personellen Veränderungen im Politbüro und in anderen Politikbereichen. Auch danach wurde, anstatt eine vorausschauende Politik zu betreiben, lediglich auf den Gang der Ereignisse im Sinne des Machterhalts reagiert.

Ein äußeres Anzeichen für die politische Situation im Jahr 1956 ist die Häufigkeit, in der dieses Machtzentrum zusammentrat. Das Politbüro kam im Zeichen der Zuspitzung und des offenen Ausbruchs der Krise 81mal zusammen, tagte manchmal sogar tagelang oder im Abstand von jeweils einem Tag. So oft fand sich das Gremium weder in den vorhergehenden Jahren seit seiner Bildung 1949 noch in den nachfolgenden Jahren je zusammen.

21 Z pism i przemówień Władysława Gomulki [Aus Schriften und Reden Władysław Gomulkas] (1956-1959), in: Nowe drogi [Neue Wege], 1982, H. 10, S. 101.

Die Protokolle, bis auf wenige Ausnahmen knappe Beschlußprotokolle dieser Beratungen, befinden sich im Warschauer Archivum Akt Nowych (Archiv Neuer Akten) und dort im Bestand KC PZPR (ZK der PVAP), V/42. Sie wurden im Jahre 2000 in polnischer Sprache in Warschau veröffentlicht.²²

Aus den Protokollen des Politbüros des ZK der PVAP
(Januar bis Oktober 1956)

Sitzung am 23. Januar

[...] Das Politbüro beschloß:

1. Die Kommission des PB ist bevollmächtigt, weiterhin über die Vorschläge der Staatsanwaltschaft zu beraten und Entscheidungen über Personen zu treffen, die im Zusammenhang mit der Gruppe Tatar oder wegen der Zusammenarbeit mit ihr, in anderen Prozessen belangt worden sind.

1. Die Beschlüsse sollen in erster Linie auf Begnadigung und nur in Ausnahmefällen auf eine Einstellung des Verfahrens abzielen. [...] ²³

Sitzung am 18. Februar

[...] Nach Beratung der Erklärung und des Zeitungsartikels wurde Gen. Werfel²⁴ empfohlen, am 19.2.1956 in der „Trybuna Ludu“ die Erklärung der fünf Parteien sowie einen der KPP gewidmeten Artikel zu veröffentlichen.

Der Abteilung Propaganda hat in Zusammenarbeit mit der Abteilung Parteigeschichte in Bälde eine Artikelserie vorzubereiten, welche die Tätigkeit der KPP beleuchtet. [...]

Das Sekretariat bestätigte die Vorschläge der Presseabteilung zur Veröffentlichung der Materialien des XX. Parteitags lt. Anhang.

Sitzung am 12. und 13. März

[...] Am Abend des 12. März wurde aus Moskau der Tod des Gen. Bierut²⁵ telefonisch mitgeteilt. Für das gesamte Land wurden für den 13., 14., 15. und 16. Tage der

22 Siehe Antoni Dudek/Aleksander Kochański/Krzysztof Persak: Centrum władzy. Protokoły posiedzeń kierownictwa PZPR. Wybór z lat 1949-1970. Dokumenty do dziejów PRL. Zeszyt 13 [Im Zentrum der Macht. Protokolle der Sitzungen der Führung der PVAP. Eine Auswahl aus den Jahren 1949-1970. Dokumente zur Geschichte der VRP, Folge 13], Warszawa 2000. Die Publikation erschien in der Herausgeberschaft des Instituts für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Das Beratungsprotokoll über die Sitzungen vom 19. bis 21. Oktober 1956 wurde erstmals in der Zeitschrift „Dzieje Najnowsze“, 1996, H. 3-4, S.129-131 veröffentlicht.

23 Bei Anhaltspunkten für eine „Schuld“ auf Grund anderer Paragraphen des Strafrechts sollten erneute Ermittlungsverfahren eingeleitet werden.

24 Roman Werfel (Jg. 1906), Kandidat des ZK und Chefredakteur der „Trybuna Ludu“.

25 Bolesław Bierut (1892-1956). Ab August 1944 Mitglied des PB der PPR., 1946-1956 Generalsekretär, Vorsitzender bzw. 1. Sekretär des ZK der PPR bzw. PVAP, 1944-1947 Vorsitzender, bzw. ab September 1944 Präsident des Landesnationalrats (Krajowa Rada Narodowa), 1947-52 Präsident der Republik Polen, 1952-54 Ministerpräsident.

Nationaltrauer angeordnet. [...] Beschlossen wurde, den Leichnam des Gen. Bierut am 14. und 15. März im Gebäude des ZK der PVAP für die Öffentlichkeit aufzubahren. [...]

Sitzung am 28. März

[...] Entwurf des Staatshaushalts 1956²⁶ [...] Ab 1. Mai beträgt das niedrigste Arbeitseinkommen nicht weniger als 500 Zł., die niedrigste Rente 260 Zł. [...]

Das PB beauftragt Gen. Morawski,²⁷ ein Gespräch mit dem Chefredakteur von „Życie Warszawy“ zu führen, weil dort ein Brief an den Minister für Justizwesen veröffentlicht worden ist.²⁸

Sitzung am 11. April

[...] Gen. Ochab²⁹ informierte das Politbüro über die Diskussion im Sekretariat über die Arbeit des Redaktionskollektivs der „Trybuna Ludu“.

Das Politbüro akzeptierte die Vorschläge des Sekretariats, eine Versammlung des Parteiaktivs und anschließend des gesamten Kollektivs der Mitarbeiter der „Trybuna“ durchzuführen, auf denen über die Fehler in der Arbeit der Redaktion diskutiert und konkrete Vorschläge beraten werden, um die Arbeit der „Trybuna“ schnell zu verbessern. Das Sekretariat hat seine Hilfe für das Redaktionskollektiv der „Trybuna Ludu“ zu verstärken.

Die Versammlung im Polnischen Rundfunk zu den Materialien des XX. Parteitags signalisiert die ungesunden Stimmungen, die im Kollektiv des Polnischen Rundfunks herrschen. Das Politbüro beauftragte die Abteilung Presse, auf einer Versammlung des Parteiaktivs im „Polnischen Rundfunk“ die parteifeindlichen Auftritte einiger Genossen zu diskutieren und gegen sie Parteistrafen zu verhängen. [...]

Sitzung am 19. April

[...] Im Zusammenhang mit einem Brief Gomulkas an das Politbüro wurde beschlossen, daß die Genossen Nowak³⁰ und Mazur ein Gespräch mit Gomulka führen.

26 Das PB beschloß u. a., die Ausgaben für das KBW zu verringern und zu prüfen, wie die Ausgaben des Verteidigungsministeriums und des Innenministeriums zu senken seien. Am 19.4.1956 bestätigte das PB den Vorschlag des Sekretariats, das KBW bis zum 1. Oktober 1956 auf 10.000 Mann zu reduzieren. Nach den Ereignissen in Poznań wurde dieser Beschluß fallengelassen.

27 Jerzy Morawski (Jg. 1918), 1955-56 und 1957-60 Sekretär des ZK, 1956-60 Mitglied des PB.

28 Der kritische offene Brief vom 28.3.1956 an den „Bürger Justizminister“ behandelte die stillschweigende Entlassung zahlreicher Militärs aus der Haft, anstatt sie öffentlich zu rehabilitieren.

29 Er war am 20. März auf dem VI. Plenum des ZK zum Nachfolger Bieruts gewählt worden.

30 Zenon Nowak (1905-1980), 1950-54 Sekretär des ZK, 1954-56 Mitglied des PB, 1952-1968 Stellvertreter des Ministerpräsidenten.

Gen. Zawadzki informierte das Politbüro über die Arbeit der Kommission in Sachen Tatar u. a. Das Politbüro akzeptierte die Arbeit der Kommission und bevollmächtigte sie, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Sitzung am 2., 3., 4. und 5. Mai

[...] Das Politbüro nahm die Vorschläge der ZPKK betreffend Parteistrafen gegen die Genossen Ślucki, Jan Wyka, Litwin und Przemski wegen ihrer Abweichungen von der Parteilinie, die sie in Publikationen und öffentlichen Auftritten äußerten, zur Kenntnis.³¹

Im Ergebnis der vom Politbüro vorgenommenen Analyse der Fehler und Deformationen, die in den zurückliegenden Jahren auftraten, schätzte das Politbüro die Tätigkeit des Gen. Berman³² für die Aufgabengebiete, für die er zuständig war, kritisch ein. [...]

Gen. Berman erklärte seinen Rücktritt als Mitglied des Politbüros und Stellvertreter des Regierungschefs. Gen. Berman verpflichtete sich, eine Erklärung zu Protokoll zu geben. [...]

Sitzung am 10. Mai 1956

[...] Die Genossen Nowak und Mazur informierten das Politbüro über das Gespräch mit Wiesław.³³ Es wurde beschlossen, die im Gespräch aufgeworfenen Fragen auf einer der nächsten Sitzungen des Politbüros sorgfältig zu diskutieren.

Gen. Ochab informierte das Politbüro über die versiegelten Mappen in den Panzerschränken des ehemaligen X. Departements des MBP.³⁴ [...]

31 Arnold Ślucki vom Redaktionskollegiums des „Przegląd Kulturalny“ [Kulturrundschau] hatte im April kritische Bemerkungen über die UdSSR veröffentlicht, Jan Wyka, Mitarbeiter des ZK und Schriftsteller, Ochab vor Offizieren als „treuen Schüler Stalins“ bezeichnet. Aleksander Litwin, Mitarbeiter der Abteilung für Parteigeschichte, übte in einem Vortrag scharfe Kritik am Stalinismus, und Leon Premski, Chefredakteur der „Nowa Kultura“ [Neue Kultur], hatte am 29.4.1956 ein Feuilleton von Krzysztof Teodor Toeplitz veröffentlicht, in dem der Autor die Art und Weise verspottete, wie die Demonstrationen zum 1. Mai inszeniert wurden, und vorschlug, am 1. Mai 1956 „ohne Nippes und Gepränge“ zu demonstrieren.

32 Jakub Berman (1901-1984), 1944-56 Mitglied des PB der PPR bzw. der PVAP, 1954-56 Stellvertreter des Ministerpräsidenten, zuständig u. a. für die Massenmedien und die Öffentliche Sicherheit.

33 Gemeint ist Władysław Gomułka. Als Zeichen der Hochachtung wurde sein Parteipseudonym verwendet.

34 Das X. Departement im Ministerium für Öffentliche Sicherheit war Ende der 40er Jahre als spezieller Geheimdienstapparat (mit eigenem Geheimgefängnis in Miedzeszyn, einem Warschauer Vorort), zur Überwachung innerhalb der PVAP geschaffen worden. Direktor des Departements war bis Anfang 1950 Jacek Różański (seit 1945 oberster Chef der Ermittlungsbehörde im Sicherheitsministerium), danach Anatol Fejgin. Dessen Stellvertreter, Oberst Józef Światło, lief kurz vor Weihnachten 1953 in Westberlin zum CIA über. Die von ihm seit dem 28.9.1954 über Radio Freies Europa verbreiteten „Enthüllungen“ über das Leben der Funktionärsschicht in Polen, gespickt mit tatsächlichen oder erfundenen Details, erreichten ein

Sitzung am 30. Mai und 7. Juni

[...] Das Politbüro stellte fest, daß eine wichtige Arbeit zur Stärkung und Stabilisierung des Sicherheitsapparats geleistet worden ist. Der Sicherheitsapparat führte einen systematischen Kampf zur Liquidierung der unerlaubten Methoden in seiner Tätigkeit, die im vorhergehenden Zeitabschnitt angewandt wurden. Das Politbüro lenkte die Aufmerksamkeit darauf, daß es, ungeachtet großer Erfolge bei der Überwindung der Fehler, immer noch vorkommt, daß der Sicherheitsapparat sich unangemessen gegenüber Personen verhält, die einer uns fremden Ideologie anhängen, und seine Kompetenzen überschreitet. Die Leitung des Komitees für Öffentliche Sicherheit führt noch nicht eine ausreichend vertiefende Arbeit im Sicherheitsapparat durch, um diese Tendenzen zu überwinden.³⁵ [...]

Sitzung am 14. Juni

[...] Das Politbüro stellte fest, daß die Fehler in der Parteiarbeit infolge der Verletzung der leninschen Normen des Parteilebens sich in starkem Maße auf den Arbeitsstil im ZMP auswirkten. Die Verletzung der demokratischen Regeln des Parteilebens, das übertriebene Verständnis des Begriffs der Wachsamkeit spiegelten sich auch in der Arbeit des ZMP wider. Die tiefe Erschütterung der Jugend nach dem XX. Parteitag wird langsam überwunden. [...] Der Termin für den III. Kongreß des Verbandes der Polnischen Jugend ist für Januar-Februar 1957 vorzusehen.³⁶ Das Politbüro hält es für unumgänglich, für eine schnelle Überwindung der großen Versäumnisse zu kämpfen, die in den Lebensverhältnissen der Jugend, in der Arbeit und in der Wissenschaft für die Jugend vorhanden sind.³⁷ [...]

Sitzung am 28., 29. und 30. Juni

[...] Nach einer Information des Gen. Ochab über die Ereignisse in Poznań beschloß das Politbüro:

1. Eine Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Gen. Cyrankiewicz nach Poznań zu entsenden, der die Genossen Gierek,³⁸ Morawski und Kłosiewicz³⁹ angehören.

Massenpublikum und erwiesen sich als wirksames Element der psychologischen Kampfführung.

35 Das Politbüro beschloß u. a. Maßnahmen zur Verhinderung von Machtmißbrauch, zur Erleichterung von Auslandsreisen „geeigneter Kandidaten“, zur Entfernung „schwacher oder demoralisierter Elemente“ aus dem Sicherheitsapparat bzw. der Militärabwehr sowie zur Einsetzung einer Kommission in der Generalstaatsanwaltschaft zu Fragen der Rehabilitierung.

36 Der Kongreß fand nicht statt, da sich der Verband inzwischen aufgelöst hatte.

37 Eine Reihe von detaillierten Beschlüssen ging u. a. von „der Notwendigkeit aus, die Parteiarbeit unter der Jugend zu verstärken“, den Apparat des ZMP zu verkleinern und effizienter zu machen sowie eine eigene Pfadfinderorganisation für Kinder zu bilden.

38 Edward Gierek (1913-2001), seit März 1956 (bis 1964) Sekretär des ZK, 1956 und 1959-80 Mitglied des PB, 1970-80 1. Sekretär des ZK der PVAP. Im Juli 1981 aus der PVAP als Mitverantwortlicher für die politische, wirtschaftliche und soziale Krise Polens ausgeschlossen. Während des Kriegsrechts wurde Gierek nach dem 13.12.1981 kurzzeitig interniert.

2. Einheiten des KBP und Truppen nach Poznań zu entsenden.
3. Die Sekretäre⁴⁰ aller Wojewodschaften über die Ereignisse in Poznań zu unterrichten.
4. Den Sekretären in den Wojewodschaften die Hörer des Zweijahres-Kurses der Parteischule und eine größere Gruppe von Mitarbeitern des ZK zur Verfügung zu stellen.
5. Zur Unterstützung der Leitungen von PAP,⁴¹ Rundfunk und der Verwaltung Pressekontrolle die Genossen Wierblowski, Kozłowska und Oks als Beauftragte des ZK zu delegieren.⁴²
6. Ein Kommuniqué über die Ereignisse in Poznań zu veröffentlichen sowie einen Brief an alle Parteimitglieder zu veranlassen. [...] ⁴³

Am folgenden Tag, dem 29. 6.1956 beschloß das Politbüro:

1. Die im Kampf mit den Banditen gefallenen Soldaten und Mitarbeiter der Sicherheit⁴⁴ post mortem auszuzeichnen. Anlässlich der Beisetzung spricht Gen. Gierek im Namen von Partei und Regierung. [...]
2. In größeren Betrieben sind Belegschaftsversammlungen zu organisieren, auf denen die Mitarbeiter in Resolutionen die Ereignisse in Poznań verurteilen.
3. Eine gründliche Analyse der Ursachen vorzunehmen, die zu den Ereignissen in Poznań geführt haben. [...] ⁴⁵

Während der Sitzung des Politbüros am 30.6.1956 sprach General Popławski [...] über das Verhalten der Truppenteile, die an der Aktion in Poznań teilnahmen. Gen. Popławski hob hervor, daß der Verlauf der Vorkommnisse in Poznań auf eine organisierte Tätigkeit des Feindes schließen läßt. Die Aktion wurde von einem illegal wirkenden Stab geleitet. Benutzt wurden auch Waffen deutscher Herkunft.

Nach anschließender Information des Gen. Cyrankiewicz beschloß das Politbüro:

1. Es ist eine Kommission nach Poznań zu delegieren, der die Genossen Gierek, Kłosiewicz und Misiaszek⁴⁶ angehören. Die Kommission hat sorgfältig die

39 Wiktor Kłosiewicz (1907-1992), 1950-56 Vorsitzender des CRZZ, 1950-58 Mitglied des ZK.

40 Gemeint sind die 1. Sekretäre der PVAP in den Wojewodschaften.

41 Polnische Presseagentur.

42 Die Verwaltung Pressekontrolle war die staatliche Zensurbehörde. Stefan Wierblowski (1904-1978), Mitglied des ZK, Sekretär der Kommission Wissenschaft des PB, Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK; Helena Kozłowska (1910-1967) und Mateusz Oks, beide Mitglied und Stellvertreter des Leiters der Abteilung Organisation des ZK.

43 Das PAP-Kommuniqué erschien am 29.6.1956 in allen Zeitungen. In der „Trybuna Ludu“ war es von einem Leitartikel mit dem Titel „Provokation“ begleitet. Der Brief wurde ohne Datumsangabe als Flugschrift an alle Parteigremien bzw. -organisationen der Partei verteilt.

44 Bei den Straßenkämpfen am 28.6. kamen drei Mitarbeiter der Staatssicherheit zu Tode, ein weiterer Mitarbeiter, der Feldwebel Zygmunt Izdebný, wurde am gleichen Tag gelyncht. Das Staatsbegräbnis für die vier fand am 30.6.1956 statt.

45 Die Endfassung lag am 9.7.1956 unter dem Titel „Einschätzung der Ereignisse in Poznań“ vor. Umfangreiche Auszüge des später so genannten „Gierek-Berichts“ wurden erstmals in der Zeitung „Polityka“ vom 9.1.1988 veröffentlicht.

Gründe für die Vorfälle zu untersuchen und eine Analyse der Situation in Poznań vorzulegen.

2. Dem Wojewodschaftskomitee wird vorgeschlagen, eine Entscheidung hinsichtlich der Auflösung jener Parteiorganisationen zu treffen, in denen die Haltung der Parteileitungen und einer großen Zahl der Mitglieder parteifeindlich war. [...] ⁴⁷

Sitzung am 3. Juli

[...] Das Politbüro stellte zu den Gründen der Ereignisse in Poznań fest:

- 1.) Die Unzufriedenheit eines Teils der Arbeiterklasse hat ihre Ursachen in den Deformationen der Wirtschaftspolitik, im bürokratischen Verhalten zu Schwierigkeiten der Werktätigen, in eigenmächtigem und falschem administrativen Verhalten einzelner Direktoren von Departements in den Ministerien. Die Stimmungen der Unzufriedenheit bei einigen Gruppen der Arbeiterschaft wurden hinterhältig durch den Klassenfeind ausgenutzt. 2.) Fehler und Deformationen in der politisch-ideologischen Arbeit, die Bürokratisierung zahlreicher Zweige des Parteiapparats, die Tatsache, daß ein Teil der Parteimitglieder dem Druck der feindlichen Ideologie nachgegeben hat, die Deformationen und die falsche propagandistische Linie zahlreicher Zeitungen und kulturpolitischer Zeitschriften begünstigten die Herausbildung feindlicher Stimmungen und Ansichten. Der Mißbrauch des Rechts auf Kritik, insbesondere nach dem XX. Parteitag, durch einige Publikationsorgane führte zur Untergrabung der Autorität der Parteiführung und der Staatsorgane. 3.) Der Abbau des Sicherheitsapparats und fehlende Wachsamkeit begünstigten die Überrumpelung der Massen durch die Machenschaften des Feindes.

Beschlossen:

Gen. Gieriek übermittelt die Information über Poznań auf der Zusammenkunft der

1. Sekretäre der Wojewodschaftskomitees. [...] ⁴⁸

46 Stefan Misiaszek (1904-1988), 1954-81 Mitglied und ab 1952 Stellvertreter des Leiters der Abteilung Organisation des ZK sowie 1958-1968 Leiter des Büros für Kaderfragen des ZK.

47 Dieser Beschluß wurde nicht verwirklicht.

48 Am 7.7.1956 erläuterte Edward Gieriek wesentliche Aussagen des Berichts vor den 1. Sekretären. An der Zusammenkunft nahm Edward Ochab teil. Er sprach über die Mißerfolge des 6-Jahr-Plans (1949-1955). Man müsse „für die weitere Entwicklung unserer Industrie und die Festigung unserer Macht kämpfen“. Wenn die Volksmacht falle, so Ochab, dann werden „jene an die Macht kommen, die klerikale Lieder anstimmen und verlangen, daß die Judokommune verschwindet.“ Er stellte in den Zeitungen „staats- und parteifeindliche“ Orientierungen fest, und kündigte restriktives Vorgehen an. Die 1. Sekretäre der Wojewodschaftsorganisationen der PVAP in den Arbeiterzentren Śląsk und Łódź, Józef Olszewski und Michalina Tatarkówna-Majkowska, informierten während dieser Zusammenkunft über zunehmende Spannungen in der Gesellschaft und beschworen die Möglichkeit ähnlicher gesellschaftlicher Konflikte auch in Warschau, Łódź und im Oberschlesischen Industrierevier. Siehe Zbysław Rykowski/Wiesław Władyka: Poznań '56. Raport Gierka [Poznań '56. Der Gieriek-Bericht], in: Polityka, 9.1.1988 (s. dort auch die Zitate von Ochab).

Sitzung am 6. Juli

[...] Das Politbüro bewertete den am 6.7.1956 in der „Trybuna Ludu“⁴⁹ veröffentlichten Leitartikel zu den Ereignissen in Poznań einmütig als fehlerhaft. Er stellt die Ursachen der Ereignisse von Poznań und den Charakter von Streiks unter volksdemokratischen Bedingungen falsch dar. Die aus den fehlerhaften Akzenten und Formulierungen abgeleiteten Vorschläge sind falsch und schädlich. [...] Die „Trybuna Ludu“ überrascht die Führung mit Publikationen, wie z. B. dem Interview Palmiro Togliatti, ohne Abstimmung mit den Mitgliedern des Politbüros und dem 1. Sekretär des ZK.⁵⁰

Sitzung des Politbüros und des Sekretariats des ZK am 30. August

[...] Vorgeschlagen wurde, einer aus Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft, des Justizministeriums und des Komitees für Öffentliche Sicherheit zusammengesetzten Kommission in den nächsten Tagen das gesamte Prozeßmaterial vorzubereiten. Der Prozeß gegen die erste Gruppe der Angeklagten soll nicht später als in der dritten Septemberdekade beginnen.⁵¹

Sitzung des Politbüros und des Sekretariats des ZK am 7. September

[...] Gen. Rapacki⁵² vermittelte einen Einblick in das Projekt einer Abrüstungsinitiative. In der Diskussion sprachen sich die Genossen im Prinzip für das Projekt aus. Gen. Rapacki wurde empfohlen, sowjetische Genossen zu konsultieren. [...] Besprochen wurde, daß die weitere Anwesenheit sowjetischer Berater in den Wojewodschaftsverwaltungen für Sicherheit und in den Departements des Komitees für Öffentliche Sicherheit unzumutbar ist. Ein ständiger Kontakt und gegenseitige Konsultation in Fragen, die beide Seiten angehen, ist erwünscht. Zu diesem Zweck ist die Einrichtung eines Kontaktbüros zu erwägen. Gen. Ochab wird bevollmächtigt, sich in dieser Angelegenheit mit den sowjetischen Genossen zu verständigen. [...]

49 Der Artikel erschien unter dem Titel „Erste Vorschläge“. Der Chefredakteur wurde unverzüglich abgelöst und Walenty Titkow (Jg. 1917), Mitglied und Leiter der Abteilung Organisation des ZK, als Chefredakteur eingesetzt. Das Sekretariat des ZK wurde beauftragt, neue Chefredakteure für „Sztandar Młodych“ [Banner der Jugend], „Przegląd Kulturalny“, „Nowa Kultura“ [Neue Kultur] und „Po Prostu“ [Geradeheraus] auszuwählen.

50 Die ausführliche Zusammenfassung eines Interviews von Alberto Moravia mit dem Generalsekretär der IKP Palmiro Togliatti vom 17.6.1956 in „Nuovi Argumenti“ erschien in der „Trybuna“ vom 20.6. Togliatti widersprach darin der Reduzierung des Stalinismus auf den Begriff des „Personenkults“.

51 Es ging um die vorgesehenen Prozesse gegen Teilnehmer an den Ereignissen in Poznań. Die politische Aufsicht über die Aktion wurde „im Rahmen des Politbüros“ an Roman Zambrowski und Władysław Matwin (Jg. 1916), Leiter des Orgkomitees des ZK, 1955-63 Sekretär des ZK und 1954-57 (mit Unterbrechung) Chefredakteur der „Trybuna Ludu“, übertragen.

52 Adam Rapacki (1909-1970), 1946-48 Mitglied des Obersten Rats und des Zentralen Exekutivkomitees der PPS, 1948-54 und 1956-68 Mitglied des Politbüros, 1956-68 Außenminister, schied aus Protest gegen die antisemitische und gegen Intellektuelle gerichtete Politik in PVAP und Regierung aus dem politischen Leben aus.

Gen. Ochab informierte über Gespräche mit den Genossen Gomulka und Spychalski. Die Genossen Cyrankiewicz, Mazur und Zambrowski wurden bevollmächtigt, ein Kommuniké zu Händen der Wojewodschafts- und der Kreiskomitees der Partei über die Rehabilitierung der Genossen Gomulka und Spychalski vorzubereiten. [...]

Sitzung des Politbüros und des Sekretariats des ZK am 28. September

[...] Gen. Jędrzychowski⁵³ informierte über den Entwurf für den Fünfjahresplan und die Vorschläge der Partei- und Regierungskommission zur weiteren Verringerung der Investitionsausgaben. [...] Da die Außenhandelsbilanz nicht aufgeht, haben die Wirtschaftsressorts innere Reserven aufzuspüren, insbesondere bei Auslandsreisen und bei der Verringerung der Repräsentationsausgaben. Streng ist auf die Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Plenums⁵⁴ zu achten, besonders bei der Liquidierung von Privilegien und unangemessenen Ausgaben für Fahrzeuge, Festlichkeiten usw. [...]

Sitzung am 8. und 10. Oktober

[...] ⁵⁵ Das Politbüro stellte fest, daß die Partei in einer sehr schwierigen Lage ist. Sie wird von Krisenelementen charakterisiert, von Mißachtung gegenüber der Parteiführung. Die Autorität der Führung von Partei und Staat wird in Frage gestellt. Demagogische Forderungen nach Lohnerhöhungen werden erhoben, antisowjetische Stimmungen nehmen zu, verschiedene konterrevolutionäre Theorien werden verbreitet. In den Diskussionen in den Parteiorganisationen und unter Parteiloosen treten deutlich zwei Strömungen hervor – eine Richtung orientiert auf eine Demokratie westlicher, liberaler Art, die zweite Strömung orientiert auf eine Demokratie im Geiste des Sozialismus. Zwischen den beiden Richtungen gibt es keine Auseinandersetzungen. Feindliche Ansichten werden nicht zurückgewiesen, eine Polemik gegen fehlerhafte ideologische Probleme erfolgt nicht.

Die Parteipresse steht nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben, ging nicht zur ideologischen Offensive über, nimmt im Gegenteil falsche Positionen ein und vertieft die bestehende ideologische Wirrnis. Das Politbüro stellte fest, daß der Redebeitrag des Gen. Nowak zur „Regulierung“ der Kaderfrage bei Genossen jüdischer Herkunft großen Schaden angerichtet hat. Er lenkte die Diskussion nach dem VII. Plenum auf falsche Gleise und rief im Land eine hohe Welle des Antisemitismus hervor. Beson-

53 Stefan Jędrzychowski (1910-1996), 1956-71 Mitglied des PB, 1951-56 Stellvertreter des Ministerpräsidenten, 1956-68 Vorsitzender der Plankommission beim Ministerrat. Sowohl der Entwurf für den Fünfjahrplan als auch die Vorschläge wurden bestätigt, der Plan für die Jahre 1956-60 erlangte erst am 12.7.1957 nach seiner Annahme im Sejm Gesetzeskraft.

54 Es fand vom 18. bis 28.7.1956 statt.

55 Einleitend unterrichtete Edward Ochab über die Beratung mit den 1. Sekretären der Wojewodschaftskomitees der PVAP am 5.10. Zum Tagesordnungspunkt „Die politische Situation im Land und in der Partei“ leitete ebenfalls Ochab ein, und anschließend informierte Witold Jaroński (1909-1993), seit März 1956 (bis 1968) Sekretär des ZK, über die Situation in den Redaktionen der Tagespresse und der literarischen Publikationsorgane.

ders schwierig ist die Lage in den Organisationen des ZMP und in der Jugendpresse. Der Klerus aktiviert seine Tätigkeit, desgleichen reaktionäre Elemente in der ZSL und in der SD. [...] ⁵⁶

Das Politbüro stellt fest, daß eine der Ursachen für die Krisensituation in der Partei ist: 1.) Die formale Einheit der Führung, während in Wirklichkeit die Einmütigkeit im Politbüro fehlt, was sich in unterschiedlichen Auffassungen zu einigen Fragen der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens äußert.⁵⁷ 2.) Fehlende Verbindung zwischen Führung und Aktiv, fehlende enge Zusammenarbeit mit der Masse der Partei. 3.) Fehlende Autorität der Führung. 4.) Von Einfluß auf die antisowjetischen Stimmungen waren neben der feindlichen Propaganda die mit Fehlern belasteten Beziehungen zwischen der VRP⁵⁸ und der UdSSR (wie z. B. der Preis für Kohle, daß die höchste Führungsschicht in den Polnischen Streitkräften oftmals nicht die polnische Sprache beherrscht, der sowjetische Botschafter sich in die Innenpolitik des Landes einmischte.) [...] ⁵⁹

Das Politbüro nahm den Rücktritt des Gen. Minc aus dem PB und als 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats⁶⁰ entgegen. [...]

Sitzung am 12. Oktober⁶¹

56 ZSL (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe, Vereinigte Bauernpartei), entstand 1949 aus der Vereinigung von Volkspartei (Stronnictwo Ludowe, SL) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL); SD (Stronnictwo Demokratyczne, Demokratische Partei), 1939 gegründete Partei mit Wurzeln in der Intelligenz.

57 In der Parteiführung wurden die Krisenanzeichen unterschiedlich beurteilt. Die Gruppe der „Natoliner“, ließ sich von dogmatischen Lehrsätzen leiten. Zu ihr zählten u. a. Franciszek Józwiak „Witold“, Wiktor Kłosiewicz, Franciszek Mazur, Zenon Nowak und Aleksander Zawadzki. Die „Puławsker“, (beide Strömungen wurden nach den Wohnorten ihrer Vertreter und Orten ihrer Zusammenkünfte benannt), suchten nach demokratischen Lösungen im Rahmen des sozialistischen Systems. Zu ihnen gehörten Jerzy Albrecht, Józef Cyrankiewicz, Władysław Matwin, Adam Rapacki, der Philosoph Adam Schaff, Roman Zambrowski u. a.

58 Volksrepublik Polen.

59 Beschlüsse wurden u. a. über die Vorbereitung des VIII. Plenums des ZK und eines Beschlusses zur „Trybuna Ludu“, zur Repatriierung polnischer Bürger aus der UdSSR sowie zu Gesprächen mit der UdSSR und mit sowjetischen Generalen in den Polnischen Streitkräften über die Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft gefaßt. Der polnischen Sprache nicht mächtige Offiziere sollten als Berater und an ihre Stelle polnische Offiziere eingesetzt werden. Weitere Entscheidungen bzw. Vorbereitungen für Entscheidungen betrafen erneut die Stellenbesetzung in den Redaktionen von Zeitschriften und Zeitungen sowie in der Leitung der Zensurbehörde und des Rundfunks.

60 Hilary Minc (1905-1974), 1948-54 Mitglied des PB, 1949-56 Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Mitglied des PB seit 1949, Stellvertreter des Ministerpräsidenten seit 1949, außerdem 1948-54 Vorsitzender der Plankommission.

[...] Die Situation in der Partei ist schwierig und kompliziert. Die Partei durchlebt eine Krise infolge der Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind. [...] Die Kritik an der KPdSU, die sich in den Ansichten einiger Parteimitglieder äußert – besonders von Genossen an der ideologischen Front – ist nicht zu akzeptieren, falsch, gleitet auf die Positionen des Gegners ab, z. B. „die Zeit des Stalinismus ist eine Zeit der Konterrevolution“, „in der UdSSR gab es keine Arbeitermacht“ usw. [...]

In der Kritik unserer Vergangenheit treten ebenfalls widersprüchliche Positionen auf. So gibt es Leute, die unsere Vergangenheit in Bausch und Bogen verurteilen. Das ist falsch. Im Laufe der vergangenen zwölf Jahre haben wir viel geschafft [...] Unter dem Einfluß der Ereignisse in Poznań halten wir es für unabdingbar, unsere Haltung zu überprüfen, suchen nach Wegen [...] Die wirtschaftliche Lage erfordert schnelle Entscheidungen, in der gegenwärtigen inneren Verfassung, in der sich die Partei befindet, kann es zur Katastrophe führen. Wir haben alle Möglichkeiten, die Situation zu beherrschen, der Schlüssel zur Beherrschung liegt in der Partei selbst. [...] In der Diskussion nahm Gen. Wiesław das Wort.[...]

Es wurde beschlossen, dem Plenum des ZK vorzuschlagen, die Genossen Gomulka, Spychalski und Kliszko in das ZK aufzunehmen. [...]

Sitzung am 15. Oktober⁶²

[...] Gen. Ochab⁶³: Zwischen dem Beschluß und dem Referat gibt es einen grundsätzlichen Unterschied. Wir müssen dies hier feststellen und eine entschiedene Haltung dazu einnehmen. [...]

Bei der Behandlung der aktuellen Probleme müssen wir über die Produktionsgenossenschaften reden. [...] Diese Angelegenheit ist eine programmatistische Frage für uns, ohne Genossenschaften auf dem Land errichten wir den Sozialismus nicht. [...] Der Beschluß ist in seinem wirtschaftlichen Teil richtig, im politischen Teil ist er verworren und entspricht nicht dem, was sich derzeit im Land abspielt. [...] Es existiert ein Klassenfeind, und der aktiviert sich, die antisowjetischen Stimmungen nehmen zu, und darüber muß gesprochen werden, das ist eine Frage von Leben und Tod. Wir müssen diesen antisowjetischen Ausfällen entschiedener Widerstand leisten, und das

61 Einziger Tagesordnungspunkt war erneut „Die Situation in der Partei und im Land“. Edward Ochab wiederholte im wesentlichen die Einschätzungen, die er im PB am 8. und 10. Oktober vorgetragen hatte.

62 Einziger Tagesordnungspunkt war in Vorbereitung des VIII. Plenums des ZK der PVAP, die Diskussion zum Entwurf des Referats von Edward Ochab und zum Beschlußentwurf.

63 Einleitend verteidigte Ochab – verbunden mit dem Kompliment an die „Weitsicht“ und die „Charakterstärke“ Władysław Gomulkas – die Kritik der damaligen Parteiführung der PPR an Gomulkas Haltung zu Jugoslawien und zur Verurteilung Josip Broz Titos. Die ursprünglichen Vorbehalte zur Gründung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien, die Gomulka auf der Zusammenkunft im polnischen Szklarska Poręba (22.-27.9.1947) äußerte, wurden unter Druck der KPdSU zurückgezogen. Edward Ochab hielt es auch im Rückblick für richtig, daß die damalige Parteiführung die Politik der KPdSU uneingeschränkt unterstützt habe.

behindert uns nicht in den Gesprächen mit der Führung der KPdSU, in denen wir nachdrücklich die Frage nach der Regulierung einiger Anormalitäten in unseren Beziehungen stellen. [...]

Im Beschluß ist nichts zu sehen von der Rolle der Partei, sie wird nicht berührt. [...] Unser Hauptfehler ist der unzureichende Kampf gegen die Verletzungen der Gesetzlichkeit, die wesentlichen Entstellungen im zurückliegenden Zeitabschnitt sind Entstellungen, denen ein bürokratisches System des Regierens zugrunde liegt. [...]

Der Beschluß reagiert nicht darauf, daß unsere Journalisten und Schriftsteller zum Kampf mit der Regierung und der Führung der Partei aufrufen. [...]

Richtig ist, daß die Arbeiterselbstverwaltung ausgebaut wird, aber wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, daß in Jugoslawien, wo es zahlreiche Selbstverwaltungen der Arbeiter gibt, große Schwierigkeiten damit verbunden sind. Ich denke, daß es unzweckmäßig ist, Beschlüsse zu Themen vorzulegen, die bei uns nicht ein einziges Mal diskutiert worden sind.

Gen. Cyrankiewicz: Das Referat des Gen. Ochab weist auf die tiefe Krise im Politbüro hin. Im Referat gibt es keine gründliche politische Einschätzung. [...] Wir können die eine oder die andere Stelle des Beschlusses kritisieren, müssen jedoch anerkennen, daß die Richtung, in die der Entwurf zielt, richtig ist. Das Referat dagegen lenkt uns wer weiß wohin. [...]

Die wesentliche Frage, die wir auf dem VIII. Plenum stellen müssen, ist die Frage nach der politischen Verantwortung für die begangenen Fehler. [...]

Was ist die tiefste Trennlinie in unserer Partei? Die einen wollen auf neue Weise arbeiten, die anderen wollen es auf alte Weise. Zwar wollen alle handeln, in Wirklichkeit verharren wir auf der Stelle. Und das Referat lenkt uns nicht vorwärts. [...]

Gen. Morawski: Die Widersprüche zwischen Referat und Beschlußentwurf rühren daher, daß Gen. Ochab zwar anerkennt, daß neue Wege gesucht werden müssen, aller Ballast abgeworfen werden muß, der uns in der Vergangenheit bremste, desungeachtet verfiert er jedoch die Positionen der vergangenen Zeit weiter. [...] Die politische Linie des Referats ist unannehmbar. [...] Wir sagen, daß der Kampf gegen antisowjetische Stimmungen geführt werden muß, beseitigen müssen wir jedoch die Gründe für diese Stimmungen. [...] Der Wirtschaftsteil im Referat ist ebenfalls nicht zu akzeptieren, er bringt nichts Neues. [...] Das Referat insgesamt ist unannehmbar.

Gen. Matwin: [...] Wenn es um die Verantwortung geht, muß man sich an die Dokumente halten. Mit dem Referat kann man nicht einverstanden sein. [...] Auf dem Plenum sollten die Funktionen niedergelegt und daraufhin eine Führung formiert werden, die in der Lage ist, für neue Ziele zu kämpfen.

Gen. Zambrowski: Es gibt einen großen Unterschied zwischen Referat und Beschluß. Der grundlegende Unterschied resultiert aus der Lagebeurteilung. Offensichtlich zeigen sich die bestehenden Divergenzen im Politbüro [...]. Man muß sich eingestehen, daß sich die Parteiführung in einer Krise befindet, die Führung insgesamt sowie einzelne ihrer Mitglieder befinden sich in einer Vertrauenskrise. Wir haben weder eine einmütige Führung noch ein einmütiges Parteiaktiv. Neue Leute und eine andere Art zu arbeiten sind erforderlich. [...] Die Gründe für die Krise sind international. [...] Die Ursache der Krise? Auf dem VII. Plenum gaben wir die Lo-

sung der sozialistischen Demokratie heraus, der Freiheit, wie wir sie verstehen. Die Rolle der Führung bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Plenums ist sehr schwach. Die Kräfte, die zu einer schnelleren Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Plenums drängen, werden stärker. [...]

Gen. Albrecht⁶⁴: Die Unterschiede, die sich in den beiden Dokumenten, dem Referat und dem Beschluß, zeigen, führen uns zur Krise in der Partei. Von den Beschlüssen des VII. Plenums kann man nicht wieder abgehen, aber gerade das geschieht im Referat, und das werden Partei und Volk nicht tolerieren. [...]

Gen. Jóźwiak⁶⁵: Ich sehe eine solche Trennlinie: Die Partei schlägt den leninistischen Weg zur Verbesserung ein, und es gibt Bremsen, die dem entgegenwirken. Das sind Kräfte außerhalb der Partei, obwohl es auch Leute in der Partei gibt, die sich diesem Neuen widersetzen [...]. Unsere Macht beruht auf der Arbeiterklasse, der Bauernschaft. Dieser Apparat war verbürokratisiert, aber nicht der Apparat hat regiert, sondern es regierte die Arbeiterklasse. [...]

Gen. Rokossowski⁶⁶: Bei uns gibt es auch eine anormale Zusammensetzung der Partei. Bei uns stellt nicht die Arbeiterklasse die Mehrheit in der Partei. Sogar die Zusammensetzung unseres Zentralkomitees ist ungesund, und deshalb haben wir bei uns keine Diktatur des Proletariats und keine Demokratie. Unsere Diktatur stützt sich nicht auf das Proletariat – der beste Beweis dafür ist Poznań. [...]

Neuerdings spricht man vehement über die sowjetischen Offiziere in der Polnischen Armee. [...] Woher kommt dieses Geschrei? [...] 770 Offiziere polnischer Herkunft haben die polnische Staatsbürgerschaft angenommen, weitere haben darum ersucht. Wer bis Jahresende nicht die Staatsbürgerschaft annimmt, verläßt Polen. [...]⁶⁷

Gen. Rapacki: [...] Die Linie des Referats des Gen. Ochab wirft uns zurück [...] ist unannehmbar. Der Beschlußentwurf sucht Lösungen auf unserem Weg. Die beiden Dokumente sind unvereinbar [...] Man muß auf dem Plenum die Führung wechseln, sie muß so formiert werden, daß sie handlungsfähig ist. [...]

Gen. Jedrychowski: Als Diskussionsgrundlage auf dem Plenum ist der Beschlußentwurf zu nehmen, nicht das Referat. Im Beschluß sind jene Elemente zu verstärken, in denen von den Strömungen der Demokratisierung die Rede ist. [...] Zur Frage der sowjetischen Offiziere. Es ist nicht gut, daß nach zwölf Jahren unsere höchsten Offiziere nicht polnisch sprechen. [...]

Gen. Gierek: [...] Wenn von Bürokratisierung und Dezentralisierung die Rede ist, so wird darüber viel gesprochen und nichts getan. [...]

64 Jerzy Albrecht (1914-1992), seit März 1956 (bis 1961) Sekretär des ZK.

65 Franciszek Jóźwiak (1895-1966), 1948-56 Mitglied des BP, 1949-55 Vorsitzender der ZPKK, Partei-Pseudonym „Witold“.

66 Konstanty Rokossowski (1896-1968), Marschall der UdSSR und Polens, 1950-56 Mitglied des PB der PVAP, 1949-56 Minister für Nationale Verteidigung in Polen, 1956 Rückkehr in die UdSSR.

67 Von 1943/44 bis 1956 waren wesentliche Positionen in den Polnischen Streitkräften mit sowjetischen Militärs besetzt, unter ihnen Popławski und Rokossowski. Mit ihnen kehrten einige hundert hohe sowjetische Militärs in die UdSSR zurück.

Gen. Nowak: Ich bin für den Beschlußentwurf, weil er eine bessere Antwort auf eine Reihe von Fragen gibt. Das Referat des Gen. Ochab ist ziemlich einseitig, beantwortet eine Reihe von Fragen nicht. [...]

Gen. Zawadzki: Ich war konsequenter Anhänger der Demokratisierung und weiß, welche Bedeutung sie für uns haben wird. Der Demokratisierungsprozeß muß auf gesunden Grundlagen beruhen, in Übereinstimmung mit den Erfordernissen unserer Gesellschaftsordnung. [...] Zu den antisowjetischen Stimmungen. [...] Nach dem VIII. Plenum muß eine Delegation nach Moskau fahren und dort verschiedene Fragen regeln, die derzeit bei uns Mißverständnisse bewirken. [...] Im Politbüro ist eine Situation entstanden, die unerträglich ist. [...]

Das Politbüro beschloß, das Plenum am Freitag⁶⁸ zu beginnen.

Der Beschlußentwurf ist als Grundlage für die Diskussion angenommen.

Ein Communiqué über die Einberufung des Plenums und die Anwesenheit des Gen. Gomułka während der Sitzung des Politbüros ist zu veröffentlichen.

Die Sitzung des PB wird am 17. Oktober 1956 fortgesetzt.

Sitzung am 17. Oktober

[...] Da Gen. Ochab einen zweiten Beschlußentwurf vorgelegt hat, äußerten sich die Genossen auf der Sitzung zu diesem zweiten Entwurf.

Gen. Zambrowski: Ich appelliere an Gen. Ochab, seinen Entwurf zurückzuziehen.

Gen. Zawadzki: Gen. Ochab redet zuviel von der Mobilisierung der Klassenkräfte, über die feindliche Propaganda. Auch in seiner Einschätzung der Ereignisse von Poznań sah Gen. Ochab allein den Klassenfeind, und er sah nicht die schwierige Lage, die die Ereignisse in Poznań beeinflußt hat. Wir müssen verstehen, daß sich in den vergangenen Jahren die Unzufriedenheit der Arbeitermassen gegen die Administration und gegen die Partei verschärft hat, und wenn wir das nicht verstehen, gehen wir den falschen Weg. [...]

Das Politbüro bestätigt die von Gen. Wiesław vorgeschlagene Zusammensetzung der Kommission, die Vorschläge für die neue Zusammensetzung des PB unterbreiten soll. [...]

Während der Sitzung informierte Gen. Staszewski⁶⁹ über die Stimmungen an der Polytechnischen Hochschule und in Betrieben Warschaus. Es wurde beschlossen, daß sich Gen. Morawski an die Hochschule begibt und dort vorschlägt, eine Versammlung erst nach dem Plenum anzusetzen. Die Parteiorganisationen sind zu mobilisieren, damit es nirgends zu Versammlungen kommt.

Während der unterbrochenen Sitzung zogen sich die Genossen Ochab, Cyrankiewicz, Zawadzki und Gen. Gomułka zu einer Besprechung zurück.

Nach der Pause

Gen. Ochab unterbreitet die Vorschläge der Kommission. Beschlossen wurde, die Zahl der Mitglieder des Politbüros auf neun zu begrenzen.

68 D. h. am 19.10.1956.

69 Stefan Staszewski (1906-1989), Mitglied des ZK, 1955-57 1. Sekretär der PVAP in Warschau.

Vorgeschlagen wurde folgende personelle Zusammensetzung des PB: Die Genossen Gomulka, Zawadzki, Cyrankiewicz, Loga-Sowiński, Zambrowski, Rapacki, Morawski, Jędrzychowski, Ochab.

Ins Sekretariat des ZK die Genossen: Gomulka, Zambrowski, Gierek, Jarosiński, Ochab.

Zu reorganisieren ist der Ministerrat, und als Stellvertreter des Ministerpräsidenten sind die Genossen Nowak und Jaroszewicz⁷⁰ einzusetzen. Gen. Albrecht wird ins Warschauer Komitee als dessen 1. Sekretär entsandt.

Für die Beschränkung des PB auf neun Personen stimmten 14, dagegen zwei (Rokossowski und Witold).

Für die Zusammensetzung des PB stimmten 13. Drei Gegenstimmen (Rokossowski, Zenon Nowak und Witold) erhielt Gen. Morawski.

Im Ergebnis der Diskussion wurde beschlossen, Gen. Albrecht im Sekretariat zu belassen. Somit gehören dem siebenköpfigen Sekretariat an: die Genossen Gomulka, Ochab, Zambrowski, Gierek, Albrecht, Matwin, Jarosiński. Gen. Witold stimmte gegen Gen. Matwin als Mitglied des Sekretariats, Gen. Rokossowski gegen die Gen. Matwin und Albrecht. [...]

Sitzung am 18. Oktober

[...] Gen. Ochab informierte, daß der Botschafter Ponomarenko⁷¹ ihn unterrichtet habe, daß die Führung der KPdSU eine Delegation entsenden will, um sich mit der Führung unserer Partei zu treffen. Gesprächsthema sollen die aktuelle Lage in der Partei und im Land sein. Die Führung der KPdSU bewertet die Lage im Land als sehr ernst, vor allem in Zusammenhang mit den anwachsenden antisowjetischen Stimmungen.

Es wurde beschlossen zu antworten, daß die Parteiführung den Besuch der sowjetischen Delegation begrüßt, jedoch infolge der Lage den Termin des Plenums nicht verlegen kann.

Vorgeschlagen wird ein Treffen mit der Delegation am Samstag oder Sonntag, d. h. am zweiten oder dritten Tag des Plenums.

Gen. Rokossowski schlägt vor, die Delegation vor dem Plenum zu empfangen. Alle Genossen sprachen sich für den Empfang der Delegation am Samstag oder Sonntag, d. h. am 20. oder 21. aus. Gen. Ochab wurde beauftragt, die Genossen Ponomarenko und Gomulka darüber zu informieren.

Beschlossen wurde, den Mitgliedern des ZK eine Information zuzustellen, in der sie über den Beschluß des PB hinsichtlich der Reorganisation des PB und des Sekretariats des ZK in Kenntnis gesetzt werden.

70 Piotr Jaroszewicz (1909-1992), 1964-70 Kandidat, 1970-80 Mitglied des PB, 1952-70 Stellvertreter des Ministerpräsidenten, 1970-80 Ministerpräsident, 1955-70 Ständiger Vertreter der VRP beim Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, 1981 Ausschluß aus der PVAP.

71 Pantalejmon Konstantinovič Ponomarenko (1902-1984), Mitglied des ZK der KPdSU, Generalleutnant.

Gen. Ponomarenko unterrichtete Gen. Ochab, daß die Delegation, der, einschließlich des Gen. Chruščev, vier Mitglieder des Präsidiums der KPdSU angehören, am Freitag früh, d. h. am 19. Oktober 1956, auf dem Flughafen eintrifft.

Es wurde beschlossen: Die Genossen Ochab, Cyrankiewicz, Gomułka und Zawadzki begrüßen die Delegation auf dem Flughafen.

Sitzung am 19. 20. und 21. Oktober 1956

[...] Gen. Wiesław informierte das Politbüro über die Begegnung mit der sowjetischen Delegation auf dem Flugplatz: Ein derartiges Gespräch habe ich noch niemals mit Parteigenossen geführt, ich verstehe nicht, wie man in einem derartigen Ton, mit derartigen Schimpfworten sich an Personen wendet, die in guter Absicht zu ihnen gekommen sind.

Chruščev begrüßte vor allen anderen Gen. Rokossowski und die Generalität, unterstrich, daß sie es seien, auf die er sich stütze. Sich an uns wendend, sagte er: „Die verräterische Tätigkeit des Gen. Ochab ist offensichtlich geworden, diese Masche wird euch nicht gelingen.“⁷² Wir mußten uns sehr zurückhalten, um auf diese Aussage nicht zu reagieren. Die gesamte Rede wurde in einem sehr erregten Ton vorgetragen, so daß alle auf dem Flughafen Anwesenden, einschließlich der Chauffeure, sie hören konnten.

Ich habe vorgeschlagen, daß wir uns zum Belvedere⁷³ begeben und in Ruhe miteinander reden. Darauf verlangten sie, vorab das Plenum auf einen späteren Termin zu verschieben. Damit waren wir nicht einverstanden. Im Belvedere hatte das Gespräch den gleichen Ton. Sie sagten uns, man habe ihnen ins Gesicht gespußt, weil wir die Delegation nicht vor dem Plenum empfangen haben. Sie warfen uns vor, daß die Kommission des Politbüros in ihren Vorschlägen einige Genossen nicht berücksichtigt hat, die für die polnisch-sowjetische Freundschaft stehen. Das beträfe die Gen. Rokossowski, Nowak (Z.), Mazur und Józwiak. Ich erklärte, daß uns derartige Tendenzen fremd sind und wir zur Freundschaft mit der Sowjetunion stehen. Daraufhin kam es zu einem Zusammenstoß. Gen. Chruščev sagte: „Diese Masche wird auch nicht gelingen. Wir sind bereit, aktiv einzugreifen.“

Ich habe Verständnis, daß man auch erregt miteinander reden kann, aber wenn der gezogene Revolver auf dem Tisch liegt, gibt es keine Gesprächsbasis. Unter diesen Bedingungen kann ich die Gespräche nicht weiterführen, ich bin krank und eine derartige Funktion kann ich unter den herrschenden Bedingungen nicht übernehmen. Wir können die Vorwürfe der sowjetischen Genossen anhören, aber wenn Entscheidungen unter der Drohung, Gewalt anzuwenden, getroffen werden sollen, dafür bin ich nicht zu haben. [...]

Gen. Zawadzki: Die Haltung des Gen. Wiesław ist berechtigt. [...]

72 Władysław Gomułka zitierte diese und die nachfolgende Aussage von Chruščev in russisch: „Predatelskaja dejatel'nost' tov. Ochaba obnarušilas', etot nomer Vam nje projdjot.“ Und – etwas später: „Etot nomer Vam nje projdjot, my gotovy na aktivnoe vmešatel'stvo.“

73 Sitz des Staatsoberhauptes.

Gen. Zambrowski: Die Situation im Land ist gespannt. Ich schließe mich dem an, was Gen. Wiesław gesagt hat, keine Veränderungen in den Vorschlägen des Politbüros vorzunehmen.

Gen. Rokossowski: Gen. Wiesław hat uns einen objektiven Bericht gegeben, aber offensichtlich gibt es Gründe dafür, daß die sowjetischen Genossen so reden. Ich schlage vor, daß vier Genossen mit ihnen sprechen und ihre Argumente anhören sollen. Mehr Kaltblütigkeit. Die Situation sollte nicht verschärft werden.

Gen. Witold: Ich bin dafür, daß Politbüro so zu belassen, wie es besteht, lediglich die Gen. Wiesław und Loga-Sowiński sollten hinzu kooptiert werden.

Gen. Gierek: Ich bin der Meinung, daß die Vorschläge des Politbüros berechtigt sind, und wir können sie nicht aufgeben. Es ist unangenehm, einen derart aggressiven Ton zu hören.

Gen. (Z.) Nowak: Ich bin einverstanden mit dem Gen. Gomułka, die sowjetischen Genossen sollen uns in ruhigem Ton sagen, was sie wollen.

Gen. Roman Nowak⁷⁴: Den Beschluß des Politbüros unterstütze ich uneingeschränkt.

Gen. Rapacki: Gespräche unter Androhung einer Intervention, mit dem Vorwurf, wir seien weniger wert als jene Mitglieder des alten Politbüros, die nicht in das neue Politbüro aufgenommen worden sind, sind unannehmbar. Ich bin für die Vorschläge des Politbüros. [...]

Gen. Ochab: Es war äußerst schmerzlich, den Äußerungen des Gen. Chruščev zuzuhören. Das habe ich nicht verdient. Gleichzeitig möchte ich, daß Gen. Rokossowski uns erklärt, wie die Situation bei den Streitkräften ist.

Gen. Rokossowski: Ich fühle, daß es bezüglich meiner Haltung verschiedene Anspielungen gibt. Ich fühle mich unschuldig. Alarmierende Signale habe ich den Streitkräften nicht gegeben. Ich habe lediglich befohlen, und zwar in Übereinstimmung mit dem Gen. Ochab, ein Bataillon aus Legiónowo⁷⁵ heranzuführen, um gegen eventuelle feindselige Provokationen in Zusammenhang mit der unerwarteten Anreise der sowjetischen Delegation gewappnet zu sein.

Sitzung am 22. Oktober

[...]

Tagesordnungspunkt 1 – Beschlossen: Auf einer gemeinsamen Sitzung der Kommissionen des Plenums des ZK die Ergänzungsvorschläge zum Beschluß zu prüfen und die Endredaktion vorzunehmen.⁷⁶ [...]

⁷⁴ Roman Nowak (1900-1980), Juli-Oktober 1956 Mitglied des PB, Juli 1956-68 Vorsitzender der ZPKK.

⁷⁵ Unweit von Warschau gelegene Garnison und Truppenübungsplatz.

⁷⁶ Die Kommissionen wurden am 20. Oktober berufen. Die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen des VIII. Plenums wurden zu einem Beschluß zusammengefaßt. Vom ZK bestätigt, veröffentlicht in: Nowe drogi, 1956, H. 10, S.3-13.

Tagesordnungspunkt 3 – Beschlossen wurde, Gen. Sychalski als Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Politischen Hauptverwaltung der Polnischen Streitkräfte zu berufen.

Tagesordnungspunkt 4 – Das Politbüro stimmte zu, zu einer Kundgebung für den 24. Oktober 15.30 Uhr in Warschau aufzurufen. Im Namen der Partei spricht Gen. Gomułka. [...]

Tagesordnungspunkt 6 – Festgelegt wurde die Zusammensetzung der Delegation des Politbüros, die Gespräche mit dem ZK der KPdSU führen wird.⁷⁷ Der Delegation gehören die Genossen Gomułka, Cyrankiewicz, Zawadzki und Jędrychowski an. [...]

⁷⁷ Der offizielle Besuch der Delegation der PVAP in Moskau fand vom 15.-19.11.1956 statt. Im Ergebnis der Gespräche wurde u. a. eine Erklärung über die polnisch-sowjetischen Beziehungen unterzeichnet.

Regionales

Blick in eine Quelle: Geschichten um den Alltag der Hagenower Volkspolizei 1945 - 1985

Siegfried Spantig

Im Jahre 1994 erhielt ich vom Leiter der Polizei-Inspektion Hagenow eine nahezu 900 Seiten umfassende, handgeschriebene Chronik des Volkspolizeikreisamtes (VPKA) Hagenow, die dessen langjähriger Leiter der Kriminalpolizei, Rudi Biranowski, 1989 erarbeitet hatte. Der Autor hatte das Ergebnis seiner Nachforschungen in neun zeitliche Abschnitte gegliedert. Seine Quellen waren viele Gespräche mit Zeitzeugen, Diplomarbeiten, die in der DDR entstanden waren, Archive des Ministeriums des Inneren der DDR, der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Schwerin und des Volkspolizeikreisamtes Hagenow, auch Lageberichte, Dienstbesprechungsprotokolle und ähnliches. Im folgenden sollen einige Ergebnisse dieser Arbeit vorgestellt werden. Als alteingesessener Hagenower und Heimatforscher habe ich einiges ergänzt und bewertet.

Ein Kommunist wird Polizist: Otto Ibs (1898-1976)

Als ich im Jahre 1960 nach Mecklenburg kam, war ich bereits vier Jahre Volkskorrespondent. Ich interessierte mich sehr für die örtliche Geschichte der Arbeiter- und Landarbeiterbewegung und kam wiederholt mit Otto Ibs ins Gespräch, jenem Genossen, der in Hagenow 1920 gegen den Kapp-Putsch im Einsatz gewesen war, 1932 der SA und SS widerstanden hatte, als diese in Hagenow eine antifaschistische Kundgebung stürmte, und der 1946 als Leiter der Ordnungspolizei des Kreises Hagenow eingesetzt wurde. Was im nachfolgenden über Otto Ibs zu lesen ist, das habe ich aus seinem Munde.

Voller Stolz und Freude schrieb am 9. Mai 1945 ein Soldat der Roten Armee in das Besucherbuch der Festung Dömitz, ins Deutsche übersetzt: „Der Krieg ist aus, der Faschismus ist besiegt!“ Bereits am 3. Mai hatten Vertreter der Roten Armee und deutsche Antifaschisten in Güstrow erste Maßnahmen zur Normalisierung des Lebens in der Stadt festgelegt. Am selben Tag trafen sich sowjetische und amerikanische Verbände bei Ludwigslust, Grabow und Dömitz. Hagenow hatten die letzten deutschen Einheiten in der Nacht vom 1. zum 2. Mai verlassen. Am 2. Mai trafen Amerikaner mit Panzern, Geschützen und Lastwagen ein. Das Landratsamt, die Kreissparkasse, das Postamt wurden besetzt. Anfang Juni verließen die Amerikaner Hagenow. Briten traten an ihre Stelle. Sie verhängten am 30. Juni ein „Sonderausgehverbot“, damit am 1. Juli die Rote Armee einziehen konnte.

Kommunisten und Sozialdemokraten, die die NS-Zeit überstanden hatten, gründeten in Hagenow die Stadtorganisationen der KPD und der SPD. Der sowjetische

Militärkommandant begab sich zum Pastor, um die Gründung der CDU anzuregen. Sogleich setzte sich dieser mit dem Hagenower Pfarrer in Verbindung, und gleichlautend verlasen beide in ihren Kirchen am 29. Juli den „Wunsch und Willen der russischen Besatzungsmacht“, eine Partei gemäß „demokratischer Idee auf christlicher Grundlage“ in Hagenow ins Leben zu rufen.

Als Beauftragter der KPD kam bald Hans Warnke nach Hagenow, um Genossen zu finden und zu beauftragen, mit der Errichtung der antifaschistischen Ordnung zu beginnen. Für den Aufbau der Polizei wurde der Genosse Otto Ibs verantwortlich gemacht. Hatte er die fachlichen Voraussetzungen dazu?

Otto Ibs, ein Hagenower Kind, wurde am 22. November 1898 geboren. Sein Vater kam aus dem Holsteinischen nach Hagenow, gründete hier seine Familie und erarbeitete sich eine Schuhmacherwerkstatt. Nach und nach saßen vier Kinder am Tisch und forderten Brot. Otto wollte Bäcker werden. Ein Onkel in Schwerin nahm ihn als Lehrling an. Hier lernte er auch einen jungen Arbeiter-Turner kennen, der ihn in den Turnverein einführte. Das war 1913. Nach beendeter Lehre arbeitete Otto einige Zeit in Berlin und wurde hier Gewerkschafter. 1920 treffen wir den jungen Mann bei einem Onkel in Hamburg. Dieser nahm ihn in politische Versammlungen mit. So sah und hörte er Ernst Thälmann. 1920 trat Otto in die SPD ein. Die Ereignisse des Kapp-Putsches 1920 führten den jungen Genossen nach Hagenow zurück.

Die folgenden Jahre waren für Otto vor allem Agitation auf dem Lande, sozialdemokratische Tages-Parteiarbeit. Als die NSDAP erstarkte, wurde seine politische Arbeit immer gefährlicher. Als Beispiel sei der 10. Juli 1932 genannt, als der NS-Gau-Chef Hildebrandt das Gewerkschaftshaus in Hagenow stürmen ließ. Auch Otto Ibs sollte „erledigt“ werden. Mehrmals drang man an diesem Tag in seine Wohnung ein, aber Otto war ortskundig. ... Mit der Errichtung der NS-Diktatur begann dann für Otto Ibs die Zeit der Bedrohung, Verfolgung und Feme. Kein Arbeitgeber behielt ihn länger als vier Wochen. Fünfmal wurde er zum NS-Kreisleiter geholt. Otto sagte nichts, verriet nichts und niemanden. Natürlich wußte er als langjähriger Hauptkassierer des Reichsbanners im Kreis viel. Vor allem auf die Mitgliederlisten waren die Nazis scharf gewesen.

1945 dachte Otto Ibs nicht daran, beim Neuaufbau als Volkspolizist dabei zu sein. Vielmehr wollte er endlich in Ruhe und Frieden seinem Beruf nachgehen, den Menschen Brot backen, zumal nach dem Krieg großer Hunger herrschte. Doch er sah ein, daß auch anderes wichtig war. Ab 1. Mai 1946 diente er in der Polizei.

Folgendes Dokument ist überliefert:

*„Der Präsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- Innere Verwaltung -
Bestätigung !*

Schwerin, den 1. Mai 1946.

Herr Otto Ibs, geb. am 22.11.98 in Hagenow, wohnhaft in Hagenow, wird mit Wirkung vom 1. Mai 1946 zum Polizei-Oberinspektor, Leiter der Ordnungspolizei und stellv. Leiter der Polizei des Kreises H a g e n o w bestätigt.

(Stempel und Unterschrift)

Chef der Polizei des Landes Mecklenburg-Vorpommern“

Im Herbst 1946 kehrte Ibs wieder in seinen Beruf zurück. Da wäre er gewiß nützlicher, erklärte er. Er habe einen ausgeschlachteten, sequestrierten Betrieb im Auge, den es betriebsfähig zu machen gelte. Im März 1947 konnte dann im ehemaligen Betrieb Franz am Breitscheid-Platz die Produktion wieder anlaufen. Bereits nach einem Jahr erwirtschafteten die fleißigen Bäcker einen Gewinn. Anfang der 50er Jahre führte Otto Ibs als erster im Bezirk den sozialistischen Wettbewerb und den Leistungslohn in seiner Bäckerei ein. Schließlich wurde er als erster Aktivist des Kreises Hagenow geehrt. Und noch heute trägt die zu DDR-Zeiten im Stadtteil Neue Heimat errichtete große Sporthalle seinen Namen. Er war ein Mann, ein Genosse, der seiner in der Jugend gewonnenen Überzeugung die Treue hielt, sich für sie einsetzte, ein Leben lang.

Hagenow nach dem Krieg

In einer Bürgerinformation für den Landkreis Hagenow aus dem Jahre 1992 lesen wir: „Zwischen der Ostseeküste und den tausend Seen der Mecklenburger Seenplatte liegt im südwestlichen Teil des Landes Mecklenburg-Vorpommern der Landkreis Hagenow. Durch seine geographische Lage ist er das Bindeglied zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. [...] Der Kreis Hagenow, in dem ca. 70.000 Bürger leben, ist mit seinen 1.550 qkm der flächenmäßig größte Landkreis im Gebiet der neuen Bundesländer [wie vorher in der SBZ und der DDR – S. Sp.] [...] Seine geringe Siedlungsdichte und das stark zersplitterte Siedlungsnetz sind neben dem fruchtbaren Land, dem Wasser, den Wiesen und Wäldern ein entscheidender Faktor für die Entwicklung des Tourismus in dieser Region. Mit seiner fast unberührten Landschaft, der Vielfalt der Pflanzen- und Tierwelt ist er eine Oase für Wanderer, Naturfreunde und Erholungssuchende.“

Der Zweite Weltkrieg hatte von den Einwohnern Hagenows 220 Opfer, Gefallene gefordert. Von Fliegerangriffen blieb der Ort nahezu verschont, obwohl vor den Toren der Stadt ein Militärflugplatz lag. Natürlich machte die Drangsal des Krieges keinen Bogen um unsere Kommune. Nach den wiederholten Fliegerangriffen auf Hamburg kamen ab dem 28. Juli 1943 etwa 3.000 Ausgebombte in die Stadt. Die Zahl stieg, ehe sie auf umliegende Gemeinden verteilt wurden, auf 4.000 Menschen. Im Januar 1945 lebten noch etwa 1.000 Hamburger in Hagenow. Dann kamen die ersten fünfhundert Flüchtlinge aus dem östlichen Reichsgebiet. Bald waren es fünftausend! Im Herbst 1945 gab es 6.000 Flüchtlinge und Vertriebene in der Stadt. In der Lokal-Zeitung „Land und Volk“ vom 15. Oktober 1946 wurde der Landrat Kurt Fleischer mit den Worten zitiert: „Der Kreis Hagenow hatte 1939 rund 51.500 Einwohner. Durch die Folgen des verbrecherischen Hitlerkrieges mußten bis heute über 50.000 Menschen, die Hab und Gut verloren hatten, im Kreis Hagenow untergebracht werden, so daß die Einwohnerzahl des Kreises zur Zeit rund 102.000 Menschen beträgt.“

Die Einwohnerzahlen des Kreises Hagenow:

Datum	Stadtbevölkerung	Landbevölkerung	insgesamt
01.12.1945	35.135	62.636	97.771
29.10.1946	36.244	70.814	107.058
31.10.1947	37.552	67.575	105.127
31.10.1948	37.838	65.691	103.529

Im Jahre 1949 hatte der Kreis Hagenow insgesamt 102.523 Einwohner, davon 43.070 „Umsiedler“. Von den „Umsiedlern“ waren 23.517 im arbeitsfähigen Alter. Ein Teil von ihnen nahm das Angebot der Bodenreform an und erwarb Bodenreformland, bis 1949 waren es 1.163 Neubauern. In bezug auf die Bodenreform wird Landrat Fleischer in der oben genannten Zeitung zitiert: „Durch Verordnung der Landesverwaltung vom 5. September 1945 wurde das Gesetz zur Durchführung der Bodenreform erlassen. Wenn man bedenkt, daß (in unserem Kreis) 67 Güter innerhalb 3 Monaten aufzuteilen waren, so kann man sich den Umfang der Arbeit vorstellen. Es sind im ganzen ca. 3.400 Neubauern- und Anliegerstellen geschaffen worden.“

Wurde bei der Bodenreform die Losung ausgegeben „Junkerland in Bauernhand!“, so hieß es beim Aufbau der neuen Polizei „Kaderfragen sind Machtfragen!“ Aber woher die neuen Polizisten nehmen? Sieben Männer waren es in Hagenow, die den Grundstock bildeten. Ihre politische Eignung: ein Opfer des Faschismus, zwei SPD-Mitglieder von vor 1933, die Antifaschisten geblieben waren, ein Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland, ein Mann von einer Antifa-Schule in der Sowjetunion, ein Mann mit „antifaschistischer Grundhaltung“ und ein Polizist von vor 1945, der sich „loyal zur neuen Gesellschaft“ verhielt.

Rudi Biranowski (im folgenden R.B.) schreibt in der Hagenower Polizei-Chronik: „Die allgemeine Einstellungspraxis war der Zeit angepaßt. So konnte es in den Anfängen geschehen, daß in die Funktion eines Polizisten berufene Kräfte alles andere als antifaschistisch oder loyal waren. [...] In der späteren Folge gab es für alle Einstellungen in die Polizei eine Probezeit. [...] Daraus resultierte die damalige hohe Fluktuation. Mit zweckmäßigen Maßnahmen wurde dann die politische und moralische Sauberkeit der Polizei garantiert, um auch dem Gegner der antifaschistisch-demokratischen Ordnung keine Angriffsfläche zu bieten.“

Am 17. Juni 1947 gab der Chef der Polizei des Landes Mecklenburg, Hans Kahle, ein Rundschreiben mit der Überschrift „Lebensstil der Polizei“ heraus, in dem er einleitend sagte, es gebe Anzeichen der Verbürgerlichung in den Reihen der Polizeiangehörigen. „Hochzeiten, Geburtstage, Jubiläen und dergleichen sind bezüglich der Zahl der Teilnehmer und des Gebotenen in bescheidenem, den Zeitumständen entsprechendem Rahmen zu halten, und es ist jedes besondere Aufsehen zu vermeiden. [...] Bei allen Veranstaltungen soll die Kleidung der Damen und Herren so sein, daß auch Flüchtlinge und Ausgebombte, die nur über dürftige Garderobe verfügen, diese besuchen und sich dort wohl fühlen können. [...] Herzlichkeit, Aufrichtigkeit, Verständnis und Hilfsbereitschaft sind mehr wert, als übertriebene Höflichkeit.

Unhöflichkeit oder gar Grobheit sind dagegen ein Zeichen mangelnder Kultur; Überheblichkeit ist ein selten trügender Beweis für Dummheit.

Die Polizei des neuen demokratischen Staates hat nur eine einzige große Repräsentationspflicht, deren sie sich immer bewußt sein muß: Sie ist der Repräsentant des werktätigen Volkes, aus dem sie hervorgegangen ist, dessen Interessen sie vertritt und mit dem sie die Verbindung niemals verlieren darf.“

Am 9. Oktober 1947 wurde die Betriebsparteiorganisation der SED in der Polizeieinheit gegründet. Für das Jahr 1953 (Stand vom 30. Juni) liegen folgende Zahlen und Angaben vor: Bei insgesamt 64 Männern und 17 Frauen gab es 67 Mitglieder und 14 Kandidaten. Ihrer sozialen Herkunft nach waren es 51 Industriearbeiter, drei Land- und Forstarbeiter und 13 Angestellte. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen waren die 30- bis 40jährigen mit 45 am stärksten vertreten.

Zu Beginn war eine systematische Qualifizierung im Polizeidienst nicht möglich. Die Lebensumstände drängten danach, die Praxis stärker als die Theorie zu gewichten. Bald aber konnten in einer Gaststätte in Vellahn Eintagsschulungen für die Außenposten durchgeführt werden. In Vellahn fanden sie deshalb statt, weil dort der Weg per Fahrrad für alle einigermaßen gleich nahe oder weit war. Naturalien für die Kochkünste des Wirtes waren mitzubringen, im Winter außerdem Feuerung für den Ofen. 1947 setzten mehrwöchige Lehrgänge an Polizeischulen ein. Die Fächer waren: Staatskunde und Staatsrecht, Polizei- und Verwaltungsrecht, Straf- und Prozeßrecht, Gewerberecht, Straßenverkehrsrecht, Revierkunde, Kriminalistik.

Die ersten Polizisten des Kreises Hagenow gingen in Zivil, waren in Deutsch und in Russisch durch eine Armbinde mit der Aufschrift „Polizei“ kenntlich. „Bereits im zweiten Halbjahr 1947 wurde unter der Leitung des damaligen Leiters des Kreispolizeiamtes, Polizeirat Ringel, die Polizei im Kreis Hagenow zunächst mit einheitlichen dunkelblauen Uniformen ausgerüstet, die aus den noch vorhandenen Beständen der Wehrmacht, bzw. des Reichsarbeitsdienstes (RAD) kamen und vom Hagenower Bekleidungswerk GERMANIA gefärbt und umgearbeitet worden waren. Eine solche Uniform hatte die Hagenower Polizei als erste im Lande. In der Folgezeit wurden zentral Effektenstücke geliefert, vor allem der 12zackige Polizeistern. Er sollte an die 12jährige Knechtschaft unter den Faschisten erinnern. Zunächst war der Stern noch ohne Landeswappen. Später wurde das Staatswappen der DDR eingepreßt“ (R. B.).

Ein Polizist ohne wirksame Handhabe im öffentlichen Dienst ist in den Augen von Rechtsverletzern kein ernstzunehmender Ordnungshüter. Der Alliierte Kontrollrat verfügte, die Polizei mit Pistolen auszurüsten. Auf dem Revier in Vellahn grenzte das an Ulk, denn man gab den dortigen fünf Polizisten eine alte „08“ in die Hand, eine einzige für alle, und dazu drei Schuß Munition. Aber ein Schlagstock wurde jedem Polizisten im Kreis zugestanden. Motorisiert war das Kreispolizeiamt Hagenow im Jahre 1945 mit drei PKW und sieben Motorrädern. Die Reviere und Außenposten hatten keine Motorfahrzeuge. Fahrräder, da und dort ein Reitpferd, waren die üblichen Fortbewegungsmittel. Aber, „um die operative Beweglichkeit zu sichern, wurden durch den Landrat die in der Stadt Hagenow vorhandenen privaten Fuhrunternehmer verpflichtet, Nachtbereitschaft zu garantieren und auf Anforderung der

Polizei, diese mit einem Lastkraftwagen zum Einsatzort zu fahren.“ (R. B.). Das bedeutete häufig, daß man spät am Tatort ankam, denn nach dem Krieg fuhr man nur mit Holzvergassern, die vor dem Start eine gewisse Anheizzeit benötigten.

Die Struktur der Polizei im Kreis Hagenow

Bis September 1945 gab es nur die örtliche Polizei, die dem Landrat unterstand. Danach wurden Ordnungspolizei (später Schutzpolizei), Kriminalpolizei und Verwaltungspolizei geschaffen. Im Jahre 1947 sah die Struktur dann so aus: Leitung – Polizeirat, Ordnungspolizei – Oberinspektor, Verwaltungspolizei. Der Oberinspektor hatte folgende Geschäftsstellen: Kfz-Zulassungsstelle, Gewerbepolizei, Kreiswohnermeldeamt, Ordnungsstrafvollzug und Haushaltsabteilung. Um Polizeipräsenz und Aufgabenerledigung zu sichern, schuf sich das Kreispolizeiamt sieben Reviere im Territorium: Hagenow, Wittenburg, Zarrentin, Boizenburg, Vellahn, Neuhaus und Lübtheen. Die Kriminalpolizei verfügte im Jahre 1947 über Außenstellen in Zarrentin, Boizenburg und Neuhaus/Elbe, also an den Grenzen zu den Westzonen.

Zunächst führte die Kriminalpolizei ein gesondertes Dienstleben, fußend auf dem Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945. Ihre Aufgabe war es, „aus eigenem Entschluß und auf Weisung des Richters oder Staatsanwaltes Rechtsbrecher festzustellen und der Bestrafung zuzuführen. Der Tätigkeitsbereich war das Kreisgebiet. Aber in dringenden Fällen durfte sie auch außerhalb des Kreises tätig werden, mußte dann aber eine entsprechende Information weitergeben. Bei der Feststellung von Kriegsverbrechern arbeitete sie eng mit den zuständigen Stellen der Roten Armee und der operativen Gruppe des NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR) zusammen. Mit der Begründung, größere Erfolge in der Tätigkeit der Kriminalpolizei zu erzielen, wurde sie reorganisiert, so daß ab Herbst 1947 im Kreis Hagenow die Kriminaldienststelle Hagenow zusammen mit den genannten Kriminalaußenstellen wirkte. Gleichzeitig kam es zur Bildung von sieben Kommissariaten, in denen eine unterschiedliche Anzahl von Kriminalisten tätig war, insgesamt 18 bis 20 Kriminalisten. In Schwerin saß die aufsichtsführende Dienststelle des Landes. Das Landeskriminalamt (LKA) war befugt, in die kriminalpolizeiliche Tätigkeit der Kreispolizei Einsicht zu nehmen und sich vom Stand der Ausbildung und Ausrüstung zu überzeugen. Der Leiter des LKA war gleichzeitig Vertreter des Chefs der Polizei im Land Mecklenburg-Vorpommern.“ (R. B.)

Für die Politik und die Öffentlichkeit war an der Polizeiarbeit wohl am interessantesten, was in den Aufgabenbereich der Kriminalpolizei fiel. Da ist zunächst von Tötungsverbrechen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit zu berichten: In Lübtheen tötete ein Mann seine Schwiegermutter; Schwiegervater und Verlobte verletzte er schwer. In Scharbow wurde eine Frau von ihrem Schwiegersohn getötet. In Langenheide wurde ein Sexualmord an einer Bauerntochter begangen. Die Chronik berichtet aber auch: „In verschiedenen Fällen wurden ausgeführte Straftaten von unbekannten Tätern Soldaten der Roten Armee zur Last gelegt. Bei der gründlichen Untersuchung stellten sich diese Behauptungen als unwahr heraus. So zum Beispiel bei einem Tötungsverbrechen in Moraas. Hier wurde auch zunächst behauptet, Angehö-

rige der Roten Armee hätten die Straftat begangen. Später wurde ein ehemaliger SS-Angehöriger als Täter ermittelt, der sich durch seine Flucht in die Westzone der Verhaftung entzog.“ (R. B.).

In den ersten Monaten nach dem Ende des Krieges verbreiteten sich Geschlechtskrankheiten. Am 16. April 1946 erließ der Chef der Polizei des Landes, Hans Kahle, dazu ein Rundschreiben. Die Polizei erhielt genaue Instruktionen, wie, wo und wann „Razzien auf Geschlechtskranke“ durchzuführen seien. Bandenunwesen hat es auch gegeben, wie aus einem Schreiben des Schweriner Oberstaatsanwaltes beim Landgericht vom 15. September 1946 an den Generalstaatsanwalt hervorgeht. Die Täter waren bewaffnet. Über Ermittlungserfolge wurde nicht berichtet. Eine spektakuläre Wirtschaftsstraftat war der Diebstahl von Nähmaschinen in der bereits oben genannten Firma GERMANIA; das Diebesgut wurde – via Schaalsee – in die Westzonen gebracht.

Nicht alle NS-Anhänger verließen 1945 schlagartig die SBZ. Unser Gewährsmann ermittelte: „Noch im Kreis Hagenow vorhandene Reste von Faschisten sammelten sich im Raum Vellahn und führten dort illegale Versammlungen durch. Öffentliche Tanzveranstaltungen wurden durch Söhne von Großbauern genutzt, Schlägereien zu inszenieren. Kam die Polizei, sagten sie, der und der. Im übrigen, der faschistische Gruß war damals in dieser Szene keine Seltenheit. – Im Raum Vellahn wurden reife Getreidefelder vorsätzlich in Brand gesetzt, Pflanzkartoffeln, die bereits in den Boden gebracht worden waren, zur Nachtzeit wieder ausgebuddelt – oder man hat das Feld verwüstet.“

Das Wort Schieber war ein landläufiges Wort. Also ging es auch in die Berichterstattung der Polizei ein: „Es wurde zur Praxis, daß aus den südlichen Teilen der sowjetisch besetzten Zone Personen per Eisenbahn anreisten. Zielbahnhöfe waren Hagenow, Kühlenfeld und Boizenburg. Auf den umliegenden Dörfern tauschten sie Industrieerzeugnisse gegen landwirtschaftliche. Es handelte sich um zwei Gruppen von Menschen. Die einen handelten, den anderen ging es ums Überleben. Die Menschen der zweiten Gruppe erhielten keine Strafe. Solche Menschen zu erkennen, gaben die sowjetischen Soldaten einen einfachen Tipp: Laßt euch die Hände zeigen. Sind es Arbeiterhände, klare Sache.“ (R. B.) In einem Rundschreiben des Chefs der Landespolizei vom 19. September 1946, dokumentiert in der Chronik, heißt es: „[Mit] Flüchtlingen und werktätigen Personen, die sich ausweisen und nachweisen können, daß sie in Arbeit stehen, ist nicht kleinlich zu verfahren.“ Sie durften die bei der Kontrolle festgestellten Lebensmittel behalten. Aber es wurde auch im großen Stil geschoben. Ganze LKW-Ladungen verließen illegal den Kreis Hagenow. Besonders bekannt wurde ein Fall, bei dem es sich herausstellte, daß der den Transport begleitende Polizist in Uniform ein ehemaliger SS-Offizier war.

Zu den Obliegenheiten der Polizei gehörte auch der Schutz gegen Feld- und Flurschäden durch Wildfraß. Folgt man den vielen Beschwerdebriefen, sollen hundert Schweine-Stärken keine Seltenheit gewesen sein. Auf jeden Fall gab es damals kein organisiertes Jagdwesen, das diesen Verwüstungstrupps hätte Paroli bieten können. Die Polizei organisierte deshalb gegen die beschriebene Not auf den Feldern einen Treiber-Bauernhaufen, jeder Mann einen festen Holzspeer in der Faust. Den Kern

der Jagdtruppe bildete ein halbes Dutzend Gewehrträger. Der damals weithin bekannte Wittenburger Polizist Viete Lange verteilte – laut Chronik – die Feuerwaffen an die, von denen er wußte, daß sie mit dem Schießgewehr treffsicher und weidgerecht umgehen konnten. Einen Jagdschein gab es ebensowenig wie politische Überprüfung zuvor.

Die Polizei strukturierte sich neu. Für den 30. März 1949 wird folgende Struktur festgehalten: Amtsleitung, Polit-Kultur-Leitung, Personalabteilung, Schutzpolizei, Verwaltungspolizei, KfZ-Inspektion, Kreiskriminalpolizei, Abteilung Indantur, Gesundheitswesen, Abteilung Schulung. Am 1. Mai 1949 marschierte zum ersten Mal, und zwar in den Städten Boizenburg und Hagenow, die Polizei in geschlossenen Formationen mit, Langwaffen dabei. Am 1. Juli wurde zum ersten Mal der Tag der Volkspolizei gefeiert. Ein Ehrenzeichen wurde gestiftet. Es gab durchgehend neue Dienstgradbezeichnungen. Am 28. August schieden die Parteiorganisationen der Volkspolizei aus den örtlichen Parteiorganisationen der SED aus und wurden nun von der Hauptabteilung Polit-Kultur der Verwaltung des Inneren geleitet.

Jahre des Kalten Krieges

Im ersten Jahrzehnt der DDR erlebte die junge Republik das Gerangel der beiden Sieger-Supermächte um das Territorium zwischen Werra/Elbe und Oder. Schließlich kam ein gewichtiges Wort aus Bonn: Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb. Mit dem am 20. September 1955 unterzeichneten Staatsvertrag UdSSR-DDR wurde die DDR aus sowjetischer Besatzung und aus den Gesetzen, Direktiven, Befehlen und Beschlüssen des Alliierten Kontrollrates entlassen.

Um die Entwicklung des Agrar-Kreises Hagenow in jenem Jahrzehnt zu verfolgen, genügt es nicht, allein die Chronik der Volkspolizei zugrunde zu legen. Deshalb sei zusätzlich aus zeitgenössischen Publikationen des Kreises geschöpft. Außerdem greife ich auf meine Lokalstudie „Hagenow 1945–1978“¹ zurück, die auf der Grundlage von zum Teil mehrmals hinterfragten schriftlichen Zuarbeiten aus Betrieben und Einrichtungen entstand (in meinem privaten Archiv deponiert).

1949 zählte der Kreis Hagenow rund 6.000 Beschäftigte in der Industrie, die, außer in Boizenburg, in 70 kleinen Betrieben beschäftigt waren. In Boizenburg gab es die frühere Werft Thomsen & Co., nun Volkseigener Betrieb (VEB) Elbwerft, und die alte Plattenfabrik, jetzt VEB Fliesenwerke „Kurt Bürger“. Außerdem wirtschafteten im Kreis der VEB Fahrzeugwerk „Ernst Thälmann“ in Lübben, der VEB Mechanisch-Chrom in Brahlstorf und der VEB Tierhaarzurichterei in Lübben-Jessenitz. In Hagenow gab es die Mechanischen Werkstätten (gegründet 1946), das Mecklenburger Käsewerk (1946), einen Wasserwirtschaftsbetrieb (1954), einen Betrieb der Energieversorgung (1954), einen Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb (1952), eine Molkegenossenschaft (1953), die PGH „1. Mai“ (1958), die PGH Heizungs- und Rohrleitungsbau (1959), die Firma August Hildebrandt (1868) sowie die Firma Herbert Bruch (1946). In der Landwirtschaft wirkten die VEAB/VEB Getreidewirt-

¹ Siehe Siegfried Spantig: Hagenow 1945-1978, Beiträge zur Chronik der Stadt, 2. Bd., Ludwigslust 1979, 95 S.

schaft (1949), die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe/Bäuerliche Handelsgenossenschaft (VdgB/BHG) (1951) und die Gärtnerische Produktionsgenossenschaft (GPG) „Prof. Dr. Reinhold“ (1955). Außerdem bestanden kleinere Handels- und Transportbetriebe, Geldinstitute, die Post, Einrichtungen des Gesundheitswesens und des Roten Kreuzes usw. Der flächenmäßig größte Kreis der DDR meldete am 28. März 1960, daß alle Bauern des Kreises in die LPG eingetreten waren. Vollgenossenschaftlichkeit war das amtliche Wort dafür.

Die Chronik der Hagenower Volkspolizei berichtet von spezifischen Aufgaben der Polizei. Bis Ende März 1950 existierte ein Brandschutzamt. Am 1. April 1950 wurde es der Polizei als Abteilung Feuerwehr unterstellt. Die unmittelbar an der Grenze liegende Elbewerfft befand sich damals im Aufbau, gerade an der Stelle, an der viel DDR-Gut, vor allem Motoren, Maschinen und technische Ausrüstungen illegal über die Elbe gen Westen geschafft wurden. Am 1. September 1950 schuf man in der Werft ein Betriebsschutzkommando, das der Polizei unterstellt war. In jener Zeit stand Buntmetall hoch im Kurs. Westinteressenten hatten in der DDR ein regelrechtes Aufkaufnetz organisiert. Dagegen setzten die Polizeiaktionen „Berta“ und „Cäsar“ ein. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere ein Bürger in Wehningen bekannt, der die Waren nicht nur aufkaufte, hortete, günstig in den Westen absetzte, sondern auch selbst „besorgte“. So hatte er beispielsweise sämtliche Wasserleitungsrohre im ehemaligen Schloß Wehningen ausgebaut und die Bleiplatten vom Dach gestohlen. Ende 1951 wurde für solche Fälle ein Schnellkommando mit entsprechenden Aufgaben geschaffen. Das Kommando war der Schutzpolizei unterstellt und hatte einen 24-Stunden-Dienst.

Die Schaffung von Bezirken in der DDR zog 1952 eine Strukturveränderung auch in der Polizei nach sich. Zugleich wurde das System der Abschnittsbevollmächtigten (ABV) geschaffen, dazu die Aufteilung des Kreises in Stadt- und in Landgebiete. Die ABV unterstanden unmittelbar dem Leiter des Volkspolizeikreisamtes (VPKA). Sie wurden mit immer mehr Vollmachten ausgestattet, die von einem gewissen Punkt an die Männer überforderten. Im Oktober 1956 gab es 39 ABV.

Im Sommer 1952 beschloß die Regierung der DDR die Schaffung einer fünf Kilometer breiten Schutzzone an der Grenze zur Bundesrepublik. Das war mit Umsiedlung der dort wohnenden Menschen verbunden. Vorab wurden in den Kreisen Güstrow und Bützow insgeheim Wohnungen und Arbeitsstellen für die Umzusiedelnden vorbereitet. Dann ging es am festgelegten Tag in den frühen Morgenstunden in die Wohnungen der Betroffenen, denen von einem Vertreter der örtlichen Organe der Umsiedlungsbeschluß zur Kenntnis gebracht wurde. „Es mußte sofort gepackt und der Umzug vorgenommen werden“, heißt es in der Chronik. „Durch diese langfristig vorbereitete und streng geheim gehaltene Maßnahme verlor der Gegner eine nicht genau bestimmbare Zahl von Stützpunkten auf dem Territorium des Kreises Hagenow entlang der Demarkationslinie. Der Gegner war überrascht worden und hatte so keine Möglichkeit, mittels Medien oder der sonst üblichen Hetzschrifteneinschleusung per Ballon zu reagieren“, so die Chronik gemäß zeitgenössischer Sprachregelung.

Am 17. Juni 1953 kam es zu jenem Ereignis, das die heutige Geschichtsforschung flächendeckend mit „Volksaufstand in der DDR“ bezeichnet. Zumindest im Kreis Hagenow war diese Decke aber zu kurz. Denn hier gab es keinen Aufstand. Die sowjetische Garnison, die sich 1945 nach dem Weggang deutscher Luftwaffeneinheiten auf dem stadtnahe gelegenen Flugplatz eingerichtet hatte, ließ am genannten Tage vier Panzer auf dem Platz vor dem Rathaus in Hagenow auffahren. Das sorgte für Aufregung. Seit 1945 hatte man die berühmten T 34 nicht mehr gesehen. Also hin und geguckt, (norddeutsch „gekuckt“), auch von fern kommend, mit dem Fahrrad oder mit dem Auto, soweit schon vorhanden. Der Lagebericht Gustl Schreiber formulierte so: „Im Kreis Hagenow ist die Stimmung der Bevölkerung ruhig. In den Abendstunden waren die Straßen in Hagenow mäßig belebt. Dieses ist darauf zurückzuführen, daß die Rote Armee am Thälmann-Platz 4 Panzerfahrzeuge aufgefahren hatte und die Bevölkerung diese Fahrzeuge besichtigte.“

Unruhe ging später eher von den Reformbemühungen der SED aus. So lesen wir in einer Chronik der SED-Kreisparteiorganisation Hagenow, daß sich die LPG in Zahrendorf und Nostorf auflösten, in anderen LPG Austrittserklärungen auf den Tisch gelegt wurden. Im Januar 1954 sollen es insgesamt fast 300 Austritte gewesen sein. Als besonderes Beispiel galt die LPG in Jessenitz. Hier erklärten von 19 Mitgliedern zwölf ihren Austritt. Im Zusammenhang mit der – zunehmend falsch akzentuierten – Ursachenforschung für die Unruhen im Sommer 1953 kam die Polizei auch im Kampf gegen „Agenten“ zum Einsatz. Ein Fall in Gallin sorgte für Aufsehen. Hier fanden sich, tief in einem Hausgarten vergraben, gebrauchsfähig deponierte Handfeuerwaffen und die dazu gehörende Munition. Auf dem Dachboden lagen Sprengkapseln und Zünder. Die Ermittlungen ergaben, daß das Rathaus in Wittenburg in die Luft gesprengt werden sollte, so auch die Grenzkompagnie in ihren Baracken vor den Toren der Stadt. Die Polizeichronik nennt mehrmals den Namen eines „Agenten“.

Galt es echten Katastrophen zu begegnen, so war auch die Volkspolizei im Einsatz, wie beispielsweise bei dem Elbehochwasser. Die Chronik berichtet aus dem Jahr 1954, daß 15 Menschenleiber eine Sickerstelle im Damm so lange bäuchlings andrücken mußten, bis Faschinen und Sandsäcke zur Stelle waren.

Jenseits der Elbe bemühte man sich reichlich um dauernde Beschäftigung der Hagenower Volkspolizei. Sehr beliebt waren Ballon-Aktionen. Die Polizei nannte das „Balloneinflüge mit Hetzschriften“. Nach Auslösung eines Zeitzünders platzten die Ballons und überstreuten weite Teile des Kreises. Es kam aber auch vor, daß sich die schweren Bündel nicht öffneten und als Brocken zur Erde sausten, wie am 14. Mai 1957 in Viehle, als das Dach einer Scheune durchgeschlagen wurde.

In noch viel höherem Maße gefährlich wurde es, als 1958 etwa 15 Elbkilometer unterhalb Boizenburgs bei Geesthacht (Stadt zwischen Lauenburg und Hamburg, also alte BRD) ein Damm gebaut wurde. Nicht auszudenken, was mit Boizenburg und den Dörfern elbaufwärts bei Hochwasser geschehen wäre, hätten nicht sofort sichernde Baumaßnahmen eingesetzt. 1.200 Arbeitskräfte des VEB Ingenieur-Erdbau Eberswalde und Magdeburg waren im Einsatz. Die Polizei gab Hilfestellung. Bis 1956 gab es in Hagenow noch kein Gebäude für alle Dienststellen des VPKA. In

drei Jahren Bauzeit sollte das Haus bis 1959 entstehen. So viel Zeit wurde deshalb eingeplant, weil vieles in der Freizeit in Eigenleistung zu schaffen war: Erdarbeiten, Ziegelherstellung und so weiter. Am 9. Dezember 1959 stand das neue Dienstgebäude bezugsfertig. Noch während der Erdarbeiten ereignete sich 1956 etwas, das lange Gesprächsthema war. Lassen wir, laut Chronik, einen Zeitzeugen sprechen: „Während wir beim Abtransport des Mutterbodens waren, an einem Sonnabend Nachmittag, hörten wir plötzlich Motorengeräusch in der Luft, das immer stärker wurde. Aus Richtung Wittenburg näherte sich ein Flugzeug, ein Doppeldecker. Dieser überflog uns in einer Höhe von 50 Metern, beschrieb einen Kreis und überflog uns wieder. Der Flieger wollte landen, das erkannten wir. Und vor der sowjetischen Garnison ging er nieder. Zwei Genossen wurden beauftragt hinzufahren, um ein Durchstarten zu verhindern, wenn es sich nicht um eine sowjetische Maschine handelte. Wie wir das machen sollten, das wußten wir selbstverständlich nicht. Beim Eintreffen lief der Motor des Flugzeuges, das übrigens von grauer Farbe und ohne Hoheitszeichen war, noch. Plötzlich setzten Angehörige der sowjetischen Armee über den Zaun ihres Objektes, rannten zum Doppeldecker und legten diesem ein Stahlseil in Höhe des Seitenleitwerkes um, das sie an Eisenstangen befestigten. Nun versuchte der Pilot mit Vollgas weg zu kommen, aber das Seil hielt. Er wurde aufgefordert auszusteigen. Kopfschütteln.“ Es schloß sich ein Disput zwischen Vertretern in russischer und deutscher Uniform an, wer hier wohl zuständig sei? Die umstandslose Einigung lautete: Der Mann den Sowjets, die Maschine an „Kammrat“. Und der hatte seine liebe Not mit der Bewachung, denn Neugierige über Neugierige strömten heran. Vom Fortgang weiß der Chronist zu berichten: „Der Pilot, ein kleiner gedrungener Mann mit einem grimmigen schwarzen Vollbart und dunkelbraunem Gesicht, sprach kein Wort, auch nach zwei Tagen noch nicht. Essen und Trinken rührte er ebenfalls nicht an. Also Übergabe an die Volkspolizei zwecks Feststellung der Personalien. Das wurde ihm dann auch auf russisch erklärt. Zum Schluß, kurz vor der Übergabe, boten ihm die sowjetischen Genossen einen echten Wodka an. Die Flasche war original verschlossen. Er sollte öffnen und sich bedienen. Das machte er ohne zögern. Nach dem zweiten Glas überkam ihn das Bedürfnis, seine Hochachtung über die Qualität des Wodkas auszudrücken. Er tat das in russischer Sprache.“ (R. B.) Es hieß, der Pilot habe sechs Sprachen beherrscht, bei BBC London gearbeitet und seine Freundin in Hamburg besuchen wollen, die ein großes Haus voller junger Mädchen und Frauen geldbringend hütete. Als gewiefter Pilot war er immer unter dem Radar geflogen und hatte sich schließlich doch verfranzt. Nun hatte er noch drei Tage Gelegenheit, die russische Kasernenküche zu genießen. Als man ihn schließlich nach Hamburg entließ, gab man ihm eine Flasche Wodka mit, damit er nicht mit leeren Händen bei seiner Freundin eintrudelte. – Aus solchem Stoff waren seinerzeit manche Tatsachen und viele Legenden gestrickt...

Die fünfziger und sechziger Jahre waren auch die Zeit des kulturellen und bildungspolitischen Aufbruchs in der DDR. Auch die Hagenower Volkspolizisten taten viel auf dem Gebiete der Kultur, insbesondere von 1955 bis 1965. Öffentliche Auftritte hatten ihr gemischter Chor, die Agit-Prop-Gruppe, die Laienspielgruppe, die Tanz-

gruppe und die Tanzkapelle. Mancher Ehepartner wirkte mit. Selbst Offiziere traten auf, allen voran der Leiter der Kriminalpolizei, der Rat Gustl Schreiber.

Die Schließung der Grenze zu Westberlin am 13. August 1961 brachte DDR-weit die Polizeikräfte in Alarmbereitschaft. Für Hagenow ist festgehalten: „In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 kurz nach 0.00 h wurden sämtliche Kräfte des VPKA alarmiert und zur Dienststelle befohlen. Gegen 03.00 h wurde mitgeteilt, daß die Maßnahme mit dem verstärkten Schutz der Staatsgrenze zu Westberlin und zur BRD im Zusammenhang stehe. Nachdem im Verlaufe des Tages bekannt wurde, daß der antifaschistische Schutzwall in Berlin errichtet worden war, gab es von den Bürgern des Kreises – überwiegend – Zustimmung. Der Alarmzustand für die Kräfte des VPKA wurde bis auf weiteres aufrechterhalten.“

Hagenower Polizeiarbeit nach dem Mauerbau

Im landwirtschaftlich geprägten Kreis Hagenow wurden zunehmend Großbetriebe errichtet, vor allem Betriebe der Lebensmittelindustrie. Der VEB Kartoffelveredlungswerk Hagenow (seit 1970), die Konsum-Großbäckerei Hagenow (seit 1966), die Konsum-Getränkefabrik Hagenow beschäftigten viele Arbeitskräfte. Vierzig Prozent der Schmelzkäseerzeugnisse der DDR kamen in den siebziger Jahren aus dem Mecklenburger Käsewerk Hagenow. Die Elbwerft Boizenburg, in der seit 1946 Fischkutter, später auch größere Schiffe entstanden, baute ab 1973 Binnenfahrpassschiffe für die Sowjetunion, drei pro Jahr. Mit dem Kombinat Fliesen- und Sanitärkeramik Boizenburg produzierte ein wichtiger Betrieb vor allem für den Export in mehr als 60 Länder der Erde. Der VEB Fahrzeugwerke „Ernst Thälmann“ ging zur Produktion von LKW- und auch von Traktorenanhängern über. 1978 erreichte man hier das doppelte Produktionsergebnis im Vergleich zu dem aller Industriebetriebe des Kreises im Jahre 1950. Zugleich wurde erfolgreich Landwirtschaft betrieben. Im Kreis Hagenow waren 1984 insgesamt 6.993 Genossenschaftsbauern und 1.841 Arbeiter in der Landwirtschaft tätig, die sich in Tier- und Pflanzenproduktion gliederte. Außerdem gab es drei GPG, ein VEG und eine LPG, die Obst- und Gemüsebau betrieben. Der Kreis Hagenow (1.552 km²) wurde zu einem Industrie-Agrar-Kreis. Am 31. Dezember 1969 wurden 78.570 Einwohner gezählt.

Wie hielt die Volkspolizei im Kreis Hagenow mit dieser Entwicklung Schritt? Zunächst brachte die Zeit technische Neuerungen. 1965 wurde der 40 Meter hohe Funkmast an der straßenabgewandten Giebelseite des VPKA errichtet, der übrigens noch heute seine Dienste tut. Und „im April 1965 erhielt das VPKA eine Zufuhr von Kraftfahrzeugen, so daß allein der Bestand an Motorrädern auf 34 anstieg.“ (R. B.). Die Einsätze konnten also effektiver werden. Aber es gab auch gänzlich neue Aufgaben.

Im Jahre 1961 blieben die Produktionsergebnisse in der Landwirtschaft zum Teil erheblich hinter den Planzahlen zurück. Das war eine durchaus vorausgesehene, vorübergehende Folge des Übergangs zur vollen Genossenschaftlichkeit. Gleichwohl mußte absichtlichen Schädigungen vorgebeugt werden. Eine hohe Viehsterblichkeit alarmierte die Behörden. ABV und Kriminalpolizei bekamen den Auftrag, mit dafür Sorge zu tragen, daß Ordnung und Sicherheit in den LPG gewährleistet

werden. Bald wurden Verstöße gegen die Statuten der LPG aufgedeckt, auch kriminelle Handlungen, sogar von LPG-Vorsitzenden. Die Polizei legte raffinierte Praktiken von Viehpflégern offen, die mit Energie bestrebt waren, in die eigene Tasche zu wirtschaften, aber dadurch ihren LPG großen Schaden zufügten.

Auch verkehrspolizeiliche Arbeit hatte in Hagenow ihre Eigenheiten. Damals gab es die Autobahn Berlin-Hamburg noch nicht. West-Berlin wurde über die F 5 versorgt, die auch durch den Kreis Hagenow führte. Oft zeigten Fahrzeugführer aus Westberlin und Westdeutschland bei der Beachtung der in der DDR geltenden Bestimmungen für den Straßenverkehr Unwillen; manche traten herausfordernd auf, besonders diejenigen, die unter Alkoholeinfluß am Lenkrad saßen. Einer behauptete einmal, es sei auf ihn geschossen worden. Die Spezialisten der Polizei wiesen ihm nach, daß er das erfunden hatte.

Am 13. August 1964 gab es auf der F 5 kurz vor Vellahn einen schweren Verkehrsunfall. Ein Hamburger Kesselwagen-Zug voller Flugzeugbenzin rammte einen Straßenbaum und entflammte sofort explosionsartig. Fahrer und Beifahrer fanden den Tod. Die Feuerwalze erreichte ein nahestehendes Sägewerk, das ausbrannte. Umfangreiche Meliorationsarbeiten mußten eingeleitet werden, um das Grundwasser zu schützen.

Viel Aufregung bescherte den Polizisten eine kleine Unaufmerksamkeit. An einem Sonntag im August 1963 wurden die Personalien eines Jugendlichen auf dem VPKA festgestellt. Der junge Mann durfte einen Augenblick allein im Aufenthaltsraum sitzen. „Diesen Moment nutzte er, um zur Aufklärung der Räumlichkeit überzugehen. Schließlich gelangte er in den Speiseraum und von dort ins Freie.“ (R. B.) Ausgerechnet in diesen Stunden war die Mannschaft im Ernteeinsatz. Die Leitung des VPKA wurde beim Getreideaufhocken auf den Feldern der LPG Radelübbe-Bakendorf durch einen Kradmelder unterrichtet. In seiner Not bat das VPKA die sowjetische Garnison um Hilfe und „innerhalb von 12 Minuten schwärmten Mot-Schützen-Einheiten aus und besetzten in Abständen von ca. 200 Meter durch Posten die Straße von Hagenow bis Wittenburg und von Wittenburg in Richtung Brahlsdorf über Vellahn. Nach 45 Minuten meldete der in Lehsen in Richtung Wulfskuhl abgesetzte Posten die Festnahme einer männlichen Person. Es handelte sich um den gesuchten Flüchtigen. Für die Einheiten wurde der Rückmarsch befohlen, der Posten mit einem angemessenen Präsent ausgezeichnet und dem Chef der Garnison der Dank ausgesprochen, der K-Dienst bestraft. Die Maßnahme der operativen Fahndung war noch vor dem Eintreffen der Amtsleitung vom Erntefeld im VPKA abgeschlossen. Die vorgesetzte Dienststelle ist nicht verständigt worden.“ (R. B.). Leider hatte die Sache ein Nachspiel: Da der sowjetische Kommandant mit der Aktion prahlte, kam der Lapsus des VPKA ans Licht, und der Amtsleiter bekam einen Rüffel, weil er seiner Meldepflicht nicht nachgekommen war.

Da die örtlichen Organe es nicht schafften, jenen Personenkreis einwandfrei festzustellen, der keiner geregelten Arbeit nachging, half die Polizei. Dabei mußte im März 1963 festgestellt werden, daß 107 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren, die meist ohne 8-Klassen-Abschluß waren, nicht in der Berufsausbildung steckten, zu Hause herumhockten. Von Alkoholmißbrauch und Westsender hören war die Rede.

Wachsende Kriminalität wurde konstatiert. Eine 30 Personen starke kriminelle Gruppe in Lübtheen konnte ebenso ausgehoben werden wie eine gleichgroße in Boizenburg, wobei es in der Elbestadt vor allem um Verstöße gegen das Paßgesetz ging, d. h. verübte Grenzdelikte. Es gelang, einige junge Leute in Ausbildung zu bringen, anderen wurden Arbeitsstellen beschafft.

Von den sechziger Jahren an wurden die Polizeikräfte aber auch stärker zur präventiven Arbeit herangezogen, man nannte das „gesellschaftliche Arbeit“. In 101 Verkehrssicherheitsaktivitäten war Hilfe und Anleitung zu geben. Es wurden 65 Zirkel der Kraftfahrerschulung betreut. Weiterhin bestanden im Kreis 41 Verkehrs-Schüler-Aktive, die beraten wurden. Außerdem organisierten die Volkspolizisten an fünf Schulen den Schülerlotsendienst. Die Mitarbeiter der Abteilung Feuerwehr arbeiteten in 34 Gemeinschaften „Junge Brandschutzhelfer“. Hinzu kam die Arbeit mit den Brandschutzverantwortlichen in den LPG. Im Interesse des Betriebs- und Brandschutzes mußte das Leitungspersonal der Betriebe regelmäßig geschult werden. Im Jahr 1967 gab es in Boizenburg ein tragisches Ereignis. Kinder hatten Fundmunition aus der Boize gefischt und damit gespielt. Es kam zur Explosion: Vier Kinder starben. Eine Granate der US-Armee aus dem Jahre 1945 war der Verursacher. Da es in Boizenburg keine Kämpfe gegeben hatte, muß die Granate in die Boize gelangt sein, als die Amerikaner nach der Kapitulation kurzzeitig in Boizenburg waren.

In jenen Jahren nahm die Zahl großer Verbrechen ab, jedoch nahmen die kleinen Straftaten und Randalereien zu. Es kam zu Schändungen von Friedhöfen, 1966 beispielsweise in Hagenow. In einer öffentlichen Veranstaltung vor 271 Bürgern im Hagenower Rathausaal appellierten die Polizei und die Vertreter der Nationalen Front an die Wachsamkeit und das Verantwortungsbewußtsein der Hagenower. Es dauerte geraume Zeit, bis man entdeckte, daß die Polizeiaktionen gegen die Störenfriede wegen einer undichten Stelle in den eigenen Reihen erfolglos geblieben waren. Es gab zu DDR-Zeiten auch Diebstähle von Kulturgut aus unscheinbaren kleinen Dorfkirchen. Das lief so ab: Unbekannte Leute baten um Besichtigung. Nach Wochen mußten Einbruch und Diebstahl festgestellt werden. Aber auch Bauarbeiter nahmen einiges mit, wie beispielsweise in Zahrendorf, wo sich Langfinger an alten holzgeschnitzten Aposteln vergriffen.

Im Frühjahr 1980 fiel im Wirkungsbereich der Freiwilligen Feuerwehr Boizenburg eine Häufung von Bränden auf. 15mal loderte es: Gartenlauben, Schuppen, Scheunen, Strohmieten, Waldungen. Die Untersuchung ergab, daß die Brände immer von derselben Person gemeldet wurden und daß immer ein ganz bestimmtes Löschfahrzeug als erstes am Brand eintraf. Wie sich herausstellte, hatte ein Feuerwehrmann aus Freude am Führen des Löschfahrzeuges und an der Bedienung der Aggregate für die Brände gesorgt.

Am 5. November 1981 stellte man nach 21 Uhr fest, daß ein laut singender junger Mann den Schornstein der Fliesenwerke erstiegen hatte. Um 22 Uhr kam es beim Schichtwechsel zum Massenaufmarsch. Die Konstruktion des Schornsteins ließ den Einsatz von Feuerwehrleiter, Sprungtuch, Luftkissen nicht zu. Daher wurde zunächst die Menschenmenge abgedrängt und medizinische Hilfe in Bereitschaft ge-

halten. Zum Glück stieg der Sänger bald ab, weil ihm das Publikum abhanden gekommen war.

Solchen Dingen nachzugehen, einsatzbereit zu sein, war ganz normaler Polizeialltag. Die Kriminalstatistik vom November 1982 vermerkt beispielsweise: Eingeleitete Ermittlungsverfahren 448. Davon gegen unbekannt 233, zum Nachteil des persönlichen Eigentums insgesamt 238. Quote der Gesamtaufklärung 78,8 Prozent, von den gegen unbekannt eingeleiteten Verfahren 61,9 Prozent. Auf frischer Tat gestellt 101. Zugleich galt noch immer: Der Gegner schläft nicht. „Im Kreis zeigten sich die gegnerischen Attacken in Form der Hetzschrifteneinschleusung mittels Ballon und Postzustellung, wobei fingierte Absender verwendet wurden. Und über seine Sender ermunterte er die Bürger, sich gegen ihren Staat aufzulehnen oder aber nach dem ‚freien Westen‘ zu gehen. Die versuchten und vollendeten Grenzübertritte nahmen zu. [...] Die Verdichtung der Streifen­tätigkeit war eine der Gegenmaßnahmen“. (R. B.)

Was sich am 20. Januar 1967 und danach in der Elbwerft Boizenburg ereignete, sah zuerst nach Sabotage aus. Ein Frost-Trawler für einen isländischen Kunden sollte vom Stapel laufen. Nach dem mit Spannung erwarteten Kommando „Stapellauf!“ bewegte sich das Schiff aber nur einige Zentimeter. Viel Kriminalpolizei wurde aufgeboden, eine Missetat aber nicht entdeckt. Nach sieben Tagen konnte das hartnäckig festhakende Schiff seinem Element übergeben werden. Der Mann aus Island lachte. „Schiff wird gut fahren“, soll er gesagt haben, „und Glück bringen.“

Ein Großteil der für die Polizei relevanten Straftaten hatte mit der nahen Grenze zur Bundesrepublik zu tun. Aufwühlend war das Geschehen um den Tod des Hagenower Kreisgerichtsdirektors, nicht zuletzt deshalb, weil von Anfang an bekannt war, daß ihn ein Angehöriger der sowjetischen Garnison mit Kopfschuß ermordet hatte. Der flüchtige Mörder konnte trotz Straßensperren tagelang nicht gefunden werden: Militär an allen Straßen und Wegen, Hundestaffeln, Hubschrauber waren im Einsatz. Nach neun Tagen konnte der Gesuchte „geortet“ und von „sowjetischen Kräften“ gestellt werden. Deren Militärgericht stellte fest, daß der Täter desertiert war und ein Auto angehalten hatte, um an die Grenze und in den Westen zu kommen. Zufall war, daß in dem Auto der Kreisgerichtsdirektor saß, und zwar allein.

Unbeabsichtigt wurde gelegentlich auch die DDR-Grenze verletzt. Die Hauptwindrichtung im Kreis Hagenow ist Südwest-West-Nordwest. Das kam Segelfliegern aus der Bundesrepublik nicht immer zupaß. Am 4. Mai 1975 zum Beispiel, gegen 13 Uhr, landete ein Segelflugzeug, bei Mölln aufgestiegen, nahe Gresse auf einem Kartoffelacker. Pilot und Flugzeug blieben heil. ...

So weit ein Blick in die Hagenower Polizei-Chronik. Sie endet mit dem Jahr 1985.

Informationen

Ungarn in der französischen Widerstandsbewegung. Information¹

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, lebten in Frankreich etwa 40.000 Ungarn. Viele von ihnen waren schon um die Jahrhundertwende oder während des Ersten Weltkrieges dorthin ausgewandert. Ihnen folgten die politischen Flüchtlinge, die nach der Niederschlagung der Ungarischen Räterepublik vor der Horthy-Regierung ins Ausland emigrierten. Und danach wählten viele – zum Teil nur vorübergehend – Frankreich als neue Heimat, um der Arbeitslosigkeit und dem Wirkungskreis der Rassengesetze in Ungarn zu entkommen.

Die sich schnell entwickelnde französische Industrie kämpfte mit Arbeitskräftemangel und warb deshalb billige ausländische Arbeitskräfte an. Diese Möglichkeit nutzten vor allem Polen und Italiener. In der Nähe einiger Industriezentren entstanden damals auch regelrechte ungarische Siedlungen. Besonders viele Ungarn lebten damals in den Bergbaurevieren (Nord und Pas-de-Calais), in den Werksiedlungen neuer Textilfabriken (Roubaix, Lyon) und nahe den Werken im Pariser Umland (Billancourt, Puteaux, Suresnes). In Paris besaßen ungarische Handwerker, Schneider, Tischler, Täschnern und andere einen guten Ruf.

Die von ihrer Heimat getrennten Menschen strebten danach, die Beziehungen untereinander aufrechtzuerhalten und zu festigen, ihrem Zusammenleben bestimmte Organisationsformen zu geben. Gemeinsam wollten sie ihre Sprache und Kultur pflegen und ihre Traditionen bewahren. Bereits in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts existierte in Paris ein Verein der Ungarn für Gegenseitige Hilfe, dessen einer Vorsitzender der ungarische Maler Mihály Munkácsy war. In den zwanziger Jahren wurde dann die Ungarische Liga zur Verteidigung der Menschenrechte geschaffen. Die Liga verfügte nicht nur in Paris, sondern auch in den Kohlerevieren über Organisationen. Eine zeitlang war Mihály Károlyi, der Präsident der Ungarischen Republik von 1918, Vorsitzender der Liga.

Viele der eingewanderten Ungarn erkannten schnell, welche Möglichkeiten ihnen – verglichen mit den Zuständen in Ungarn – die demokratische Atmosphäre in den westlichen Ländern bot. Sie fühlten sich zu demokratischen Organisationen, zu Organisationen der Arbeiterschaft hingezogen, waren doch wichtige ihrer Erwartungen – verglichen mit den Rechten, die den französischen Arbeitern zugestanden

¹ Die Information beruht auf der Auswertung der Titel: Az ellenállás lobogója alatt Franciaországban, in: Magyar partizánok a fasizmus ellen. Előadások, Budapest TIT 1965, S.110–123; Pécsi Anna: Franciaország, in: Magyarok az európai antifasiszta ellenállási mozgalmakban, Budapest: Móra Ferenc könyvkiadó 1986, S.48–75. Die Thematik ist seither in der ungarischen publizierten Historiographie über den Zweiten Weltkrieg nicht mehr behandelt worden.

wurden – juristisch noch nicht fixiert (gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Anspruch auf Arbeitslosenhilfe, Rentenansprüche usw.). Dieses Streben der Ungarn nach einer weiteren Verbesserung ihrer Lage erhielt noch besonderen Auftrieb, als in den zwanziger und dreißiger Jahren viele politische Flüchtlinge und fortschrittliche Intellektuelle aus Ungarn nach Frankreich kamen. Seit 1924 erschien in Paris die ungarische Zeitung „Párizsi Munkás“ („Pariser Arbeiter“), in deren Verlag bald auch Bücher in ungarischer Sprache erschienen.

Auch die Organisationen der französischen Arbeiterschaft und die Gewerkschaften waren bemüht, die Interessen der eingewanderten Ausländer zu vertreten und ihre ausländischen Mitglieder im demokratischen Geiste weiterzubilden. Sie organisierten die Ausländer in Gruppen gleicher Muttersprache. So existierten in den Gewerkschaften der Stahlwerker, der Berg- und der Textilarbeiter, aber auch in anderen Gewerkschaften, bald bis zu 50 regionale und Fachgruppen für ungarische Arbeiter. Die Mehrzahl der in Frankreich lebenden Ungarn verfolgte sehr aufmerksam das Geschehen in der Heimat, in Frankreich und in den europäischen Nachbarländern. Es ist deshalb kein Zufall, daß sich ungarische Arbeiter, die die wachsende faschistische Gefahr verspürten, massenhaft den politischen Aktionen der französischen Werktätigen, ihren Protesten, Kundgebungen und Streiks anschlossen. Diese fanden im Jahre 1936 mit dem Wahlsieg der Volksfrontregierung einen wichtigen Höhepunkt. Große Ausstrahlung auf die ungarische Emigration ging auch vom Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) aus, in dem durch eine Intervention mit militärischen Mitteln verhindert werden sollte, daß auch in Spanien eine Volksfrontregierung erfolgreich agiert. Gleichzeitig wurden hier neue Waffensysteme des Hitlerregimes im Ernstfall getestet.

Ungarn schufen im Jahre 1937 mit den Komitees zum Schutz von Frieden und Freiheit eine neue antifaschistische Massenorganisation. 1938 gründeten sie den Ungarischen Bund der Freunde Frankreichs, dessen Vorsitzender Mihály Károlyi war. Ungarische Schriftsteller und Künstler schlossen sich in Paris zu einer demokratischen Vereinigung zusammen. Alle bezogen aktiv Stellung gegen die Gefahr einer faschistischen Aggression. Für viele der Einwanderer in Frankreich wurde das Ringen um den Schutz ihrer zweiten Heimat zur ureigensten Sache. „Unser Gegner“, so hieß es in einer Sonderausgabe des „Szabad Szó“ („Freies Wort“) vom 28. August 1939, „bleibt der gleiche. Sein Name ist Faschismus. Gegen ihn, gegen den gewaltigen Machthunger Hitlers, gehen wir mit dem französischen Volk gemeinsam an.“

Die Daladier-Regierung Frankreichs nahm jedoch die Bedrohung von Seiten des faschistischen Deutschland nicht ernst. Sie schlug Initiativen zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa aus und strebte danach, wie ihre Beteiligung am Münchner Abkommen mit Hitler und Mussolini zeigte, die faschistischen Expansionsgelüste in Richtung UdSSR zu kanalisieren. Der als Reaktion auf diese Politik von der UdSSR mit Deutschland abgeschlossene Nichtangriffspakt brachte allerdings die fortschrittlichen Kräfte in ganz Europa in eine schwierige Lage. Die Verwirrung unter den Antifaschisten war groß. Hielten ihnen ihre politischen Kontrahenten doch vor, daß dieser Vertrag ein Paktieren zweier ideologischer Todfeinde

darstelle und die UdSSR den Expansionsbestrebungen der deutschen Faschisten gegenüber Polen generell zugestimmt habe.

Vor diesem Hintergrund wurden in einigen Ländern, darunter in Frankreich, kommunistische und andere linke Organisationen verboten und ihre Führer, darunter auch viele ausländische Antifaschisten, in Internierungslager gebracht. Ungarische Antifaschisten wurden mit der Begründung interniert, daß Hitler-Deutschland mit Horthy-Ungarn verbündet war. Manchem Antifaschisten gelang es, rechtzeitig in die Illegalität zu gehen.

Mehrere Hundert gewerkschaftlich organisierte Ungarn entgingen – vorerst – ihrer Internierung oder Ausweisung noch dadurch, daß sie sich am Marneufer in einem Sommerlager zusammenfanden, wo sie über die Situation und mögliche Aktionen diskutierten. Ende September wurde das Lager dann aber von der Gendarmerie entdeckt und aufgelöst.

Nach Kriegsbeginn, während die deutschen Truppen über Polen herfielen, geschah im Westen nichts. Frankreich und England scheuten das Risiko und führten den Krieg zunächst als sogenannten Sitzkrieg oder Komischen Krieg. Polen bekam den militärischen Druck Deutschlands ungehemmt zu spüren. Warnungen, Hitler würde alsbald auch gegen sie richtig losschlagen, nahmen die Westmächte nicht ernst.

Der Ungarische Bund der Freunde Frankreichs rief in seinem letzten legalen Appell am 6. September 1939 die Landsleute dazu auf, sich freiwillig zur französischen Armee zu melden. Ungefähr 3.000 Ungarn sind diesem Aufruf gefolgt. Sie wurden Anfang Oktober in die Kaserne nach Clignancour einberufen und bis März 1940 in einem Lager nahe der spanischen Grenze ausgebildet. Offiziere versuchten, die Ungarn für den Dienst in der Fremdenlegion zu überreden. Aber nur sehr wenige gaben diesem Werben nach. Mit zehntausenden ausländischen Freiwilligen wurden die Ungarn dann in die Régiments de Marche des Volontaires Etrangers (Marschregimenter der ausländischen Freiwilligen) eingegliedert. Die Mehrzahl der Ungarn kam in die Marschregimenter 21., 22. und 23.

Als die faschistische Wehrmacht mit Kampfhandlungen gegen die westeuropäischen Staaten Ernst machte, wurden auch die Marschregimenter der ungarischen Freiwilligen bald in den Kampf geworfen: Das 21. Marschregiment kam in den Ardennen nahe der belgischen Grenze zum Einsatz. Seine letzten Kräfte kamen am 23. Juni 1940 bei Saint-Vincent in Gefangenschaft. Das 22. Marschregiment nahm an der Verteidigung der Maginotlinie teil und wurde nach einwöchigem Kampf vollständig zerschlagen. Seine Reste gerieten an der Somme in Gefangenschaft. Das 23. Marschregiment kämpfte in der Champagne und geriet gleichfalls in Gefangenschaft. Nicht wenige der ungarischen Freiwilligen sind in deutschen Gefangenenlagern gestorben. Viele der Gefangenen sahen ihre Familien erst nach Kriegsende wieder. Nach der Befreiung des Landes erkannte der französische Staat die Verdienste der ungarischen Freiwilligen an. Eine ganze Reihe von ihnen erhielt Auszeichnungen.

Unter den Toten dieser Regimenter, deren Namen man 1948 im Haus der Ungarn in Paris auf einer Marmortafel verewigte, waren der junge Schriftsteller András Hevesi, der Maler Béla Hegedüs sowie Imre Hertzka, der vorher als Adjutant bei Ferenc

Münnich in den Internationalen Brigaden in Spanien gekämpft hatte. Er wurde an der französischen Front gefangen genommen und 1945 in einem Konzentrationslager ermordet.

Einigen der ungarischen Kriegsgefangenen gelang es, nach Frankreich zurück zu fliehen. Andere kamen erst nach der Waffenruhe beim Gefangenenaustausch in das besetzte Frankreich zurück. Eine ganze Reihe von ihnen schlossen sich später Widerstandsgruppen an.

Nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlung am 22. Juni 1940 begann die vierjährige Besetzung Frankreich durch die Wehrmacht. Im Süden des Landes, der erst im November 1942 von deutschen und italienischen Truppen besetzt wurde, errichtete die Regierung des Marschalls Pétain ein autoritäres System, das sich zur Zusammenarbeit mit der Siegermacht bereit erklärte. Gegen die „Collaborateurs“ sammelte General de Gaulle von London aus Kräfte, die zum Widerstand, zur Résistance, entschlossen waren. Im Lande rief die Französische Kommunistische Partei alle Patrioten zum Widerstand gegen die Besatzer auf. Sie bildete in den Wohngebieten und Betrieben Widerstandsgruppen, die zivilen Ungehorsam organisierten, Sabotageakte verübten und in gut geplanten, bewaffneten Aktionen die Besatzer vielerorts überraschend angriffen. In den Wäldern sammelten sich wehrfähige, meist junge Franzosen im Maquis, in Widerstandsgruppen, die von de Gaulle unterstützt wurden, um sie später bei der Befreiung des Landes einzusetzen. Die Maquis-Gruppen setzten sich tapfer gegen alle Angriffe der Besatzer zur Wehr. Diese Gruppen boten oft auch Angehörigen anderer Widerstandsgruppen eine letzte Zuflucht.

Im Mai 1941 wurde als bewaffnete Organisation der Nationalen Front die FTPF (Franc-Tireurs et Partisans Français) gegründet. Nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1941 wurde der Zulauf zur FTPF immer stärker.

Demokratisch gesinnte Ungarn hatten bereits in den ersten Wochen nach der deutschen Besetzung des Landes Verbindungen zu den Organisationen französischer Patrioten aufgenommen. Vertreter der ungarischen Kommunisten, darunter – wie aus Memoiren bekannt – Lajos Papp, Péter Mód, der Bildhauer Sándor Hajdu, der Journalist László Baló, János Weisz, Klara Herczka, Béla Kallai und Boris Fáy, trafen sich schon im September 1940 nahe Paris und beschlossen, den illegalen Kampf aufzunehmen, sich dem sich formierenden Widerstand anzuschließen und alles dafür zu tun, daß weitere ungarische Emigranten den Weg in die Widerstandsbewegung finden. Eine wichtige Rolle dabei spielte die MOI (Main d’Euvre Immigrés), die über Organisationen im ganzen Lande verfügte. Sie entfaltete – unter aktiver Beteiligung von Ungarn – eine intensive Aufklärungs- und Propagandaaarbeit und organisierte viele solidarische Aktionen für Internierte und Inhaftierte.

Unter Irén Komjáts Leitung wurden durch ein Team von Rundfunktechnikern und anderen Spezialisten Nachrichten für einen Informationsdienst in französischer Sprache beschafft, der sich auf Radiomeldungen der Gegner Deutschlands stützte. Das Abhören solcher Sendungen stand unter schwerster Strafe. Die oft nur schwer zu empfangenden Meldungen mußten übersetzt, abgeschrieben und vervielfältigt werden. Dieser Informationsdienst, der für die gesamte Widerstandsbewegung ge-

dacht war, erschien in einer Auflage von einigen Tausend Exemplaren bis zur Befreiung des Landes. Es gelang der Gendarmerie und der Gestapo trotz großer Bemühungen nicht, die illegalen Quartiere aufzuspüren, in denen dieser Informationsdienst geschrieben und technisch hergestellt wurde.

Ungarische Gruppen haben sich gemeinsam mit deutschen und österreichischen Emigranten an der Aufklärungsarbeit unter den deutschen Besatzungstruppen beteiligt. Das Ziel bestand dabei darin, den deutschen Soldaten durch Informationen über die tatsächliche Kriegslage, über die Stimmung in der Bevölkerung und über Widerstandaktionen aufzuzeigen, für welche menschenfeindlichen Ziele sie von der faschistischen Führung benutzt wurden. In den Kasernen und Ausbildungslagern wurden deutschsprachige Flugblätter verbreitet. Ungarn, die gut Deutsch sprachen, suchten auch den direkten Kontakt zu Angehörigen der deutschen Wehrmacht. Diese sehr gefährliche Arbeit leitete János Weisz (Deckname: Jean Petit), bis er durch die Gestapo verhaftet und am 27. September 1942 zu Tode gefoltert wurde. Danach war Jenő Fazekas für diese Aufklärungsarbeit verantwortlich.

Die von József Baki geleitete ungarische Widerstandsgruppe in Billancourt konnte die Verbindung zu einer auf deutscher Seite kämpfenden Einheit der ungarischen Armee herstellen. Im Ergebnis der Agitation unter diesen Ungarn, überließen einige von ihnen der Widerstandsbewegung Waffen. Später sind dann auch einige dieser Soldaten desertiert, haben sich dem Widerstand angeschlossen und an der Befreiung von Paris teilgenommen.

Das Jahr 1943 brachte für den Kriegsverlauf und für die Widerstandsbewegung eine wichtige Wende: Die faschistische Wehrmacht erlitt an der Wolga eine vernichtende Niederlage. Amerikanische und britische Truppen landeten danach in Nordafrika und betraten mit ihrer Aktion zur Befreiung Siziliens europäischen Boden. Die Widerstandsbewegung und der bewaffnete Kampf lebten weiter auf. Seit Mai 1943 koordinierte in Frankreich ein Landesrat des Widerstands die Aktionen der verschiedenen Gruppen.

Im Frühjahr 1943 wurde durch die Führer der ungarischen Gruppen die Magyar Függetlenség Mozgalom (Ungarische Unabhängigkeitsbewegung - MFM) gegründet. Zu ihrem Generalsekretär wurde der kommunistische Textilarbeiter Ferenc Czizmadia gewählt. In der Leitung wirkten die Gewerkschaftsfunktionäre János Venécz, József Vágási und János Holove sowie Sándor Ungár mit. Das provisorische Statut sah vor, daß – unabhängig von politischen Ansichten – jene patriotischen, demokratisch gesinnten, in Frankreich lebenden Ungarn in die MFM aufgenommen werden können, die gegen den Faschismus und für die Befreiung Frankreichs und Ungarns kämpfen wollten. Die MFM wollte es all jenen erleichtern, sich der Widerstandsbewegung anzuschließen, die sich bisher wegen ihrer politischen Ansichten davon zurückgehalten hatten.

Im Dezember 1943 schloß sich der Ungarische Frauenverband der MFM an, der vor allem in Paris und Umgebung Frauen mobilisierte, sich bei der Propagandarbeit, bei der Einrichtung von Geheimquartieren, bei Sammelaktionen zur Unterstützung der Familien von Widerstandskämpfern, beim Verteilen von Flugblättern und anderem

mehr zu engagieren. Im Juli 1944 waren in Paris bereits 28 solcher Gruppen ungarischer Frauen tätig und unternahmen teils recht gefährliche Aktionen.

Ebenfalls 1943 schloß sich die von László Gereblyés und László Dobossy geführte Gruppe ungarischer Intellektueller verschiedenster politischer Anschauungen mit Namen „Phönix“ der MFM an. Mitglieder dieser Gruppe übernahmen es, ausländische Sender abzuhören und Flugblätter herzustellen. Ungarische Ärzte, die sich ebenfalls der MFM angeschlossen hatten, wurden in die Vorbereitung militärischer Widerstandsaktionen und in die Aufklärungsarbeit einbezogen. Sie behandelten und pflegten verwundete Partisanen. Viele Mitglieder der MFM nahmen auch an den bewaffneten Aktionen der FTPF teil. Zwischen Juni 1943 und Juni 1944 wurden insgesamt 70 MFM-Gruppen gegründet.

Seit August 1943 erschien als wöchentliche Zeitung der MFM die „Magyar Szemle“ („Ungarische Rundschau“). In dieser unter schwierigsten Bedingungen vervielfältigten Zeitung und auch in anderen illegalen Veröffentlichungen wurde über Ereignisse in Ungarn berichtet, über den weltweiten Kampf gegen den Faschismus informiert und natürlich speziell über den Widerstand in Frankreich. Die Ungarn erfuhren hier über Widerstandaktionen ihrer Landleute, die in andere Länder emigriert waren. Das Bewußtsein des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus und für die Befreiung der besetzten Länder wurde damit spürbar gestärkt. „Wir, die in Frankreich lebenden Ungarn“, so hieß es in einem der Artikel, „müssen mit ganzer Kraft teilnehmen am Freiheitskampf des französischen Volkes, nicht nur deshalb, weil Frankreich uns anstelle der Heimat zur Heimat geworden ist, sondern weil wir so auch unsere Pflicht erfüllen gegenüber der heiligen Sache der Freiheit Ungarns, seiner Unabhängigkeit, der Ehre des ungarischen Volkes und seiner Entwicklung. Jeder Schlag, den wir in Frankreich dem Faschismus zufügen, hilft auch bei der Befreiung Ungarns und des ungarischen Volkes!“

In Paris

In Paris und Umgebung nahmen schon 1941 etwa 20 ungarische Gruppen am Widerstand teil. Ihre Zahl wuchs weiter an. Hier wurde der Löwenanteil bei der Organisation und Leitung der ungarischen Widerstandskämpfer geleistet. Die „Pariser“ arbeiteten politische Grundsatzdokumente und die organisatorischen Regeln für die ungarischen Widerstandsgruppen und die MFM aus. In Paris wurden die Publikationen der MFM und das schon erwähnte Informationsbulletin geschrieben und technisch fertiggestellt. Von hier aus wurden – je nach den Möglichkeiten – die Verbindungen zu den Gruppen im Lande aufrechterhalten. Gleichzeitig hatte man es hier mit den stärksten Kräften des Gegners und der Gestapo zu tun. 33 Pariser Mitglieder der MFM nahmen am bewaffneten Kampf der FTPF teil. Weitere 64 in Paris lebende Ungarn unterstützten mit konkreten Aktionen den bewaffneten Widerstand. Gemeinsam mit Gruppen anderer Nationalität führten die Ungarn Bombenanschläge auf hunderte von Militärzügen und Lokomotiven, auf die Stromversorgung der Besatzer, auf Restaurants, die vornehmlich von deutschen Militärs besucht wurden, auf Depots und andere wichtige Gebäude durch. Schon 1940 verhaftete die Gestapo

in Paris zwei Ungarn, weil sie sich an Sabotageakten beteiligt hatten. In der zweiten Hälfte 1943 nahmen Ferenc Pikler und andere an dem Anschlag auf den Militärkommandanten von Paris, Generalmajor von Schaumburg, und an dem Attentat auf den Naziführer Julius Richter teil, der maßgeblich am Anwerben französischer Jugendlicher für den deutschen Arbeitsdienst beteiligt war.

Im Laufe der Zeit hatten die Besatzer eine regelrechte Treibjagd auf alle verfügbaren männlichen Arbeitskräfte eröffnet und verschleppten immer mehr französische Männer nach Deutschland. Jüngere Männer konnten sich am Tage kaum noch auf der Straße zeigen. Deshalb mußten in den Widerstandsgruppen Frauen immer gefährlichere Aufgaben, wie etwa den Transport von Waffen, übernehmen. In Paris war an vielen solcher Aktionen die Frauengruppe der ausländischen Partisanen beteiligt, bei denen auch Ungarinnen „ihren Mann“ standen.

Jedes Jahr am 21. Februar erinnert man sich in Frankreich an die Opfer eines Prozesses, der nach dem armenischen Dichter und Widerstandskämpfer Misaak Manouchian benannt worden ist. Unter 200 verhafteten Widerstandskämpfern hatte die Gestapo speziell 23 Ausländer für einen Schauprozeß in Paris ausgewählt. Man wollte die Bevölkerung damit Glauben machen, daß es ausländische Terroristen wären, die die bewaffneten Aktionen des französischen Widerstandes organisierten. Doch die Absicht verkehrte sich in ihr Gegenteil: Die Aktionen der Angeklagten, die in großen Teilen der Bevölkerung als Helden verehrt wurden, ermutigten vielmehr andere Kämpfer, den Widerstand noch entschiedener fortzusetzen. Die verhafteten Armenier, Polen, Spanier, Rumänen und Ungarn (József Boczor, Tamás Elek, Imre Békés) wurden drei Monate lang verhört und gefoltert. Keiner konnte von der Gestapo gebrochen werden. Am 21. Februar 1944 wurden sie hingerichtet. Sie starben mit der Marseillaise auf den Lippen. Ihre Namen wurden später neben denen vieler Tausender französischer Helden an der Hinrichtungsstätte von Mont-Valérien verewigt.

Im letzten Jahr des Befreiungskampfes wurden durch die Französische Kommunistische Partei, unterstützt von der MOI, in Wohngebieten und Betrieben Patriotische Milizen organisiert. Ihre Mitglieder wurden im Geheimen in der Handhabung von Waffen ausgebildet, in der Taktik des Straßenkampfes und in Erster Hilfe. Sie sollten nach der Landung und beim Herannahen der Alliierten gemeinsam mit den Partisanen und der örtlichen Bevölkerung den Befreiungskampf aufnehmen, die deutschen Besatzer an Truppenbewegungen und an der Flucht hindern und es der Gestapo unmöglich machen, die inhaftierten Patrioten hinzurichten.

Im April 1944 begann man auch in der MFM, solche Milizgruppen zu organisieren. Die Leitung dieser Aktion lag in den Händen von Sándor Hajdu. Imre Mezö organisierte die Milizgruppen der MOI. István Rostás wurde Kommandeur der Milizgruppen im Pariser Norden. In den Gruppen der Patriotischen Miliz waren schon sehr viel mehr Ungarn organisiert als früher an bewaffneten Aktionen teilgenommen hatten. Nach einem Bericht eines Ungarn aus Paris haben an den Kämpfen zur Befreiung der französischen Hauptstadt ungefähr 140 Ungarn teilgenommen. Etliche von ihnen haben in den Straßenkämpfen ihr Leben gelassen.

Paris wurde, wie andere französische Städte auch, bei der Annäherung der Alliierten von der eigenen Bevölkerung befreit. Deutsche militärische Einheiten wurden von Barrikaden aus bekämpft, viele Gefangene aus den Händen der Gestapo befreit. Die öffentlichen Gebäude der französischen Verwaltung wurden besetzt. Überall tauchten französische und rote Fahnen auf.

Die Straßenkämpfe waren noch nicht beendet, als Lajos Papp und einige Gefährten in der ungarischen Druckerei Polgár am 21. August 1944 die erste legale Ausgabe der „Magyar Szemle“ in ungarischer und französischer Sprache herausbrachten. Das erste gedruckte Plakat verkündete: „Párizs felszabadult!“ („Paris ist befreit!“) Am gleichen Tag besetzte eine aus sieben Personen bestehende ungarische Milizgruppe das Ungarische Haus in Paris. Aus einer Propagandazentrale des Horthyregims wurde nun eine Heimstätte der demokratischen Organisationen der in Paris lebenden Ungarn.

Am 23. August verhaftete eine ungarische Milizgruppe den Gestapospitzel György Juhász in einer Konditorei in der Rue Saint-Jacques 40. Hier eröffnete nun die MFM ihr Domizil mit einer Bibliothek und einer Ausstellung illegaler Zeitungen und Plakate.

In den Bergbaurevieren

Selbständige ungarische Widerstandsgruppen entstanden 1942 in Lens und in den Bergarbeiterorten der Umgebung: in Sallaumines, in Méricourt, in Hénin-Liétard, Waziers und Déchy. Einige besonders kampffentschlossene Bergarbeiter trafen sich im Sommer 1942 in einem Hügelgelände bei Méricourt. Sie wählten eine dreiköpfige Gebietsleitung, der János Willand, Sándor Árpás und Lajos Horváth angehörten. Sie sollte die Ungarn für den Widerstand mobilisieren.

Zwischen 1941 und 1944 fertigten ungarische Gruppen der Départements Nord und Pas-de-Calais etwa 16.000 Flugblätter in französischer, deutscher und ungarischer Sprache an. Sie klebten sie an Wände und verteilten sie während der Nachtschicht in den Umkleideräumen der Bergarbeiter. Wie die französische Bevölkerung kümmerten sich auch ungarische Bergarbeiterfamilien von Mitte 1943 an um sowjetische Kriegsgefangene, die seit diesem Zeitpunkt zur Arbeit unter Tage eingesetzt waren, obwohl jeder Kontakt mit den Gefangenen strengsten untersagt war.

65 ungarische Bergarbeiterjungen schlossen sich den bewaffneten Gruppen der FTPF an. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, Truppenbewegungen und die Ausbeutung französischer Bergwerke für Deutschland zu behindern. Die Gruppen der Ungarn brachten zahlreiche Züge zum Entgleisen, zündeten ein Lager mit Grubenholz an, sprengten eine Eisenbahnbrücke und mehrere Lokomotiven, darunter eine, die einen Munitionstransport ziehen sollte. Sie nahmen Teil an Sabotageaktionen in Koks- und Chemiefabriken und an Waffentransporten für die FTPF.

Auch hier gab es Opfer zu beklagen. 1942 konnte die Gestapo die bereits seit längerem steckbrieflich gesuchten und „in Abwesenheit“ zum Tode verurteilten Widerstandskämpfer László Baracska und Ferenc Martinovszki verhaften. Letzterer wurde hingerichtet. Die wahre Identität von László Baracska, der gefälschte Papiere besaß,

konnte die Gestapo aber nicht ermitteln. Er wurde in ein Konzentrationslager gebracht und erlebte nach Kriegsende die Freiheit nur kurze Zeit. Dezső Repiczky, der die Lebensmittel für eine größere Widerstandsgruppe beschafft hatte, starb zwanzigjährig, in der Haft zu Tode gefoltert. Ferenc Kubinyi fiel im Kampf. József Weingartner wurde bei einer bewaffneten Aktion gefangenengenommen und hingerichtet.

Kurz vor Kriegsende waren die Ungarn an der Rückeroberung der Bergbauverwaltung von Lens beteiligt. In einem Dorf in der Nähe halfen sie mit, 65 Wehrmachtsangehörige gefangenzunehmen. Bei Méricourt nahmen vier ungarische Gruppen an der Entwaffnung der deutschen Wachen eines Lagers mit sowjetischen Kriegsgefangenen teil. Im gleichen Ort besetzte eine siebenköpfige ungarische Gruppe die Post. Dutzende Ungarn nahmen an den Straßenkämpfen teil.

In der südlichen Zone

Die Teilnahme der Ungarn an der Widerstandsbewegung in der südlichen Zone begann damit, daß man die hier internierten Spanienkämpfer nach Kräften unterstützte. Man versuchte Kontakte zu ihnen aufzubauen, sammelte für sie Geld und schickte ihnen Pakete. Die ungarische Gruppe in Toulouse organisierte die Flucht der im Internierungslager Le Vernet verbliebenen 27 Ungarn. Die ungarische Gruppe in Marseille verhalf 40 Ungarn aus dem Lager Les Milles zur Flucht. Die Geflohenen wurden mit gefälschten Dokumenten versorgt, die ihnen halfen, in ein „legales“ Leben zurückzukehren. Viele dieser kampferprobten Ungarn schlossen sich dem Widerstand an. Das bedeutete für die Bewegung eine nicht zu unterschätzende Verstärkung.

Zu Weihnachten 1942 trafen sich in der Nähe von Briançon in Südfrankreich lebende Kommunisten und beschlossen, dafür zu sorgen, daß sich die Ungarn künftig nicht nur an Sammlungen und an der Agitationsarbeit, sondern an allen Formen des antifaschistischen Kampfes beteiligen. Die Leitung der Aktionen der Ungarn in der südlichen Zone wurde György Angyal, Sándor und Imre Sebes, György Honti und Ervin Gazdag anvertraut. Widerstandsgruppen wurden in Grenoble, Toulouse, Lyon, Marseille, Montauban, Nizza und Bordeaux geschaffen. In diesen Städten stellten die Ungarn etwa 3.000-4.000 Flugblätter im Monat selbst her und verteilten eine noch wesentlich größere Zahl. Allein für die „Arbeit unter den Deutschen“ wurden monatlich ungefähr 3.000 spezielle Flugblätter in Kasernen und deren Umgebung ausgelegt.

In der seit November 1942 existierenden MFM-Gruppe in Grenoble wirkten ungefähr 40 Arbeiter und Studenten mit. Sie organisierten am 14. Juli 1943 an einem Ausflugsort eine illegale Feier zu Ehren der Französischen Revolution. Die Frauen der Gruppe, darunter Ilona Sebes und Gizi Révai, sammelten Lebensmittel und Kleidung für die Partisanen. In den Gruppen der Patriotischen Miliz waren 24 ungarische Männer und Frauen aktiv. Während der Befreiung der Stadt nahm unter Führung von János Németh eine ungarische Gruppe am Sturm auf eine Kaserne teil.

In Toulouse war von 1940 bis zu ihrer Rückkehr nach Ungarn im Jahre 1942 eine Gruppe von 25 ungarischen Studenten im Widerstand aktiv. Sie verteilten pro Mo-

nat etwa 1.000 Flugblätter in deutscher Sprache. Barnabás Pesti, ein Mitglied dieser Gruppe, wurde später in Ungarn von den Faschisten verhaftet und 1944 hingerichtet. An den Kämpfen zur Befreiung von Toulouse waren 31 Ungarn beteiligt.

Die stärksten bewaffneten Gruppen der Einwanderer, die in der südlichen Zone erfolgreich operierten, waren die Gruppen „Carmagnole“ und „Liberté“, die sich alsbald zusammenschlossen und im Rahmen der FTPF kämpften. Neben Polen, Rumänen, Italienern und Spaniern gehörten zu dieser bewaffneten Einheit auch 10 Ungarn. Die Einheit unternahm zahlreiche Überraschungsangriffe auf Objekte in Lyon und Grenoble. Laut Berichten war die Gruppe zwischen September 1943 und Juli 1944 an ungefähr 400 Aktionen beteiligt. Fast wöchentlich sprengte sie Militärszüge und führte Sabotageaktionen durch. Am 15. Dezember 1943 erschossen in Grenoble vier Partisanen, darunter zwei Ungarn, auf offener Straße den Leiter der deutschen Zensurbehörde. Am 31. Januar 1944 griffen Widerstandskämpfer eine größere deutsche Einheit an, als diese von einer Übung in die Unterkunft zurückmarschierte. Vom Sommer 1944 an fügte die Partisaneneinheit den deutschen Truppen immer größere Verluste zu. Noch vor Eintreffen der alliierten Truppen konnte die Einheit ihr Operationsgebiet von deutschen Truppen befreien. Jene, die nicht flüchteten, wurden von den Partisanen entwaffnet und gefangengenommen.

Auch für die Ungarn war der Widerstandskampf opferreich. Noch im März 1944, wenige Monate vor der Befreiung, fielen zwei ungarische Angehörige dieser Einheit, Tibor Weisz und István Goldberger, nach Feuergefechten ihren Gegnern in die Hände und wurden hingerichtet. In Toulouse wurde Tamás Bauer-Pór erschossen. Der ungarische Maler Zsigmond Witmann wurde in der Nähe von Belfort im Kampf tödlich verletzt. Der junge Maler Albert Tamássy starb in Revel unter den Kugeln der SS. Elemér Salgó verlor sein Leben in der Nähe von Chandesaignes. Ferenc Beregi, der in Nizza verhaftet wurde, wurde auf dem Transport nach Deutschland erschossen. Von den Widerstandskämpfern in Lyon kamen Emil Vajda, László Bozi und István Törö ums Leben. In Decazeville fielen vier ungarische Bergarbeiter. Der Dichter Antal Forgács, der in Grenoble verhaftet worden war, kam im Konzentrationslager um.

Auch in Algier war eine ungarische Widerstandsgruppe aktiv, die unter Leitung von Gyözö Kárász operierte. Sie verhalf hier internierten Ungarn zu Lebensmitteln, wirkte bei deren Befreiung mit und übernahm ab Herbst 1943 die Unterbringung und Versorgung dieser Landsleute. Über Marseille unterhielt die Gruppe die Verbindung zur MFM-Organisation der südlichen Zone. Von den in Algier lebenden Ungarn dienten später etwa 50 als Freiwillige in verschiedenen Einheiten der alliierten Truppen.

Die Zahl jener Ungarn, die in organisierter Form, sei es in der MOI oder der MFM, am antifaschistischen Widerstandskampf des französischen Volkes teilgenommen haben, kann aufgrund der bisherigen Forschungsergebnisse mit etwa 1.000 angegeben werden. Viel größer noch war allerdings die Zahl derjenigen, die, obwohl sie nicht an bewaffneten Aktionen teilnahmen, die Widerstandsbewegung moralisch,

politisch und oft auch materiell unterstützten. Zahlreiche Ungarn hatten sich den patriotischen Gruppen der Gaullisten und anderen Gruppen angeschlossen.

Am 6. Mai 1948 enthüllte der damalige ungarische Botschafter in Frankreich Mihály Károlyi im Beisein bekannter Persönlichkeiten Frankreichs im Ungarischen Haus in Paris jene Marmortafel, auf der 112 Namen von Ungarn verzeichnet sind, die im Kampf gegen den Faschismus in Frankreich gefallen waren.

Die „Petöfi“-Einheit

Nach der Befreiung Frankreichs wurden durch die Provisorische Regierung des Generals de Gaulle die bewaffneten Einheiten der Partisanen in die reguläre Armee eingegliedert. Bald zeigte sich allerdings, daß bei der Besetzung verschiedenster Funktionen in dieser Armee frühere militärische Ränge höher bewertet wurden als die Teilnahme am bewaffneten Kampf im Lande. Viele Partisanen kamen zunächst nicht bei den weiteren Kämpfen gegen die deutschen Truppen zum Einsatz, sondern wurden in Ausbildungslager geschickt.

Die Ungarn, die mit der Waffe gekämpft hatten, schworen sich, die Waffen nicht eher aus der Hand zu legen, bis das faschistische System auch in ihrem Vaterland besiegt ist. Auf einer Versammlung am 8. Oktober 1944 baten sie deshalb die Provisorische Regierung darum, im Rahmen der regulären französischen Armee unter dem Namen „Petöfi“ eine selbstständige ungarische Einheit aufstellen zu dürfen. Dem wurde stattgegeben.

Die „Petöfi“-Einheit bestand zunächst aus 61 Soldaten. Ihre Führung lag in den Händen von József Herceg, Andor Falus, László Marschall, Ferenc Pikler und Imre Palotás. Am 19. Oktober 1944 übergab Judit Károlyi, die Tochter von Mihály Károlyi und Leutnant der französischen Armee, der Einheit eine von ungarischen Frauen gestickte Truppenfahne und jedem Soldaten ein Stoffabzeichen mit Namen „Petöfi“ und den französischen und ungarischen Nationalfarben.

Die Einheit wurde in die dritte Kampfgruppe des Internationalen Regiments 51/22 eingegliedert. Von November 1944 an war sie in der Kaserne von Coulommiers stationiert. Auch dieses Internationale Regiment kam nicht – wie erhofft – in den weiteren Kämpfen gegen deutsche Truppen zum Einsatz. Ihm wurde der Schutz der Marne-Brücken und einiger Eisenbahnverbindungen anvertraut, später auch der Schutz militärischer Objekte im südfranzösischen Montauban.

Im Frühjahr 1945 war Ungarn befreit, im Mai der Krieg zu Ende. Im Herbst 1945 wurden die „Petöfi“-Einheit und das ganze Internationale Regiment demobilisiert. Die Leitung der MFM ersuchte die ungarische Regierung, den „Petöfi“-Militärs, die nach Ungarn zurückkehren, auch in der ungarischen Armee ihre Ränge zu belassen und sie jenen Ungarn gleichzustellen, die in der Heimat und in Jugoslawien bei den Partisanen gekämpft hatten. Viele derer, die in Frankreich aktiv am Widerstand beteiligt waren, wollten nun mitwirken am Aufbau eines freien und demokratischen Ungarn und einer neuen, demokratischen Armee.

Winfried Morgenstern

Der „Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.“

Rainer Holze

Der gemeinnützige „Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition“ kann auf über 15 Jahre erfolgreiche wissenschaftliche Tätigkeit und öffentliche Bildungsarbeit zurückblicken. Nicht von ungefähr wird er in einer Studie von Roland Bloch und Peer Pasternak über „Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ (HoF Wittenberg, Arbeitsbericht, 2004, H. 2, S.58) zur „Zweiten Wissenschaftskultur“ gerechnet. Der Verein wurde am 9. April 1990 als „MEGA-Stiftung Berlin“ von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Marx-Engels-Abteilung im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (zuvor Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED) und von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates für Marx-Engels-Forschung von Universitäten und Hochschulen der DDR gegründet. Am 25. März 1991 nahm er den obigen Namen an und wurde danach neu in das Vereinsregister eingetragen. Er sah und sieht seine Aufgabe darin, einen Beitrag zur Bewahrung und Erschließung des literarischen Nachlasses von Karl Marx und Friedrich Engels als Bestandteil des europäischen, humanistischen Kulturerbes und zur Erforschung von dessen geschichtlicher Wirkung zu leisten. In diesem Kontext geht es dem Verein vor allem um die Förderung der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), die von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES) und vom Akademievorhaben MEGA der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) koordiniert wird.

Die Mitglieder des Vereins sind Fachwissenschaftler und Interessierte aus ganz Deutschland. Der Vereinsvorsitz liegt in den Händen von Prof. Dr. sc. Rolf Hecker, eines erfahrenen Marx-Engels-Forschers und MEGA-Spezialisten. Dem Vorstand gehören weitere seit Jahrzehnten mit der MEGA-Edition verbundene Wissenschaftler an: Prof. Dr. sc. Ehrenfried Galander, Prof. Dr. sc. Martin Hundt und Dr. Barbara Lietz. Sie und andere Mitstreiter des Vereins führen jährlich zwei bis drei wissenschaftliche Konferenzen und Kolloquien durch, teilweise in Kooperation mit der IMES, deren Sekretariat an der BBAW beheimat ist, der „Marx-Gesellschaft e.V.“, die in Hamburg eingetragen ist und deren Vorstand in Frankfurt/M. wirkt. Auch der Verein „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. und die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin unterstützen den Verein.

Von Beginn an wurden in den wissenschaftlichen Veranstaltungen Themen behandelt, die die Geschichte der Herausgabe des Marx-Engels-Nachlasses betrafen. Es erfolgte eine kritische Auseinandersetzung mit der Editionsgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft und Ideologie. Nunmehr war es möglich, auch die deutschen und russischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu würdigen, die in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts im Moskauer Marx-Engels- bzw. Marx-Engels-Lenin-Institut an der Herausgabe der ersten MEGA beteiligt gewesen waren und Stalins MEGA-Verdikt zum Opfer fielen. In diesem

Zusammenhang wurde die herausragende Rolle von David Rjazanov als spiritus rector der MEGA gebührend gewürdigt. Seit 2002 lobt der Vorstand des Vereins ihm zu Ehren jährlich einen Preis, der seinen Namen trägt, für die beste Nachwuchsarbeit auf dem Gebiet der Marx-Engels-Forschung und -Edition aus, seien es Aufsätze, Teilausarbeitungen für Dissertationen, Studien oder Rezensionen. Der Preis wird jährlich für jene wissenschaftliche Arbeit verliehen, die sich durch ein innovatives Herangehen an Marx' und Engels' Schriften und eine kritische Auseinandersetzung sowohl mit ihren theoretischen Auffassungen als Beitrag zur Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe – als auch mit der Geschichte der Marx-Engels-Forschung und -Edition besonders auszeichnet.

Korrespondierend mit den Schwerpunkten der zu erarbeitenden MEGA-Bände bietet der MEGA-Verein die Möglichkeit, wissenschaftliche Themen in einem breiten Forum zu diskutieren, so zum Beispiel die Rolle der Naturwissenschaften im Werk von Marx und Engels, Marx' Stellung zwischen Philosophie und Naturwissenschaften, die journalistische Tätigkeit von Marx, Marx als Politiker, Marx' Methode in den Grundrissen und im „Kapital“ und Marx' und Engels' Beziehungen zu den USA. Jubiläen von Marx und Engels und deren Werken boten Anlaß für Vorträge, Analysen und Berichte, u. a. zum 100. Geburtstag von Engels, zum „Kommunistischen Manifest“ oder zum „18. Brumaire des Louis Bonaparte“. Behandelt wurden oft auch biographische Aspekte zu Marx und Engels, wie im Mai vorigen Jahres im Band „Familie Marx privat“.

Die seit 1998 stattgefundenen mehrtätigen Kolloquien waren Themen gewidmet wie „Geschichte und Ökonomie – ein Spannungsfeld in Marx' Studien“, „Neue Erkenntnisse zum ‚Kapital‘“, „Der Einfluß des Stalinismus auf das Ende der ersten MEGA“, „Klassen – Revolution – Demokratie“, „Die Journalisten Marx und Engels“, „Das ‚Kapital‘ – Marx' Konzeption und Engels' Druckfassung“ sowie „Marx-Engels-Forschung und -Edition in der SBZ und DDR (1945-1968)“. Die zuletzt genannte wissenschaftliche Veranstaltung hatte eine erste Bilanz des 1998 begonnenen ersten komplexeren Projektes „Wer war/ist wer: Biographien von Marx-Engels-Forschern und -Editoren von der ersten bis zur zweiten MEGA“ gezogen. Die dabei entstandene Datenbank umfaßt etwa 500 Kurzbiographien. Seit einigen Monaten liegen nunmehr in einer umfangreichen Veröffentlichung die Ergebnisse dieses Projektes vor (Sonderband 5 der seit 1991 von den Vereinsmitgliedern Carl-Erich Vollgraf, Richard Sperl und Rolf Hecker herausgegebenen „Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge“).

In den „Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung“ wurden rund 200 Aufsätze von etwa 50 Autoren aus 20 Ländern veröffentlicht. Herausgeber und Beirat werden von einem internationalen wissenschaftlichen Beirat unterstützt. Ein Echo weit über Deutschland hinaus fanden vor allem jene Jahressbände, die in die kontroversen Debatten zum „Kapital“ eingriffen, vor allem die Problematik nach „Konvergenzen und Divergenzen“ zwischen Marx und Engels und die Vorstellung der erstmalig in der MEGA veröffentlichten Manuskripte zum zweiten und dritten Band des „Kapital“. Es werden auch Sonderbände herausgegeben, in denen die Geschichte der Marx-Engels-Edition seit den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf der

Grundlage erstmals publizierter archivalischer Dokumente erschlossen wird. Darüber hinaus veröffentlicht der Berliner MEGA-Verein seit 2002 in unregelmäßigen Abständen „Wissenschaftliche Mitteilungen“, in denen seine Mitglieder neue Forschungsergebnisse präsentieren können. Alle drei Reihen erscheinen im Argument Verlag Hamburg. Im folgenden ein kurzer Überblick über diese Publikationen.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen

Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge

NF 1991: Studien zum Werk von Marx und Engels

NF 1992: Zur Kritik und Geschichte der MEGA

NF 1993: Marx-Engels-Forschung im historischen Spannungsfeld

NF 1994: Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis

NF 1995: Engels' Druckfassung versus Marx' Manuskripte zum III. Buch des „Kapital“

NF 1996: Geschichte und materialistische Geschichtstheorie bei Marx

NF 1997: Marx und Engels. Konvergenzen – Divergenzen

NF 1998: Geschichtserkenntnis und kritische Ökonomie

NF 1999: Marx' Ökonomiekritik im „Kapital“

NF 2000: Marx-Engels-Edition und biographische Forschung

NF 2001: Neue Texte, neue Fragen. Zur „Kapital“-Edition in der MEGA

NF 2002: Klassen – Revolution – Demokratie. Zum 150. Jahrestag der Erstveröffentlichung von Marx' „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“

NF 2003: Nachlaß – Edition. Probleme der Überlieferung persönlicher Nachlässe des 19. Jahrhunderts und ihrer wissenschaftlichen Editionen

NF 2004: Einige Aspekte von Marx' Kapitalismus-Kritik

NF 2005: Die Journalisten Marx und Engels. Das Beispiel Neue Rheinische Zeitung

Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderbände

Bd. 1: David Borisovič Rjazanov und die erste MEGA (1997)

Bd. 2: Erfolgreiche Kooperation: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924-1928) (2000)

Bd. 3: Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (1931-1941) (2001)

Bd. 5: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Die Marx-Engels-Werkausgaben in der UdSSR und in der DDR 1945-1968 (2006)

Wissenschaftliche Mitteilungen

In Memoriam Wolfgang Jahn: Der ganze Marx. Alles Verfaßte veröffentlichen, erforschen und den „ungeschriebenen“ Marx rekonstruieren. (Heft 1, 2002)

Heinrich Gemkow: Sigismund Ludwig Borkheim. Vom königlich-preußischen Kanonier zum Russland-Experten an der Seite von Marx und Engels. (Heft 2, 2003)

Dieter Wolf, Heinz Paragenings: Zur Konfusion des Wertbegriffs. Beiträge zur „Kapital“-Diskussion. (Heft 3, 2004)

Erhard Kiehnbäum: „Bleib gesund, mein liebster Fritz“. Briefe von Mathilde Anneke an Friedrich Hammacher (1846-1849). (Heft 4, 2004)

Richard Sperl: „Edition auf hohem Niveau.“ Zu den Grundsätzen der Marx-Gesamtausgabe (MEGA). (Heft 5, 2004)

Kontakt

c/o Prof. Dr. Rolf Hecker, Ribbecker Str. 3, 10315 Berlin

Email: info@marxforschung.de

Internet: www.marxforschung.de

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Anlässlich des 15. Jahrestags des Fördervereins
am 11. November 2006
laden wir zu einem Öffentlichen Werkstattgespräch ein.

Thema:
**Geschichte der Arbeiterbewegung –
interessant für junge Leute heute?**

Jugendliche aus Thüringen und Berlin
werden mit ausgewiesenen
Historikern der Arbeiterbewegung diskutieren.

Alle Geschichtsinteressierten sind willkommen!

Das Gespräch findet
am 10. November 2006
ab 16 Uhr im alten Konferenzraum
der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 (1. Etage), statt.

Der Vereinsvorstand

INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG-GESELLSCHAFT

Die 15. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unsere nächste wissenschaftliche Konferenz findet statt am:

Sonntag, 1. April/Montag, 2. April 2007 in Tokio (Japan).

Hauptthema:

Die Aktualität von Rosa Luxemburgs Ideen im 21. Jahrhundert

Mögliche Themenbereiche:

- Rosa Luxemburg und der globalisierte Kapitalismus heute
- Rosa Luxemburgs Beitrag zur Erkenntnis der modernen Gesellschaft und Wirtschaft
- Soziale Gerechtigkeit und Marktwirtschaft
- Der Vergleich zwischen Rosa Luxemburg und Hardt/Negri über den Imperialismus-Begriff
- Die Möglichkeit des Sozialismus nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismus
- Rosa Luxemburg und Frauenbewegung
- Das Demokratie-Konzept Rosa Luxemburgs
- Rosa Luxemburg und das heutige Problem des Nationalismus
- Neue Forschungsergebnisse zu Leben und Werk Rosa Luxemburgs

Tagungsort: Chuo-Universitat-Surugadai-Gedenkhaus in Tokio.

Adresse: Kanda-Surugadai 3-11-5, Chiyoda-ku, Tokio, Japan (Stadtmitte)

Tel:(81) (0)3-3292-3111 Fax(81) (0)3-3219-6190

Tagungssprachen: Japanisch, Deutsch, Englisch mit Simultanübersetzung

Kosten: Im Prinzip sind die Reise- und Aufenthaltskosten selbst zu tragen. Der Veranstalter kann für die Teilnehmer/innen preisgünstige Hotelzimmer reservieren. Auf Wunsch könnte ein zusätzliches kleines Besichtigungsprogramm organisiert werden.

Wir bitten:

- (1) Anmeldung der Teilnahme: bei Narihiko ITO und Ottokar Luban sobald wie möglich
- (2) Wenn Sie referieren wollen: Angabe Ihres Themas.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Narihiko ITO
1-12-12 Omachi, Kamakura
Japan 248-0007
Tel/Fax:(81) 467-22-7554
E-mail:ito@heiwa.net

Ottokar Luban
Eisenacher Str.43
D-10823 Berlin BRD
Tel/Fax:(49) 30-781-7268
Email: oluban@gmx.de

Rezensionen/Annotationen

Werner Gahrig: Hugenotten in Berlin und Brandenburg. Historische Spaziergänge, Das Neue Berlin, Berlin 2005, 479 S.

Das Edikt von Potsdam vom 29. Oktober 1685 war eine Antwort auf die Aufhebung des Toleranz-Edikts von Nantes durch den „Sonnenkönig“. Es bot Glaubensflüchtlingen Asyl. Über die daraufhin seit 1685 nach Brandenburg immigrierten französischsprachigen Einwanderer ist seit dem 18. Jh. viel Literatur erschienen, die sowohl die Zuwanderung in toto als auch deren lokale Niederschläge und familiäre Verästelungen erschloß. Das Thema zum roten Faden für einen Wanderführer zu machen, ist jedoch neu. Autor, Verlag und der unterstützenden Deutschen Hugenotten-Gesellschaft kann bescheinigt werden, daß sie wohl eine Lücke in der regionalen Touristikliteratur entdeckten. Es wird den in Stadt und Land nach 300 Jahren noch heute vorhandenen Spuren des Wirkens jener Glaubensflüchtlinge nachgegangen und die Begegnung mit ihnen erweitert um den Nachweis von Zeugnissen, die nicht mehr sichtbar, aber immer noch an ihrer Adresse auszumachen sind.

Über das anregende Wanderprogramm auf Lehrpfaden des Wissens hinaus verdient das Vorliegende aber auch eine Würdigung als Angebot zur Versenkung in Aspekte gegenwärtiger Debatten: Es geht ja, wenn auch unter Rückgriff auf weit zurück liegende Vorgänge, um Zuwanderungsproblematik. Mit den von G. durch die Verknüpfung von lokalem

Augenschein und Auswertung von Forschungsergebnissen gesetzten Maßstäben erreicht die Spurensuche beachtliches Niveau. Der Autor liefert mit den konkreten lokalen Spuren eine Fülle überzeugender Beiträge zu dem gegenwärtig wieder aktuellen Problem des Nehmens und Gebens bei massenhafter Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen. Als ein Grundanliegen läßt sich ausmachen, daß er dem Prozeß der Eingewöhnung der aus Glaubensgründen Asyl Suchenden, denen die Regierung des Großen Kurfürsten – und, was häufig vergessen wird, seiner Nachfolger! – Aufnahme bot, möglichst bis in örtlichen Verästelungen nachspüren möchte, die bei der rituellen Würdigung des großen Ganzen oft genug verwischt werden. Dabei folgt er (obgleich der Begriff schamhaft verschwiegen wird) dem Konzept der „Akkulturation“, das seinen Ursprung bei französischen Soziologen hat. Dieses Konzept legt den Schwerpunkt auf den Nachweis des gegenseitigen Durchdringens der Lebenswelten von Einheimischen und Zuwanderern. Dennoch kann es bei der aus dem Thema resultierenden ausgiebigen Vorstellung des Anteils letzterer an der gewerblichen und z. T. auch intellektuellen Entwicklung ihrer neuen Heimatchorte nicht ausbleiben, daß ihr Beitrag zur Akkulturation gewichtiger erscheint. Der äußere Anschein mag dem Recht geben: So sind z. B. Boulette, Roulade, Chicoree, Blumenkohl usw. als hugenottischer Beitrag zur Ernährung der Region im Bewußtsein präsenter als die Möglichkeit, daß die Zuwanderer sich auch an heimische Kost gewöhnten und möglicherweise die hier heimische Delikatesse Erbsensuppe mit

Schweineohren schätzen lernten. Ganz zu Recht erinnert G. auch daran, daß es angesichts der massiven Abwanderung der im Dreißigjährigen Krieg geschundenen und jeder Perspektive beraubten Bevölkerung des ländlichen Raumes eine Reihe brandenburgischer Orte gar nicht mehr gäbe, wären diese nicht durch die fremdsprachigen Zuwanderer wieder aufgesiedelt worden. In der Uckermark stellt er uns gar Orte vor, in denen nach 1700 die hugenottischen Zuwanderer die Mehrheit der Wohnbevölkerung stellten. Von dem zweifellosen Frust der Einheimischen, die den Dreißigjährigen Krieg und die auch danach noch lange herumstromernden Räuberbanden, dann den neuen Schwedeneinfall von 1675 erlebt hatten und nun die Neuankömmlinge nicht ohne Neid mit allerlei Starthilfe und Privilegien ausgestattet sahen, findet man allerdings nichts. Dabei sprachen die Zuwanderer nicht nur eine fremde Sprache; sie kultivierten auch – das belegt G. an den vorgestellten Orten immer wieder – ihre eigene Lebenswelt und hoben sich in ihrem religiösen Selbstverständnis bewußt von ihrer lutheranischen Umgebung ab – Konfliktstoff muß es daher zur Genüge gegeben haben.

Nicht ohne Absicht schildert G. bei den von ihm vorgestellten lokalen Stätten unermüdlich den geistig-kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Beitrag der Hugenotten zur Entwicklung jener Orte und Regionen, die ihnen zur neuen Heimat wurden, nicht nur in den ersten Jahrzehnten nach deren Ankunft, sondern durch das gesamte 18. und 19. Jh.. Erst durch die Einbeziehung längerfristiger Zeiträume kann das Gesamtthema als eine Erfolgsgeschichte bewertet werden.

Die Dichte der örtlichen Nachweise gibt insgesamt einen wirkungsvollen Eindruck vom Ablauf des Prozesses zwischen der keineswegs immer reibungslosen Ansiedlung bis hin zur schließlichen Integration – auch diese aber noch bis ins 19. Jh. gekennzeichnet durch gewisse kulturelle Eigenarten und Relikte eigener institutioneller Organisationsformen. Denn darüber belehrt die beachtliche Fülle der lokalen Beispiele eindeutig: Die Integration zahlenmäßig ins Gewicht fallender Zuwandererwellen in die Lebenswelt der vorgefundenen bzw. zugewiesenen Standorte war nicht kurzfristig zu erwarten oder gar anzugehen! Schon vor drei Jahrhunderten bedurfte es des langen Atems von etlichen Jahrzehnten – und dabei kannte man damals noch keine aus dem zurückgelassenen Milieu herüber wirkenden Radioprogramme und via Satellit übertragene TV-Kanäle der alten Heimat.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt G. übrigens nicht. Er wertet die nicht selten weit verstreute Literatur wie auch die neuesten Ergebnisse heimatkundlichen Forschens zum Thema aus und gibt bei den derart eruierten Fakten die jeweilige Quelle sofort im Text an. Der Interessierte findet so leicht Zugang zu weiterer Information. Er sollte sich übrigens durch die bis dato unbekannten, auf S. 153 vorkommenden Witwen- und Waisen-Kasernen nicht verwirren lassen. Bei diesem Phänomen handelt es sich nicht um eine neue wissenschaftliche Erkenntnis, sondern um einen peinlichen Druckfehler – es muß natürlich statt Kasernen Kassen heißen.

Kurt Wernicke

Keely Stauter-Halsted: The Nation in the Village. The Genesis of Peasant Identity in Austrian-Poland, 1848-1914, Cornell University Press, Ithaca and London 2005, 272 S.

Das in zwei Teile gegliederte Buch stellt im ersten Teil die Einbeziehung des galizischen Dorfs in die Politik und im zweiten Teil den Aufschwung des Nationalbewußtseins der Bauernschaft in Galizien und Lodomeria dar. Die solide Forschungsarbeit erschloß dabei neue Quellen in polnischen und ukrainischen Archiven (Krakauer Staatsarchiv, Ethnografisches Museum Krakau, Ossolineum Wrocław, Forschungsstelle zur Geschichte der Bauernbewegung Warschau, Zentrales Staatsarchiv Lvov). Eine weitere Grundlage bilden die zeitgenössischen polnischsprachigen Periodika aus der zweiten Hälfte des 19. Jh. Beigefügt ist eine umfassende Bibliographie polnisch- und englischsprachiger Literatur zum Thema (S.249-262).

In Galizien, dem von Österreich einverleibten ökonomisch rückständigsten Teil Polens, lebten Anfang des 19. Jh. 85 Prozent der Bevölkerung auf dem flachen Land und von der Landwirtschaft, wobei mehr als zwei Drittel aller bäuerlichen Anwesen weniger als 10 Morgen Land besaßen. 1846 annektierte die k.u.k. Monarchie die Krakauer Rzeczpospolita, die künftige Hauptstadt Galiziens. In diesem Landesteil sprachen 46 Prozent der Einwohner polnisch, 42 Prozent ruthenisch bzw. ukrainisch, 10 Prozent waren Juden und 2 Prozent Deutsche, wobei die beiden letzteren ethnischen Gruppen über alle Landesteile verteilt waren. Zu den ethnischen kamen die kirchlichen

Unterschiede insbesondere zwischen katholischen Polen und den unierten Ukrainern. Im sozial, ethnisch und kirchlich stark differenzierten Land entwickelte sich ein polnisches Nationalbewußtsein nur langsam. Für die Vf. ist ein „Bauer“ jedermann, der eigenes Land bearbeitet und dessen kulturelle Identität vom Landleben und dem Eingebundensein in die dörfliche Gemeinschaft bestimmt war (S.10). Besonders die Elemente der Alltagskultur seien identitätsstiftend für das Nationalbewußtsein gewesen. Die heterogene Schicht der Landbevölkerung habe sich in sozialer Hinsicht im Laufe der Jahrzehnte weiter ausdifferenziert. Aber auch noch an der Wende vom 19. zum 20. Jh. stellte die Bauernschaft etwa 8 Prozent der Bevölkerung mit überwiegend geringem Landbesitz. 2-3 Prozent Aristokraten waren in der Regel loyal mit der Teilungsmacht verbunden und 8-10 Prozent waren adlige Großgrundbesitzer. Aus der Bauernschaft kamen immer häufiger bäuerliche Interessenvertreter in die örtlichen und regionalen Verwaltungen bzw. Ständevertretungen, und schließlich entstand 1895 auch die erste polnische Bauernpartei (Stronnictwo Ludowe). Für die Bauernschaft wurden Zeitungen wie „Wieniec“ (Kranz), „Pszczołka“ (Bienchen) u. a. verlegt. Hochschul- und Schulwesen standen zwar unter kirchlicher Aufsicht, trugen jedoch, da polnischsprachig, zur Ausbildung des Nationalbewußtseins bei. Bereits ab 1866 war die dörfliche Selbstverwaltung erreicht worden und 1867 den Polen die Autonomie in Galizien zugestanden. Galizien entwickelte sich zum bestimmenden Zentrum für gesamt-polnische nationale Impulse.

Während noch 1846 polnische Leibeigene und Bauern „vor den Polen“, ihren adligen Grundbesitzern, in unwegsame Gebiete flohen, und in diesem Jahr mehr als 1000 ihrer Herren erschlugen, beging die Bauernschaft am Ende des 19. Jh. (1894) den Jahrestag des Kosciuszko-Aufstands, Symbol für polnisches Nationalbewußtsein, das nunmehr auch die polnische Bauernschaft Galiziens erfüllte, mit der Losung „Es lebe Polen!“

Ines Mietkowska

Günter Drommer: Im Kaiserreich. Alltag unter den Hohenzollern. 1871-1918. Ein Fotobuch, Verlag Faber & Faber, Leipzig 2003, 272 S., 379 Abb.; **derselbe: Die ruhelose Republik. Alltag zwischen zwischen Gewalt und Hoffnung. 1918-1933. Ein Fotobuch,** Schwartzkopff Buchwerke GmbH, Hamburg, Berlin 2004, 272 S., 540 Abb.; **derselbe: Gleichgeschaltet. Alltag unterterm Hakenkreuz. 1933-1945. Ein Fotobuch,** Schwartzkopff Buchwerke GmbH, Hamburg, Berlin 2004, 272 S., 542 Abb.

Bei diesen Veröffentlichungen handelt es sich um die ersten drei Bände einer Folge von fünf Büchern unter dem Sammeltitle „Die Wahrheit der Bilder – Zeitgenössische Fotografien vom Leben des deutschen Volkes“. Dieser umfangreiche und beeindruckende Bücherzyklus ist bis in die Gegenwart angelegt. Jedem Bd. wird ein Vorwort zum historischen Hintergrund der behandelten Perioden vorangestellt. Sie werden vornehmlich durch Fotos – zum Teil bisher unveröffentlicht – in Themenkomplexen dokumentiert, die oft mit kurzen Texten herausragen-

der zeitgenössischer deutscher Persönlichkeiten, wie z. B. Friedrich Engels, Thomas und Heinrich Mann, Bertolt Brecht, Erich Kästner, Kurt Tucholsky und Erich Weinert – eingeleitet werden. Die Fotografien entstammen vorwiegend dem Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, dem Bundesarchiv Koblenz und dem Deutschen Historischen Museum, Berlin. Die Bde. schließen mit einer Chronik ausgewählter Daten, denen charakteristische Faksimiles beigegeben werden.

Wenn auch die vorliegende Publikation entsprechend den Intentionen des Autors und des Herausgebers die Alltagsgeschichte des deutschen Volkes illustriert, ist sie auch für die Geschichte der Arbeiterbewegung von nicht geringem Interesse. Im ersten Bd. zeigen eindrucksvolle Fotos das Wohnungselend der Proletarierfamilien, die schwere und kräftezehrende Arbeit in den Werkhallen, an den Hochöfen und unter Tage, wie sich vor allem die Bergarbeiter im Ruhrgebiet gegen die Ausbeutung organisiert zur Wehr setzten und streikten (so z. B. 1912 250.000, gegen die die Polizei gewaltsam vorgeing). M. E. wird aber zu wenig bezeugt, wie sich das Industrieproletariat jener Zeit in der ständig wachsenden Sozialdemokratischen Partei, in den Gewerkschaften und Bildungsvereinen organisierte und welche außerparlamentarischen Aktionen die SPD durchführte.

Im zweiten Bd. dagegen nehmen Probleme der Arbeiterbewegung einen breiten Raum ein. Dokumentiert werden das Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution, Aktionen revolutionärer Soldaten, die

sich zur USPD und zum Spartakusbund bzw. zur KPD bekannten, der Terror der Konterrevolution, die Errichtung und die blutige Niederschlagung der Bayerischen Räterepublik, die Kampfaktionen – u. a. der Roten Ruhr-Armee – gegen die Kapp-Putschisten, die Märzaktionen 1921 in Mitteldeutschland, von der KPD initiierte Massenaktionen (z. B. gegen die entschädigungslose Fürstenenteignung), Demonstrationen und Kundgebungen ihres Jugendverbandes und des RFB, der SPD, der Sozialistischen Jugend und des Reichsbanners, der Wahlkampf von KPD und SPD vor allem zu den Reichstagswahlen, weitere Streikaktionen in der Weimarer Republik, die Arbeitersportbewegung, der Lebens- und Industrielltag von Arbeitern und die katastrophale Lage der Erwerbslosen (vor allem während der Weltwirtschaftskrise). Ausgespart wurden der antifaschistische Kampf vor allem der KPD sowie von ihr in die Wege geleitete Antikriegsaktionen.

Im dritten Bd. wird dann überzeugend veranschaulicht, daß sich die Terrorwelle der SA und der Gestapo – der von den deutschen Faschisten veranlaßte Reichstagsbrand diente als Vorwand – von Anbeginn der faschistischen Diktatur vorrangig gegen Kommunisten, aber auch gegen Sozialdemokraten und andere Nazigegner richtete. Aufgezeigt wird das breite Spektrum des antifaschistischen Widerstandes (z. B. die Saefkow-Gruppe, das Nationalkomitee Freies Deutschland, die studentische Widerstandsgruppe der Geschwister Scholl, die Männer des 20. Juli und Vertreter der Bekennenden Kirche). Darüber hinaus werden unter anderem die Judenverfol-

gung und -vernichtung, die gleichgeschaltete Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die Vollbeschäftigung im Zeichen der Kriegsvorbereitungen und die Tätigkeit deutscher Frauen in den Rüstungsbetrieben während des von den Hitlerfaschisten angezettelten Zweiten Weltkrieges thematisiert. *Rainer Holze*

Marc Lüdders: Die Suche nach einem Dritten Weg. Beiträge der deutschen Nationalökonomie in der Zeit der Weimarer Republik, Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2004, 289 S.

Der Autor, Jg. 1972, stellt mit der hier zu besprechenden Arbeit seine an der Universität Hamburg verfaßte Dissertationsschrift vor. Mit zum Thema hin-führenden Gedanken begründet er den wissenschaftlichen Sinn, wirtschaftspolitisch unterlegte Theorien eines „Dritten Weges“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus, wie sie erstmals in der Zeit der Weimarer Republik aufgekommen waren, aus aktuellem Interesse erneut kritisch zu hinterfragen. Er sieht einen Diskussionsbedarf über den weiteren Weg von Gesellschaft und Wirtschaft angesichts der durch die Globalisierung zunehmenden ökonomischen Konkurrenz und des Wandels von einer Industrie- zu einer Informationsgesellschaft. Derzeit werde darüber gestritten, ob die Globalisierung einen weltweiten Harmonisierungsprozeß darstellt oder ob das Wirtschaftsleben auch künftig von nationalen Denkmustern beeinflußt bleibt. Indessen machen Globalisierungsgegner die internationale Finanzverflechtung für die Armut in der Dritten

Welt verantwortlich. Der „Liberalismus der Gier“, der in Amerika Fuß gefaßt habe, werde von Soziologen und Politologen kritisch beleuchtet. In der bundesdeutschen Gesellschaft lassen der Reformstau, die relativ hohe und dauerhafte Arbeitslosigkeit, Budgetdefizite, Einkommensunterschiede und weitere zahlreiche gesellschaftliche Probleme die Grenzen des „alten“ Wohlfahrtsstaates erkennen. Die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion befasse sich derzeit mit der Frage nach dem weiteren Weg im Spannungsfeld zwischen ökonomisch notwendiger Deregulierung und sozialstaatlichem Engagement. In diesem Zusammenhang sei in den Debatten über zukünftige sozioökonomische Entwicklung erneut das Schlagwort des „Dritten Weges“ aufgebracht worden. Die historischen Quellen bzw. Ursprünge des Begriffes werden zurückverfolgt und Franz Oppenheimer als der erste unter seinen Zeitgenossen benannt, der in den 20er und 30er Jahren seine ordnungspolitischen Reformvorschläge als einen „Dritten Weg“ bezeichnet habe, der weder Kapitalismus noch Kommunismus sein sollte. Später folgende NationalökonomInnen hätten sich gleich weit entfernt vom historischen Liberalismus und Kollektivismus gesehen. Viele Anhänger einer solchen Vision würden der von Walter Eucken so genannten „Politik der Mittelwege“ folgen, d. h. einer instabilen Mischung von Elementen beider „Idealtypen“ in der Realität. Jeder Eingriff in eine der beiden Seiten würde zwangsläufig Ineffizienz und Instabilität und real eine Transformation in Richtung des einen oder des anderen „Idealtyps“ nach sich ziehen. Der Autor verweist hier auf

Visionen eines „Dritten Weges“, wie sie von Ota Šik und Giddens eingebracht wurden. Beide, so L., haben sich im Sog des Traditionsstranges bewegt: Marktsozialismus, SPD-Programme der 50er Jahre und geradewegs zurück in Konzepte der 20er Jahre. Mit diesem Blick hätte die vorliegende historische Skizze des „Dritten Weges“ auch die austromarxistischen Konzepte einbeziehen und so an theoretischer Substanz gewinnen können. Indessen kommt der Autor erst am Schluß kurz auf die Theorie der Wirtschaftsdemokratie zu sprechen, die er lediglich als Ausgleich für Mißerfolge der Sozialisierungsbestrebungen zu Beginn der Weimarer Republik betrachtet. Theodor Leipart und Fritz Naphtali werden mit ihren Ideen und politischen Bemühungen als die geistigen Schöpfer der Theorie der Wirtschaftsdemokratie dargestellt. Friedrich Engels, Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding, Otto Bauer und Karl Renner, um hier nur einige namhafte Theoretiker zu nennen, geraten nicht in den Blickwinkel des Autors. Fritz Naphtali, der 1928 im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Zusammenfassung der bis dahin geführten theoretischen Diskussion gab („Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“), wird von L. als der eigentliche Exponent dieses Transformationskonzeptes angesehen. Obwohl Naphtali so überhöht als *der* sozialistische Theoretiker erscheint, ist dessen Rolle im kollektiven Denkprozeß zur Ausarbeitung der Theorie der Wirtschaftsdemokratie unstrittig. Problematisch ist auch die vom Autor formulierte These, wonach die „Konzeption der Wirtschaftsdemokratie zugunsten interventionisti-

scher Wirtschaftsordnungen auch in Arbeiterkreisen bedeutungslos“ (S.187) geworden sei, haben doch die SPD in ihrem Berliner Programm 1989 und die PDS in ihrem Chemnitzer Programm 2003 der Wirtschaftdemokratie noch einen erstrangigen strategischen Platz eingeräumt. Außerdem haben die Gewerkschaften den Kampf um Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft nicht aufgegeben. Gerade die vom Autor untersuchte Problematik der Wirtschaftsdemokratie wäre gewiß nicht nur rückwärts gewandt bzw. theoriegeschichtlich, sondern in Hinblick auf den von ihm selbst am Anfang seiner Arbeit genannten Prozeß der Globalisierung nach vorn weiter auszubauen. Der Autor schlußfolgert zu Recht, daß akademische Debatten über den weiteren Weg, den die Gesellschaft zukünftig einschlagen sollte, bisher keine wirkliche öffentliche Breitenwirkung erreicht haben. Vielen scheine sogar die Zeit, in der nach „Dritten Wegen“ gesucht wurde, abgelaufen zu sein. Der Kommunismus sei untergegangen, die bipolare Weltordnung verschwunden. Damit habe der Begriff „Dritter Weg“ für viele an realpolitischer und ökonomischer Aktualität verloren. Allerdings sei die bipolare Denkweise nach wie vor vorhanden, „der Gegenpol zum noch existierenden System“, so L., sei „durch die geschichtlichen Erfahrungen ebenso präsent wie die Vorstellungen von Gegensätzen zwischen Kapitalismus und Sozialismus oder Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft noch in ökonomischen, soziologischen oder politischen Theorien und Weltanschauungen vorhanden sind.“

Obgleich Marktwirtschaft und Kapitalismus weltweit verbreitet seien, implizieren diese keine Einheitlichkeit der Wirtschaftsordnungen, die ohnehin offene Formen und verschieden gestaltbar seien. Die Entwicklung sei offen. Vielleicht werde „schon in naher Zukunft wieder nach einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung gesucht, mit der sowohl die Fehler des ehemals real existierenden Sozialismus als auch die des alten und neuen ‚Kapitalismus‘ vermieden werden sollen.“

Horst Klein

Karl Christian Führer (Hrsg.): Tarifbeziehungen und Tarifpolitik in Deutschland im historischen Wandel, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2004, 294 S.

Bei der Ausweitung der Arbeiterbewegungsgeschichte zur Arbeitergeschichte bzw. allgemeinen Sozialgeschichte der „Unterschichten“ im Laufe der letzten Jahre ist die historische Entwicklung der Tarifverträge kaum unter die Lupe genommen worden. Deren Zustandekommen, deren Regelungen und Bestimmungen und nicht zuletzt auch das in ihnen Vernachlässigte oder nicht Berücksichtigte liefern höchst aufschlußreiche Angaben über die jeweiligen sozialen Verhältnisse und deren Wandel.

Natürlich wäre die Behauptung übertrieben, das sei bisher grundsätzlich ausgeklammert gewesen. Durchaus haben z. B. größere Streiks, die bestimmten Forderungen zum Durchbruch verhalfen, ihre Berücksichtigung gefunden. Doch fehlen, so das Fazit des Hrsg.s in seiner Einleitung, Untersuchungen über die länger-

fristigen Entwicklungen. Der vorliegende Sammelband¹ versucht nun erstmalig in einem größeren Zusammenhang, dafür einen Beitrag zu liefern.

In seiner Einleitung gibt F. einen Überblick mit ausführlichen Literaturhinweisen darüber, inwieweit bisher Fragen der Tarifvertragsentwicklung in historischen Darstellungen aufgetaucht sind, und versucht, Ergebnisse wie noch offene Fragen aus den Beiträgen zu thematisieren. Das betrifft z. B. den ganzen Komplex „Zwangsschlichtung“ in der Weimarer Republik, der für die Unternehmer einen so großen Stein des Anstoßes darstellte, die noch weitgehend ungeklärte Ausgestaltung des „Tarifvertrages“ in der Nazi-Zeit, einzelne Branchen wie z. B. den Bau, wo die Überlieferung anscheinend besonders gut ist, und schließlich systematische Fragen nach der „Tarifikultur“. Ein anderes Thema ist das Selbstverständnis der beiden tarifvertragsverhandelnden Seiten – auch in Bezug auf ihre Stellvertreterrolle gegenüber den von den Tarifverträgen Erfassten –, wie es sich in den typischen Beratungsverfahren mit ihren Ritualen ausdrückt. Nicht zuletzt geht es aber auch um den Inhalt von Tarifverträgen, d. h. um die Bindung der Forderungen an den Produktivitätsfortschritt als „Leitsatz“ bereits seit den 50er Jahren. Ein anderer wichtiger hier angeschnitte-

ner Aspekt ist die Veränderung in der Zusammensetzung der Lohnabhängigen (z. B. die erst langsam einsetzende Berücksichtigung der Frauenarbeit).

Entsprechend lassen sich die acht Fallstudien ordnen. Zwei behandeln die Weimarer Republik, in einem Gesamtüberblick von Werner Plumpe und in einer auf die Baubranche eingegrenzten Teiluntersuchung durch den Herausgeber des Bd. Ein weiterer (von Rüdiger Hachtmann) befaßt sich mit dem nationalsozialistischen „Tarifvertragssystem“. Einen größeren Bogen versucht dagegen Günter Krönke zu schlagen, indem er die Arbeitsbewertung, d. h. die an der Leistung orientierte Lohngruppenstruktur, von ihrer erstmaligen systematischen Einführung in der Nazi-Zeit bis hin zu ihrer Ausprägung in den Tarifverträgen der 50er Jahre verfolgt. Zwei Beiträge von Susanne Kreutzer und Brigitte Kassel zur Bundesrepublik sind auf die ÖTV konzentriert. Sich ergänzend werden darin die Arbeitszeitpolitik und die Frauenarbeit untersucht, d. h. die geschlechterpolitischen Implikationen, der Übergang von traditionellen Rollenzuweisungen zu einer Gleichstellungspolitik. Die zwei letzten Beiträge behandeln zwar keine „klassischen“ Tarifvertragssysteme, aber ähnliche Regelungssysteme der sozialen und ökonomischen Belange von Beschäftigten. Klaus Weinhauer analysiert das für die Polizei in NRW und Peter Hübner liefert einen Gesamtüberblick über die DDR. Insgesamt sind damit wichtige Einzelbeiträge vorgelegt, die Schritte zu umfassenderen Darstellungen sein können. Weitere Fragen lassen sich zudem entwickeln, etwa die nach dem Staat als Akteur (vom Sonderfall DDR abgese-

1 Der Bd. geht zurück auf eine Arbeitstagung an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, die noch von ihrem früheren, inzwischen verstorbenen Leiter Arnold Sywottek angeregt worden war. Ihm hat der Hrsg., der auch an der Universität Oldenburg lehrt, den Bd. gewidmet.

hen). Steht er wirklich ganz außen vor? Auch die Zusammenhänge und Wechselbeziehungen mit der inneren Entwicklung der Gewerkschaften (wie auch mit den Unorganisierten) wären sicher gründlicher Nachforschung wert.

Wenn Tarifverträge heute bekanntlich in der veröffentlichten Meinung zu etwas Anrüchigem geworden sind, dann lassen diese Beiträge erahnen, daß hierbei die – wenn auch niemals widerspruchsfrei und idealiter – im Verlaufe der Jahrzehnte fixierten Gewinne für die Lohnabhängigen im Visier eines Generalangriffs sind, um die gesellschaftlichen Zustände zurückzuwerfen.

Reiner Tosstorff

Ina Schmidt: Der Herr des Feuers. Friedrich Hielscher und sein Kreis zwischen Heidentum, neuem Nationalismus und Widerstand gegen den Nationalsozialismus, SH Verlag GmbH, Köln 2004, 335 S.

Es ist ein zunächst ziemlich mühevoll zu lesendes (744 Fußnoten, umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis), aber inhaltlich für die weitere Aufhellung der deutschen Geschichte der 20er bis 40er Jahre sehr bedeutsames und interessantes Buch, in dem die Vf. Leben und Wirken eines Intellektuellen zwischen Nationalismus, konservativer Revolution, „Nationalbolschewismus“ (was immer man darunter verstehen mag), „nationalem Sozialismus“ und Anti-Nationalsozialismus darstellt. Rühmend wert dabei schon vorweg Umfang und Gründlichkeit ihrer Forschungen.

Es war ein „weites Feld“, auf dem sich Hielscher (1902-1990) bewegte: Verbindungen zum Kapp-Putschisten Hermann

Ehrhardt und seinem „Adlatus“ Hartmut Plaas, insbesondere aber die persönlichen und brieflichen Kontakte zu Ernst Jünger, Beziehungen zu Friedrich Wilhelm Heinz (eine der zwielichtigsten Gestalten innerhalb der konservativen Opposition), Ernst von Salomon, Otto Strasser, Franz Schauwecker, August Winnig (der wegen seiner Zustimmung zum Kapp-Putsch 1920 aus der SPD ausgeschlossene ehemalige Oberpräsident von Ostpreußen), Ernst Niekisch (1939 zu lebenslanger Haft verurteilt, 1945–1955 KPD und SED, 1949/50 Abgeordneter der Volkskammer der DDR, 1955 Trennung von der SED), zu den zeitweilig in Potsdam tätigen oppositionellen Offizieren Hermann Priebe, Paul Widany und Ferdinand Freiherr von Lüninck. Es gab Sympathiebezeugungen für bretonische und irische Nationalisten. Am meisten verwundert aber, wenn man über die Beziehungen Jünger-Hielscher lesen kann: „Beide treffen sich außerdem im November 1934 bei der Jahresfeier der russischen Botschaft in Berlin.“

Bei der Begründung der geistigen Positionen Hielschers und seiner Freunde greift die Vf. zurück auf Hegel, Nietzsche, Spengler, Goethe, Leibniz und gibt einigen Abschnitten ihrer Abhandlung Überschriften wie „Das Reich und andere Seelentümer“, „Das Reich und das Judentum“, „Das Reich als Herrschaftsverband“, „Das Reich als Kirche und Staat“, um dann zu schlußfolgern: „Idealtypisch gesehen entsprechen Friedrich Hielscher und andere seines Kreises in den 20er und 30er Jahren dem Typus des ‚neuen Nationalismus‘, der mit dem ‚alten‘ bürgerlichen Nationalismus die Orientierung an der Nation als höchst-

tem Wert sowie die Bejahung der Progression gemeinsam hat, in sozialer Hinsicht aber deutlich weniger exklusiv ist.“ Es hat jedoch den Anschein, als ob Hielschers aktiver „Widerstandskampf“ überschätzt wird. Darum abschließend ein Auszug aus einer Arbeit der Potsdamer Historikerin Ines Reich (die, wie allgemein im Westen üblich, im umfangreichen Literaturverzeichnis nicht erscheint): „In der Potsdamer Wohnung von Lüninck (zeitweilig Kommandeur des Infanterie-Ersatzbataillons 9 – K.F.) [...] fanden ebenfalls Gespräche statt, an denen außer Schulenburg oft noch August Winnig, Plettenberg und Hielscher teilnahmen. Hielscher wußte nichts von den Einzelheiten der Planung (des Umsturzes – K.F.), gehörte aber dennoch zum Kreis der konservativen Hitlergegner [...] Mady von Schilling (Sekretärin von Lüninck) schreibt: ‚Lüninck hatte mir gesagt, daß Hielscher unbedingt zuverlässig sei. Er war im SS-Ahnenerbe tätig und stets hervorragend informiert. Er hat mich nach dem 20.7., als unser Vater und der größte Teil meines Freundeskreises verhaftet war, außerordentlich klug beraten.“ *Kurt Finker*

Boris Tartakovskij: Vse eto bylo ... Vospominanija ob isčezajuščem pokolenii (Das alles hat es gegeben ... Erinnerungen an eine verschwindende Generation), AIRO, Moskva 2005, 448 S. [1]; **derselbe: Iz dnevnikov voennykh let** (Aus den Kriegstagebüchern), AIRO, Moskva 2005, 272 S. [2]

Mit diesen Erinnerungen ist demjenigen Leser, der an der Geschichte Rußlands des 20. Jh. interessiert ist, etwas Beson-

deres in die Hand gegeben. In ihnen wird ein vielschichtiges Geflecht persönlicher, familiärer und gesellschaftlicher sowie wissenschaftlicher und sogar künstlerischer Hintergründe dargeboten. Im Laufe von zwei Jahrzehnten entstanden, in denen ihr Autor wieder und wieder zur Arbeit an den Bänden zurückkehrte, sind sie historische Quelle und Ergebnis historischer Forschung in einem. T. war Historiker und Zeitzeuge, zudem besaß er eine künstlerische Ader. Nicht zufällig schrieb er Gedichte und trug sich auch mit dem Gedanken an einen Roman.

Wie der Freund und Kriegskamerad Jakov Drabkin, der den Erinnerungen Gedanken über den Vf. voranstellte (Bd. 1, S.19ff.), zu Recht festhielt, war T. nicht nur Zeitzeuge, sondern auch Mitgestalter in leidvollen Dezennien. Er fühlte sich vor allem jenen seiner Kameraden gegenüber verpflichtet, die im Felde blieben, während er „durch Zufall“ überlebte. Mit neun Jahrzehnten war ihm ein langes und erfülltes Leben beschieden. Sorgfältig geführte und bewahrte Tagebücher, auch dann geführt, als dies verboten oder nicht geboten war, liegen den Memoiren zugrunde. Teile der Tagebücher und der Briefe baute der Vf. als unveränderte Zitate in seine Erinnerungen ein, wodurch die Authentizität verstärkt wird (z. B. Bd. 2, S.164-189). Zudem verfügte T. offensichtlich über ein hervorragendes Gedächtnis, das Personen und Geschehnisse festhielt, verbunden mit Gespür für das mit Genauigkeit geschilderte Detail, in dem er die Spuren der Zusammenhänge der Zeitgeschichte entdeckte, und über den „großen“ Menschheitsfragen vergaß er nicht die Spuren der „kleinen“ Menschen im großen Weltgeschehen.

Trotz aller Fährnisse sind sowohl die Tagebücher als auch zahlreiche Briefe des Autors vor allem an Ljubov' Michajlova, seine Frau Lusja, überliefert. Die vielen Fotos sind nicht nur illustrative Beigabe zu beiden Bd., sondern historische Zeugnisse von eigenem Reiz und eigener Aussagekraft. Eines der ersten reproduzierten Fotos zeigt den Vater Grigorij Tartakovskij gemeinsam mit Leo Tolstoj, als dieser die Klinik besuchte, in der Grigorij Tartakovskij nach dem Studium, u. a. ab 1905 an der Moskauer Universität (an der auch Sohn Boris studieren wird), als junger Arzt Arbeit gefunden hatte. Die letzten Fotos zeigen den hochbetagten Autor im Kreise der Familie, der Kinder, Enkel und Urenkel. Allein für sie waren die Tagebücher ursprünglich gedacht. Dem eigenen Lebensweg nachspürend, läßt der Autor den Leser nicht nur an der sich oftmals und radikal wechselnden Atmosphäre vergangener Jahrzehnte teilhaben, sondern konfrontiert ihn und sich selbst mit früheren Überzeugungen und Werten.

Jedem der wichtigen Lebensabschnitte ist ein Kapitel gewidmet, dem besonders schwerwiegenden Kriegserlebnis der in acht Kapitel gegliederte eigenständige Bd. Von diesem soll zuerst die Rede sein. Er zeichnet den Weg des angehenden Wissenschaftlers, des Kriegsfreiwilligen T., zum späteren Stabsoffizier der Garde nach. Die Dienstlaufbahn führte ihn von den „handverlesenen“ Luftlandetruppen zum Offizier der jahrzehntlang geheim gehaltenen 7. Abteilungen bzw. Verwaltungen der Sowjetarmee (sie befaßten sich mit der politischen Überzeugungsarbeit unter den gegnerischen Truppen und der Zivilbevölkerung un-

ter Kriegsbedingungen). Dem Kriegstagebuch folgend, vermitteln die Erinnerungen ein wahrheitsgetreues Bild des Kriegsgeschehens, von der Ausbildung (u. a. bei Moskau und Stalingrad), von schweren Kämpfen (u. a. im Nordkaukasus und im Vorfeld des Hochgebirgszuges sowie in der Ukraine), von Mut und von Panik, vom Leben im Unterstand, vom Kriegsgericht, auch von Liebe und von Liebeleien im Angesicht des Todes. Verrat und Anbiederung an deutsche oder rumänische Besatzer, Geschäftemacherei und Prostitution (auch um zu überleben) sowie – dies im ersten Bd. – Desertion eines Mitarbeiters der SMAD im besetzten Berlin der Nachkriegsjahre werden nicht verschwiegen. Ein besonderer Abschnitt ist der Erfahrung und der Sicht des Autors auf das Thema „Persönlichkeit und Krieg“ gewidmet. Der Leser erfährt (ähnlich wie in den Erinnerungen seines deutschen Kriegskameraden Moritz Mebel, der ebenfalls an der politischen Beeinflussung von Wehrmachtsangehörigen teilgenommen hatte) vom Alltag der politischen Arbeit der „Siebten“, von Frontpropaganda und von der Arbeit unter den Kriegsgefangenen. Schritt für Schritt nimmt der Leser Anteil an den Erlebnissen des Frontsoldaten T. bei der Befreiung Polens und der Tschechoslowakei. Diese Erinnerungen an die Vor- und an die Nachkriegszeit entführen den Leser zuerst in die weit zurück liegenden Kindheits- und Jugendjahre des 1911 geborenen Autors. Verbunden sind sie mit dem Städtchen Mesterskoje (bei Moskau) und der Hauptstadt, wohin die Familie umzog, mit dem Bürgerkrieg, mit Erinnerungen an einen Pogrom im ukrainischen

Jelisavetgrad und an die Neue Ökonomische Politik. Die gesellschaftlichen Erschütterungen und Veränderungen jener Jahre werden nicht abstrakt konstatiert, sondern an Hand eigenen Erlebens geschildert. Nach Schulabschluß ging T. als Textilarbeiter in eine Moskauer Fabrik, arbeitete kurze Zeit als Journalist und wurde schließlich Wissenschaftler aus Passion. Seine professionelle Ausbildung zum Historiker erhielt T. an der nach jahrelanger Pause 1934 wieder eröffneten Historischen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität. Hier studierte er von 1935 bis 1941. „Das erste Jahr an der Histfak ist in meiner Erinnerung (so nehme ich das jedenfalls heute wahr) der hellste und lebensfroheste, nahezu durch nichts verdunkelte Abschnitt meines Lebens an der Universität.“ (1-S.155).

Die Erinnerungen an die Jahre des „Großen Terrors“ sind mit Lehrveranstaltungen und deren Inhalten, mit politischen Diskussionen um die „Generallinie“ verbunden, mit Gedanken an Michail Tichomirov und Milisa Nečkina, Wissenschaftler von Rang auf dem Gebiet der Geschichte Russlands; mit Gedanken an den legendären Abram Guralskij, der im Auftrag der Komintern u. a. in Deutschland und Frankreich gewirkt hatte. Am Lehrstuhl für Alte Geschichte lehrte Mojsej Lurje unter seinem aus Deutschland mitgebrachten Parteinamen „Alexander Emel“, bis er in einem der ersten Schauprozesse als „Volksfeind entlarvt“ wurde.

1945 führte der Weg des nunmehr Kriegserfahrenen und gebildeten Offiziers zur SMAD (der sowjetischen Militäradministration in Deutschland) in die

Propaganda- bzw. Informationsverwaltung von Oberst Sergej Tjulpanov. T. diente im SNB, dem sowjetischen Nachrichtenbüro, in dem deutsche und sowjetische Mitarbeiter gemeinsam arbeiteten und das seinen Sitz in Berlin-Weißensee hatte. Hier fand die Familie Tartakovskij, der in der Berliner Charite ihr erster Sohn Aleksandr geboren wurde, in einer gute Nachbarschaft haltenden sowjetischen Kolonie für Jahre ihren Lebensmittelpunkt. Offenherzig berichtet der Autor vom dienstlichen und familiären Alltagsleben eines sowjetischen Besatzungsoffiziers, vom kulturellen Leben der geteilten Stadt, von der regulären Versorgung mit Lebensmitteln und davon, wie er sich zum ersten (und letzten) Mal in seinem Leben einen Wintermantel maßschneidern ließ, vom Schwarzmarkt und von offiziellen Kontakten unter den Alliierten, auch von Reisen in Besatzungszonen der Westalliierten, u. a. zum Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß. Vom Verhältnis zu deutschen Mitarbeitern oder Wohnungsvermietern, zu Kindermädchen und Kraftfahrern ist die Rede, auch von zufälligen Begegnungen mit einem später bekannt gewordenen Politiker namens Erich Honecker. In ihrer Genauigkeit und Offenherzigkeit gehört die Darstellung des Alltags zu den seltenen Ausnahmen der Memoirenliteratur.

1949/50 kehrte T. endlich in das zivile Leben, in die Welt der Wissenschaft zurück, die er im Sommer 1941 freiwillig verlassen hatte, um seinem Vaterland zu dienen. Die Rückkehr ins Zivilleben war für ihn wie für viele andere seiner Kameraden mit der schmerzhaften Erfahrung verbunden, daß seine im „5. Punkt“ der

Personalunterlagen ausgewiesene ethnische Zuordnung als Jude zwar niemals offiziell als Grund für die Versetzung in die Reserve angeführt, aber dennoch eine deutlich spürbare, entscheidende Rolle gespielt hat. Es war nicht die erste und blieb nicht die letzte Konfrontation des Autors mit dem Thema Antisemitismus. An der ihm vertrauten Historischen Fakultät der Moskauer Universität absolvierte T. 1950-1953 eine wissenschaftliche Aspirantur. Wissenschaftlicher Betreuer, später auch Freund, wurde der bedeutende Forscher Arkadij Jerusalimskij, der T. zur Promotion führte. Von ihm fügte der Autor ein Lebensbild in seine Erinnerungen ein (1 - S.363ff. u. a.). Zu den Freunden gehörten bald auch Aleksandr Nekrič (der nach einer vernichtenden Kritik an seinem Büchlein über den 22. Juni 1941 in die Emigration getrieben wurde) und Michail Gefter, einer der klügsten jüngeren Köpfe der Geschichtswissenschaft der damaligen Sowjetunion.

T. fand nur sehr schwer und erst nach langer Suche Arbeit. Es dürfte ein Behelf gewesen sein, daß er an der Hochschule für Bergbau unterkam. Hier lehrte er viele Jahre, bis er schließlich an das Institut für Marxismus-Leninismus (IML) kam und – für eine längere Zeit – im „Nebenberuf“ als sowjetischer Sekretär der Historikerkommission der DDR und der UdSSR amtierte. Sehr detailliert schildert T. die Arbeitsbedingungen am IML, wo er mit der Herausgabe der Schriften von Karl Marx befaßt war und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im ausgehenden 19. Jh. forschte (1 - S.368 ff.). So präzise ist das System der Zensur an diesem Institut bisher nicht dargestellt

und analysiert worden. Von diesem Institut aus war er mehrfach in Berlin, wo er unter anderem ein Jahrzehnt lang Arbeitskontakte zum IML beim ZK der SED hielt und Freundschaften, u. a. mit Erich Kundel, schloß. Mit Berlin, mit der DDR-Geschichtswissenschaft, verbanden ihn auch die wissenschaftlichen Konferenzen, welche die Historikerkommission organisierte und deren wissenschaftlicher Ertrag (z. B. bei der Erforschung des Zweiten Weltkriegs oder der Novemberrevolution) beträchtlich war.

T. entläßt seine Leser mit dem Gefühl, vom Vf. mit auf eine Reise durch die Vergangenheit genommen worden zu sein, bei der nicht jene Tatsachen ins rechte Licht gerückt und jene Gedanken herausgepickt wurden, die heutigen Vorstellungen entsprechen. Er fragt sich reinen Herzens, wie er lebte und arbeitete, wofür und wogegen er stand und wie er seine Aufgaben in der Zeit, in die er durch Geburt gestellt worden war, nach bestem Wissen und Gewissen erfüllte und dabei in finsternen Zeiten die Hoffnung auf eine bessere, eine vernünftige und gerechte Zukunft nicht verlor. (1 - S.11f.)

Bei einer wünschenswerten deutschen Ausgabe sollten Ungenauigkeiten (z. B. bei der Datierung von Ereignissen), die sich eingeschlichen haben, korrigiert werden.

Gerd Kaiser

Nikolaj Popel: Und vor uns liegt Berlin. Hrsg. und übers. von Dr. R. Meier, Elbe-Dnjepr-Verlag, Klitzschen 2004, 503 S., Beilagen und Karten.

Im Jahr 2004 brachte der sächsische Elbe-Dnjepr-Verlag in seiner Reihe „Militär-Historische-Bibliothek“ den letzten

Teil der Kriegserinnerungen des Kriegsrates der Roten Armee, Generalleutnant Nikolaj Kirillovič Popel (1901-1980), als kommentierte und erweiterte Ausgabe in deutscher Übersetzung heraus.

P. behandelt darin die Kampfhandlungen der 1. Garde-Panzerarmee (im Rahmen der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Ivan S. Konev) vom Beginn der Weichseloperation Mitte Juli 1944 an, ihren Übertritt in den Befehlsbereich der 1. Belorussische Front unter Marschall ^vZukov (November 1944), ihre Beteiligung an der Weisel-Oder-Operation beginnend mit dem Angriff aus dem Brückenkopf von Magnuszew, den Durchbruch durch die Riegelstellung von Meseritz (die niemals vollendete Oder-Warthebogen-Stellung, „Ostwall“ genannt), über die Teilnahme am Sturm auf die Seelower Höhen bis zur Eroberung von Berlin. In der UdSSR erschien der letzte Teil der Erinnerungen P.s erstmals bereits 1969, wurde aber in aktualisierter Form im Jahre 2001 noch einmal aufgelegt und lieferte in dieser Form die Vorlage für die hier zu besprechende deutsche Ausgabe. Die beiden vorangegangenen Teile, 1959 bzw. 1960 unter dem Titel „W tjaškiju poru“ bzw. „Tanki povernuli na zapad“ erschienen, wurden bereits wenige Jahre danach vom Militärverlag der DDR ins Deutsche übersetzt („In schwerer Zeit“ und „Panzer greifen an“).

Der Umgang mit der sowjetischen Memoirenliteratur erwies sich besonders für den kritischen Leser lange Zeit als problematisch. Getragen von einem auf den berechtigten Siegerstolz abhebenden, zuweilen pathetischen und stark ideologisierten, agitatorischen Schreibstil, re-

flektierte die Darstellung immer einen – durchaus verständlichen – Haß auf alle deutschen Soldaten, die ohne Unterschied ihres Ranges (von den wenigen Überläufern abgesehen) pauschal als „Faschisten“ tituliert wurden. Sowjetische Memoirenliteratur war eben Teil staatlich zensierter Literatur, sie ließ den Autoren relativ geringe Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich einer eher kritischen Betrachtung. Andererseits muß anerkannt werden, daß diese Art Erinnerungsliteratur zuvorderst für den Gebrauch im eigenen Land bestimmt war und daß die Generation der sowjetischen „Frontoviki“ eben an eine ganz eigene, noch aus Kriegszeiten stammende Diktion gewöhnt war und diese auch von ihren Autoren erwartete. Ein anderes, eher strukturelles Problem beim Verständnis sowjetischer Militärmemoiren bestand in der starken Vermengung von strategischen Plänen und operativen Entschlüssen, der taktischen Ausführung dieser Entschlüsse sowie den oft episch ausmalenden Heldentaten einzelner oder Gruppen von Rotarmisten. P. steht zweifellos in dieser Tradition, ist aber – auch schon in seinen älteren Darstellungen – um eigenes Format bemüht und in der langen Reihe sowjetischer Memoirenschreiber wirklich keine uninteressante Gestalt. Möglicherweise ist das dem Umstand geschuldet, daß er keine militärische Karriere im eigentlichen Sinn machte, sondern die eines Politkommissars. Er begnügte sich aber keineswegs mit der Rolle eines „Politarbeiters“, sondern zeigt in seinen militärischen Abhandlungen ein tiefergehendes Verständnis für moderne Truppenführung bei der Panzerwaffe. Ps dritter Teil seiner Memoiren führt den

Leser in die Zeit nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Zuge der Operation „Bagration“ Ende Juni 1944. Er berichtet über die Bildung des Brückenkopfes Baranov und die sich anschließende Kesselschlacht von Sandomierz, also bereits auf polnischem Territorium, im Juli 1944. Hier werden – vermutlich konnte man sich das in der ersten russischsprachigen Ausgabe von 1969 noch nicht so detailliert erlauben – die genauen Verluste an Menschen und Material, die die Rote Armee zu beklagen hatte, angegeben. Auch bei den folgenden Teiloperationen werden hierzu genaue Angaben gemacht, ein Umstand, der nicht nur das Verständnis für die Endphase des Krieges vertieft, sondern auch vor Augen führt, welch hoher Blutzoll von den Truppen der Roten Armee bis zur Erringung des Sieges noch gezahlt werden mußte. Daß die Führung der Panzertruppen der Roten Armee nach den bitteren Verlusten um die Jahreswende 1944/45 auf der Höhe der damaligen Kriegskunst stand, bestätigen in letzter Zeit auch deutsche Autoren, wie Hans Jürgen Pantenius¹.

Die Verlegung seiner Einheit zur 1. Belorussischen Front und die Deklassierung Konstantin K. Rokossovskijs zum neuem Befehlshaber der 2. Belorussischen Front Mitte November 1944 kommentiert P. überraschend offen als „eine

bestimmte Ungerechtigkeit gegenüber Rokossovskij“ (S.141). Wir erfahren, daß Georgij K. Zukov „seine Truppen mit anderen Methoden leitete“ (ebenda). Damit deutet P. an, daß Zukov ein Militärführer war, der, um es milde zu formulieren, nicht bereit war, das Leben seiner Soldaten in irgendeiner Weise zu schonen. Daß am im Heroenolymph thronenden Zukov vorsichtig Kritik geübt wird, spricht für den Autor des Buches. Zu einer ähnlich kritischen Einschätzung gelangt P., wo er über das Scheitern des sowjetischen Angriffs am Abend des 16. April 1945, des ersten Angriffstags auf die Seelower Höhen, eine „traurige Bilanz“ zieht und die Gründe dafür reflektiert. Er wirft Zukov und auch seinem eigenen Vorgesetzten Katukov vor, sie hätten aus politischen Gründen (nämlich, um so schnell als möglich und noch vor ihrem Rivalen Konev Berlin stürmen zu können) die Fehler der Deutschen bei Kursk im Jahr 1943 wiederholt (S.314). Von der chronologischen Darstellung des Kriegsverlaufs weicht P. nur an einer Stelle ab, nämlich bei der Untersuchung der Heeresversuchsstelle der Panzertruppen in Kummersdorf bei Jüterbog. Der Rezensent ist bei der Ergründung der dahinter steckenden Absichten des Autors ziemlich ratlos und kann die in diesem Abschnitt recht verworren wirkende Darstellung nur anmerken. Kleinere Unkorrektheiten, die möglicherweise auch dem zeitlichen Abstand beim Schreiben geschuldet sind (so wird auf S. 325 ein Soldat der Panzerdivision „Müncheberg“ der Wehrmacht als SS-Mann bezeichnet) mindern den insgesamt guten Eindruck der Darstellung aber nur unerheblich.

¹ Siehe z. B. Hans Jürgen Pantenius: Letzte Schlacht an der Ostfront - von Döberitz bis Danzig 1944/45, hrsg. von Friedrich Benninghoven, Hamburg 2002, S.326 –331. Pantenius hatte als Regimentskommandeur in der 337. Volksgrenadierdivision gegen Einheiten der 1. Garde-Panzerarmee gekämpft.

In der hier vorliegende Ausgabe ist der eigentliche Memoirenteil P.s durch einen knappen, der Monographie von I. M. Ananjev: *Panzerarmeen im Angriff*, Moskva 1988, entnommenen Exkurs über die „Entwicklung der Organisationsstruktur der sowjetischen Panzertruppen 1941-1945“ ergänzt. Dem interessierten Laien liefert er einige wertvolle Zusatzinformationen, und auch der Fachmann wird – trotz der Kürze der Darstellung – nicht enttäuscht. Ein ebenso kurzer Überblick über „Die Veränderung der Struktur der deutschen Panzertruppen 1943-1945“ fällt dagegen im Niveau stark ab, wobei der Leser zuallererst gar keine Klarheit darüber gewinnt, ob diese Überlegungen von P. oder von Ananjev stammen. Der für einen Fachmann annehmbare zeitliche Einstieg erst zum Frühjahr 1943 läßt denjenigen Leser, der mit der Geschichte der deutschen Panzertruppe nicht vertraut ist, ziemlich ratlos zurück. Abgesehen von den dargebotenen Tabellen, reflektieren die Passagen außerdem einen seit langem überholten Forschungsstand, der außerdem mit zahlreichen Detailfehlern behaftet ist. Das meiste davon mag durch Hin- und Rückübersetzen nicht deckungsgleicher militärischer Fachtermini in der deutschen und russischen Sprache hervorgerufen sein. Überhaupt zieht sich durch die gesamte deutschsprachige Ausgabe ein durchaus nicht marginales Problem der sprachlichen Bewältigung der Materie. Dies zeigt sich gar nicht einmal so sehr beim eigentlichen Memoirenteil, sondern viel ausgeprägter in den Anhängen. Insgesamt fällt unangenehm auf, daß die Übersetzung streckenweise holprig und unbeholfen wirkt und mitunter sach-

liche Fehler enthält (S.410, 431, 476f., 480, 482, 485, 491, 493).

Abgesehen von der schlechten Übersetzung fallen fehlerhafte Angaben auf. In einem längeren Abschnitt „Panzertypenblätter“, der manche interessante Details über Produktionszahlen bietet, sind die technischen Daten ungenau. Die Bibliographie und eine Auswahl von Kurzbiographien sowjetischer und deutscher Panzerkommandeure und Generale sind in ihren Personendaten zwar überwiegend korrekt, die militärischen Einheiten werden zuweilen aber (vor allem, was die deutsche Seite betrifft) nicht genau wiedergegeben. Die Skizzierung von Nazigrößen (Hitler, Göring, Himmler usw.) wirkt hemdsärmelig und agitatorisch.

Schließlich ist das Buch auch noch oberflächlich endlektoriert worden. Die Druckfehler sind Legion. So wird der bekannte britische Militärschriftsteller Liddel Hart einmal korrekt, einmal aber als Liddel Gart zitiert; der Ort der historischen Schlacht von Kunersdorf im Jahre 1759 mutiert zu Kunerdsdorf und der nordfranzösische Fluß Somme wird zur Somma.

Wer Interesse an Darstellungen des Panzerkrieges an der Ostfront 1944/45 hat, kann – trotz dieser Pannen – aus P.s eindringlichen und lebensnahen Kriegserinnerungen ein Stimmungsbild aus der Sicht von Kommandeuren und Soldaten der Roten Armee gewinnen, das viele Facetten enthält.

Bernd Gottberg

Lucie Kurlbaum-Beyer: Krieg tötet Zukunft. Leben und Arbeiten für eine friedliche Welt. Hrsg. und eingeleitet von Gisela Notz, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2004, 224 S.

Der Herausgeberin ist zu danken, daß ein lange vernachlässigtes Kapitel der Geschichte der Arbeiterbewegung in Angriff genommen wird, die Lebensbeschreibungen sozialdemokratischer Frauen. N. ist eine der Pionierinnen dieses Forschungsgebiets. In dem vorliegenden Buch gibt sie die autobiographische Darstellung einer Frau derjenigen Generation heraus, die sich bereits in der Zeit der Weimarer Republik in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) organisierte, am antifaschistischen Widerstand beteiligt war und auch nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang in verschiedenen politischen Funktionen tätig war: Lucie Kurlbaum-Beyer. Geboren 1914, war sie nach dem Krieg Landesfrauensekretärin des DGB in Hessen, Mitglied des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und 16 Jahre lang Mitglied des Bundestags, was keineswegs alle ihre gesellschaftspolitischen Funktionen benennt. Zeitzeugin der Inflation und Wirtschaftskrise, erlebte sie in der eigenen Familie jahrelange Arbeitslosigkeit des Vaters und Armut, aber auch die damalige Kultur der Arbeiterklasse mit ihrer Solidarität und Mitmenschlichkeit innerhalb der Familie und im Kreis der Genossen.

Lucie Kurlbaum-Beyer gehört zu den wenigen Frauen aus der deutschen Arbeiterklasse, die eine Autobiographie geschrieben haben. Motiviert wurde sie dazu durch ihre kritische Rezeption von

Sebastian Haffners „Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933“ (2001). Anders als Haffner will sie nachweisen, daß 1945 die „meisten Deutschen wieder eine demokratische Verfassung haben wollten“ (S.107) und daß damals nicht, wie es bei Haffner heißt, „eine moralische Wesensschwäche Deutschlands [...] zu Tage getreten“ sei. Sie erklärt, daß „das erste Entnazifizierungsgesetz sehr viel Unrechtsgefühl bei den Menschen ausgelöst hat“ (S.107), und kritisiert die Praktiken der Entnazifizierungs-Spruchkammern dafür, „daß jeder, der einmal Beiträge für die NSDAP [...] kassiert hatte [...], mit Berufsverbot und Strafgeld belegt werden mußte“ (S.115f.). Dabei ignoriert sie, daß z. B. Gestapobeamte und selbst Kriegsverbrecher später in Staat, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur bis zur Rente beschäftigt wurden, die sie ungekürzt bis zu ihrem Tode genießen durften.

Ihr durch alte und neue Vorurteile geprägter Antikommunismus macht sie ebenso blind der Tatsache gegenüber, daß der antifaschistische Widerstand mehrheitlich von Kommunisten geleistet wurde, daß die Sowjetunion bis zur lange hinausgezögerten Eröffnung der zweiten Front in Europa die Last des Krieges gegen die Invasoren völlig allein und ohne militärische Unterstützung durch ihre westlichen Verbündeten tragen mußte.

Kommunisten kommen in ihrer Lebensbeschreibung nur als „kommunistische Jugendliche“ vor, die „sich mit Rechten aus der Hitlerjugend zusammentaten und demokratische Jugendliche aus unterschiedlichen Gruppen herausforderten

und nicht selten auf sie einschlugen“ (S.74). Mit der Feststellung, daß „Rußland ihnen [den meisten Deutschen] schon vom zaristischen System her suspekt“ war und daß „gerade die SPD vor 1933 bittere Erfahrungen mit der KPD gemacht hatte“ (S.107), begründet sie sogar das Unverständnis der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg für die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen: „Drei Zonen, das hätte man sich noch vorstellen können, aber daß die Sowjets so weit in den Westen vordringen würden, das war schwer verständlich. Viele im sowjetisch besetzten Osten versuchten deshalb, gemeinsam mit ihren Familien in den westlichen Teil Deutschlands zu fliehen.“

Ihre mangelnde politische Sachkenntnis äußert sich auch in ihrer Haltung zum Streik: „Das Wort Streik“, meint sie, werde „heute so leicht in den Mund genommen“. Die „Bilder vom Metallarbeiterstreik von 2003 in den neuen Bundesländern“ fand sie „erschreckend und abstoßend“ (S.54), weil die Streikposten angeblich „gar nicht aus den bestreikten Betrieben stammten“. Sie beklagt, daß man „nur selten Verständnis dafür findet, [...] daß Geld nicht vom Himmel fällt und die Leistungen der Wohlfahrt durch Steuern und andere soziale Abgaben erst einmal aufgebracht werden müssen“ (S.53). Daß das reichste Land in Europa seinen Reichen kaum Steuern abverlangt, weshalb auch immer weniger für die wachsende Zahl von Armen übrig bleibt, vermag Lucie Kurlbaum-Beyer nicht zu erkennen.

In ihren Einschätzungen der Situation u. a. in afrikanischen Ländern ist sie weitaus kritischer. So schildert sie die Kinder am

Straßenrand in Monrovia „mit ihren dünnen Armen und Beinen und meist dicken Bäuchen“ und die in Hütten zusammengepferchten, schlecht bezahlten und in Lumpen arbeiteten Gestalten in den Gummipflanzungen (S.165f), die von amerikanischen Firmen ausgebeutet werden. Aber auch in diesen Verhältnissen sieht sie nur „Relikte der Kolonialzeit“ und „menschliche Schwächen“ (S.166). Facetten der neoliberalen Globalisierung kann sie darin nicht wahrnehmen.

Positiv einzuschätzen ist die mit ihrer antifaschistischen Grundüberzeugung eng verbundene Friedensliebe, die die Hrsg.in zu Recht als den „sich durch Lucie Kurlbaum-Beyers Lebensgeschichte ziehenden roten Faden“ hervorhebt. Allerdings macht auch da ihre uneingeschränkte und unkritische Treue zur Parteiführung der SPD sie außerstande, die Ambivalenz der „Friedenspolitik“ der rot-grünen Koalitionsregierung z. B. im Kosovokrieg zu erkennen. Voll zustimmen muß man Lucie Kurlbaum-Beyer, wenn sie am Ende ihres Berichts erklärt: „Nur wenn wir alle Kraft, unsere ganze Initiative einsetzen, wird es möglich sein, wieder eine bessere und schönere Zukunft zu schaffen. Dazu ist notwendig, daß in erster Linie auch die Frau politisch denken lernt, sich vor allem aber politisch interessiert. Wissen wir doch, daß wir Frauen, nicht zuletzt durch das Blutbad dieses zweiten Weltmordens, in der Überzahl sind, daß wir Frauen also mit dem Stimmzettel in der Hand Entscheidungen verursachen können, die für das Leben und die Zukunft unseres Volkes von ungeheurer Bedeutung sein müssen! [...] Ihr Frauen, denkt daran! Laßt euch nicht ein zweites Mal dazu

mißbrauchen, gegen Menschentum und Menschenwürde, gegen den Menschheitsgedanken überhaupt nicht nur zu denken, sondern auch zu handeln! [...] Es gibt nur eins: zusammenstehen, zusammenschließen, eintreten in die Front derjenigen, die für Menschenwürde, Frieden, Gerechtigkeit und Wahrheit eintreten!“ (S.211f.).

Hanna Behrend

Matthias Loeding: Von der Wennigsener zur 1. Sechziger Konferenz. Der Zentralausschuss der SPD im Kampf um seine Eigenständigkeit, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2005, 128 S.

Rechtzeitig zum sechzigsten Jahrestag der ersten Sechziger-Konferenz von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) am 20./21. Dezember 1945 in Berlin rekonstruiert L. „die politisch wie menschlich verworrene Lage für den Zentralausschuß der SPD in Berlin“ (S.3) nach dem für Otto Grotewohl und seine Genossen deprimierendem Ergebnis der überzonalen SPD-Konferenz in Wennigsen vom 5. bis 7. Oktober 1945. Er bezieht akribisch viele bislang unbekannte oder nicht genutzte Quellen ein und stellt manches früher in Ost- und Westdeutschland über Probleme zwischen KPD und SPD der SBZ zwischen Oktober und Dezember 1945 Geschriebene vom Kopf auf die Füße. Der Autor knüpft in seiner Einleitung und im ersten Kapitel bei den Ergebnissen der von Kurt Schumacher einberufenen SPD-Konferenz in Wennigsen 1945 an. Schumacher gelang es, die in den Westzonen zu dieser Zeit bereits bestehenden SPD-Organisationen auf den von

ihm verfochtenen antikommunistischen Kurs einzuschwören. Die Bestrebungen Grotewohls und des Zentralausschusses (ZA) der SPD in Berlin, einen überzonalen SPD-Parteitag einzuberufen, um einen gesamtdeutschen SPD-Vorstand zu wählen und über Zusammengehen bzw. Vereinigung mit der KPD zu entscheiden, blieben erfolglos. Damit stand der ZA vor der Frage, wie die Zusammenarbeit mit der KPD in Berlin weiterhin gestaltet werden kann. „Die KPD-Führung [...] konnte [...] davon ausgehen, daß in absehbarer Zeit weder eine gesamtdeutsche SPD-Führung noch eine reichsweite SPD entstehen werden.“ Unter diesen Bedingungen und maßgeblichem Einfluß Walter Ulbrichts drängten KPD-Funktionäre in Ost und West auf die baldige Vereinigung beider Parteien in der Ostzone, „als Vorbild für ganz Deutschland“ (S.6).

Kommunisten wie Sozialdemokraten der SBZ hatten im Frühherbst 1945 die seit Mai/Juni 1945 gewonnenen Erfahrungen der Zusammenarbeit beider Arbeiterparteien als wichtige Faktoren für die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands erkannt. Diese Auffassung teilten Kommunisten auch in den Westzonen. Gleichzeitig aber war die „im Mai/Juni 1945 vorhandene Euphorie zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei in den Reihen des ZA und der SBZ-SPD in den Hintergrund getreten [...]“ (S.14) Protokolle von Führungsgremien beider Parteien weisen zudem aus, daß in der SPD eine schnelle Vereinigung nur in der SBZ derzeit kaum befürwortet wurde. Um dennoch auf dieses Ziel hinarbeiten, schlug die KPD-Führung die Bildung eines „zentralen Aktionsausschusses“

vor, der am 18. Oktober 1945 auch zusammentrat. Die vom Einheitsgedanken getragenen Vorschläge des ZK der KPD, den Jahrestag der Oktoberrevolution gemeinsam zu begehen und bei den bevorstehenden Kommunalwahlen Listenverbindungen von KPD und SPD aufzustellen, lehnte der ZA ab (S.17f.). „Der ZA war nicht bereit, Beschlüsse mit zu tragen, die den Anschein erwecken könnten, er gefährde seine organisatorische und politische Selbständigkeit und die der SPD in der Sowjetzone“ (S.21). „Im Mittelpunkt der Aktionseinheit beider Parteien sollten nach Ansicht des ZA im Verbund mit den anderen antifaschistischen Parteien (CDU und LDPD - W. T.) gemeinsame praktische Aktionen im Interesse des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus stehen“ (S.23). Die politisch äußerst komplizierten Bedingungen für den ZA belegt L. u. a. durch Berichte aus britischen und amerikanischen Quellen sowie durch Beispiele sowjetischer Einflußnahme und Informationen aus SPD-Bezirksverbänden. So enthielt z. B. ein von Hermann Brill formulierter Entschließungsentwurf für den thüringischen Landesparteitag am 27./28. Oktober 1945 „die Aufforderung an den ZA und das Büro Schumacher in Hannover, einen Gesamtvorstand zu bilden [...]“. Er erinnerte damit an die gesamtdeutsche Verantwortung der SPD und appellierte „zugleich an beide Führungsinstanzen in Hannover und Berlin, nicht gegeneinander zu arbeiten, sondern im überzonalen Interesse zu kooperieren und individuelle Gegensätze hinten anzustellen“ (S.31). Brill u. a. SPD-Landesvorstände der SBZ stimmten mit den von Otto Grotewohl

in Wennigsen vertretenen Auffassungen voll überein (S.33ff.).

Im zweiten Kapitel setzt sich L. mit dem politischen Stellenwert der umstrittenen Rede Grotewohls vom 11. November 1945 auf der SPD-Veranstaltung zum Jahrestag der Oktoberrevolution auseinander. Die drei von ihm in der Kapitelüberschrift verwendeten Begriffe „Politischer Appell oder Provokation?“ und „Lutherrede“ Grotewohls sollen die Brisanz dieser Rede unterstreichen. Wilhelm Pieck, der an der Veranstaltung teilnahm und eine Begrüßungsansprache hielt, hat einige Passagen aus Grotewohls Referat erwiesenermaßen als Provokation verstanden. Im Kern jedoch ging es Grotewohl „in seiner Rede vornehmlich darum, in Wahrung gesamtdeutscher Interessen Aufschub in der Vereinigungsfrage zu erlangen und dafür um Unterstützung bei Schumacher und den Westalliierten zu werben“. (S.43) Eine Vereinigung beider Parteien nur in einer Zone würde „vermutlich die Vereinigung im Reichsmaßstab nicht fördern, sondern nur erschweren und vielleicht das Reich zerbrechen“ (S.48). Das hatte Grotewohl schon in Wennigsen vertreten, und zu Recht zitiert L. diesen politisch weitsichtigen Gedanken Grotewohls aus der Novemberrede. Die in diesem Zusammenhang von Grotewohl für eine Vereinigung geforderten vier Bedingungen waren tatsächlich ein Appell sowohl an die KPD-Führung als auch an Schumacher. Grotewohl hoffte zu dieser Zeit noch immer, Schumacher zum Umdenken bewegen zu können und der KPD für eine Vereinigung nur in der SBZ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese Haltung Grote-

wohls rechtfertigt trotz berechtigter Einwände gegen seine Behauptung, in Deutschland würde kein Kapitalismus mehr bestehen, die Einordnung seiner Rede vom 11. November als „Lutherrede“ – hier stehe ich, ich kann nicht anders. Nur eine gesamtdeutsche SPD im Bündnis oder Zusammenschluß mit einer gesamtdeutschen KPD ermöglichte eine einheitlich handelnde Arbeiterbewegung als Voraussetzung für die Einheit Deutschlands – das war Grotewohls tiefste Überzeugung. „Die Rede Grotewohls am 11.11.1945 zeugt von Mut, Verantwortungsbewußtsein und Leidenschaft, aber auch von innerer Widersprüchlichkeit.“ (S.55)

Das dritte Kapitel behandelt Vorgeschichte und Verlauf der ersten Sechzigerkonferenz von KPD und SPD am 20./21. Dezember 1945. Sorgfältig hebt L. die verschiedenen Schritte von SMAD, KPD-Führung und ZA hervor, mit denen jede Seite versuchte, Bedingungen für die jeweils angestrebten politischen Ziele zu schaffen. Grotewohl und Gniffke reisten noch einmal in die westlichen Zonen, um hier für einen gesamtdeutschen SPD-Parteitag zu werben und Schumacher umzustimmen. Der Autor beschreibt, wie sich der ZA inhaltlich auf die gemeinsame Konferenz mit der KPD-Führung vorbereitet hatte, „indem er die Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung unmittelbar mit dem Erhalt der staatlichen Einheit Deutschlands verband“ (S.73). Auf der Konferenz stellte der ZA zehn Punkte an den Anfang, um zuerst „die bestehenden Probleme in der Zusammenarbeit beider Parteien offen auszusprechen, welche vor einer Verschmelzung beider Arbeiterpar-

teien gelöst werden müssen“ (S.80). Dabei stellte Grotewohl keineswegs „die Notwendigkeit der Herbeiführung einer einheitlichen deutschen Arbeiterbewegung im direkten Bezug zu aktuellen und wirtschaftlichen Gründen“ in Frage (S.86). L. geht ausführlich auf die Diskussion und die dabei zutage getretenen Differenzen ein. Umso erstaunlicher, „daß es doch noch zur Annahme einer gemeinsamen Erklärung auf der Konferenz gekommen ist“ (S.95). Hier hätte man sich gewünscht, daß auf diese Erklärung ausführlicher eingegangen worden wäre.

Bekanntlich hat Schumacher noch an den Weihnachtstagen die Ergebnisse der Sechziger-Konferenz kategorisch abgelehnt und für Anfang Januar 1946 entsprechende SPD-Veranstaltungen in den Westzonen organisiert. Gustav Dahrendorf äußerte darüber: „Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß unsere Freunde im Westen so instinktlos sein können [...] und] wie verantwortungslos insbesondere Dr. Schumacher verfährt.“ (S.101) Der Leipziger SPD-Vorsitzende Stanislaw Trabalski, „wahrlich kein Freund der KPD“, äußerte über Schumachers Haltung im November 1973: „Hätte Schumacher damals einen anderen Standpunkt vertreten, hätte sich wohl auch die SPD in der SBZ als Teil einer Gesamtpartei durchgesetzt oder sich zumindest intensiver gewehrt. Schumachers Haltung hat uns das Rückgrat gebrochen.“ (S.102)

Als Fazit kommt L. zu dem Schluß, daß die Sechzigerkonferenz von KPD und SPD in der SBZ im Dezember 1945 de facto eine Folge der nicht von den konkreten Bedingungen in Deutschland aus-

gehenden Politik Schumachers war. Dennoch, „trotz seiner Niederlage in Wennigsen gab der ZA den Kampf um die Schaffung einer einheitlichen SPD-Parteiorganisation nicht auf.“ Diesen roten Faden verfolgt L. in seinem Buch. Es ist richtig, der „ZA-Vorsitzende versuchte eine Gratwanderung [...]“. Statt ihn später im Westen der Verräterei zu beschuldigen, hätte er höchste Anerkennung für seine Haltung verdient. Auch auf der ersten Sechziger-Konferenz blieb er sich selbst treu. Die Entschließung vom 21. Dezember 1945 hielt er für einen Erfolg, weil Zusammenarbeit und Zusammenschluß mit der KPD nicht angezweifelt wurden, aber terminlich offen geblieben waren. Was in dieser Entschließung damals über Minimal- und Maximalprogramm im Zusammengehen beider Parteien formuliert wurde, ist wert, darüber auch heute nachzudenken. L.s Buch ist ein beachtenswerter Beitrag, um historisches Verständnis für damalige politische Prozesse in der sowjetischen Besatzungszone zu entwickeln, frei von Beckmesserei, denn alles, was seit Mai/Juni 1945 im Osten Deutschlands geschehen ist, war von Anfang an nicht losgelöst von Entwicklungen in den Westzonen. *Wolfgang Triebe*

Andreas Schmidt: „....Mitfahren oder abgeworfen werden.“ Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Provinz Sachsen/im Land Sachsen-Anhalt 1945-1949 (Forschungen zur Neuesten Geschichte, hrsg. v. Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper u. Prof. Dr. Peter Hertner, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Bd. 2), LIT Verlag Münster 2004, 581 S.

Noch ein Buch mit Zwangsvereinigung im Titel. Ist da noch etwas Neues zu erwarten? Wenn derartig intensiv Quellen ausgeschöpft werden, wie in dieser von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten, als Dissertation angenommenen regionalgeschichtlichen Studie, dann schon. Da erweist sich auch, daß die allzu groben Raster und die Pauschalisierungen sich mit dem tatsächlichen Geschehen nicht ohne weiteres in Einklang bringen lassen. So verwendet Sch. in seinem Text den Begriff Zwangsvereinigung auch nur sparsam und bevorzugt die Bezeichnung Fusion. Zwang tritt uns in dieser Darstellung nicht primär als Repression entgegen, sondern wird uns eher als eine alternativlose Situation vorgestellt, hervorgerufen durch eine Vielzahl von Umständen, Entscheidungen und Kampagnen. Die Sozialdemokraten (meist ist nur von Funktionären der SPD die Rede) agierten in diesen von den Kommunisten dominierten Auseinandersetzungen unterschiedlich und teils gegensätzlich. Obwohl Sch. keinen Beleg für kommunistische Vorherrschaft und kommunistischen Druck ausläßt, spricht er oft auch über das Mittun von Sozialdemokraten, über Anpassen, Nachgeben oder Rückzug – ein Verhalten das verbreiteter war als ein nicht ungefährliches widerständiges Verhalten.

Die Gliederung des Buches folgt den in der Geschichtsschreibung üblichen Einteilungen in Entwicklungsphasen. Wenn die Darstellung bis zu den Parteiwahlen des Jahres 1949 geführt wird, so ist dies begründet, denn der Vereinigungsparteitag stellte keineswegs den Abschluß der Fusion dar. So bekommt der Leser interessante Informationen gebo-

ten, zum Beispiel zu den Wahlen des Jahres 1946, zum Intermezzo einer in Moskau erwogenen Wiederzulassung der SPD mit Blick auf gesamtdeutsche Optionen, zu punktuellen und generellen Auseinandersetzungen im Funktionärskörper der SED, zu quantitativen Entwicklungen der Mitgliedschaft und der Kader, zu dem in der KPD gebildeten und in der SED fortgeführten geheimen Informationsdienst und zu ähnlichen Bereichen, die alle mehr oder weniger deutlich die Durchsetzung der kommunistischen Linie in der Einheitspartei belegen. Zudem werden uns viele biographische Daten über die Akteure geboten. Wiederholt wird die Akzeptanz der SED und ihrer Politik in der Mitgliedschaft und der Bevölkerung thematisiert. Die Fülle des Materials läßt sich allerdings nur um den Preis ermüdender Wiederholungen zu Kenntnis nehmen. Auch scheint sich Sch. nicht hinlänglich bewußt zu sein, daß viele der von ihm benutzten Quellen überproportioniert jene „Vorkommnisse“ reflektieren, über die obere Parteinstanzen in erster Linie informiert sein wollten. Trotz des enormen Umfangs bleiben in dieser Darstellung die wichtigsten Aktionsfelder von KPD und SPD und dann der SED weitgehend ausgeklammert. Ausnahmen bilden da nur die Bodenreform und der SMAD-Befehl Nr. 234. Über die antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen – darunter Bereiche, die in besonderem Maße die Handschrift von Sozialdemokraten trugen, wie Schulreform und Sozialversicherung – schweigt sich der Autor aus. Von den parlamentarischen Initiativen der SED im Landtag von Sachsen-Anhalt ist kaum die Rede. So wird die Frage um-

gangen, wie sich die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten im Kampf um die Erfüllung jener Ziele gestaltet hat, die den Kern ihrer Programmatik ausmachten und die sich in der Regel auch in den Konzepten der Kurt Schumacher folgenden westdeutschen Sozialdemokraten finden. Über die Absichten und den realen Einfluß des Ostbüros der SPD weiß Sch. gewiß mehr als er mitteilt, denn Rudolf Dux, Sekretär des Bezirksvorstandes Magdeburg der SPD, gehörte nach seiner Flucht in den Westen zu dessen leitenden Mitarbeitern und hat sich später seiner konspirativen Aktivitäten gerühmt. Unerwähnt bleiben die sich in den Grundrechten des deutschen Volkes und im Verfassungsentwurf niederschlagenden Vorstellungen der SED über die künftige deutsche demokratische Republik und deren Wiederhall in der Landesparteiorganisation. Die alliierten Vereinbarungen über Deutschland, das Besatzungsregime und dessen Folgen für die deutsche Parteienlandschaft erscheinen nicht als generelle Gegebenheit, sondern nur als Ausfluß sowjetischer Besatzungspolitik. Daß das kommunistisch-sozialdemokratische Verhältnis nicht nur alte und neue Belastungen zeitigte, sondern zugleich in den beiden Lagern des kalten Krieges gegensätzlich instrumentalisiert wurde, bleibt im Dunkel. Nun mag der Autor der Meinung sein, daß sich eine lokalgeschichtliche Studie nicht in solche Bereiche der großen Politik begeben müsse. Dann müßte aber der Anspruch, nicht nur eine Beschreibung, sondern auch eine Ausdeutung parteigeschichtlicher Entwicklungen zu bieten, aufgegeben werden.

Das Buch ist typisch für gegenwärtige DDR-Forscher, die tief in eine mehr oder weniger willkürlich abgegrenzte Materie eintauchen, aber sich kaum über sie zu erheben vermögen oder zu erheben gewillt sind. Wir bekommen auf nahezu 600 eng bedruckten Seiten partei-geschichtliche Ereignisse vorgestellt, deren Schauplatz aber bleibt uns verborgen. Bei einer so umfangreichen regional-geschichtlichen Untersuchung hätte der Leser eine Analyse der historischen, ökonomischen und soziokulturellen Spezifik der Provinz Sachsen bzw. des Landes Sachsen-Anhalt erwarten dürfen, insbesondere der kommunistischen und sozialdemokratischen Einflüsse, Traditionen und Erfahrungen und ihrer lokalen Unterschiede, der Wirkungen und Folgen der faschistischen Herrschaft und des Krieges, der materiellen und geistig-kulturellen Nachkriegssituation. Nur in konkreten Zusammenhängen und zur Erklärung einzelner Vorgänge verweist der Autor auf diese oder jene historischen Ursachen und Verbindungslinien. Ähnlich unterbelichtet sind die Rahmenbedingungen der Jahre 1945 bis 1949. Ohne Ausleuchten des Wirkungsfeldes und der übergreifenden Entscheidungssituation erscheinen jedoch die Parteien und ihre Konzepte letztlich als Selbstzweck, was sie aber nicht gewesen sind. Eingedenk der Erfahrungen der beiden letzten Jahrzehnte, die uns das Aufsaugen der Blockparteien der DDR und schließlich auch der Bürgerbewegung durch die etablierten Parteien der alten BRD bescherten, lohnte es sich, etwas gründlicher darüber nachzudenken, was bei der behandelten Thematik den allgemeinen Tücken von Fusionen zuzuschrei-

ben ist und was die Besonderheiten der kommunistisch dirigierte Einheitspartei sind.
Günter Benser

Dagmar Ellerbrock: „Healing Democracy“ – Demokratie als Heilmittel. Gesundheit, Krankheit und Politik in der amerikanischen Besatzungszone 1945-1949 (Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte e. V. Braunschweig/Bonn), Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2004, 500 S.

Es handelt sich um die gekürzte und überarbeitete Fassung einer 1999 an der Universität Bielefeld verteidigten Dissertation. Nach der einleitenden Behandlung von Fragestellungen, Forschungsstand, Quellenlage und Aufbau des Buches (S.12-54) sowie der „konzeptionellen und institutionellen Voraussetzungen“ (Kap. 1, S.55-101) werden Wiederaufbau und Entnazifizierung sowie Modernisierungsversuche im öffentlichen Gesundheitswesen und die „Chancen und Grenzen des Public Health-Modells“ in Deutschland (Kap. 2, S.102-203), Reform und Restauration im Gesundheitswesen der US-Besatzungszone (Kap. 3, S.204-250) sowie das Verhältnis und die Wechselbeziehungen von Lebensbedingungen, gesundheitlichen Befindlichkeiten und Nachkriegsentwicklung (Kap. 4, S.270-323) vielschichtig analysiert. Das 5. Hauptkapitel (S.324-444) befaßt sich – im Rückgriff auf traditionelle Voraussetzungen – mit der Volkskrankheit Tuberkulose und ihrem Stellenwert sowie vor allem mit der amerikanisch-deutschen Tuberkulosebekämpfung, wobei besonders der „Politisierung der Tuberkulose“ nachgegan-

gen und der Aspekt „Tuberkulose und Amerikanisierung“ hinterfragt wird. Dies erbringt neue Sichten auf „Amerikanisierung“ als interaktiven Prozeß und auf das zugrundegelegte amerikanische Demokratiemodell als idealtypisches Konstrukt, das – befördert durch die ideologischen Konfrontationen im kalten Krieg – Kritikpunkte und Defizite der US-Demokratie ausblendete (S.458). Ein besonderer Vorzug der auf breite Quellenbasis gestützten Darstellung besteht in ihrer sozial-, kultur- und politikgeschichtlichen Komplexität. Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis schließt den Bd. ab.

Rolf Badstübner

Werner Thönnessen: Mein Tor zur Welt. Ein Lebensweg als Gewerkschafter und Intellektueller. Hrsg. von Jens Becker. Mit einem Vorwort von Oskar Negt, VSA-Verlag, Hamburg 2005, 200 S., Ill.

Th., 1929 geboren, gehört zweifellos zu den bemerkenswertesten Gewerkschaftlern der „zweiten Reihe“, die – in diesem Fall an der Seite von Otto Brenner – die intellektuellen Grundlagen für das insgesamt erfolgreiche Wirken der bundesdeutschen Gewerkschaften in den 50er und 60er Jahren entwickelt haben. Nun legt er seine Autobiographie vor. Um es vorweg zu sagen, es handelt sich um ein lesenswertes, in vielen Passagen spannendes Buch, an dem die Gewerkschaftshistoriographie wegen der zahlreichen „Insider“-informationen zukünftig nicht wird vorbeigehen können.

Die beiden ersten Kapitel berichten über die Kindheit, die Abnabelung von fa-

schistischem Gedankengut, von Th. als „meine Resozialisierung“ bezeichnet (S.30f.), aber auch über die Auseinandersetzungen mit dem Vater, der später als Präsident des saarländischen Metall-Arbeitgeberverbandes gewissermaßen im gegnerischen Lager stand. Es folgen Darlegungen über das Medizinstudium, zunächst an der Pariser Sorbonne, dann in Mainz, über das Engagement in und die Trennung von katholischen Studentenorganisationen, über die Hinwendung zur „Kritischen Theorie“ und den Besuch der Vorlesungen bei Theodor W. Adorno (bei dem er später mit einer Arbeit über „Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung“ promovierte) und Max Horkheimer in Frankfurt a. M., über die Mitarbeit und die Querelen im Sozialistischen Deutschen Studentenverband (SDS) und schließlich über seine Besuche in der DDR, wo er u. a. mit Ernst Bloch und Wolfgang Harich diskutierte, und anlässlich der Weltfestspiele der Jugend 1957 in Moskau.

Im Mittelpunkt der Aufzeichnungen Th.s steht natürlich die „Ära Brenner“, genauer seine Tätigkeit im Vorstand der IG Metall vom November 1957 bis zum Wiesbadener Gewerkschaftstag der IGM Ende September/Anfang Oktober 1971. Schnell avancierte er zu einem der engsten Mitarbeiter des IGM-Vorsitzenden, gehörte dessen sog. „Braintrust“ an und wurde 1962 Leiter der Pressestelle beim Vorstand der IGM. Der Leser erfährt, vor welchen Herausforderungen die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung in diesen Jahren national und international stand – als Stichworte seien hier nur erwähnt: Rationalisierung und Auto-

mation, zunehmende Globalisierung und Herausbildung transnationaler Unternehmen, ökonomische Krise und gewerkschaftliche Interessenvertretung – und wie die IGM im Unterschied zu andern Einzelgewerkschaften, etwa der IG Bau – Steine – Erden, auf diese Herausforderungen reagierte. Ohne seinen eigenen Anteil zu überhöhen, zeigt Th. deutlich, welchen Anteil er an der Arbeitnehmerinteressen folgenden Politik der IGM hatte. Und es schwingt wohl mehr als nur Enttäuschung mit, wenn er auf der Grundlage der damaligen Erfahrungen und bezogen auf gegenwärtige Entwicklungen schreibt: „Es paßt den Regierenden, die Gewerkschaften als sture Neinsager hinzustellen. Schröder ist lieber mit Gesamtmetall im Bunde als mit der IG Metall oder dem DGB. Das sogenannte Besitzstandsdenken der Arbeitnehmerorganisationen löst eine heuchlerische Empörung aus.“ (S.117)

In den beiden abschließenden Kapiteln beleuchtet Th. seine Tätigkeit in der „Eisernen Internationale“ mit zahlreichen interessanten Details und sein Leben nach der Pensionierung.

Dem Buch ist ein breiter Leserkreis zu wünschen. Daran ändert auch der eine oder andere sachliche Fehler nichts. So dürfte es sich z. B. mittlerweile herumgesprochen haben, daß beim Einmarsch des Warschauer Paktes in die CSSR „Soldaten der DDR“ nicht beteiligt waren (S.103). Viel schmerzlicher vermißt der Rezensent dagegen ein Personenverzeichnis.

Wolfgang Heyn

Manfred Wilke unter Mitarbeit von Andreas Graudin: Die Streikbrecherzentrale. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und der 17. Juni 1953 (Diktatur und Widerstand. Bd. 8), LIT Verlag, Münster 2004, XV, 306 S.

Zu den verspäteten Würdigungen der Jahres 1953 gehört dieses Buch zur Rolle des FDGB während der Krise. W. vom Forschungsverbund SED-Staat hat zunächst im vorherrschenden Geist die Ereignisse analysiert: Es kam zu einem Volksaufstand in der DDR, nachdem die SED seit der Verkündung des „Aufbaus des Grundlagen des Sozialismus“ auf der 2. Parteikonferenz 1952 durch ungeschickte politische und ökonomische Schritte das Vertrauen des Volkes verspielt hatte. Wie üblich blendet W. die Verantwortung Moskaus an diesem Kurs beschleunigter Entwicklung und Kriegsbereitmachung weitgehend aus. Besonders die Arbeiterklasse wurde von der Macht usurpierenden SED schlecht behandelt und wehrte sich. Die Normenfrage war die entscheidende. Nur das Eingreifen der Sowjettruppen sorgte für den Machterhalt der SED und schließlich auch Walter Ulbrichts. Die Parteiführung war zerrissen. Allerdings weckt die eindeutige und im Text wie in den gewählten Überschriften der abgedruckten Dokumente vorhandene Tendenziosität des Urteils ungute Erinnerungen an jene Parteilichkeit und vorgefaßte Meinungen, die zu Recht der DDR-Geschichtsschreibung oft genug auch von W. zugeordnet wurden.

Immerhin geht er einen anderen Weg als bisherige Untersuchungen, die ihren Fokus auf die zentralen SED-Entscheidun-

gen oder die Stimmung unmittelbar in den Betrieben gelegt hatten. Er rückt die Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeiterschaft in den Mittelpunkt. Denn gerade sie hatten ihre Aufgabe als „Garant für die Loyalität der Arbeiter“ (S.1) trotz hoher Mitgliederzahlen und umfangreichen hauptamtlichen Apparats nicht wahrgenommen und in den Augen der SED versagt. Dabei war der FDGB nicht blind. Herbert Warnke, Vorsitzender des Bundesvorstandes, hatte am 8. Juni 1953 durchaus nüchtern Konfliktpunkte aufgezählt, die die Mitglieder in den Betrieben aufwühlten und die politischen Lösungen in dem von Moskau geforderten Kurswechsel notwendig machten: Zuvallererst die administrative Normenerhöhung, aber auch verschlechtertes Werkkitchenessen und allgemein Versorgungsfragen, Fahrpreiserhöhungen, Bevorzugung der Intelligenz bei der Ferienplatzvergabe, ständiger Arbeitsmangel und Verschlechterungen bei Leistungen der Sozialversicherung (S.49ff.). In 10 Kapiteln wird, nach einer Einführung zum Platz der Gewerkschaften im stalinistischen System, die Rolle des FDGB im kritischen Zeitraum vom 16. bis 20. Juni 1953 dargestellt. Die Massenorganisation mit ihren Funktionären insbesondere in den Betrieben war hin- und hergerissen von einer Doppelfunktion. Sie war einmal die Interessenvertreterin für die Arbeiter, die angesichts der sozialen Verschlechterungen und besonders der Normensteigerung gefragt war, andererseits hatte sie staatstragende Funktion, die angesichts genau dieser Unzufriedenheit immer weniger wahrgenommen werden konnte. Das Dilemma manifestierte sich in der hilflos-

sen Verteidigung einer von der Bevölkerung abgelehnten Politik. Ein Kollege aus einem Volkseigenen Gut sprach für viele: „Es ist schlecht, daß der FDGB sich nicht schützend vor die Arbeiter gestellt hat, sondern die Normenerhöhung mitgemacht hat.“ (S.193) Oder ein technischer Leiter: „Die Gewerkschaften [...] sind schon lange keine Kampforganisationen mehr, sondern haben immer nur das durchgeführt und auf alle Art und Weise durchgeboxt, was von oben herunter beschlossen wurde.“ (S.108)

Die Kapitel gruppieren sich um 67 eingebettete Dokumente unterschiedlicher Aussagekraft aus dem Archiv der Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR sowie dem Archiv der Sozialen Demokratie, teilweise erstmals abgedruckt. In letzterem Archiv¹ fand W. 17 Telegramme des sowjetischen Hochkommissars in der DDR Semenov und des Oberbefehlshabers der Sowjettruppen, Marschall Sokolovskij, aus den kritischen Junitagen an die Moskauer Führung. Die nüchterne Diktion der allgewaltigen Besatzungs- und Führungsmacht kontrastiert mit dem anderen bemerkenswerten Fundus von Dokumenten, den Lageberichten des Sektors Information beim Bundesvorstand des FDGB und aus den Bezirken. Ihnen ist die unklare Lage, die Hektik der Telefonrapporte

¹ Im Nachlaß des westdeutschen Historikers Gerhard Beier, der sie Anfang der 1990er Jahre für eine Studie aus dem Archiv des russischen Außenministeriums beschaffte. Siehe Gerhard Beier: Wir wollen freie Menschen sein. der 17. Juni 1953 - Bauleute gingen voran, Köln 1993.

und die Unsicherheit der Funktionäre vor Ort anzusehen. Deutlich wird, es war eine breite Arbeiterbewegung, in der wirtschaftliche mit politischen Forderungen verschmolzen, die letztendlich die DDR als eigenständigen, gar sich sozialistisch verstehenden Staat in Frage stellen mußten. Auch wird deutlich, daß es Bewegungen von unten waren, wobei die Rolle von Westmedien nur bedingt sichtbar wird. Vor allem wird offenbar, daß die Gewerkschaften gespalten waren, daß sich Basisfunktionäre in den Betriebs- und Abteilungsgewerkschaftsleitungen (BGL bzw. AGL) oft die Forderungen der Arbeiter zu eigen machten, gar an die Spitze von Streiks stellten. Erst nach dem Eingreifen der Sowjettruppen konnten leitende Gewerkschaftsorgane wieder offen vorgehen. Warnke wies die FDGB-Bezirksvorstände am 18. Juni an: „Die Provokateure unbedingt entlarven und festnehmen lassen. Wer sich nur gegen die Normenerhöhung auflehnte, gegen den wird nicht vorgegangen. Provokateure aber, die die Streikleitungen organisierten oder bewußt Tumulte und Zerstörungen hervorriefen oder aber Forderungen auf Sturz der Regierung stellten, werden bestraft.“ (S.169)

Als der Alltag wieder einkehrte, die Macht gesichert war, hatte die Partei offensichtlich ihre Lektion gelernt: Es galt, nie wieder in der Sozialpolitik so zu versagen wie 1952/53. Auch wenn die Sprachregelung vom „faschistischen Putsch“ gefunden war, hatte sich doch tief in den politischen Verstand von SED und FDGB eingegraben, was die Arbeiter schnörkellos deutlich machten: Es wäre nicht zu Ausschreitungen gekommen, wenn die Führung rechtzeitig rea-

giert hätte. Kurt Hager gestand auf der 14. Tagung des ZK der SED am 21. Juni 1953 resignierend ein: „Mir hat jemand gesagt – und das war kein Provokateur und kein Faschist: Weißt Du was, jede Regierung ist mir recht, wenn sie mein Leben verbessert. Das kann sogar eine Regierung wie die da drüben sein.“ (S.251)
Stefan Bollinger

Annette Wilczek: Einkommen, Karriere, Versorgung. Das DDR-Kombinat und die Lebenslage seiner Beschäftigten, Metropol, Berlin 2004, 280 S.

Im ersten Halbjahr 1990 wurde es möglich: Industriosozologen aus der Bundesrepublik begaben sich in die Noch-VEB und befragten Arbeiter und Angestellte vor Ort über die Beziehungen innerhalb der Belegschaft und zwischen Betriebsbelegschaft und Betriebsleitung. Im Ergebnis glaubten sie *das* Bild vom DDR-Betrieb nach Hause zu tragen. Es wurde selbstverständlich und unhistorisch auf die gesamte DDR-Zeit angewendet. Die Wirtschafts- und Sozialhistoriker brauchten mindestens ein Jahrzehnt länger, um sich der Frage zu widmen, wie der DDR-Betrieb in verschiedenen Perioden der Entwicklung der DDR wirtschaftlich und sozial funktionierte. Das hatte viel mit der Quellenlage zu tun. Während die Wirtschaftsakten bis hin zur Staatlichen Plankommission und den Wirtschaftsabteilungen des Politbüros innerhalb weniger Jahre frei zugänglich waren, wanderten die Firmenakten in die Depots der Treuhandanstalt bzw. gingen in die Hände der neuen – in der Regel westdeutschen – Eigentümer über, die an der sozialistischen Vergangenheit der nun

wieder kapitalistisch wirtschaftenden Unternehmen in der Regel nicht interessiert waren. So ist es eher die Ausnahme als die Regel, daß W. bei der Firma Heckert – Chemnitzer Werkzeugmaschinen GmbH (früher Stammbetrieb im Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert“) „trotz turbulenter Umbruchzeiten“ Zugang zum Betriebsarchiv erhielt. Heckert war als exportträchtiger Betrieb Schwerpunktunternehmen. Der zweite von der Autorin untersuchte ehemalige Stammbetrieb, das Elektrogerätewerk Suhl (EGS), gehörte dagegen zu den eher vernachlässigten „Nichtschwerpunktbereichen“. Allein schon die Gegenüberstellung der Rechercheergebnisse ist aufschlußreich. Für den Zeitraum der 1960er bis Anfang der 1980er Jahre untersucht W. erstens die Bedingungen, unter denen eine Anstellung im Unternehmen oder auch ein Betriebswechsel möglich waren. Die Einstellung in einen Betrieb eigener Wahl galt als Grundvoraussetzung für die Verbesserung der individuellen Lebenssituation. Dank fehlender Arbeitslosigkeit, freier Arbeitsplatzwahl und Arbeitskräftemangel hatte der einzelne „Werk tätige“ gute Chancen, im von ihm angestrebten Betrieb eingestellt zu werden. Zweitens untersucht die Autorin, wie die einzelnen Beschäftigtengruppen des Betriebes im Rahmen der vorhandenen lohnpolitischen Regelungen ihre Einkommen mit beeinflussen konnten. Die Manipulierungspraxis bei Leistungslöhnen mittels Normvorgaben ist bekannt und wird auch von der Autorin beschrieben. Die Möglichkeiten, sich sonst durch „richtige“ Eingruppierung das Lohn- und Gehaltseinkommen zu erhöhen bzw. an Prämien

und Auszeichnungen heranzukommen, werden m. E. zum ersten Mal so überzeugend empirisch nachgewiesen. Drittens wird die Versorgung der Belegschaftsmitglieder mit Gütern des täglichen Bedarfs und mit höherwertigen Konsumgütern – bis zu Wohnungen und Ferienplätzen behandelt. Viertens werden von W. die Handlungsmöglichkeiten höher qualifizierter Beschäftigter bei betrieblichen Entscheidungen untersucht, wobei sie die Frage stellt, wie die leitenden Ingenieure und Ökonomen ihr Arbeitsumfeld beeinflussen und für Arbeitszufriedenheit sorgen konnten.

Bewußt ausgeklammert hat die Autorin die Untersuchung der Mitarbeitermotivation, was schon deshalb unverständlich ist, weil die Mitbestimmung im Betrieb in der DDR rechtlich gut abgesichert war. Die Differenz zwischen offizieller Mitbestimmung und tatsächlichem Mitbestimmen „vor Ort“, im Rahmen der Brigade bzw. Abteilung nicht erkundet zu haben, „weil die Produktionsabläufe in DDR-Betrieben generell tayloristisch organisiert waren“, bleibt ein Manko dieser bewußt bis ins Detail gehenden und zurückhaltend kommentierten Mikroanalyse, die das bisherige Wissen vom DDR-Betrieb „als sozialen Mittelpunkt“ der Arbeiter und Angestellten ergänzt und erweitert. *Jörg Roesler*

Jörg Roesler/Dagmar Semmelmann:
Vom Kombinat zur Aktiengesellschaft, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 2005, 720 Seiten

Dieses umfangreiche und auf detaillierter Quellenauswertung beruhende Buch behandelt die Entwicklung des DDR-

Kombinats Braunkohlekraftwerke (incl. des Kombinats Verbundnetze Energie) seit Beginn der 80er Jahre bis zur Aktiengesellschaft nach der Wende mit all den technischen, ökonomischen und sozialen Problemen, Umbrüchen und Folgen, die damit für die Beschäftigten verbunden waren. Hervorzuheben ist, das es sich nicht um eine makroökonomische, sondern um eine sehr konkrete firmengeschichtliche Darstellung auf der Basis eigener Archivstudien und einer gründlichen Befragung von Zeitzeugen handelt. Die wirtschaftshistorische Entwicklung wird durch fünf Fallgeschichten personifiziert, die auf detaillierten Zeitzeugenbefragungen beruhen. Neu an dieser Darstellung ist, daß die Entwicklung sowohl in einem zeitlichen Längsschnitt über drei Ebenen (Industriezweig, Kombinat, Betrieb) als auch aus einer interdisziplinären Perspektive betrachtet wird, die wirtschafts-, sozial- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte berücksichtigt. In der Forschungsarbeit zur Unternehmensgeschichte ist dies ein neues Herangehen. Das hängt sicher damit zusammen, das die in der „makroökonomischen“ Geschichtsschreibung ausgewiesenen Autoren im Ergebnis der Umbrüche in der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft nach 1990 mit der neuen Aufgabe konfrontiert waren, wirtschaftsgeschichtliche Prozesse auch einmal aus der meso- und mikroökonomischen Ebene zu untersuchen. Die kombinierte Anwendung der Vogel- und Froschperspektive erweist sich als sehr innovativ.

Es ist daher nicht zufällig, daß die im Buch dargelegten inhaltlichen Ergebnisse auch dem makroökonomisch erfahrenen Leser viele neue Einsichten vermit-

teln. Das gilt zum einen für die Entwicklung der beiden miteinander verbundenen Energiekombinate (1980-1990), ihre Umwandlung in eine Aktiengesellschaft (Herbst 1989-September 1990) und die VEAG-Zeit (Herbst 1990 bis Frühjahr 2001) und zum anderen für die Folgen dieser Entwicklung für die systemübergreifenden Berufsbiographien und Einstellungen der als Zeitzeugen ausgewählten Facharbeiter, Schichtleiter und Betriebsdirektoren, die in den 80er Jahren wichtige berufliche Aufgaben wahrzunehmen hatten und denen sich die Möglichkeit bot, auch nach der Wende noch im Unternehmen tätig sein zu können.

Die wirtschaftlichen Rahmendaten für die Entwicklung der überregionalen Energiekombinate im Zeitraum von 1980 bis Herbst 1989, auf deren Hintergrund die Firmengeschichte in den 80er Jahre zu sehen ist, waren folgende: Die Stromerzeugung (brutto) stieg vom 1980 bis 1989 auf 138,8 Prozent, die Zahl der Beschäftigten auf 119,9 Prozent im gleichen Zeitraum. Diese Produktionssteigerung mußte mit nur einem Kraftwerksneubau und unzureichender Modernisierung infolge eines zunehmenden Investitions-, Material- und Gerätemangels, also durch äußerste Nutzung des bereits vorhandenen Kraftwerkspotentials erreicht werden. In diesem Zusammenhang wäre es nach Meinung des Rezensenten angebracht gewesen, darauf hinzuweisen, das trotz dieser knappen Mittel die Strompreise in der DDR nur 0,08 Mark pro kWh betrugen und stark subventioniert waren, wodurch der spezifische Elektroenergieverbrauch in den privaten Haushalten der DDR (nicht in der Industrie) höher war als in

der Bundesrepublik. Der finanzielle Engpaß für die Energiewirtschaft wäre bei einer flexibleren Preispolitik zumindest teilweise vermeidbar gewesen. Die Autoren zeigen sehr anschaulich, wie im Kombinat versucht wurde, den Investitionsmangel durch einen verstärkten Arbeitskräfteeinsatz auszugleichen. Es gab nicht, wie gelegentlich in anderen Publikationen behauptet, versteckte Arbeitslose im Unternehmen. In der Energiewirtschaft gab es stets einen Arbeitskräftebedarf, der nie ganz gedeckt werden konnte. Eine wichtige Rolle spielte schon in Folge des Modernisierungsrückstandes der hohe Bedarf an Arbeitskräften im Instandhaltungs- und Reparaturwesen, sowie der zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften für die vorgegebene Konsumgüterproduktion, die auch die Energiekombinate zu leisten hatten. Der Zwang zur Maximierung der Produktion bei knappen Investitionsmitteln führte zu einem Zurückfahren der Umweltinvestitionen und, um Diskussionen in der Öffentlichkeit aus dem Wege zu gehen, zu einer zunehmenden Einschränkung der Umweltberichterstattung.

Mit der Kombinatbildung 1980 brach ein Jahrzehnt an, in dem sich die materiellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verschlechterten. Objektive Probleme waren die abnehmende Kohlequalität; maximale Lastfahrweise, mehr Reparaturen, Risikobetrieb mit stark verschlissenen Anlagen, fehlende Arbeitskräfte und Fluktuation; wachsender Druck auf Erzeugungs- und Leistungssteigerung. Diese Probleme mußten von der unteren und mittleren Leitungsebene bewältigt werden, ohne über ein genügend wirksames materiel-

les Anreiz- bzw. Sanktionssystem verfügen zu können. Die üblichen Wettbewerbskampagnen waren kein Ersatz. Durch die Zeitzeugenbefragung auf dem Hintergrund der objektiven wirtschaftlichen Probleme der Kombinate gelingt es den Autoren, die sich daraus ergebenden mentalen Konflikte für Facharbeiter, Schichtleiter und Betriebsdirektoren sehr anschaulich darzustellen. Probleme gab es schon in den 70er Jahren, diese kumulierten in den 80er Jahren zum Problemstau. Ihre erfolgreiche Bewältigung im Rahmen der bestehenden Rahmenbedingungen wurde angesichts der knapper werdenden materiellen und finanziellen Ressourcen immer schwieriger. Durch ein administrativ-zentralistisches Leitungssystem wurde von oben nach unten Druck auf die Kombinatbetriebe ausgeübt, die Stromerzeugung um jeden Preis zu erhöhen. Es entstand ein Teufelskreis zwischen fehlender materieller Deckung bei der Versorgung mit Ausrüstungen und Material und immer rigider werdenden Leitungspraktiken. Ab Mitte der 80er Jahre verstärkte sich das Bewußtsein, in einer Krisensituation zu leben. Probleme wurden verdrängt. Die mittlere Leitungsebene lavierte zwischen Abwiegen und findigem Weitermachen. In der Zeit von Herbst 1989 bis Spätsommer 1990 wurde das Energiekombinat in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Im Herbst 1989 schlug in der Belegschaft die Resignation in eine Artikulierung des Unwillens um. Es kam zu einem differenzierten Machtverfall, und es begann der Kampf der Kombinatleitungen um den Erhalt und den Ausbau der Machtpositionen bei gleichzeitigem Erstarken der Belegschafts-

vertretungen. Es ist ein Verdienst der Autoren, daß sie der kurzen Zeit der relativen Eigenständigkeit der Energieunternehmen und der Wirtschaftsdemokratie unmittelbar nach der Wende besondere Aufmerksamkeit widmeten.

Mit dem Stromvertrag in der Zeit der de Maiziere-Regierung vom August 1990 wurde die eigenständige Entwicklung beendet. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten wurden wesentlich eingeschränkt. Aufschlußreich ist die Beschreibung des etwas merkwürdigen Weges der Privatisierung der Energiekombinate. Für die Zusage an die de Maiziere-Regierung, die Versorgung der Wirtschaft und Bevölkerung mit Strom und Fernwärme zu sichern, wurde im Stromvertrag vom August 1990 den Managern der drei größten westdeutschen Stromkonzerne die „Geschäftsbesorgung“ übertragen, ohne daß diese das Eigentumsrecht erworben hatten. Es wurde die sog. VEAG gebildet. Eigentümer blieb zunächst die Treuhand. Der Kauf erfolgte erst 1994 und zwar zu Bedingungen, die vorsahen, daß die drei großen Konzerne keine eigenen Mittel aufbringen mußten, sondern für die Begleichung des Kaufpreises aus den von der VEAG erwirtschafteten Mitteln vier Milliarden an die Treuhand zu zahlen waren.

Während zu DDR-Zeiten die Steigerung der Stromerzeugung um jeden Preis im Vordergrund stand, ging nach der Wende in der VEAG von 1990 bis 1998 die Stromerzeugung auf 63,1 Prozent zurück. Im Ergebnis der gleichzeitig erfolgten Produktivitätssteigerung durch technische Modernisierung, Ertüchtigung und Stilllegung der Anlagen sank die Zahl

der Beschäftigten auf 28,7 Prozent. Die Strompreise wurden denen der alten Bundesländer angepaßt, einschließlich des „Kohlepfennig“ für die Subventionierung des Steinkohlebergbaus, der in der DDR bereits in den 70er Jahren stillgelegt worden war. Die Strompreise Anfang der 90er Jahre waren z. B. in Brandenburg etwa um das Dreifache höher als zu DDR-Zeiten. Damit stand bei gleichzeitiger Abnahme der Produktion auch wesentlich mehr Geld für die Modernisierung aus erwirtschafteten Gewinnen zur Verfügung.

Da als Zeitzeugen Betriebsdirektoren, Meister usw. ausgewählt wurden, deren Berufsbiographie systemübergreifend verlief, ist es besonders interessant zu verfolgen, wie sich für Beschäftigte und Leiter die Probleme bei ihrer Tätigkeit in der VEAG veränderten. Durch die Modernisierung wurde die Arbeit leichter, aber auch eintöniger. Die Meister für die Instandhaltung zum Beispiel, die bei den störanfälligen Anlagen eine verantwortungsvolle und vielfältige Arbeit zu leisten hatten, wurden immer mehr zu Koordinatoren der im Unternehmen tätigen Fremdfirmen. Der in den ersten Jahren nach der Wende von alten und neuen Betriebsdirektoren bzw. -leitern vorzunehmende drastische Personalabbau wurde organisatorisch und mental zum Hauptproblem und für die gewählten Betriebsräte zum wichtigen Betätigungsfeld.

Durch die Auswahl von Personen für die Zeitzeugenbefragung, die sich mit hohem beruflichen Engagement für die Lösung der immer schwieriger werdenden Probleme einsetzten, die DDR-Entwicklung also nicht aus einer Nische heraus be-

trachteten, gelingt den Autoren eine objektive Darstellung der Probleme. Das gilt sowohl für den Betriebsdirektor, der der Aufbau-Generation der DDR angehört, als auch für den Meister, der sich stets eine Distanz zum politischen System der DDR bewahrt hatte. Durch die eigenständige Erschließung schriftlicher Originalquellen und die sachkundige Befragung von aktiv am Geschehen beteiligten Zeitzeugen entsteht ein eindrucksvolles Panorama der Firmengeschichte des Energiekombinats der DDR in den 80er Jahren und der daraus hervorgegangenen Aktiengesellschaft in den 90er Jahren.

Hans Mittelbach

Uneinige Einheit. Der öffentliche Umgang mit Problemen der deutschen Einheit, (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins „Gesellschaftswissenschaftliches Forum e. V.“ Berlin, hrsg. v. Helmut Meier und Karin Kulow, Bd. 32), trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 2005, 248 S.

Anderthalb Jahrzehnte deutsche Einheit dürften genügen, um die Resultate der sogenannten Wiedervereinigung bilanzieren zu können. Die Autoren des vorliegenden Bandes haben sich dieser Aufgabe gestellt. Sie sind jedoch – im Unterschied zum in der Öffentlichkeit vorherrschenden Umgang mit diesen Ergebnissen – von dem Vorsatz ausgegangen, die deutsche Einheit nicht zu beschönigen. Letztendlicher Zweck ihrer Beiträge sollte der Nachweis sein, daß die eigentlichen Probleme negiert oder in Unwichtigkeiten umgedeutet werden. M., der Hrsg. des Bd., hat – was den öf-

fentlichen Umgang mit den Problemen der Einheit anbetrifft – einleitend konstatiert: „Die späten und sehr zurückhaltenden Erkenntnisse sind noch nicht ein gründliches Überdenken des zurückgelegten Weges. Noch scheut man sich, die Fehlerhaftigkeit einstiger Grundsatzentscheidungen einzuräumen und den seinerzeitigen Warnern und Kritikern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die übrigens aus unterschiedlichen Lagern und Zusammenhängen kamen.“ (S.8) Nun müsse der mühselige Weg eines Neuanfangs gegangen werden. Jedoch „ein Umdenken muß auch mit den Tabus aufräumen, die nach wie vor in Geltung sind und den Blick auf die Realitäten verstellen“ (S.9). Es gehe aber nicht nur um Kritik, sondern von den Autoren des Bd. „werden auch hoffnungsvolle Ansätze für sachlichen Umgang und vernünftige Kooperation gewürdigt“ (S.13).

Der Wirtschaftswissenschaftler Karl Mai analysiert die ostdeutschen Struktur-schwächen und ihre ökonomischen Folgen, wobei er die Auffassung vertritt, daß die offizielle Wirtschaftsforschung – hinsichtlich der industriellen Entwicklung – keine grundsätzlichen Lösungen für eine Niveauengleichung Ost/West aufweisen kann (S.74). Was die ostdeutsche Wirtschaft anbetrifft, so seien „innovative überregionale Markterweiterungen“ erforderlich, um zu einem günstigeren „Wachstum der Wertschöpfung“ zu gelangen (S.74f.). Politisch müsse umgesteuert, die neoliberalen Rahmenbedingungen politisch durchbrochen werden. Nur durch eine aktive Strukturpolitik könnten in Ostdeutschland Veränderungen erreicht werden (S.80).

Der Politikwissenschaftler Stefan Bollinger behandelt den Metallarbeiterstreik vom Sommer 2003. Er konstatiert, daß es sich bei den ostdeutschen Bundesländern um eine abgeschriebene Region handeln würde, der westdeutsche Strukturen übergestülpt worden seien. Der Pädagoge Reinhold Kruppa befaßt sich mit den Darstellungen der 90er Jahre in den Geschichtslehrbüchern. Er verweist auf die Vorteile, die die deutsche Einheit hinsichtlich der kulturellen Entwicklung gebracht hätte, und wertet sie „als große historische Chance des Vorankommens inmitten der Völker Europas und der Welt“ (S.161).

Vom Umgang mit der doppelten Vergangenheit der Berliner Republik berichtet der Historiker Rolf Badstübner. Er verweist auf Chancenungleichheit, auf die Mißachtung ostdeutscher Biographien, auf ein diffamierendes Geschichtsverständnis. Die Geschichte würde von der etablierten Historikerkunft nicht als Doppelbiographie zweier Staaten und Gesellschaften verstanden. Die DDR tauche nur als „negative Diktaturfolie“ auf (S.167f.). Eine wesentliche Ursache für dieses Zerrbild würde darin bestehen, daß die Interpretation der Vereinigung als „Geschichte der Sieger“ den Problemhorizont verflache. Seine Analyse vor allem der Frühgeschichte der beiden deutschen Staaten läßt erkennen, daß – wie Badstübner sagt –, „das Bild, das durch eine nach beiden Seiten hin sachlich-kritische Doppelbiographie vermittelt werden kann, [...] sehr viel differenzierter und facettenreicher“ ist (S.184). Diese Sichtweise läßt zweifelsohne die Analyse bestimmter Schwerpunkte der wirtschaftlichen, politischen

und kulturellen Entwicklung, die in den anderen Beiträgen des Bandes einer partiellen Betrachtung unterzogen worden ist, in ihren Zusammenhängen besser verstehen. „Überkommenes Selbstverständnis“ konstatiert der Staatswissenschaftler Gerhard Fischer in den Medien hinsichtlich der Einheit – und belegt dies mit einer Fallstudie, die die Ausgaben der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ im ersten Quartal 2002 zum Gegenstand hat. Die Anglistin Hanna Behrend bilanziert die von ihr herausgegebene Schriftenreihe „Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft“, in der von 1995 bis 2004 17 Bände zu unterschiedlichen Themen erschienen sind, von ost- und westdeutschen AutorInnen verfaßt. Sie stellt fest: „Das einigende Band, daß diese Themenvielfalt zusammenhält, besteht darin, daß es sich stets um Wortmeldungen zu aktuellen wissenschaftlichen Debatten handelt, die für die Zukunft der menschlichen Gattung von Bedeutung sind, oder um Lebensberichte, aus denen sich Erkenntnisse über diese gewinnen lassen.“ (S.199)

Im Rahmen des Bandes publiziert der Vorstand des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums seine Antwort auf Fragen des Instituts für Hochschulforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Hierbei handelt es sich um eine vom Berliner Senator Thomas Flierl in Auftrag gegebene Studie zum Thema „Ostberliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“. Insbesondere geht es um die Beurteilung des Transformationsprozesses des ostdeutschen Hochschulsystems, vor allem seiner sozialen Folgen. Abschließend äußert sich der Mediziner Arno Hecht zur Ausgrenzung der DDR-

Wissenschaftler im Spiegel der Öffentlichkeit.

Somit kann resümierend festgestellt werden, daß durch die vorliegende Analyse des Vereinigungsprozesses ein realistisches Geschichtsverständnis gefördert wird, durch die kritische Sicht auf mittlerweile zur Genüge praktizierte Klischees widersprüchliche regierungspolitische Maßnahmen und komplizierte Ereignisse der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt erst wieder verständlich werden und somit wesentliche Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Kritik an vereinfachten Interpretationen der deutschen Einheit geschaffen werden.

Alfred Loesdau

NachSatz

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Autorinnen und Autoren,

Sie halten das 15. Heft des JahrBuchs in der Hand. Es offeriert Ihnen - wie gewohnt mit thematischer Vielfalt - Einblicke in die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und anderer Befreiungs- und Emanzipationsbestrebungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Exemplarisch seien einige Beiträge hier genannt. Walter Schmidt berichtet, beispielsweise, vom ersten Versuch schlesischer Sozialisten, ab 1845 eine Monatsschrift über „die Ereignisse und Thatsachen im Gebiet des socialen, des religiösen und des politischen Lebens“ zu verbreiten. Zwei Beiträge befassen sich mit der sozialdemokratischen Bildungspolitik vor 100 Jahren: Während Heinz Deutschland an die Gründung der SPD-Parteischule in Berlin erinnert, behandelt Christa Uhlig das Bildungskonzept des SPD-Parteitags in Mannheim. Götz Hillig stellt neue Erkenntnisse über Konzept und Wirkung der sowjetischen Arbeitskommune für junge Straffällige in Bolševo vor. Im Dokumententeil geben wir Material über Widerstandskämpfer aus den Reihen der „Ostarbeiter“ wider.

Liebe Leserinnen und Leser, wir würden uns freuen, wenn Sie uns, das fünfjährige Bestehen des JahrBuchs zum Anlaß nehmend, Ihre Meinung zu ihm schreiben würden. Kritik und Anregungen nehmen wir gern entgegen.

Wir möchten hier nochmals auf die vorne mit der Einladung vorgestellte Konferenz unseres „Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ hinweisen. Über Ihre Teilnahme würden wir uns freuen.

Für das sechste Jahr der Zeitschrift können wir Ihnen, trotz widriger Umstände, Preisstabilität in Aussicht stellen. Sie erhalten das Einzelheft weiterhin für 10 Euro. Das Jahresabonnement beträgt auch 2007, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw. 35 Euro im Ausland, einzuzahlen auf das

JahrBuch-Konto

Nr. 57 44 56 10 10 der NDZ GmbH bei der

Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00; für unsere ausländischen Abonnenten: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Im Internet erreichen Sie das JahrBuch über

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de
Dort finden Sie auch die Vorgaben für Textumfänge und -gestaltung sowie Adressangaben.

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge - mit und ohne Umschlag - an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer 030-28 25 137.

Die Redaktion

Autorenverzeichnis

Rolf Badstübner, Prof. Dr., Berlin
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Hanna Behrend, Dr. sc., Berlin
Hans Biereigel, Dipl. Hist., Oranienburg
Stefan Bollinger, Dr. sc., Berlin
Heinz Deutschland, Prof. Dr., Berlin
Kurt Finker, Prof. Dr., Potsdam
Bernd Gottberg, Dr., Berlin
Wolfgang Heyn, Dr. sc., Bernau
Götz Hillig, PD Dr.
 Philipps-Universität Marburg
Rainer Holze, Dr., Berlin
Irina A. Joffe, Dr., Moskau
Gerd Kaiser, Dr., Berlin
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Aleksander Kochański, Prof. Dr., Warschau
Alfred Loesdan, Prof. Dr., Berlin
Ines Mietkowska-Kaiser, Dr., Berlin
Hans Mittelbach, Dr., Berlin
Winfried Morgenstern, Prof. Dr., Berlin
Ulla Plener, Dr. sc., Berlin
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Walter Schmidt, Prof. Dr., Berlin
Wolfgang Schröder, Prof. Dr., Taucha
Siegfried Spantig, Hagenow
Reiner Tosstorff, Dr. habil.,
 Johannes Gutenberg Universität, Mainz
Wolfgang Triebel, Prof. Dr., Berlin
Christa Uhlig, Prof. Dr., Berlin, Projekt-
 mitarbeiterin an der Universität Pader-
 born
Kurt Wernicke, Dr., Berlin

Jahres-Inhaltsverzeichnis 2006

Artikel

Stefan Berger: Kommunisten, Sozialdemokraten und das Demokratiedefizit in der Arbeiterbewegung II/4

Wolfgang Beutin: „Ja, das Erbe der Gesamtheit / Wird dem einzelnen zur Beute ...“ (Atta Troll, Caput X), oder: Der zweigeteilte Heine (1949-1989) II/110

Heinz Deutschland: Zum 100. Jahrestag der Eröffnung der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin. Ein Erinnerungsbericht von Alfred Keimling III/21

José Gotovitch: Zum biographischen Lexikon der KI-Mitarbeiter in Belgien, Frankreich, Luxemburg, der Schweiz und in Moskau II/44

Arno Gräf: Das Kinderhilfswerk deutscher Hitlergegner in der Tschechoslowakei und in Großbritannien (1937-1945) II/53

Rolf Hecker: Engels' Redaktion des zweiten Bandes des „Kapital“. Zu Ergebnissen der Arbeit am MEGA-Band II/12 I/98

Wladislaw Hedeler: Das Referat Nikita Chruščevs „Über den Personenkult und seine Folgen“ auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 und seine Vorgeschichte. Betrachtungen im Lichte neuer Quellen I/4

Götz Hillig: Die Arbeitskommune der OGPU in Bolševo. Genese und pädagogische Konzeption III/42

Thomas Höhle: Heinrich Heine und die deutsche Vorkriegssozialdemokratie II/102

Peter Hübner: Vollbeschäftigung in der Beschäftigungskrise? Probleme der

Erwerbsarbeit in der späten DDR I/52

August Lešnik: Jugoslawen im Spanischen Bürgerkrieg I/37

Matthias Loeding: Politischer Führungsanspruch, Reichs- und Parteieinheit. Zur Rede Otto Grotewohls auf dem 1. Bezirksparteitag der SPD Leipzig am 26. August 1945 I/86

Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs basisdemokratische Sozialismus-Konzeption II/23

Siegfried Prokop: Zwischen Tauwetter, Frühling und Frost – die DDR in den Monaten nach dem XX. Parteitag der KPdSU II/83

Elke Scherstjanoi: Landarbeiterschutz versus Wirtschaftsaufschwung. Die SED in einem agrarpolitischen Interessenkonflikt (1945-1949) II/67

Walter Schmidt: „Der Bote aus dem Katzbachthale“ (Juli 1845 - Juni 1846). Die erste soziale Zeitschrift Schlesiens III/28

Horacio Tarcus: Ein biographisches Lexikon der argentinischen Linken I/113

Patricia Toncas-Truyen: Lebenswege von Aktivisten der Genossenschaftsbewegung in Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert II/33

Christa Uhlig: 100 Jahre „Mannheimer Leitsätze“ – Entstehung und Bedeutung des ersten sozialdemokratischen Bildungsprogramms III/5

Dominique Vogel: „Morgen seid ihr der Staat!“ Umerziehung in Schulbüchern der französischen Besatzungszone 1945-1949 I/73

Gunter Willing: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Thailands von ihren Anfängen bis 1947 I/22

Berichte

Günter Benser: Kollektivbiographische Zugänge zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung I/107

Jochen Cerný: Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni (Nachträge) I/155

Rolf Hecker: Wissenschaftliches Kolloquium des MEGA-Fördervereins I/153

Harald Lange: Verrat? Fakten – Fiktionen – Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts (Teil III) I/149

Ulla Plener: Betrogen – verschleppt – hingerichtet. Schicksale französischer Zwangsarbeiter. Von Berliner Schülern gestaltete Ausstellung II/155

Biographisches

Theodor Bergmann: Liu Shaoqi – Tragödie eines Revolutionärs I/126

Ulla Plener: Mirko Beer: 1930-1936 Chirurg in Berlin und Moskau – 1936-1938 Militärarzt in Spanien – 1942 vom NKWD erschossen III/81

Wolfgang Schröder: Im Spannungsfeld zwischen Liberal- und Sozialdemokratie: Moritz Germann, ein Freund August Bebels III/59

Diskussion

Hermann Klenner: Die Erblast des „Dritten Reiches“ in der BRD. Nachdenken mit Joachim Perels: „Entsorgung der NS-Herrschaft“? I/133

Olaf Klenke: Der betriebliche Aufbruch in der DDR-Revolution von 1989 I/142

Dokumentarisches

Christa Hinckel: Persönliche Dokumente – Inès F. Armand, Vladimir I. Lenin und

Nadežda K. Krupskaja II/130

Irina A. Joffe/ Elke Scherstjanoi: Junge Arbeiter im antifaschistischen Widerstand. Dokumentation III/101

Gerd Kaiser/ Aleksander Kochański: „Mit dieser Masche kommt ihr nicht durch...“. Die gesellschaftliche Krise 1956 – nach Sitzungsprotokollen des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei III/125

Ryszard Marut: „Wir roden Kartoffeln, und der Krieg nimmt kein Ende...“ Eine polnische Familiengeschichte in Briefen (1939-1945) II/142

Informationen

Waltraud Burger: Gedenkstätte und Museum Trutzhain. Dokumentation eines Ortes mit besonderer Geschichte I/165

Wolfgang Heyn: Die „Freie Akademie“ e. V. (fa) II/160

Rainer Holzge: Der „Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.“ III/173

Ines und Gerd Kaiser: Erinnerung bewahren – Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ II/157

Die 15. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz (Einladung) III/177

Ronald Lötzsich: Publikationen des Vereins „Die Linde“ zur Geschichte der Rußlanddeutschen I/168

Winfried Morgenstern: Ungarn in der französischen Widerstandsbewegung. Information III/162

Mirjam Sachse: „Arbeiterbewegung“ gesucht und gefunden – Forschungsmöglichkeiten im Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel I/160

Regionales

Jörg Roesler: Lodz: Die Industriestadt als Schmelztiegel der Ethnien? Probleme des Zusammenlebens von Polen, Juden und Deutschen im „polnischen Manchester“ (1865-1945) II/121

Siegfried Spantig: Blick in eine Quelle: Geschichten um den Alltag der Hagenower Volkspolizei 1945-1985 III/147

Rezensionen/Annotationen

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből. Évkönyv 2004; 2005; 2006 (Aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Jahrbuch) (Winfried Morgenstern) II/162

Peter Alheit/Hanna Haack: Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptun-Werft (Jörg Roesler) I/212

Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.): Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933-1937 (Rainer Holzke) II/183

Die Bestände des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig (Ursel Herschel) II/213

Stefan Bollinger (Hrsg.): Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik (Horst Klein) II/164

Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden/Mario Keßler (Hrsg.): Ausgrenzung oder Integration? Ostdeutsche Sozialwissenschaftler zwischen Isolierung und Selbstbehauptung (Siegfried Prokop) I/215

Erich Brost: Wider den braunen Terror. Briefe und Aufsätze aus dem Exil (Kurt Finker) I/181

Hannsjörg F. Buck: Mit hohem Anspruch gescheitert. Die Wohnungspolitik der DDR (Stefan Bollinger) II/192

Frederick C. Corney: Telling October. Memory and the Making of the Bolshevik Revolution (Susanne Schattenberg) I/171
Günter Drommer: Im Kaiserreich. Alltag unter den Hohenzollern. 1871-1918. Ein Fotobuch; derselbe: Die ruhelose Republik. Alltag zwischen Gewalt und Hoffnung. 1918-1933. Ein Fotobuch; derselbe: Gleichgeschaltet. Alltag unter dem Hakenkreuz. 1933-1945. Ein Fotobuch (Rainer Holzke) III/182

Elizabeth C. Dunn: Privatizing Poland. Baby Food, Big Business and the Remaking of Labor (Christa Hübner) II/212

Konrad Dussel: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert (Günter Simon) I/206

Astrid M. Eckert: Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg (Karlheinz Kuba) I/193

Dagmar Ellerbrock: „Healing Democracy“ – Demokratie als Heilmittel. Gesundheit, Krankheit und Politik in der amerikanischen Besatzungszone 1945-1949 (Rolf Badstübner) III/202

Julia Franziska Engels: „Helden an der Mauer“. Die propagandistische Aufbereitung von Republikfluchten in der deutschen Presse (Günter Simon) II/205

Ilse Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888-1939) (Heinz Niemann) I/207

Jens Fischer: Geschichte im Dienste der Politik. Die Darstellung des Zeitraums von 1933 bis 1945 in den Geschichtslehrplänen und -schulbüchern der zehnklassigen polytechnischen Oberschule in der DDR von 1959 bis 1989 (Florian Osburg) II/205

Karl Christian Führer (Hrsg.): Tarifbeziehungen und Tarifpolitik in Deutschland im historischen Wandel (*Reiner Tosstorff*) III/185

Werner Gahrig: Hugenotten in Berlin und Brandenburg (*Kurt Wernicke*) III/179

Machmut A. Gareev: Polkovodcy pobydy i ich voennoe nasledie (*Stefan Doernberg*) I/190

Daniel Giese: Die SED und ihre Armee. Die NVA zwischen Politisierung und Professionalismus 1956-1965 (*Matthias Uhl*) I/199

Siegfried Grundmann: Felix Bobek. Chemiker im Geheimapparat der KPD (1932-1935) (*Manfred Behrend*) I/209

Frank Hagemann: Parteiherrschaft in der NVA. Zur Rolle der SED bei der inneren Entwicklung der DDR-Streitkräfte (1956 bis 1971) (*Matthias Uhl*) I/199

Gabriella Hauch (Hrsg.): Industrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Mercedes Benz, VW, Reichswerke Hermann Göring in Linz und Salzgitter (*Jörg Roesler*) II/189

Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.): Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49-1989 (*Stefan Bollinger*) II/192

Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 8: Deutsche Demokratische Republik 1949-1961 (*Gerhard Tietze*) II/195

„Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten“. Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915-1917, hrsg. v. Heinz Deutschland (*Günter Benser*) II/174

Gerd Kaiser: Arbeit hat bitt're Wurzel... aber süße Frucht. Reflexionen über die Anfänge des Auslandsstudiums deutscher Studenten in der UdSSR (*Evemarie Badstübner*) II/203

Wolfgang Kraushaar/Karin Wieland/Jan-Philipp Reemtsma: Rudi Dutschke Andreas Baader und die RAF (*Jochen Weichold*) II/207

Stefan Krolle: Musisch-kulturelle Etappen der deutschen Jugendbewegung von 1919-1964 (*Inge Lammell*) I/175

Thomas Kuczynski: Brosamen vom Herrentisch. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Arbeitskräfte (*Jörg Roesler*) II/189

Anja Kuhn/Thomas Weiß: Zwangsarbeit in Hattingen (*Rainer Holze*) II/191

Lucie Kurlbaum-Beyer: Krieg tötet Zukunft. Leben und Arbeiten für eine friedliche Welt. Hrsg. und eingeleitet von Gisela Notz (*Hanna Behrend*) III/195

Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volkfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. Bd. 1, Bd. 2, Bd. 3 (*Paul Heider*) II/180

Horst Liewald: Das BGW. Zur Betriebsgeschichte von NARVA – Berliner Glühlampenwerk (*Jörg Roesler*) I/195

Matthias Loeding: Von der Wennigsener zur 1. Sechziger Konferenz. Der Zentralkommission der SPD im Kampf um seine Eigenständigkeit (*Wolfgang Triebel*) III/197

Marc Lüdders: Die Suche nach einem Dritten Weg. Beiträge der deutschen Nationalökonomie in der Zeit der Weimarer Republik (*Horst Klein*) III/183

Rosa Luxemburg. Aktual'nyje aspekty političeskoj i naučnoj dejatel'nosti (*Erhard Hexelschneider*) II/166

Susanne Miller: So würde ich noch einmal leben. Erinnerungen. Aufgezeichnet und eingeleitet von Antje Dertinger

(*Ulla Plener*) II/176

Felix Mühlberg: Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR (*Jochen Cerny*) I/197

Wolfgang Mühlfriedel/Edith Hellmuth: Carl Zeiss in Jena 1945-1990

(*Peter Hübner*) II/198

Bernhard Neff: „Wir wollen keine Paradedruppe, wir wollen eine Kriegstruppe...“ Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890-1913 (*Heinz Niemann*) II/173

Martin Oberpriller: Jungsozialisten. Parteijugend zwischen Anpassung und Opposition (*Horst Klein*) II/171

Manfred Oldenburg: Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942

(*Horst Schützler*) I/183

Klaus Pflieger: Die Rote Armee Fraktion – RAF. 14.5.1970 bis 20.4.1998

(*Jochen Weichbold*) I/214

Ulla Plener (Hrsg.): Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance

(*Herbert Mayer*) II/187

Nikolaj Popel: Und vor uns liegt Berlin

(*Bernd Gottberg*) III/191

Marshall T. Poe: The Russian Moment in World History (*Susanne Schattenberg*) I/171

André Rauber: Formierter Widerstand. Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944-1991 (*Herbert Mayer*) I/188

Oliver Reschke: Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain (1925-1933) (*Jürgen Birg*) II/179

Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie (*Rainer Bert*) I/179

Jörg Roesler/Dagmar Semmelmann: Vom Kombinat zur Aktiengesellschaft (*Hans Mittelbach*) III/207

Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen. Hrsg. von Elke Scherstjanoi (*Jutta Petersdorf*) II/191

Karl Heinz Roth/Angelika Ebbinghaus (Hrsg.): Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen (*Kurt Finker*) II/185

Klaus Roth (Hrsg.): Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen zum Arbeitsleben im östlichen Europa (*Stefan Bollinger*) II/210

Hermann-Josef Rupieper (Hrsg.): Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt (*Stefan Bollinger*) I/203

Christian Sachse (Hrsg.): „Mündig werden zum Gebrauch der Freiheit“. Politische Zuschriften an die Ökumenische Versammlung 1987-1989 in der DDR (*Stefan Bollinger*) I/203

Andreas Schmidt: „...Mitfahren oder abgeworfen werden.“ Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Provinz Sachsen/im Land Sachsen-Anhalt 1945-1949 (*Günter Benser*) III/200

Ina Schmidt: Der Herr des Feuers. Friedrich Hielscher und sein Kreis zwischen Heidentum, neuem Nationalismus und Widerstand gegen den Nationalsozialismus (*Kurt Finker*) III/187

Erika Sophie Schwarz (Hrsg.): Von ganzem Herzen Bäuerin. Eine Familien- und Dorfchronik in Briefen, geschrieben 1952-1993 von Sophie Krzykus (*Fritz Zimmermann*) II/201

Keely Stauter-Halsted: The Nation in the Village. The Genesis of Peasant Identity in Austrian-Poland. 1848-1914

(*Ines Mietkowska*) III/181

André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR

(*Manfred Behrend* †) II/197

Boris Tartakowskij: Vse eto bylo ... Vospominanija ob isčezajuščem pokolenii; Ders.: Iz dnevnikov voennyh let (*Gerd Kaiser*) III/188

Frederick Taylor: Dresden, Dienstag, 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror? (*Paul Heider*) I/210

Werner Thönnessen: Mein Tor zur Welt. Ein Lebensweg als Gewerkschafter und Intellektueller (*Wolfgang Heyn*) III/203

Reiner Tosstorff: Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920-1937 (*Kurt Schilde*) II/178

Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg. Der 20. Juli 1944 (*Paul Heider*) I/186

Unbeirrbar rot. Zeugen und Zeugnisse einer Familie. Erzählt und ausgewählt von Stefan und Witold Leder. Hrsg. von Gerd Kaiser (*Annelies Laschitzka*) II/168

Uneinige Einheit. Der öffentliche Umgang mit Problemen der deutschen Einheit (*Alfred Loesdan*) III/211

Jeremy Varon: Bringing the War Home. The Weather Underground, the Red Army Faction, and Revolutionary Violence in the Sixties and Seventies (*Jochen Weichold*) II/207

Ileen A. DeVault: United Apart Gender and the Rise of Craft Unionism (*Antje Schuhmann*) I/206

Martin Wein: Willy Brandt – Das Werden eines Staatsmannes (*Rainer Bert*) I/208

Manfred Wilke unter Mitarbeit von Andreas Graudin: Die Streikbrecher-

zentrale. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und der 17. Juni 1953 (*Stefan Bollinger*) III/204

Annette Wilczek: Einkommen, Karriere, Versorgung. Das DDR-Kombinat und die Lebenslage seiner Beschäftigten

(*Jörg Roesler*) III/206

Sergej Žuravlev/Michail Muchin: „Krepost' sozialisma“. Povsednevnost i motivacija truda na sovetkom predprijatii 1928-1938 (*Jörg Roesler*) I/177

Ingrid und Gerhard Zwerenz: Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West (*Siegfried Prokop*) I/213

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur
Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Ursel Herschel,
Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner,
Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher
Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke
Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adressen der Redaktion:

– für die Zusendung von Beiträgen und
Anfragen

redakteur@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de
oder

redaktion@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de

– für Rezensionen, Annotationen u. ä.
rezension@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de

– für Bestellungen von Heften und
Abos sowie Werbung
bestellung@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de

Website:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig erschienen sind. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word- oder rtf-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Satz: Joanna Boegendorff/Rosemarie Kouril

Realisiert in den Typowerkstätten des
Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodonimuseum.com

Redaktionsschluß: 31.7.2006

Harald Jentsch

Die KPD und der „deutsche Oktober“ 1923

617 Seiten, Paperback, ISBN 3-938686-33-2

Preis: 32,00 Euro

1918 beendete die Novemberrevolution den Ersten Weltkrieg und schuf mit der Weimarer Republik die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland. Das war den deutschen Kommunisten, die eine ausbeutungsfreie Gesellschaft anstrebten, jedoch zu wenig. Sie wollten den Bolschewiki folgen, die 1917 mit der Umsetzung dieses Ziels in Russland begonnen hatten. Im Sommer 1923 schien den deutschen Kommunisten nun die Zeit reif, nochmals einen Aufstand zu wagen.

Begrenzt auf den kurzen Zeitraum von Juni 1923 bis Juli 1924, beschreibt Harald Jentsch den schließlich letzten Versuch einer kommunistischen Revolution in Deutschland, der nachhaltige Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der kommunistischen Bewegung hatte. Gestützt auf Korrespondenz, persönlichen Aufzeichnungen sowie Mitschriften von Reden und Diskussionsbeiträgen in Führungsgremien und Kommissionen von KPD, KPdSU und Kommunistischer Internationale tritt dabei insbesondere das Selbst- und Situationsverständnis der Hauptakteure zu Tage. Das Ergebnis ist eine Ent-Mythologisierung der KPD- und SED-Geschichtsschreibung, ein Aufräumen mit der von ihr verbreiteten „Oktoberlegende“, derzufolge im Herbst 1923 alle Bedingungen für die Revolution in Deutschland reif gewesen seien und allein die mangelnden Fähigkeiten der KPD-Führung um Heinrich Brandler und der Verrat der Sozialdemokraten den Sieg verhindert hätten.

„Die vorliegende Dissertation befasst sich mit einem zentralen Thema der Krise der Politik der Weimarer Republik. Es handelt sich (...) um eine wichtige, aus den Quellen erarbeitete sowie die bisherigen Forschungen einbeziehende kritische Untersuchung von hohem Rang.“

Aus der Begründung zur Verleihung des Wissenschaftspreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. für das Jahr 2005

Ingo Koch Verlag

Badstrüberstraße 6

18055 Rostock

Tel.: 0381/200 91 63 Fax: 0381/200 91 64

www.ingokochverlag.de